

Forum hlz



Jürgen Kerwer
Angelika Röming (Hrsg.)

Die Volksrepublik China – Partner und Rivale

2. überarbeitete und
aktualisierte Auflage

Jürgen Kerwer / Angelika Röming (Hrsg.)

Die Volksrepublik China – Partner und Rivale

2. überarbeitete und aktualisierte Auflage

Jürgen Kerwer

Ständiger Vertreter des Direktors der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung (HLZ),
Referatsleiter Publikationen.

Angelika Röming

Herausgeberin von Publikationen insbesondere Schriftenreihen, ehemalige Referatsleiterin in der
HLZ.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der HLZ dar.
Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.

In der Reihe forum hlz werden für die Bildungsarbeit relevante gesellschaftspolitische Themen
aufgegriffen, kontroverse Debatten dargestellt und aktuelle Ereignisse für eine breite interessierte
Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Aus Gründen der Lesbarkeit werden in dieser Publikation Formulierungen verwendet, die auf eine
geschlechtsspezifische Differenzierung verzichten.

Eine Veröffentlichung der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung (HLZ)
Tanusstraße 4–6, 65183 Wiesbaden, www.hlz.hessen.de

Herausgeber	Jürgen Kerwer, Angelika Röming
Redaktion	Martin Seebohn
Gestaltung	Grafik & Satz GbR, Wiesbaden
Druck	Druckerei Lokay, Reinheim
Auflage	1.500
Erscheinungsdatum	Juli 2021
ISBN	978-3-943192-44-5
ISSN	2195-5956

Jürgen Kerwer, Angelika Röming (Hrsg.)

Die Volksrepublik China – Partner und Rivale

2. überarbeitete und aktualisierte Auflage



Inhalt

<i>Einleitung</i>	5
<i>Matthias Stepan</i> Die Innenpolitik der Volksrepublik China	13
<i>Kristin Shi-Kupfer</i> Gesellschaft in der Volksrepublik China	41
<i>Jörn-Carsten Gottwald</i> Die Wirtschaft der Volksrepublik China	65
<i>Dirk Schmidt</i> Die Außenpolitik der Volksrepublik China	111
<i>Sarah Kirchberger</i> Militär und Sicherheitspolitik der Volksrepublik China	157
<i>Anhang</i> Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	205

Einleitung

Die Volksrepublik China – Partner und Rivale

Die Volksrepublik China hat in den letzten 40 Jahren eine atemraubende Entwicklung erlebt. Nach dem Tode Mao Tse-tungs 1976 stand die Kommunistische Partei Chinas (KPC) vor einem Scherbenhaufen. Die Partei kontrollierte den Staat und nahezu alle Bereiche des öffentlichen Lebens, doch eine Vielzahl der durch sie lancierten Kampagnen zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung waren fehlgeschlagen. Der „Große Sprung nach vorn“ und die Kulturrevolution forderten Millionen Menschenleben. China war ein armes, rückständiges und international weitgehend isoliertes Land, als sich Maos Nachfolger Ende der 1970er Jahre für Reformen und eine schrittweise Öffnung entschieden. Heute ist China eine der größten Volkswirtschaften der Welt, Weltspitze in vielen Zukunftsindustrien, einflussreich auf internationalem Parkett, mächtig in Ostasien und ein Vorbild für viele Entwicklungsländer. Gleichzeitig ist die Volksrepublik, was z.B. den Umgang mit kritischen Stimmen, die Nutzung des Internets, die Medien- und Meinungsfreiheit sowie die soziale Selbstorganisation angeht, eines der repressivsten Regime der Welt. Die systematische Unterdrückung der muslimischen Minderheit der Uiguren sowie Chinas rigoroses Vorgehen in Hongkong – eine de facto Aussetzung des dortigen Rechtsstaats und die Beendigung des Systems „Ein Land, zwei Systeme“ – stellen die Gemeinschaft der liberalen Demokratien vor besondere Herausforderungen. Chinas Diplomatie greift selbstbewusst in die Angelegenheiten anderer Länder ein, Peking nutzt gezielt ökonomische Druckmittel im Fall von Meinungsverschiedenheiten und sein Militär setzt nicht nur Nachbarländer unter immer stärkeren Druck.

Innenpolitisch ist die chinesische Gesellschaft durch enorme Brüche und zunehmende Spannungen zwischen arm und reich, Stadt und Land sowie ethnischen und regionalen Identitäten gekennzeichnet. Auf diese Spannungen reagiert der Parteistaat mit dem rasanten Ausbau digitaler Kontrollsysteme, die einen nahezu unbegrenzten Überwachungsstaat möglich machen. Chinas Ordnungsvorstellungen, sein staatlich dominierter Kapitalismus und seine umfassend überwachte Gesellschaft stehen in scharfem Gegensatz zu deutschen und europäischen Vorstellungen von einer liberalen Demokratie oder einer sozialen Marktwirtschaft.

Auf der internationalen Ebene gibt es kaum mehr ein globales Problem, das sich ohne Beteiligung Chinas lösen ließe: In der Volksrepublik leben rund 1,4 Milliarden Menschen,

Peking besitzt ein wachsendes politisches Gewicht und hat einen enormen Bedarf an natürlichen Rohstoffen und Energie. Chinas rasant vorangetriebene Digitalisierung, seine Bemühungen um Nachhaltigkeit und sein Ausgreifen nach Zentralasien und Osteuropa bieten neue Chancen, aber auch gewaltige Herausforderungen für Deutschland und die Europäische Union. Die Volksrepublik signalisiert zunehmend selbstbewusster ihren Willen zur Gestaltung der internationalen Ordnung. Diese Ordnung befindet sich jedoch seit einiger Zeit selbst durch die Dynamik des technologischen Wandels, den Trend der ökonomischen Desintegration bzw. Entglobalisierung und die andauernde Machtdiffusion hin zu nichtstaatlichen Akteuren in einer fundamentalen Transformation, ja sogar teilweisen Erosion: Der Einsatz klassischer Machtpolitik und bewaffnete zwischenstaatliche Konflikte nehmen markant zu, multilaterale Gruppierungen auf globaler sowie regionaler Ebene sind gelähmt, Nationalstaaten suchen ihr Heil in Nationalismus, Unilateralismus und Protektionismus.

Vor diesem Hintergrund nehmen die Verflechtung mit China und die gegenseitige Abhängigkeit zu. Sie führen zu einem immer dichteren Netz aus politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen: Chinesische Firmen investieren zunehmend in Deutschland, so, wie es deutsche Unternehmen seit vielen Jahren in China tun. Marktzugänge und Investitionsmöglichkeiten sind jedoch nach wie vor sehr ungleich verteilt. Europäische Unternehmen machen sich Sorgen über Benachteiligungen und zunehmende staatliche Kontroll- und Einflussversuche.

Auf Regierungsebene sehen sich Deutschland und China als strategische Partner und gleichzeitig als wirtschaftliche Konkurrenten, in Fragen der politischen und gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen gar als Rivale. Kabinettsmitglieder der deutschen Bundesregierung und des Staatsrats der Volksrepublik China kommen seit 2011 in regelmäßigen Abständen zu Regierungskonsultationen unter Leitung der Regierungschefs zusammen. Studierende und Touristen, Geschäftsleute und Vertreter von Verbänden und Vereinen machen den zwischenmenschlichen Austausch aus. In diesem Sinne werden Berlin und Peking, Shanghai und Hamburg, Kanton und Wiesbaden neben vielen anderen großen und kleinen Städten zu Orten der Begegnung.

Obwohl der Austausch also auf zahlreichen Ebenen vorhanden ist, bleibt für viele Menschen in Deutschland und China das jeweils andere Land weiterhin schwer verständlich, manche begegnen dem jeweils anderen auch mit wachsendem Misstrauen oder offener Ablehnung. Die Diskussion um Chinas Umgang mit dem SARS-CoV-2-Virus hat diese unterschiedlichen Wahrnehmungen besonders deutlich zutage treten lassen.

Aufgrund des wachsenden Einflusses von China ist es immens wichtig, in Deutschland den Kenntnisstand über die Volksrepublik auszubauen. Potenzielle Kooperationsfelder und Gemeinsamkeiten sollten ebenso klar herausgestellt werden wie Differenzen und Spannungen. Nur dies kann Missverständnissen, der Verbreitung von Klischees oder Vorverurteilungen vorbeugen und eine informierte Begegnung auf Augenhöhe befördern. China-Kompetenz wird daher in den nächsten Jahren noch wichtiger werden. Allerdings entziehen sich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft des Landes einfachen

Erklärungen. Vor diesem Hintergrund stellt der vorliegende Band einen Versuch dar, zumindest einen Teil der aktuellen und oftmals widersprüchlichen Entwicklungen in China einer breiteren Leserschaft zu eröffnen.

Die Wurzeln chinesischer Zivilisationen reichen bis weit in die Vorzeit zurück. Die Geburtsstunden des „Neuen China“ und der Bundesrepublik Deutschland fallen dagegen in dasselbe Jahr: Am 1. Oktober 1949 rief Mao Tse-tung, der damalige Anführer der KPC, die Gründung der Volksrepublik China vom Tor des Himmlischen Friedens, dem Eingang zum Jahrhunderte alten Kaiserpalast in Peking, aus. Nach dem Sieg über die Nationale Volkspartei (Kuomintang) im Bürgerkrieg waren die Kulisse und die Hauptbotschaft an die versammelten Massen, dass das „chinesische Volk nun wieder aufgestanden“ sei, wohl gewählt. Gut 100 Jahre nach den demütigenden Niederlagen der letzten Kaiserdynastie gegen die aufstrebenden Mächte Europas und die USA in den sogenannten Opium-Kriegen des 19. Jahrhunderts gelang es der von der KPC angeführten Volksbefreiungsarmee, die chinesische Nation wieder zu einen. Dieser große, nationale Erfolg ist bis heute eine der wichtigsten Grundlagen der Macht der KPC.

In den Jahren nach 1949 konsolidierte die KPC weitestgehend ihre territoriale Einheit. Lediglich das Ziel der Vereinigung mit der Republik China auf Taiwan bleibt bis heute unerreicht, ist jedoch weiterhin ganz oben auf der chinesischen Agenda und wird mit immer größerem Nachdruck verfolgt. Auch das Versprechen an die chinesische Bevölkerung, das Land in eine bessere, moderne Zukunft zu führen, in der China eine führende Rolle innehat, blieb lange Zeit Stückwerk. Erst die Politik der Reform und der Öffnung unter Maos Nachfolger Deng Xiaoping ab 1978 leitete den Prozess der rasanten wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und auch politischen Modernisierung ein. Diese Politik war die Basis für den Aufstieg Chinas zur globalen Großmacht.

Das China von heute hat mit dem von 1978 kaum noch etwas gemeinsam, einzige Ausnahme ist die Herrschaft der KPC. Diese hat ihr Machtmonopol nicht nur bewahrt, sondern durch die erfolgreiche wirtschaftliche und technologische Entwicklung eher noch festigen können. Der Staat ist, wie es Matthias Stepan (Mercator Institute for China Studies) in dem nachfolgenden Kapitel darstellt, lediglich ein Instrument der KPC zur Umsetzung der Parteiziele. 2021 begeht die Partei ihren 100. Geburtstag. Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit nach westlichem Muster oder gar Reformen in Richtung einer liberaleren Politik sind für die Partei undenkbare Schritte. Aber dies stand für die leninistisch aufgebaute Kaderpartei auch nie als Option zur Debatte. Mit dem Antritt als Partei- und Staatschef von Xi Jinping 2012/13 kam es zu einer umfassenden Neuordnung der chinesischen Innenpolitik. Waren dezentrale Politikexperimente die Triebfedern für eine „lebendige“ Politikgestaltung in der Reform- und Öffnungsperiode seit Ende der 1970er Jahre, stehen neues Selbstbewusstsein, eine ambitionierte Zukunftsvision und zentrale Steuerung von Politikprozessen als Synonyme für die neue Ära. Auf dem Parteitag Ende 2017 verkündete Xi die zentralen Entwicklungsziele der Partei bis 2035 und 2049. Bereits Anfang 2018 schaffte er mit einer Verfassungsänderung neue Fakten, was den absoluten Führungsanspruch der

KPC in der Politik Chinas untermauert. Vor dem Hintergrund der Machtkonzentration in den Händen von Partei- und Staatschef Xi Jinping schließt Matthias Stepan's Beitrag mit zwei Szenarien der zukünftigen politischen Entwicklung: Einerseits könnte sich die Kombination von Errungenschaften der Digitalisierung mit einem politischen System, in dem autoritäre Tendenzen zunehmen, als langfristig leistungsfähig erweisen. Die Voraussetzung ist, dass die digitale Messung von Präferenzen der Bevölkerung die Problemlösungsfähigkeit der Regierung stärkt und deren Angebote an Dienstleistungen verbessert. Durch eine Loslösung von politischer Ideologie könnte sich das chinesische Modell des „digitalen Autoritarismus“ auch als Exportschlager für andere Länder erweisen, die eine straff organisierte Verwaltung und effiziente Bereitstellung von öffentlichen Gütern anstreben. Andererseits könnte die Machtkonzentration und das Vertrauen in die Technologie mittel- bis langfristig die Anpassungsfähigkeit des Systems im Kern angreifen. Krisen, die nur wenig vorhersehbar sind und von außen auf das System treffen, könnten dieses vor unüberwindbare Probleme stellen.

Die gesellschaftliche Entwicklung Chinas weist deutliche Widersprüche und Spannungen auf, wie Kristin Shi-Kupfer (Universität Trier) darstellt. Der Wohlstand, der in den letzten Jahren erwirtschaftet wurde, ist ungleich verteilt. Gewinner der ökonomischen Modernisierung leben auf höchstem Niveau in abgeschirmten Wohnanlagen oder Villen in der Vorstadt. Verlierer der Boom-Jahre hingegen kämpfen mit immer höheren Lebenshaltungskosten. Chinas Gesellschaft gleicht einem Mosaik mit vielen Bruchlinien: zwischen arm und reich, Stadt und Land, unterschiedlichen ethnischen und regionalen Identitäten. Die Mittelschicht kann in einem nie gekannten Maß ihren Lebensstil selbst gestalten, doch sehen viele ihre Lebensqualität durch erdrückende Arbeitslast, massive Schulden, katastrophale Umweltbedingungen und unsichere Nahrungsmittel beeinträchtigt. Spirituelle Sinnsuche und soziales Engagement werden von der chinesischen Regierung zunehmend weniger toleriert. Shoppen oder spielen im Internet ist für nicht wenige eine zentrale Freizeitbeschäftigung und manchmal auch Flucht aus einer als kompliziert empfundenen Realität. Durch die Intensivierung ideologischer Indoktrination erhebt die chinesische Führung wieder zunehmend Anspruch auf das Denken und Fühlen der Menschen. Loyalität zur Partei wird wieder zur obersten Maxime – besonders im Bildungs- und auch Entertainmentbereich. Die KPC mit ihrer „Herrschaft durch Gesetze“ (rule by law) lässt keinen Raum für individuelle Freiheitsrechte. Rechtsanwälte, Journalisten und Nichtregierungsorganisationen werden so stark überwacht und verfolgt wie seit der Niederschlagung der Protestbewegung um den Tiananmen-Platz 1989 nicht mehr.

Dies bleibt nicht ohne Wirkung auf die Wirtschaft Chinas, wie Jörn-Carsten Gottwald von der Ruhruniversität Bochum ausführt. Chinas Wiederaufstieg hat eine sehr dynamische Wirtschaftsordnung voller Widersprüche kreiert, die sogenannte Sozialistische Marktwirtschaft. Unternehmerische Freiheiten und Innovationen sind grundsätzlich willkommen, allerdings nur unter der Aufsicht des Parteistaates und um einen Kern mächtiger Unternehmen herum, die entweder im Staatsbesitz sind oder vom Staat

indirekt kontrolliert werden. Mit Geld, Staatsmacht und Indoktrination verschafft sich der Parteistaat den notwendigen Einfluss, um, wenn es nötig wird, Unternehmen ihr Handeln vorschreiben zu können. Gleichzeitig schafft das Neben- und Miteinander von staatlicher Kontrolle und marktwirtschaftlicher Freiheit viel Raum für neue Ideen, Prozesse und Produkte. Der Boom von internetbasierten Dienstleistungen, von E-Commerce und Fintechs verändert China in einem so rasanten Tempo, dass selbst die Staats- und Parteiführung gelegentlich kaum hinterherkommt. Die staatlich gewünschten und häufig geförderten internationalen Aktivitäten großer chinesischer Konzerne unterstreichen, wie sehr sich das arme kommunistische China der 1970er vom Markt der Zukunft in den 1980er und 1990er Jahren zur ökonomischen Großmacht der 2000er entwickelt hat. Chinas wirtschaftlicher Aufstieg und die enorme staatliche Unterstützung für seine Technologieunternehmen führen immer stärker zu Handelskonflikten. Der Entwicklungssprung zu einem „Land mittleren Einkommens“ erfordert ein völlig neues Entwicklungsmodell. Beides stellt die chinesische Führung vor erhebliche Probleme.

Der wirtschaftliche Aufstieg wiederum bleibt nicht ohne Rückwirkung auf die Außen- und Sicherheitspolitik der Volksrepublik China. Dirk Schmidt von der Universität Trier beschreibt in seinem Beitrag die Grundannahmen, die Instrumente und Ziele der chinesischen Außenpolitik und analysiert diese anhand von ausgewählten Themenfeldern. Die chinesische Führung unter Xi Jinping hat seit einigen Jahren, z. B. mit den „Seidenstraßeninitiativen“, einen neuen Willen zur Gestaltung der internationalen Ordnung zum Ausdruck gebracht und propagiert mittlerweile offen den eigenen Entwicklungsweg als Vorbild für Entwicklungs- und Schwellenländer. In markantem Gegensatz zum ökonomischen Nationalismus und Bilateralismus der USA unter Donald Trump präsentiert sich China als Verfechter des offenen globalen Handelssystems und von Multilateralismus im Allgemeinen. Hieraus ergeben sich für Deutschland und Europa durchaus zahlreiche Anknüpfungspunkte zur Kooperation. Gleichzeitig vertritt die Volksrepublik aber gegenüber ihren Nachbarstaaten die eigenen territorialen Ansprüche zunehmend unnachgiebiger und versucht auch mit Hilfe von ökonomischen Druckmitteln ihren Interessen Geltung zu verschaffen. Was China mit dem neuen Machtpotenzial im Hinblick auf die Zukunft der globalen Ordnung letztlich beabsichtigt, lässt sich augenblicklich noch nicht definitiv voraussehen. Fest steht aber, dass die Volksrepublik nicht mehr länger bereit ist, sich in vom Westen geprägte liberale Ordnungsmuster oder hergebrachte Institutionen zu „unseren westlichen“ Konditionen einzufügen. Auch wenn die Ausrufung eines „neuen Kalten Krieges“ mit China sicherlich verfrüht ist, so wird eine Verschiebung des beiderseitigen Verhältnisses von Partnerschaft hin zu verstärkter Rivalität, ja in Teilen zu offener Gegnerschaft, zunehmend wahrscheinlicher.

Wie sehr sich die Sicherheits- und Militärpolitik der Volksrepublik China in den letzten Jahren verändert hat, ist Gegenstand des Kapitels von Sarah Kirchberger vom Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel. Sie unterstreicht den Bedeutungswandel der Volksbefreiungsarmee (VBA) und wie sich die Grundlagen und Aktionen der

chinesischen Sicherheitspolitik mit wachsenden militärischen Kapazitäten entwickelt haben. Zwar hat China unzweifelhaft enorm von der regionalen wie globalen Ordnung nach dem Ende des Kalten Krieges profitiert; doch zeigt die gezielte Modernisierung insbesondere der Marine, wie nachdrücklich die Parteiführung chinesische Interessen im globalen Kontext auch militärisch durchsetzen will. Entlang der Seewege in Ost- und Südostasien ist China längst klarer Rivale der Anrainer, aber vor allem von Japan und den USA geworden. Diese Verschiebung der militärischen Machtbalance gefährdet langfristig die Fähigkeit der Vereinigten Staaten, ihre Bündnispartner in der Region und insbesondere das demokratische Taiwan durch glaubwürdige Abschreckung vor Interventionen und Verletzungen ihrer territorialen Interessen zu schützen. Darüber hinaus zeichnet sich seit der Ukraine-Krise von 2014 eine intensivierete Zusammenarbeit Chinas mit Russland im wehrtechnischen und militärischen Bereich ab, die aus europäischer Sicht neue sicherheitspolitische Herausforderungen bereithält, wie sich zuletzt etwa an russisch-chinesischen Marinemanövern in der Ostsee und im Mittelmeer zeigte. Technologische Zusammenarbeit zwischen europäischen und chinesischen Partnern insbesondere in sogenannten Dual-Use-Bereichen, also bei Technologien, die sowohl zivil als auch militärisch nutzbar sind (etwa in der Luft- und Raumfahrt), ist vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen ein Thema, das in Europa intensiver Diskussion und kritischer Bewertung bedarf, um Chancen und Risiken gegeneinander abzuwägen. Wirtschaftliche und strategische Interessen sind hier oft nur schwer miteinander in Einklang zu bringen.

In all diesen Politikfeldern – Innenpolitik, Gesellschaft, Wirtschaft, Außen- und Sicherheitspolitik – zeigt sich, welche enormen Konsequenzen die Entwicklungen in China für dessen Nachbarn, aber auch für Deutschland und Europa entfalten. Der Ausbruch der Corona-Pandemie in China sowie das Krisenmanagement Pekings haben uns allen die Folgen dieser gegenseitigen Verflechtung nochmals eindringlich vor Augen geführt. Die Stärken und Schwächen des chinesischen Entwicklungsweges, die Widersprüche und Kontinuitäten in der chinesischen Politik erfordern daher gerade heute eine differenzierte Betrachtung und eine intensive Auseinandersetzung. In vielerlei Hinsicht ist die Volksrepublik China mehr denn je ein machtvoller und zunehmend selbstbewusster Rivale, der die pluralistischen Gesellschaften und Mehrparteien-Demokratien herausfordert. Nicht mehr länger können wir uns dabei auf die gewohnte „Arbeitsteilung“ verlassen: den Import von Wohlstand durch China und von Sicherheit durch die USA. Die USA werden als Sicherheitspartner und aufgrund des gemeinsamen Wertefundaments für die Europäer unverzichtbar bleiben. Gleichzeitig nimmt Chinas Bedeutung für die Lösung nationaler und transnationaler Herausforderungen (Klimawandel, Infrastrukturausbau, Digitalisierung aller Lebensbereiche) aufgrund seiner wirtschaftlichen Dynamik weiter zu. In dem heraufziehenden Konflikt zwischen China und den USA werden die Europäer und nicht zuletzt Deutschland von beiden Seiten umworben aber auch unter Druck gesetzt werden. Es bieten sich in dieser Konstellation neue Chancen, aber es besteht auch die Gefahr, zwischen den großen Playern zerrieben oder marginalisiert zu werden. Eine faktenbasierte Bewertung Chinas, jenseits von blinder Eupho-

rie, fatalistischer Selbstbezüglichkeit oder unreflektiertem Konkurrenzdenken ist daher mehr denn je von Nöten.

Die vorliegende Einführung kann nur skizzieren, wie widersprüchlich viele Entwicklungen in China sind und zugleich wie bunt und faszinierend. Jedes Kapitel für sich führt in ein zentrales Feld der Entwicklung Chinas ein, und alle zusammen, so hoffen wir, ergeben einen Überblick, wo und wie weit China Partner und Rivale ist.

Wiesbaden, 2021

Jörn-Carsten Gottwald

Sarah Kirchberger

Dirk Schmidt

Kristin Shi-Kupfer

Matthias Stepan

Matthias Stepan

**Die Innenpolitik
der Volksrepublik China**

Kommunismus in China – Erfolgsgeschichte statt Niedergang

Die Kommunistische Partei Chinas (KPC) mutet häufig als Relikt einer anderen Zeit an. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und der Fall des Eisernen Vorhangs, der über mehr als vier Jahrzehnte Ost- und Westeuropa trennte, werden häufig als endgültige Niederlage des Kommunismus und der Planwirtschaft erachtet. Francis Fukuyama, ein US-amerikanischer Politikwissenschaftler, spricht in diesem Zusammenhang selbst vom Ende der Geschichte.¹

Der Sieg der liberalen, demokratischen Politik- und Gesellschaftsordnungen in Kombination mit der Marktwirtschaft sei demnach der letzte Abschnitt in einer langen Entwicklung gewesen. Die Zahl der Länder, deren Geschicke nach den bewegten Jahren in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren noch von kommunistischen Parteien gelenkt werden, ist deutlich geschrumpft. Die Volksrepublik China ist der einzig verbleibende Gigant. Die KPC hat in den letzten drei Jahrzehnten das Land geöffnet, die Wirtschaft erfolgreich modernisiert und an die Spitze des Welthandels geführt. Auf dem internationalen Parkett wächst der politische Einfluss des Landes bis heute stetig.

Wie lassen sich die Errungenschaften der Volksrepublik China erklären? Wo liegen heute die Unterschiede und Gemeinsamkeiten mit anderen politischen Systemen? Kann angesichts der Privatwirtschaft sowie dem häufig anzutreffenden Konsumrausch in der Bevölkerung noch von Kommunismus die Rede sein?

Zentral für die Beantwortung dieser Fragen ist die Rolle der KPC. Die Anpassungsfähigkeit der Partei und der Pragmatismus einzelner Führungspersönlichkeiten sind nahezu einzigartig. Zu wichtigen Balanceakten der Partei gehörte die schrittweise Abwendung von zentralen Prinzipien wie dem Klassenkampf, die Hinwendung zu Marktmechanismen und die Erlaubnis, private Firmen einzurichten. Beim Ausbau politischer Mitbestimmungsrechte herrscht weitestgehend Reformstillstand. Oppositionelle, die das politische System oder die KPC offen kritisieren, setzen sich anhaltenden Repressionen aus. Sie riskieren jahrelange Haftstrafen. Denn obwohl die Folterstrafe in China per Gesetz verboten ist, dokumentiert Amnesty International jährlich mehrere hundert Vorfälle von Folter und Misshandlungen in chinesischen Haftanstalten. Darunter fallen zahlreiche Menschenrechtsanwälte.² Proteste und Massendemonstrationen verfolgen dennoch in den wenigsten Fällen das Ziel politischer Veränderung. Stattdessen entzünden sie sich an Skandalen wie Korruption oder der Willkür lokaler Beamter, Landenteignungen oder dem Ausfall von Lohnzahlungen. Um die Ursachen für Unzufriedenheit frühzeitig zu erkennen und lokale Proteste einzugrenzen, setzt die KPC mitunter auf neueste technologische Entwicklungen. Wie am Beispiel des Internets zu verdeutlichen, geht es hier nicht nur um die Zensur unbeliebter Inhalte, sondern um die Identifikation und den Einsatz von Lösungen, um das Image der Partei aufzupolieren.³

Wegweisend für alle Entwicklungen in China ist somit der uneingeschränkte Führungs- und Kontrollanspruch der Partei. Wie dies Einfluss auf die Arbeit der Regierung, der Legislative und der Justiz ausübt und das politische Leben in China dominiert, ist Schwerpunkt dieses Kapitels. Dies beinhaltet die Bewertung von Entwicklungen unter dem derzeitigen Partei- und Staatschef Xi Jinping. Seit Ende 2012 hat so beispielsweise der Marxismus eine wichtige Wiederbelebung erfahren, um Parteimitgliedern aber auch den Bürgern des Landes als wichtige Orientierungshilfe zu dienen.

Die Kommunistische Partei Chinas und Regieren im 21. Jahrhundert

Die KPC hat seit der Gründung der Volksrepublik 1949 die tragende Rolle im politischen System Chinas inne. Nach ihrer Gründung im Jahr 1921 hat sie sich als Organisation stetig fortentwickelt. Wichtigster Orientierungspunkt war hierbei der Blick in Richtung der Sowjetunion. Von der kommunistischen Schwesterpartei hat sie sich Kernpunkte abgeschaut. Bis heute besitzt sie die Grundstruktur einer an leninistischen Prinzipien orientierten Kaderpartei. Zwei Prinzipien sind hierbei elementar: Erstens eine strikt hierarchische Organisation, die sowohl die politische Mobilisierung als auch die Kontrolle der Mitglieder gewährleistet. Zweitens sind in allen Bereichen des politischen Systems Mitglieder und Parteistrukturen präsent.

Ende 2019 zählte die Partei nahezu 92 Millionen Mitglieder.⁴ Ihre Organisationsstrukturen sind landesweit präsent: in staatlichen Einheiten aller Verwaltungsebenen, beginnend mit den Ministerien in Chinas Hauptstadt Peking bis hinunter in kleine ländliche Kreise wie das mehr als 4.000 Kilometer entfernte Akto im äußersten Westen des Riesenreiches. Selbst in der Mehrzahl der Privatunternehmen finden sich Parteizellen. Die Mitgliederzahl liegt deutlich über der Gesamtbevölkerungszahl der Bundesrepublik Deutschland. In China sind dies lediglich rund 6,5 Prozent der Bevölkerung. Die Parteimitglieder sitzen jedoch an den wichtigen Schalthebeln der Regierung aller Ebenen, der Justiz, der Wirtschaft und gesellschaftlichen Vereinigungen. Schon lange ist die KPC nicht mehr eine Partei der Bauern, die der kommunistischen Partei ursprünglich den Weg zur Macht ebneten. Heute übersteigt die Zahl der Hochschulabsolventen die Zahl der Bauern und Arbeiter deutlich. In den 1990er Jahren hat sich die Partei zudem für Unternehmer geöffnet. Diese haben dieses Angebot nur zu gerne angenommen. Die Mehrzahl weniger aus Überzeugung an der Sache als vielmehr der politischen Vernetzung willen und dem Wunsch nach guten Geschäften mit der Regierung. Dies befeuerte nicht zuletzt die Klüngelei zwischen Lokalregierungen und Unternehmern. In der Folge breiteten sich Korruption und Ämterkauf aus und stellen seither selbst nach der eigenen Darstellung der KPC eines der größten Risiken für die Reputation des Regimes dar.

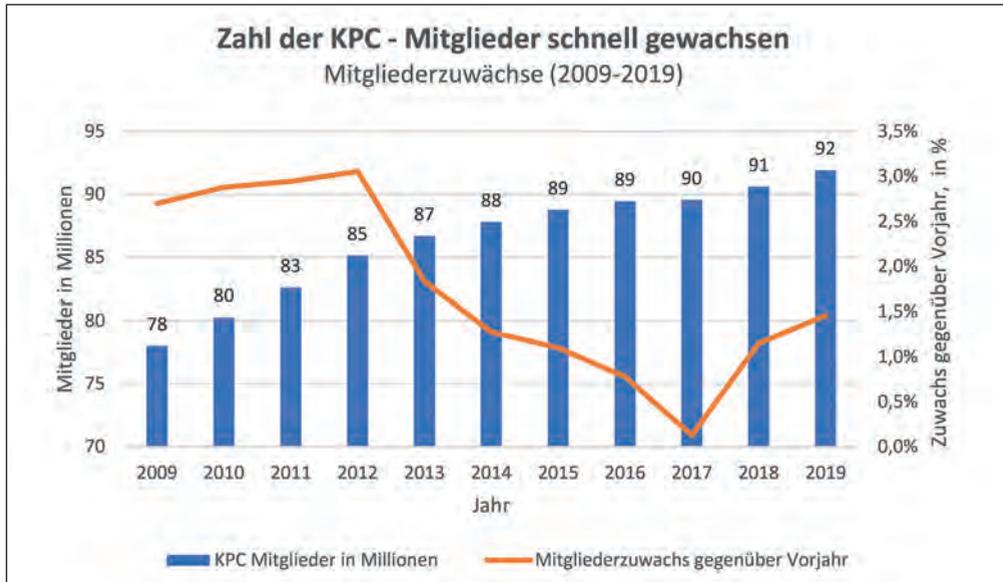


Abb. 1: Entwicklung der Mitgliederzahlen (2009–2019).

Quelle: Daten der Zentralen Organisationsabteilung der KPC und des Statistischen Jahrbuch Chinas.



Abb. 2: Parteimitglieder und Hintergrund.

Quelle: Daten der Zentralen Organisationsabteilung der KPC und des Statistischen Jahrbuch Chinas.

Trotz der Anleihen vom sowjetischen System haben die chinesischen Parteieliten – allen voran Mao Tse-tung – bereits früh eigene Wege eingeschlagen und hierbei neue Praktiken der Politikgestaltung etabliert. Hierzu zählen Kampagnen zur Mobilisierung der Massen und eine Machtkonzentration im „Ständigen Ausschuss“ des Politbüros der KPC. Der Anstoß für deutliche Unterschiede bei der wirtschaftlichen Entwicklung war zweifelsohne das Zugeständnis von mehr Entscheidungsfreiraum für Regierungen auf Provinz- und Stadtebene nach Maos Tod im Jahr 1976. Dies schaffte die Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliche Initiativen aus der Bevölkerung heraus. Die durchaus positiven Effekte der Einrichtung von Bauernmärkten, der Rückkehr zur Bewirtschaftung der eigenen Parzellen und erster Kleinunternehmer in den Städten überzeugte die kommunistische Führung, den Pfad der wirtschaftlichen Reformen schrittweise weiter zu verfolgen.

Ebenso wie die Sowjetunion setzt die KPC auf eine Kontrolle der eigenen Bevölkerung. Anders als in Russland kam es nicht zum Aufbau eines spezialisierten Sicherheitsapparats. Stattdessen waren der Betrieb, die Arbeitskolonne oder die Armee-Einheit die entsprechenden „Basiseinheiten“, in der die Mitglieder sich gegenseitig kontrollierten.⁵

Eine Hinwendung zu Marktmechanismen und weiterer Öffnung des Landes blieb mehr als ein Jahrzehnt nach Maos Tod selbst unter Parteieliten umstritten. Der Niedergang der sozialistischen Bruderstaaten im Westen sowie die Proteste in städtischen Gebieten in den 1980er Jahren unterstrichen die Notwendigkeit, sich klar zu positionieren. Die Niederschlagung der Proteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Sommer 1989 war die gewaltsame Absage seitens der konservativen Kräfte in der Partei an jegliche Formen von Demokratisierung nach westlichem Vorbild.⁶ Liberale Kräfte, die den Kontakt zu den Studenten und anderen Kräften gesucht hatten, wurden entmachteter. Hierzu zählte auch Ministerpräsident Zhao Ziyang, den die Parteiführung im Anschluss bis zu seinem Tod unter Hausarrest stellte. Chinas Ansehen in der Welt erhielt einen deutlichen Dämpfer nach der Niederschlagung, und auch das Regime selbst befand sich bis 1992 in einer Schockstarre. Wirtschaftlicher Aufschwung, der sich positiv auf die Lebensverhältnisse der Bevölkerung niederschlug, wurde in diesem Zusammenhang umso dringlicher. Denn mehr als je zuvor hing die Legitimität des Systems davon ab, der Bevölkerung einen besseren Lebensstandard zu bieten.

Deng Xiaopings „Reise in den Süden“ im Jahr 1992 ging in chinesische Geschichtsbücher als der Moment ein, der Marktmechanismen in der chinesischen Wirtschaft endgültig zum Durchbruch verhalf. Deng war zu diesem Zeitpunkt eine unangefochtene Parteigröße und besaß nahezu uneingeschränkte Autorität. Dies erlaubte ihm mehr Markt zu wagen, obwohl dies mit der traditionellen Parteilinie unvereinbar war. Dengs Ausspruch „Egal, ob eine Katze weiß oder schwarz ist, Hauptsache ist, sie fängt Mäuse“, steht seither als festes Synonym für den Mut und die Unterstützung für pragmatische Lösungen anstatt sich selbst in ideologischen Zwängen zu verfangen. Marktmechanismen gehörten ebenso zu den Rezepten für wirtschaftliche Erneuerung wie der weitere Ausbau von Freiheiten für Provinz- und Stadtregerungen bei Reformen. Lokale Experimente wurden zum Motor für das chinesische Wirtschaftswunder. Insbesondere die

städtische Bevölkerung profitierte deutlich von den Reformen und genoss die Verbesserung der Lebensstandards – auf Kosten der ländlichen Bevölkerung, die zunehmend als sogenannte Wanderarbeiter in die Städte drängten (siehe den Beitrag von Kristin Shi-Kupfer).

Mit dem wirtschaftlichen Aufstieg kamen in den späten 1990er und frühen 2000er Jahren neue Probleme auf. Die Einkommensunterschiede verschärften sich und die Zahl an Protesten nahm zu. Häufig waren es Parteikader, die sich zudem am wirtschaftlichen Aufstieg bereicherten. Für diese taten sich neue Einnahmequellen auf, wie beispielsweise durch den Verkauf von Exportlizenzen. Familienangehörige oder gar sie selbst agierten als Unternehmer und profitierten von Insiderwissen, wie beispielsweise der Änderung von Preispolitik oder neuen staatlichen Fördermaßnahmen für Unternehmen. Anstatt die Ursachen für wachsende Ungleichheit zu bekämpfen, unterdrückten Parteikader vielerorts selbst Petitionen von Arbeitern in staatseigenen Unternehmen, die gegen Lohnrückstände vorgehen wollten. Der Rückhalt der lokalen Parteifürsten brach vielerorts ein und es kam verstärkt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Zwar waren Polizei und Armee in der Lage, die Unruhen lokal zu begrenzen, es war jedoch klar, dass dies keine Dauerlösung darstellte.

Ein Umdenken kam nach der Stabübergabe an der Spitze von Partei und Staat in den Jahren 2002/2003. Hu Jintao, Jiang Zemin's Nachfolger im Amt des Partei- und Staatsoberhauptes, setzte sich für den Ausbau und die Verbesserung von öffentlichen Dienstleistungen und Umverteilung ein. Insbesondere die Initiative, die Situation in ländlichen Gebieten zu verbessern, fand viel Zustimmung in der Bevölkerung.⁷ Trotz der deutlichen Fortschritte beim Ausbau der Infrastruktur im ländlichen Raum (Bau von Straßen, Krankenhäusern, Schulen, Verbesserung des Zugangs zu sauberem Wasser, Elektrizität und Internet), der Verbesserung von Sozialprogrammen wie Sozialhilfe, staatliche Renten und Krankenversicherung sowie Abschaffung von Steuer und Schulgebühren häuften sich die politischen Probleme in der Zeit unter Hu Jintao. Hierzu gehörte die ausschweifende Korruption unter Kadern, die häufig gegenüber Unternehmen die Hände aufhielten, wenn es um die Vergabe von Lizenzen und Genehmigungen ging. Die Partei wurde für viele lediglich ein Karriereweg. Innerparteilich kam es wiederholt zu teilweise offen ausgetragenen Richtungskämpfen.

Um diesem internen Zerfall entgegenzuwirken, erteilte die Partielite am 18. Parteitag der KPC im November 2012 Hu Jintaos Nachfolger im Amt des Parteichefs ein umfassendes Mandat, die Partei mit allen Mitteln zu stärken. Xi Jinping lancierte eine umfassende Anti-Korruptions-Kampagne, der selbst ehemals hochrangige Kader, wie der Chef des Sicherheitsapparats und Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros Zhou Yongkang, zum Opfer fielen.⁸ Weitere Enthüllungen zeigten, wie weit die korrupten Netzwerke reichten. So soll u. a. ein engster Vertrauter Hu Jintaos im Zentrum einer Clique von korrupten Kadern gestanden haben.⁹ Doch die Partei setzte nicht nur auf Abschreckung durch Bestrafung, um dem Missstand gegenzusteuern. Begleitend forcierte die Parteiführung Maßnahmen zur Stärkung des Korpsgeists und der politischen Disziplin in den eigenen Reihen. Hierzu entwickelten enge Weggefährten

Xis neue Ansätze des Marxismus. Die Anzahl an verpflichtenden Trainingseinheiten in Marxismus für alle Parteimitglieder nahm zu. Auf dem 19. Parteitag im Oktober 2017 verkündete Xi Jinping den Beginn einer neuen Ära in der Entwicklung des Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten. Nachdem China in der Mao-Ära bis 1976 das Land von jeglichen ausländischen Einflüssen befreit hatte und sich in der daran anschließenden Reform- und Öffnungsperiode der Wohlstand im Land erhöht hatte, soll China bis 2049 Weltmacht werden. Bis dahin soll die Bekämpfung von regionalen Ungleichheiten innerhalb Chinas und die Förderung von Gleichheit die oberste Maxime für die Politik der KPC sein. Die Delegierten des Parteitags stimmten zudem für die Aufnahme von „Xi Jinpings Gedankengut für das neue Zeitalter des Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten“ in die Verfassung der Partei.¹⁰ Damit unterstrichen sie den besonderen Führungsanspruch Xi Jinpings, der hiermit in den Kreis der großen Denker des Sozialismus aufgenommen wird: Neben Marx, Lenin und Mao.

Grundlagen und Besonderheiten der Politikgestaltung

Die KPC – formelle Strukturen und Machtfülle der Parteizentrale

Die KPC ist streng hierarchisch organisiert. Die zentralen Parteiorgane dominieren die Prozesse bei der Festsetzung von strategischen Langzeitzielen und zunehmend auch die Vorgaben für konkrete Politikmaßnahmen. Der alle fünf Jahre ausgetragene Parteitag ist laut Statut der KPC das höchste Entscheidungsorgan der Partei. 2017 nahmen 2.280 Delegierte teil. Diese sind sorgfältig ausgewählt. Hierdurch soll eine ausgewogene Repräsentanz von Regionen, Militär, Partei- und Staatsorganen sowie spezifischen Industriezweigen gewährleistet werden.¹¹ Bei dem Hintergrund der Delegierten zeigt sich, dass es sich schon längst nicht mehr um eine Partei der Bauern und Arbeiter handelt, der Großteil besitzt einen Universitätsabschluss. Die Delegierten des Parteitags wählen die Mitglieder des Zentralkomitees sowie der Zentralen Disziplinarkommission (siehe Abbildung 3). Beide Organe treten im Fünfjahreszeitraum in der Regel sieben Mal zusammen. Das höchste Entscheidungsgremium ist das Politbüro, deren Mitglieder aus den Reihen des Zentralkomitees gewählt werden. Der innerste Kern der Parteiführung ist der Ständige Ausschuss, dem der Generalsekretär vorsteht. Vom Ständigen Ausschuss des Politbüros nominiert und vom Zentralkomitee berufen sind die Mitglieder des Sekretariats des Zentralkomitees und der Zentralen Militärkommission. Die Ämterhäufung von Einzelpersonen wird anhand dieser Organe bereits sichtbar. Die Mitglieder des Politbüros bekleiden in der Regel wichtigste Stellen in Partei, Staat und Militär. Das Paradebeispiel ist der Generalsekretär der KPC. Seit Anfang der 1990er Jahre ist er in Personalunion Präsident der Volksrepublik China (Staatsoberhaupt) und Vorsitzender der Zentralen Militärkommission. Um die absolute Hoheit über

das Militär zu unterstreichen trägt Xi zudem seit 2016 den Titel des Oberkommandeurs der chinesischen Volksbefreiungsarmee.

Diese enge Verknüpfung macht es häufig schwierig, eine genaue Unterscheidung vorzunehmen, ob nun Personen in ihrer Funktion als Parteivertreter oder Beamter des Staates Aussagen treffen. Die Deng Xiaoping zugeschriebene Forderung, Staat und Partei klar voneinander abzugrenzen, konnte sich nie in der Breite durchsetzen. Während er selbst keine hochrangigen Ämter innehatte – weder in Partei noch im Staat –, reichte ihm seine persönliche Autorität, Entscheidungen hinter den Kulissen zu bestimmen. Es war sein Nachfolger Jiang Zemin, der die Zusammenführung der Positionen des Partei- und Staatschefs in einer Person forcierte. Mittlerweile ist es seit 25 Jahren Praxis, dass der Generalsekretär der Partei gleichzeitig die Position des Staatsoberhauptes – des Präsidenten der Volksrepublik China – innehat. Während Hu Jintao sich damit begnügte, hat sich Xi Jinping eine Ausweitung des Einflusses der Partei als Ziel gesetzt. Bereits in den ersten fünf Amtsjahren hat er die Präsenz und die Eingriffsmöglichkeiten von Parteiorganen ausgeweitet und diese durch eine Transparenzinitiative kenntlich gemacht. Er nutzte hierbei insbesondere das Mittel, temporäre Organe einzurichten, die sogenannten Führungsgruppen. In seiner zweiten Amtszeit erfuhren eine Anzahl der Führungsgruppen eine Aufwertung und Verstärkung als Kommissionen.

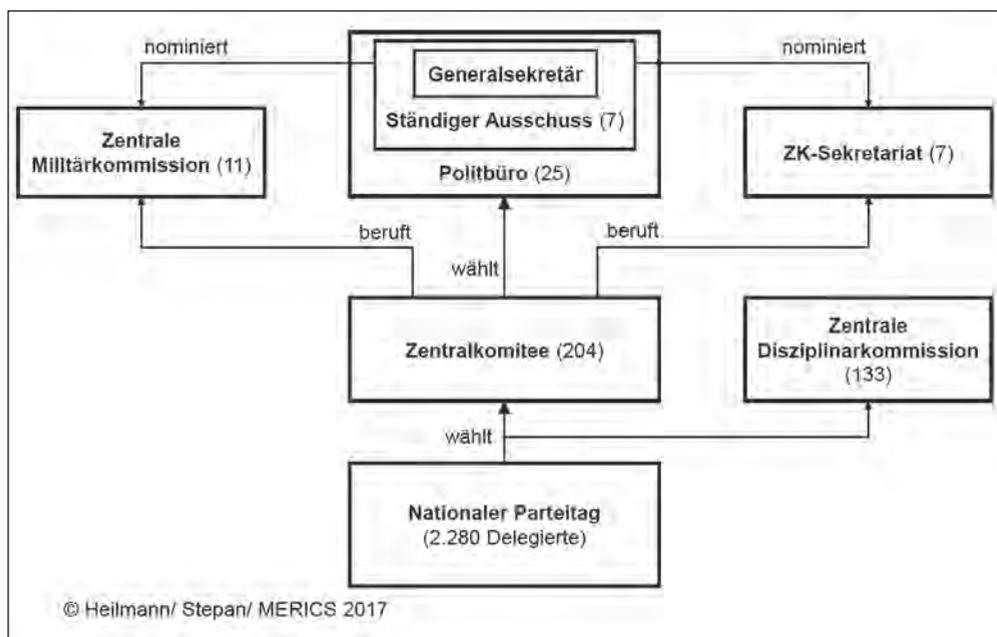


Abb. 3: Zentrale Parteiorgane (Oktober 2017).

Quelle: Aktualisierung nach dem 19. Parteitag im Oktober 2017, basierend auf Heilmann et al. 2016, S. 46.

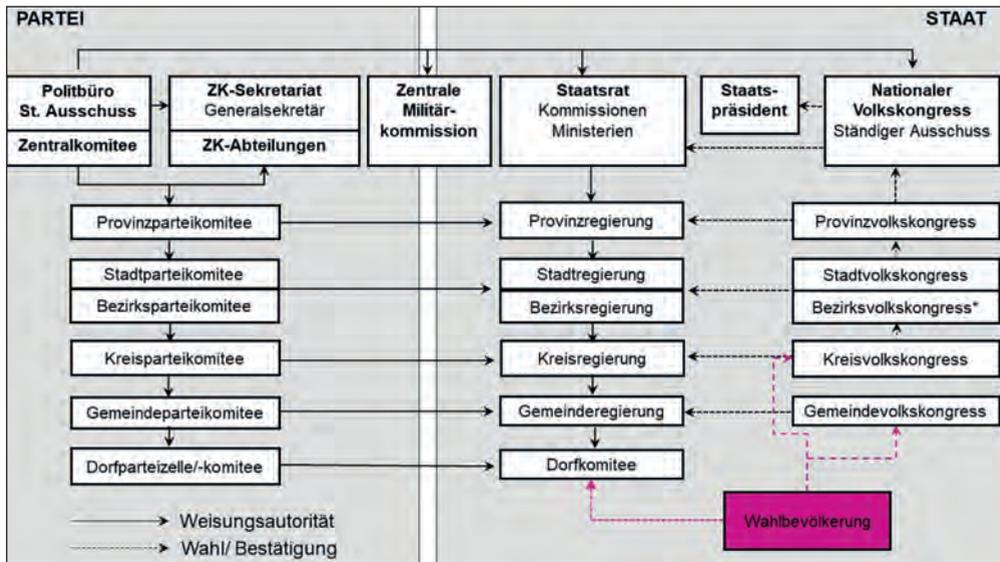


Abb. 4: Das politisch-administrative System der Volksrepublik China.

Quelle: Heilmann: 2002/2015 (siehe Heilmann et al. 2016, S. 55).

Personalpolitik im Parteienstaat – Leistung soll sich auszahlen

Eine der wichtigsten Säulen der Herrschaft der KPC ist die alleinige Kontrolle über Ernennung und Abberufung von Führungspersonal im Partei- und Staatsapparat. Das Nomenklatura-System (wörtlich: „System von Listen mit Kaderpositionen“) legt sowohl die Funktionen als auch die genauen Positionen von Führungskadern fest.¹² Die nach Prüfung durch Organisationsabteilungen der KPC eingesetzten Führungskader von der Kreisebene bis hinauf in Ministerien auf der Zentralebene bilden die Machtelite Chinas. Sie lenken die Geschicke des Landes.

Der erste Schritt für den Berufseinstieg als Beamter ist für die meisten eine landesweit durchgeführte Zugangsprüfung für den Staatsdienst. Anknüpfend an die Traditionen im Kaiserreich sollen durch die Prüfung die klügsten und fähigsten Köpfe des Landes ermittelt und für den Staatsdienst gewonnen werden. Aufgrund der umfassenden Anti-Korruptions-Kampagne, die nicht zuletzt den Staatsdienst durchleuchtete, waren die Bewerberzahlen kurzfristig leicht rückläufig. Im Jahr 2020 waren wieder beinahe 1,4 Millionen junge Menschen für den Test zugelassen worden (siehe Abbildung 5). Die Bewerberzahl lag weitaus höher. Denn das Prestige und die Absicherung einer Stelle im Partei- und Staatsapparat sind weiterhin für die meisten jungen Absolventen erstrebenswert. Attraktiv sind hierbei weniger das Gehalt als vielmehr das Paket an Sonderleistungen, wie die Bereitstellung einer Wohnung und der Genuss anderer Vorzüge.



Abb. 5: Entwicklung Teilnehmerzahl Zugangsprüfung zum Staatsdienst (2010–2020).
Quelle: Daten Office (2019a, 2019b).

Nach dem Einstieg in den Staatsdienst werden die Beamten mit Aufgaben betraut und kontinuierlich evaluiert. Nur wer gute Leistung erzielt und sich als politisch loyal erweist, kann mit einer Beförderung rechnen. Als Sohn eines wichtigen Führers der frühen Phase der Herrschaft der KPC in China zählt Xi Jinping zu der Gruppe der sogenannten Parteiprinzen. Sein Vater, Xi Zhongxun, war bereits in den 1930er Jahren eine Größe in der KPC. Nach einem Sturz durch Parteilinke bereits vor der Kulturrevolution, rehabilitierte ihn die Partei 1978. Xi Zhongxun war danach maßgeblich am wirtschaftlichen Aufstieg des Landes beteiligt. In den 1980er Jahren erhielt er einen Sitz im Politbüro. Dennoch musste sein Sohn, der derzeitige Partei- und Staatschef Xi Jinping, seine Leistungsfähigkeit und Entschlossenheit selbst unter Beweis stellen.¹³ Nur langsam erarbeitete er sich den Weg an die Spitze. Von 1979 bis 1982 sammelte er erste Erfahrung im politischen Apparat in Peking. Unter Anleitung eines Vertrauten seines Vaters arbeitete er im Büro des Staatsrates sowie in der Zentralen Militärkommission. 1982 verließ er das Parkett der Hauptstadt, um ganz unten im chinesischen Verwaltungsapparat – auf Kreisebene – eine Funktion zu übernehmen. Lange Zeit hörte man nichts vom „Prinzen“. Nach drei Jahren in der Provinz Hebei arbeitete er sich 17 Jahre lang in der Küstenprovinz Fujian von der Stufe des stellvertretenden Parteisekretärs einer Industriestadt bis zum Amt des Provinzgouverneurs hoch. Erst 2002, im Alter von 49 Jahren, gelang ihm der Karrieredurchbruch: Er wurde als Vollmitglied in das Zentralkomitee der KPC gewählt und etablierte sich als Parteisekretär in der wirtschaftlich wichtigen Küstenprovinz Zhejiang. Nach einem politischen Skandal in Shanghai übernahm er 2007 kurzfristig die Parteiführung in der Vorzeigestadt für Chinas wirtschaftlichen Aufstieg. Noch im selben Jahr wählten ihn die Mitglieder des 17. Zentralkomitees der KPC in den Ständigen Ausschuss des Politbüros. Spätestens 2008 wurde mit seiner

Ernennung zum Vizepräsidenten klar, dass er die besten Karten hatte, 2012 den Parteivorsitz zu übernehmen und 2013 zum Staatsoberhaupt ernannt zu werden.

Das gesamte Kadersystem ist auf Leistung ausgerichtet. Bei der Evaluation spielen insbesondere Wirtschaftswachstum, aber verstärkt auch der Umgang mit gesellschaftlichen Belangen eine zentrale Rolle. Eine gute politische Vernetzung ist in jedem Fall für den Aufstieg von Vorteil. Selbst wenn die KPC jegliche Form von Cliquenbildung innerhalb der Partei strikt verbietet und ahndet, lassen sich doch klare Muster ausmachen, wer aufgrund seiner guten Kontakte auch schon einmal eine Karrierestufe überspringt. Die Aufdeckung von Patronage-Netzwerken oder gar dem Verkauf von Ämtern hat in den letzten fünf Jahren zum Fall einer Vielzahl selbst hochrangiger Würdenträger in Partei und Staat geführt.

Zentralstaat und Mehrebenensystem

Das Prinzip der strengen hierarchischen Ordnung trifft auch auf Chinas Staatsstrukturen zu. Trotz der enormen Unterschiede hinsichtlich der Wirtschaftskraft und Bevölkerungszusammensetzung der einzelnen Landesteile und dem Autonomiestatus, den fünf Einheiten auf Provinzebene laut Verfassung besitzen, ist die Volksrepublik ein unitarisches Land (Einheitsstaat). Die Ministerien der Zentralregierung sind ausnahmslos in der Hauptstadt Peking angesiedelt. Der Staatsrat ist mit dem Kabinett in anderen Regierungsformen gleichzusetzen. Hier sind alle Minister von Staatsorganen auf Ministerialebene vertreten (2018–2023: 21 Ministerien, drei Kommissionen, Zentralbank und Nationale Rechnungsprüfungsbehörde/National Audit Office). Zu Beginn der zweiten Amtszeit Li Keqiangs als Regierungschef kam es zu umfassenden Änderungen der Ressortzuschnitte. Ressorts im Bereich von Klima- und Umweltpolitik sowie Gesellschaft erfuhren deutliche Aufwertungen. Exemplarisch sind die Aufwertung des Umweltressorts zum Ministerium für Umwelt und Ökologie, die Neueinrichtung der Ministerien für Katastrophenschutz und Veteranenangelegenheiten zu nennen. Im Bereich Justiz und Gesundheit kam es ebenfalls zu Aufgabenbündelung bzw. klarerer Zuständigkeitszuordnungen. Die einstmals mächtige Kommission für Familienplanung, die u. a. über die Einhaltung der Ein-Kind-Politik wachte, verschwand gänzlich aus dem Ministerialportfolio.

Der Ministerpräsident steht dem Staatsrat vor. Hierarchisch nachgeordnet sind weitere Regierungsebenen, deren Namen und Größe sich deutlich unterscheiden können. Auf der ersten subnationalen Ebene finden sich so beispielsweise die Provinz Guangdong, deren Bevölkerungszahl mit rund 113 Millionen Einwohnern (Stand 2018) die der Bundesrepublik Deutschland deutlich überschreitet. In der Autonomen Region Tibet leben lediglich rund 3,4 Millionen Einwohner (Stand 2018). Die Fläche der Region übersteigt die des Bundesgebietes jedoch um mehr als das Dreifache. Neben Größe, Bevölkerungszahl und Wirtschaftsstärke unterscheiden sich die Einheiten auf der Provinzebene nicht zuletzt durch ihre Benennung. Die Mehrzahl sind Provinzen, daneben gibt es fünf sogenannte Autonome Regionen, in denen mehrheitlich nationale Minderheiten wohnen, wie beispielsweise die Uiguren im äußersten Westen Chinas, oder auch die an Myanmar, Laos

und Vietnam angrenzende Region Yunnan, in der mehr als 20 nationale Minderheiten an-sässig sind. Autonomie beschränkt sich auf einige wenige Politikfelder, wie beispielsweise Kultur, und auch hier sind deutliche Grenzen gesetzt. Die jeweils mehr als zehn Millionen Einwohner zählenden Metropolen Peking, Shanghai, Tianjin und Chongqing sind regie-rungsunmittelbare Städte. Hongkong und Macao, die erst in den späten 1990er Jahren von den ehemaligen Kolonialmächten Großbritannien und Portugal an die Volksrepub-lik fielen, besitzen den Status von Sonderverwaltungsregionen (Special Administrative Region – SAR). Vor der Rückkehr erhielten die SARs die Zusage, dass die in den Territori- en etablierten politischen und rechtlichen Systeme weiterbestehen (zu Hongkong siehe auch die Beiträge von Kristin Shi-Kupfer und Jörn-Carsten Gottwald).

Die Ebenen von Bezirken, Kreisen und Gemeinden weisen ebenfalls intern große Unter- schiede bei der Entwicklung aus. Während so in manchen Kreisen weiterhin Armut vorherrscht, können sich die Lebensstandards in anderen mit denen in entwickelten Demokratien messen lassen. Beispiele sind Peking, Shanghai, Tianjin oder auch die Me- tropole Chongqing, die mittlerweile zu Weltstädten aufgestiegen sind.

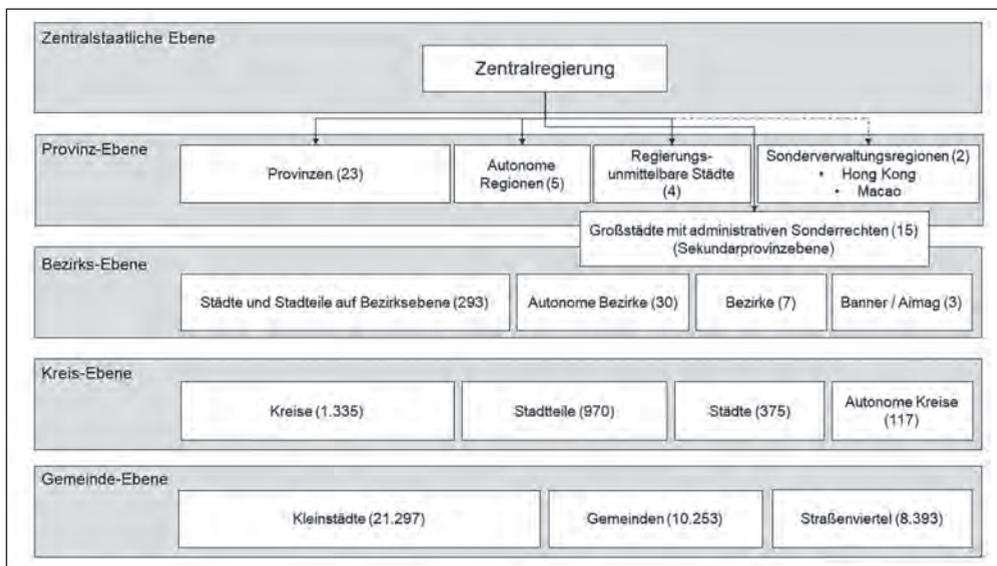


Abb. 6: Die fünf offiziellen Verwaltungsebenen der Volksrepublik China.
Quelle: Daten eigene Erhebung.

Politischer Fünfjahreszyklus – Die KPC gibt den Takt vor

Der Staatsapparat ist in erster Linie das ausführende Organ der KPC. Dies wird u. a. durch die Kerndaten im politischen Kalender der Volksrepublik China deutlich. Zentrale Entscheidungen werden teilweise Monate im Voraus in Parteigremien entschieden, bevor die Details der Ausführung von Staatsorganen ausgearbeitet und von der Legislative – wo nötig – abgesegnet werden.

Die Planung der Partei zeichnet sich einerseits durch ihre Langfristigkeit hinsichtlich der Zielsetzung aus. Andererseits sind die Anpassungsfähigkeit des Systems und die Flexibilität hinsichtlich Details der Ausgestaltung besondere Merkmale. Den Fünfjahresplänen, die mehr Strategiepapiere sind als Produktionsvorgaben, lassen sich zentrale Ziele entnehmen. Langfristiger angelegt sind die beiden Hundertjahrsziele (siehe Abbildung 7). Zum 100-jährigen Geburtstag der Partei soll Chinas Bevölkerung in bescheidenem Wohlstand leben. Unter Xis Führung verkündete die Partei bereits 2020, die Armut im Land abgeschafft zu haben. Darüber hinaus soll laut dem Willen der Partei die Bevölkerung nicht nur einen materiellen Wohlstand erreichen, sondern auch über ausreichend kulturelle Angebote verfügen. Der 100. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik ist dem Erreichen weiterer Ziele zugeordnet. In seiner Rede auf dem 19. Parteitag hat Xi bereits das Ziel für 2049 fest ins Visier genommen: China zur Weltmacht auszubauen. In einem Zwischenschritt bis 2035 soll China die Modernisierung der Wirtschaft und Gesellschaft abgeschlossen haben. Strategiepapiere, wie die KPC dies erreichen möchte, hat Xi bereits in seiner ersten Amtszeit seit 2013 vorgestellt. Der Plan „Made in China 2025“ zielt auf die Modernisierung der chinesischen Industrie bis zum Jahr 2025 ab.¹⁴ Bei dem Plan „Gesundes China 2030“ ist ebenfalls der Name das Programm. Bis ins Jahr 2030 sollen die Angebote im Gesundheitssektor stark ausgebaut und verbessert werden.¹⁵ Gleichzeitig beinhaltet der Plan Handlungsanweisungen für die Bevölkerung, eine gesündere Lebenshaltung zu verfolgen.

Jahr	Anlass	Formuliertes Ziel
2021	100. Jahrestag der Gründung der KPC	Vollendung des Aufbaus einer Gesellschaft bescheidenen Wohlstands
2035	Zwischenetappe	Abschluss der Modernisierungsphase des Landes
2049	100. Jahrestag Gründung der Volksrepublik China	China ist Weltmacht

Abb. 7: Die zwei Hundertjahresziele der KPC.

Quelle: Aktualisierung basierend auf Heilmann et al. 2016, S. 36.

Besonderheiten der Politikumsetzung

Trotz der hierarchischen Strukturen in Partei und Staat waren dezentrale Politikexperimente die Triebfedern für eine „lebendige“ Politikgestaltung in der Reform- und Öffnungsperiode seit Ende der 1970er Jahre. Bei der Politikgestaltung sollte das System keinesfalls als Monolith verstanden werden. Einzelne Ministerien und Parteiorgane stehen durchaus im Wettbewerb und vertreten unterschiedliche Positionen. Erst wenn auf der Zentralebene eine finale Entscheidung fällt, müssen subnationale Regierungsebenen für eine einheitliche Umsetzung geradestehen. Entscheidungen gehen häufig bürokratische Aushandlungsprozesse voraus. An dieser Stelle treten sogenannte Führungs-,

Leitungs- und Koordinationsgruppen als Plattform für die kurz- bis mittelfristige Kompromissfindung oder langfristige Überwachung der Ausführung bestimmter Programme auf. Ein Beispiel für eine einflussreiche Koordinierungsgruppe des Staatsrates ist die Nationale Leitungsgruppe für Armutsbekämpfung und Entwicklung, die bereits 1986 eingerichtet wurde und seit mehr als drei Jahrzehnten Regierungsprogramme koordiniert, die den ärmsten Bevölkerungsteilen zugutekommen sollen. Kommissionen stehen in der Hierarchie deutlich über den Gruppen und sind auf Dauer angelegt.

Xi Jinping nutzte die Einrichtung von neuen Führungsgruppen und Kommissionen der KPC seit seinem Aufstieg an deren Spitze für zwei Zwecke: zur Machtkonsolidierung und der Betonung von neuen Politikschwerpunkten. Ende 2013 richtete er beispielsweise die Zentrale Führungsgruppe zur umfassenden Vertiefung der Reformen ein. Unter der persönlichen Leitung Xis überwacht diese Gruppe und nicht der Staatsrat die Umsetzung von Reformmaßnahmen, die von der Parteilite im Rahmen der 3. Plenarsitzung des 18. Zentralkomitees im Herbst 2013 verabschiedet wurden. 2014 folgte eine Gruppe zur Förderung von Cyber-Sicherheit und Informatisierung. 2017 richtete er eine Kommission zur militärisch-zivilen Integration ein. Ziel der militärisch-zivilen Integration ist es u. a. Innovationen und Erkenntnisse aus der zivilen Wissenschaft und Wirtschaft dem Militär zur Verfügung zu stellen. Auch der Staatsrat sah eine ganze Reihe von neu eingerichteten Gruppen, wie beispielsweise die Leitungsgruppe Ausbau Chinas zur modernen Industrieration.

In Verbindung mit dem 19. Parteitag erfuhren eine Anzahl der Zentralen Führungsgruppen der Partei Anfang 2018 eine Aufwertung zu ständigen Kommissionen. Für die betreffenden Politikfelder bzw. spezifischen politischen Ziele bedeutet dies ein dauerhafter Bedeutungszuwachs. Für die Funktion der staatlichen Organe und ihre Bedeutung bei der Politikgestaltung bedeuten diese Aufwertungen der Parteiorgane dahingegen eine klare, nach außen sichtbare Degradierung zu umsetzenden Stellen. Die Festschreibung der Führungsrolle der Partei in Artikel 1 der Verfassung im März 2018 steht darüber hinaus für eine klare Abkehr jeglicher Überlegungen, staatlichen Organen eine gewisse Eigenständigkeit oder gar Trennung vom Parteiapparat zuzugestehen.¹⁶

Name / Themenfeld	Vorsitz	Leitung des Stabs	Hintergrund
Finanzen und Wirtschaft	Xi Jinping	Liu He (Vize-Ministerpräsident, Mitglied des Politbüros)	1980 als Führungsgruppe eingerichtet, Aufwertung zu Kommission nach 19. Parteitag (2017)
Außenpolitik	Xi Jinping	Yang Jiechi (Top-Diplomat, ehemaliger Außenminister, Mitglied des Politbüros)	1981 als Führungsgruppe eingerichtet, Aufwertung zu Kommission nach 19. Parteitag (2017)

Name / Themenfeld	Vorsitz	Leitung des Stabs	Hintergrund
Recht und Politik	Xi Jinping	Guo Shengkun (Sekretär des Generalsekretariats des Zentralkomitees der KPC, Mitglied des Politbüros)	Verschiedene Vorläufer seit 1956, seit 1990 dauerhaft als Kommission eingerichtet
Umfassende Vertiefung der Reformen	Xi Jinping	Wang Huning (Chefstrategie der KPC, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros)	2013 als Führungsgruppe eingerichtet, Aufwertung zu Kommission nach 19. Parteitag (2017)
Nationale Sicherheit	Xi Jinping	Ding Xuexiang (Sekretär des Generalsekretariats des Zentralkomitees der KPC, Mitglied des Politbüros)	2013 als Kommission gegründet
Militärisch-zivile Integration	Xi Jinping	Han Zheng (Vize-Ministerpräsident, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros)	2017 als Kommission gegründet
Cyber-Sicherheit und Informatisierung	Xi Jinping	Zhuang Rongwen (Leiter des Zentralamts für Cyber-Sicherheit)	2014 als Führungsgruppe eingerichtet, Aufwertung zu Kommission nach 19. Parteitag (2017)
Umfassendes auf Recht basierendes Regieren	Xi Jinping	Guo Shengkun (Sekretär des Generalsekretariats des Zentralkomitees der KPC, Mitglied des Politbüros)	2017 zunächst als Führungsgruppe eingerichtet, Aufwertung zu Kommission nach 19. Parteitag (2017)
Nationaler Audit	Xi Jinping	Hou Kai (Leiter der Nationalen Rechnungsprüfungsbehörde/ National Audit Office)	2018 als Kommission gegründet

Abb. 8: Parteikommissionen stehen bei der Politikgestaltung zentral. Übersicht der wichtigsten Parteikommissionen (Personal – Stand Ende 2020).

Quelle: Daten eigene Erhebung.

Eine weitere Besonderheit bei der Politikumsetzung ist der sogenannte Krisenmodus. Ursprünglich in den Anfangszeiten der KPC entwickelt, setzt die chinesische Führung mit diesem bis heute auf die Zentralisierung des Entscheidungsprozesses und politische Kampagnen zur Mobilisierung der Massen.¹⁷ In Zeiten von Krisen kann die Partei auf diese Art kurzfristig alle verfügbaren Ressourcen binden und für eine landesweite Umsetzung sorgen. Ein Beispiel in der jüngeren Geschichte ist insbesondere die Bewältigung der SARS-Krise Anfang der 2000er Jahre. Binnen Wochen erreichte China das Ziel, die Verbreitung des Virus einzudämmen und stellte eine Versorgung der Infizierten sicher. Gleichzeitig diente der Krisenmodus in diesem Fall als An Schub für den langfristigen Ausbau der Kapazitäten im Gesundheitswesen. Prominente Beispiele aus

der länger zurückliegenden Parteigeschichte, welche die Gefahren und Schattenseiten des Kampagnenmodus unterstreichen, sind „der Große Sprung nach vorn“ (1958–1961) und nicht zuletzt die Kulturrevolution (1966–1976). Bedingt durch die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft führte die erste zu einer großen Hungerkatastrophe. Bei der zweiten entglitt dem Partei- und Staatsapparat zeitweilig völlig die Kontrolle und es regierte die Anarchie. In beiden Fällen kam es zu enormer Verschwendung von Ressourcen und Gewaltausbrüchen, die Millionen Menschen das Leben kosteten.¹⁸

Der Nationale Volkskongress – zwischen Partei und Gesellschaftsinteressen

Laut der chinesischen Verfassung ist der Nationale Volkskongress (NVK), Chinas Parlament, das höchste Staatsorgan. Allerdings bleibt es wie in allen kommunistischen Ländern weit hinter den Erwartungen zurück, in erster Linie die Interessen des Volkes zu vertreten. Stattdessen ist der NVK den Weisungen und der Kontrolle der KPC-Gremien unterworfen.¹⁹

Die Delegierten sind nicht in direkter Wahl bestimmt. In Chinas System der Volkskongresse werden lediglich die Vertreter der untersten Ebene – der Kongresse in Städten und Kreisen – über direkte Wahl bestimmt. Die Volksvertreter in der jeweils nächsthöheren Ebene rekrutieren sich aus diesen. Der Prozess der Wahl ist nie vollkommen transparent und 2016 deckten Parteimedien einen großangelegten Wahlbetrug auf. Ein bedeutender Teil der Delegation aus der Provinz Liaoning hatte sich die Stimmen für die Wahl in den NVK erkaufte.²⁰ Die Parlamentarier wurden daraufhin aus dem Gremium ausgeschlossen. Des Weiteren zeigt die Leitung der Volkskongresse durch Parteimitglieder die mangelnde Unabhängigkeit der Legislative. Während derzeit die „Nummer Drei“ des Politbüros dem Nationalen Volkskongress vorsteht, wird die fehlende Trennung auf Provinzebene noch deutlicher. Es ist bis auf wenige Ausnahmen der Parteisekretär der Provinz, der gleichzeitig den Vorsitz des entsprechenden Volkskongresses führt.

Gestritten wird im chinesischen Parlament selten, zumindest dringt nur wenig davon nach außen. Die alljährliche im März stattfindende Vollversammlung mit nahezu 3.000 Delegierten ist eine Schau der Einheit. Im Regelfall entscheidet das Parlament in dieser Sitzungswoche nur über wenige Gesetzesentwürfe und generell wird nur wenig beschlossen. Lediglich die Entlastung der Regierung und die Verabschiedung des Haushalts stehen an – wobei sich hier stets höchste Zustimmungsraten zeigen (siehe Abbildung 9). Alle fünf Jahre kommt der Vollversammlung eine besondere Rolle zu. Sie bestätigt bzw. wählt die Kandidaten für die wichtigsten Positionen im Staatsapparat, angefangen beim Staatsoberhaupt, über die Minister der einzelnen Ressorts, hin zu den führenden Personen des Justizapparates – den Präsidenten des Obersten Volksgerichtshofes und den Generalstaatsanwalt.

Abstimmungsgegenstand	JA-Stimmen	NEIN-Stimmen	Enthaltungen	Anteil Nein und Enthaltungen
Arbeitsbericht der Regierung	2.812	14	8	0.8 Prozent
Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes	2.721	89	26	4.1 Prozent
Arbeitsbericht des Ständigen Ausschusses des NVK	2.793	24	17	1.4 Prozent
Haushaltsbericht	2.555	208	71	9.8 Prozent
Arbeitsbericht der Obersten Volksstaatsanwaltschaft	2.606	180	46	8.0 Prozent
Arbeitsbericht des Obersten Volksgerichtshof	2.606	180	49	8.1 Prozent
Allgemeiner Teil des chinesischen Bürgerlichen Gesetzbuches	2.782	30	21	1.8 Prozent

Abb. 9: Abstimmungsergebnisse der Vollversammlung des NVK (März 2017).

Quelle: Sohu 2017.

Ein wichtiger Teil der Parlamentsarbeit – die Ausarbeitung von Gesetzen – wird über das Jahr hinweg von einem Rumpfparlament von etwas mehr als 200 Personen bestritten. Hier kommt es wiederholt zu langwierigen Aushandlungsprozessen, die allerdings zumeist im Verborgenen ablaufen. Interessant war in den letzten Jahren, wie sich das Parlament für Interessen der Bevölkerung stark gemacht hat. Obgleich es streng der Parteikontrolle unterworfen ist, hat es einige Initiativen des Staatsrates deutlich angepasst oder gar gänzlich aufgehoben. Die Aufnahme von Themen wie Umwelt- und Verbraucherschutz ist ein klarer Teil des Zutretens auf gesellschaftliche Interessenslagen. Ein Beispiel für eine Kehrtwende bei der Gesetzgebung ist die Revision des Umweltschutzgesetzes im Jahr 2014. Während der ursprüngliche Entwurf nur minimale Strafen für verschmutzende Unternehmen vorsah, schrieb das Parlament hohe Strafmaße und deutlich höhere Anforderungen an den Umweltschutz in dem Gesetz fest.

Die Rolle der Repräsentation von verschiedenen Gruppeninteressen übernimmt die Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes. Konsultativkonferenzen sind ebenfalls fester Bestandteil des politischen Systems der Volksrepublik und sind auf allen Regierungsebenen wiederzufinden. Ihr Einfluss ist aber sichtlich begrenzt. Die Regierung hört Vorschläge und gibt selektiv Auskunft über den Fortgang der Überlegungen, die Vorschläge in die Praxis umzusetzen. Wegweisende Änderungen sind nicht bekannt. Den Gremien gehören u.a. die Vertreter der Blockparteien an sowie verschiedenste Berufsgruppen. Abbildung 10 zeigt, dass die Mitgliederzahl in den Blockparteien im Vergleich mit der Masse an KPC-Mitgliedern verschwindend gering ist. Die meisten Blockparteien sind bereits in der Zeit der chinesischen Republik gegründet worden.

Ihre Mitgliederzahl hat sich seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik in den 1980er Jahren beinahe versechsfacht. Ihr politischer Einfluss bleibt marginal, auch wenn einzelne Persönlichkeiten, wie beispielsweise der Vize-Parteichef der Chinesischen Volkswohlpartei – Wan Gang –, in zwei Legislaturperioden (von 2008 bis 2018) das Amt des Ministers für Wissenschaft und Technik der Volksrepublik bekleidete.

Parteiename	Mitgliederzahl	Jahr
Demokratischer Bund 中国民主同盟 (民盟)	321.500	2019
Demokratische Aufbauvereinigung 中国民主建国会 (民建)	170.000	2018
Vereinigung zur Förderung der Demokratie 中国民主促进会 (民进)	176.719	2019
Studiengesellschaft des 3. September 九三学社	190.131	2020
Demokratische Bauern- und Arbeiterpartei 中国农工民主党 (农工党)	177.943	2019
Revolutionäres Komitee der Kuomintang 中国国民党革命委员会 (民革)	131.410	2017
Chinesische Volkswohlpartei 中国致公党 (致公党)	40.000	k.a.
Liga für demokratische Selbstverwaltung Taiwans 台湾民主自治同盟 (台盟)	3.000	k.a.
Insgesamt	1.210.703	

Abb. 10: Chinas acht „Blockparteien“.

Quelle: Mitgliederzahlen: Webseiten der entsprechenden Parteien, sofern Jahreszahl vermerkt.

Rechtsprechung im Parteienstaat

Richter und Staatsanwälte sind in der Regel Parteimitglieder. Somit ist die chinesische Justiz ebenfalls keine unabhängige Kraft im Staat. Ein mangelndes Vertrauen der Bevölkerung in die Gerichtsbarkeit hat allerdings viel tiefer reichende Wurzeln. Von der Kaiserzeit ausgehend versteht die Bevölkerung Recht und die Gerichtsbarkeit als Mittel der Strafe. Der Schutz von Rechten ist dahingegen unterentwickelt. Unter Xis Vorgänger Hu Jintao wurde aufgrund des mangelnden Vertrauens in den Rechtsweg auf den Ausbau von Möglichkeiten außergerichtlicher Einigungen gesetzt.

Xi stellte seit 2013 die Zeichen auf den Ausbau der Justiz und deren Professionalisierung.²¹ Lange Zeit waren Gerichtshöfe und Staatsanwaltschaft direkt der Regierung der Stadt/des Kreises oder der Provinz unterstellt. Da Beförderung und Entlohnung damit von den lokalen Parteichefs abhängig waren, wagten es nur wenige Richter und Staatsanwälte, Klagen gegen die Verwaltung entgegenzunehmen oder in diesen Fällen gegen die Lokalregierung zu entscheiden. Xi Jinping hat dieses Dilemma aufgelöst. Im Rahmen seiner Justizreform ist die Aufsichtsfunktion über die Justiz an die jeweils nächsthöhere Regierungsinstanz bzw. auf die Provinzebene verlagert worden. Möglichkeiten für Opfer willkürlichen Verwaltungshandelns gegen Vertreter der Lokalregierung zu klagen und die

Chance, den Prozess zu gewinnen, hat sich hierdurch deutlich verbessert. Die Anzahl an Verwaltungsklagen ist seither deutlich gestiegen. Und dennoch – insbesondere die Eingriffsmöglichkeiten durch den Parteiapparat bleiben enorm. Aufgrund der Parteizugehörigkeit des Personals und im Raum stehender politischer Vorgaben kann der Anspruch der Unabhängigkeit der Gerichte leicht in Zweifel gezogen werden. Ein weiterer Schwerpunkt der Justizreformen unter Xi betraf die Professionalisierung der Arbeit der Gerichte. Deutliche Änderungen zeigen sich insbesondere bei der Personalpolitik. Bereits seit längerem hatte die chinesische Führung darauf geachtet, geeignete Juristen zu rekrutieren und war von der Praxis abgekommen, demilitarisierte Offiziere als Richter einzusetzen. Dennoch wenden sich viele hochqualifizierte Juristen lieber privaten Anwaltskanzleien zu, denn die Bezahlung ist weit besser und die Arbeitslast weniger drückend.

Das deutsche Recht besitzt in China wie auch in anderen ostasiatischen Ländern Vorbildcharakter. Zu den hochrangigsten institutionalisierten Plattformen zum Austausch über rechtliche Normen gilt der deutsch-chinesische Rechtsstaatsdialog, der im Jahr 2000 eingerichtet wurde. Der Titel kann dennoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es weiterhin deutliche Defizite gibt und es noch ein weiter Weg hin zu Rechtsstaatlichkeit ist.

Während Xi „Rechtsherrschaft“ betont und zu forcieren sucht,²² ist insbesondere die mangelnde Unabhängigkeit der Gerichte ein Hauptmerkmal in China, was rechtsstaatlich bedenklich ist. Auch seine großangelegte Anti-Korruptions-Kampagne, in deren Rahmen die Disziplinarkommissionen der KPC bereits mehr als eine Million Parteimitglieder untersucht haben, läuft dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit zuwider. Ohne Beteiligung der Staatsanwaltschaft können die Disziplinarkommissionen Verdächtige auf unbestimmte Zeit festsetzen und befragen. Familienangehörige haben in dieser Zeit keinen Zugang zu den Personen. Nur in einer geringen Anzahl der Fälle werden die Verdächtigen später der Staatsanwaltschaft übergeben. Besonders problematisch erscheint diese Verfahrenspraxis vor dem Hintergrund von zahlreichen Berichten, die ein Zeugnis von Zwangsgeständnissen unter Folter ablegen.

Mit der Verfassungsänderung 2018 wurde zudem eine neue Gewalt etabliert. Die Nationale Aufsichtskommission hat kurz darauf ihre Arbeit aufgenommen. Als staatliches Organ, das jedoch direkt mit der Disziplinarkontrollkommission der KPC verbunden ist, dehnt sie seither die Anti-Korruptions-Kampagne aus. Denn sie hat auch Zugriffsrechte auf Nicht-Parteimitglieder.

Änderungen unter Xi Jinping: Der Mann für eine neue Ära

Die Vergleiche des Partei- und Staatschefs Xi Jinping mit Mao Tse-tung, dem großen Vorsitzenden der KPC der ersten drei Dekaden der Volksrepublik China, sind an vielen Stellen fehl am Platz. Denn Mao Tse-tung zeichnete sich in seiner Herangehensweise durch das tiefe Misstrauen gegenüber dem Beamtenapparat und festgeschriebenen Gesetzen aus. Xi macht sich Gesetze und Prozesse zu Nutze. Er nutzt die Machtkonsolidierung in der Parteizentrale der KPC und in seiner Person, um bestehende Gesetze

des Staates und etablierte Normen der Partei anzupassen. U. a. hat er mit der Tradition gebrochen, nach seiner ersten Amtszeit als Staats- und Parteichef einen Nachfolger vorzustellen. Im Rahmen einer Verfassungsänderung entfiel zudem 2018 die Beschränkung auf zwei Amtszeiten für das Präsidentenamt.

Amtsmüde scheint Xi auch zum Ende seiner zweiten Amtszeit nicht zu werden. Führungsstil und Sichtbarkeit im politischen Tagesgeschäft setzen sich deutlich von seinem unmittelbaren Vorgänger im Amte ab. Hu Jintao galt beispielsweise als eher schwacher und farbloser Generalsekretär. Xi verkörpert dahingegen eine Vision für China, die im Einklang mit den langfristigen Plänen der KPC steht. Xis präsidiales Auftreten und seine Machtfülle sind daher kein Selbstzweck. Sie haben die breite Unterstützung in Spitze und Basis der Partei. Dies selbst trotz oder gerade wegen seiner Anti-Korruptions-Kampagne. Ohne Zweifel hat er sich durch diese auch Feinde gemacht, aber der Großteil der Partei steht hinter der Kampagne und erkennt die Notwendigkeit dieser Maßnahmen an. Denn es geht um das Ansehen der Partei in der Bevölkerung.

Zum Anlass des 19. Parteitags hat Xi in seiner Rede deutlich gemacht, dass das Land in eine neue Ära eintritt, an deren Ende China eine neue Großmachtposition und gleichzeitig internationale Anziehungsfähigkeit besitzt.

Nicht allein seine Person, sondern die Parteizentrale als solches hat viele Kompetenzen an sich gezogen und in diesem Zusammenhang den Staatsapparat nahezu völlig entmachtet. Gerade durch diese Machtkonzentration konnten bislang undenkbar Projekte angepackt werden, wie beispielsweise die Anti-Korruptions-Kampagne oder landesweite Justizreformen, die nicht zuletzt auch der Bevölkerung deutlich zugutegekommen sind. Darüber hinaus ist die Arbeit der Regierung und selbst der Partei deutlich transparenter geworden. Dies hat allerdings auch verdeutlicht, dass die Partei in der Tat alle Entscheidungen in der Hand hält und das politische System gänzlich dominiert. Gewaltenteilung oder gar Reformen in Richtung einer mehr liberalen Politik sind in diesem Zusammenhang undenkbar. Aber dies stand für die leninistisch aufgebaute Kaderpartei auch nie als Option zur Debatte, auch nicht unter Xis Amtsvorgängern.

Partnerschaft und Rivalität

Die Entwicklungen in der chinesischen Innenpolitik haben teils verborgene, aber dennoch deutliche Auswirkungen auf die Beziehungen mit Ländern wie Deutschland. Unter Xi Jinping hat sich die Präsenz des Landes in allen Erdteilen deutlich ausgeweitet. Xi selbst ist als Anführer einer der bedeutendsten Wirtschaftsmächte viel präsenter auf der Weltbühne als noch seine beiden Vorgänger. In bilateralen Beziehungen, aber auch auf dem internationalen Parkett tritt China in unterschiedlichen Rollen auf – mal als Partner, mal als Rivale. Wie sich dies ausgestaltet, zeigt sich an vier ausgewählten Punkten.

Werbung für das eigene Entwicklungsmodell: Versteckter Systemwettbewerb

China ist mittlerweile auf allen Kontinenten als Handelspartner und Investor präsent. Auch das Engagement Chinas beim Aus- und Aufbau von Infrastruktur in Entwicklungsländern wächst. Die Not in der Welt ist groß und die Zahl und der Umfang der Programme und Mittel für Entwicklungsförderung sind begrenzt. Viele Industrienationen fahren ihr Engagement zudem zurück. Bei der Durchführung und Förderung von Projekten legt China allerdings gänzlich andere Maßstäbe fest als die traditionellen, westlichen Entwicklungspartner. Kriterien wie Verbesserung der guten Regierungsführung, Nachhaltigkeit oder Transparenz werden nur selten in Betracht gezogen. Stattdessen wirbt man mit dem eigenen Entwicklungsmodell und der Haltung, sich nicht in nationale politische Angelegenheiten einzumischen. Hierdurch unterstützt China vielerorts nicht demokratische Führer von Ländern und Regionen, die die Offerten aus China nur allzu gerne positiv beantworten.

Internationale Kriminalitätsbekämpfung: „Grenzenlose“ Anti-Korruptions-Kampagne

Die Globalisierung beflügelt nicht nur Handel und Reiseaktivitäten von Einzelpersonen, sie befeuert auch die grenzübergreifende Kriminalität. China hat sich hier als Partner angeboten. 2016 trat mit Meng Hongwei erstmalig ein Chinese an die Spitze der Organisation. Im September 2017 hatte Xi Jinping persönlich der internationalen Polizeibehörde (Internationale kriminalpolizeiliche Organisation) Interpol die volle Unterstützung seines Landes ausgesprochen und die Förderung von Kapazitäten in Entwicklungsländern in Aussicht gestellt. So willkommen die Zusammenarbeit mit China ist, so ist sie doch mit einiger Vorsicht zu genießen. China erwartet im Gegenzug auch die Auslieferung von Verdächtigen, die im Rahmen der Anti-Korruptions-Kampagne gesucht werden. Auslieferungen sind aber häufig brisant, da den Verdächtigen in China die Todesstrafe drohen könnte. Weitere Zweifel säte die unerwartete Inhaftierung Mengs während eines Besuches in China 2018. China ließ die Welt und Interpol lange im Unklaren über die

Hintergründe der Verhaftung. Erst Anfang 2020 verhängte ein chinesisches Gericht eine Haftstrafe wegen Korruption über 13 Jahre und sechs Monate.²³

Innere Sicherheit und Terrorbekämpfung

Innere Sicherheit und Terrorbekämpfung sind eine allgegenwärtige Herausforderung. Die chinesische Regierung setzt hierbei auf technische Neuerungen, um eine umfassende Überwachung zu gewährleisten. Kameraüberwachung wird ausgebaut sowie die Fähigkeiten, elektronische Kommunikation zu kontrollieren. China könnte bei der Entwicklung von neuen Technologien und der Vernetzung von Datenbanken einen wichtigen Beitrag leisten. Gleichzeitig steht allerdings die Frage im Raum, ob durch die Einbringung der Expertise von deutschen und europäischen Partnern, nicht ein Beitrag zum Ausbau der Kontrolle der gesamten chinesischen Bevölkerung und der Aufbau eines umfassenden Überwachungsstaates unterstützt wird.

Umwelt: politische Forderung aus der Gesellschaft heraus

China hat für seinen wirtschaftlichen Aufstieg einen hohen Preis bezahlt. Viele Flüsse, Böden und die Luft in den Städten sind verschmutzt. Der Ausstoß von Kohlenstoffdioxid (CO₂) hat deutliche Auswirkungen auf das Weltklima. Hinsichtlich des weltweiten Ausstoßes entfällt beinahe ein Drittel auf China. Nach dem Ausstieg der USA aus verschiedenen internationalen Verträgen zum Klimaschutz unter Präsident Trump gehörte China zwischenzeitlich für Deutschland und andere europäische Staaten zum wichtigsten Partner in der Klimaallianz. Unter Präsident Biden sind die USA jedoch schnell als Akteur in Klimafragen zurückgekehrt. Die kommunistische Führung erkennt die Fakten des Klimawandels an und die Führung möchte nach eigenen Aussagen alles tun, um einen Beitrag zu leisten, den CO₂-Ausstoß zu verringern. Hierzu gehört die Forschung, aber auch die teure Aufrüstung mit nachhaltigen Energieträgern und eine strikte Ahndung von Fehlverhalten von Unternehmen. Im September 2020 hat Xi Jinping angekündigt, dass China bis 2060 klimaneutral sein werde. Angesichts der weiterhin hohen Abhängigkeit von Kohle als Energielieferant ist dies ein ambitioniertes Ziel.

Zentral für Chinas Ambitionen in diesem Feld und die Glaubwürdigkeit wird zudem sein, ob die Führung bereit ist, hier auch mit den USA jenseits von Großmachtrivalitäten zu kooperieren. John Kerry, der Klimabeauftragte der USA, unternahm im April 2021 u. a. eine Reise nach China, um die Gesprächs- und Kooperationsbereitschaft zu eruieren. Nahezu zeitgleich hielten auf Wunsch Pekings Merkel, Macron und Xi Jinping ein virtuelles Dreiergespräch zu Klimafragen ab.

Pragmatische Zwangsehe mit Happy End?

Das Aufrechterhalten der engen politischen Kooperation trotz weiter auseinanderdriftender Vorstellungen von Ordnungsmustern und politischen Systemen ist und bleibt eine Herausforderung an und für sich. Angesichts der globalen Probleme ist eine kon-

strukture Kooperation mit China mehr denn je geboten. Denn insbesondere im Bereich des Umweltschutzes kann China vieles leisten, was nicht zuletzt den Menschen in Europa zugutekommt. Eine geringere Emission von Treibhausgasen ist nur ein Beispiel. Gleichzeitig kann die Kooperation als Plattform dienen, in mehr mit Konflikt beladenen Bereichen einen Austausch und womöglich einen Konsens zu erwirken. Von Grundüberzeugungen und -werten sollte die deutsche und europäische Seite hier jedoch zu keiner Zeit abrücken. Hierzu gehören der Schutz und die Freiräume für gesellschaftliche Gruppierungen, die sich für unterschiedliche Anliegen, wie Umweltschutz, Daten- oder Produktsicherheit einsetzen. Denn auch in europäischen Ländern hat sich gezeigt, wie wichtig die Garantie dieser Freiräume ist, um sicherzustellen, dass nicht nur die Regierung, sondern verschiedene gesellschaftliche Akteure einen Beitrag leisten können, Probleme zeitnah zu erkennen und Lösungsansätze auszuarbeiten.

China in der neuen Ära des Aufbaus des Sozialismus

Unter Xi Jinping sind wichtige Entscheidungskompetenzen an der Spitze des Partei- und Staatsapparates konzentriert worden. Diese trifft autoritative Richtungsentscheidungen. Aus der Geschichte Chinas und anderer Länder lässt sich ableiten, dass ein Faktor stets zu Effizienzverlusten oder gar dem Niedergang von zentral gelenkten politischen Systemen führte: der Mangel an akkuraten und zuverlässigen Informationen. Denn wieviel Entscheidungsmacht ein Gremium an der Spitze eines Landes auch innehat, hinsichtlich der Umsetzung von Entscheidungen und der konkreten Lösung von Problemen ist sie weiterhin auf Akteure auf den unteren Regierungsebenen angewiesen. Die Staatsbediensteten, die vor Ort in Städten oder Dörfern direkt im Austausch mit Firmen und Bürgern stehen, kennen die eigentlichen Probleme und Wirkungszusammenhänge aus eigener Erfahrung. Damit die Spitze des Systems ein akkurates Bild von der eigentlichen Problemsituation machen und Lösungsansätze entwickeln kann, ist sie auf zuverlässige Informationen aus allen Landesteilen angewiesen. Gleichzeitig muss sie in der Lage sein, diese zu verarbeiten und aus Analyseergebnissen die richtigen Schlüsse zu ziehen. Bei einem Land mit einer Bevölkerung von 1,41 Milliarden Menschen und mehr als 3.000 Kreisen scheint diese Aufgabe unlösbar.

Xi und sein engster Zirkel an Vertrauten präsentieren sich dennoch zuversichtlich. Sie setzen auf die Fortschritte der Technologie, um stets umfassend informiert zu sein. Sie fürchten neueste Entwicklungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie nicht. Ganz im Gegenteil, sie nutzen gezielt die Möglichkeiten, die diese bieten. Die Regierung richtet Zentren ein, um Big Data zu speichern und zu analysieren. Der Partei- und Staatsapparat macht von diesen Möglichkeiten vollen Gebrauch. Die Einrichtung des sozialen Bonitätssystems ist ein Prestigeprojekt in dieser Hinsicht. Es könnte sich als Meilenstein des Regierens und Kontrollierens der eigenen Bevölkerung erweisen und von Regierungen in autoritär geführten Ländern aufgegriffen werden.²⁴

Denn in die Bewertung sollen zukünftig umfassende Informationen über Einzelpersonen und Organisationen einfließen. Das Prinzip ist ähnlich dem der Schufa-Auskunft, die in Deutschland einen Wert über die Kreditwürdigkeit von Personen errechnet. Allerdings sind die gesammelten Daten weitaus umfangreicher. Dasselbe trifft auch auf die potenziellen Folgen zu. In den Wert für die soziale Bonität sollen in China neben persönlichen Daten und Informationen zu finanziellen Transaktionen beispielsweise auch Verkehrsdelikte, Daten zu Konsum und Freundeskreis sowie Aussagen in sozialen Medien Eingang finden. Der final vom System bestimmte Wert könnte durchaus schwerwiegendere Folgen nach sich ziehen als die Absage eines Kredits durch eine Bank oder den Abschluss eines Mobilfunkvertrags. Er könnte Karrierewege verbauen oder gar eine Verhaftung rechtfertigen. Vieles mag noch Zukunftsmusik sein, doch die Vision eines Regierens auf der Basis von Big Data ist bereits fest verankert. In Anbetracht dieser Entwicklungen: wohin könnte sich China in den nächsten Jahren innenpolitisch entwickeln und welche Botschaft würde dies an die Welt senden?

Anhaltender Erfolg und Vorbildcharakter

Die Kombination von Errungenschaften der Digitalisierung mit einem politischen System, in dem autoritäre Tendenzen zunehmen, könnte sich als langfristig leistungsfähig erweisen. Die Voraussetzung ist, dass die Messung von Präferenzen die Problemlösungsfähigkeit der Regierung stärkt und deren Angebote an Dienstleistungen verbessert. Sofern die Bevölkerung profitiert, könnte es eine Lösung zu beiderseitigem Nutzen sein. Durch die Loslösung von politischer Ideologie könnte sich das chinesische Modell des „digitalen Leninismus“ auch als Exportschlager für andere Länder erweisen, die eine straff organisierte Verwaltung und effiziente Bereitstellung von öffentlichen Gütern anstreben. Denn es gibt zahlreiche Länder, deren politische Eliten Modernisierung anstreben, gleichzeitig der Bevölkerung keine Ausweitung von Mitspracherechten zugestehen wollen. Vor diesem Hintergrund nutzt die chinesische Führung die Erfolge bei der Bekämpfung und Eindämmung der Corona-Epidemie im eigenen Land im In- und Ausland als Aushängeschild für die Leistungsfähigkeit des eigenen Systems.

Langsamer Niedergang oder Krisenmoment

Menschen sind keine Maschinen und selbst Letztere sind fehleranfällig. Neben dem datenbasierten Regieren werden weiterhin Menschen in der Funktion als Vermittler, Wahrer und Entscheider auftreten. Bereits jetzt zeigt die Machtkonzentration unter Xi, dass sie das Engagement von Millionen von Partei- und Staatsangestellten landesweit lähmt. Langfristig könnte dies die Anpassungsfähigkeit des Systems im Kern angreifen. Und gerade diese Anpassungsfähigkeit hat das chinesische Wirtschaftswunder und den Aufstieg in den letzten drei Dekaden überhaupt erst möglich gemacht. Krisen, die nur wenig vorhersehbar sind und von außen auf das System treffen, könnten dieses vor unüberwindbare Probleme stellen. Beispiele sind Kriege in den Nachbarländern oder ein deutlicher Einbruch des Welthandels.

Der Ruf nach mehr Mitbestimmung könnte genau dann entfacht werden, wenn die Partei keine erfolgreichen Lösungen mehr zu präsentieren vermag. Ein Übergang zu einem liberalen, pluralistischen Modell der Politik wäre aber auch dann nicht notwendigerweise die einzige Alternative. China könnte sich beispielsweise in eine Oligarchie ähnlich der im heutigen Russland entwickeln.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Amnesty International (2021): China 2020. <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/china-2020>
- Caixin Global (2014): Interactive Graphic: Zhou's Power Base. 29. Juli 2014. <https://www.caixinglobal.com/2014-07-29/101052798.html>
- Chen, George G. & Stepan, Matthias (2017): Activating the National People's Congress - Law making on Behalf of the Party Center. MERICS China Monitor, 37. https://www.merics.org/fileadmin/user_upload/downloads/China-Monitor/China_Monitor_No_37_National_People_s_Congress_EN.pdf
- China.org (2014): Communiqué of the 4th Plenary Session of the 18th Central Committee of CPC. http://www.china.org.cn/china/fourth_plenary_session/2014-12/02/content_34208801.htm
- Choi, Chi-yuk (2016): Behind the NPC vote-buying scandal: how Beijing went on the warpath after its preferred candidates lost. South China Morning Post, 04. Oktober 2016. <http://www.scmp.com/news/china/policies-politics/article/2024604/behind-npc-vote-buying-scandal-how-beijing-went-warpath>
- Fukuyama, Francis (2006): The end of history and the last man. London, New York, Toronto, Sydney.
- Gov.cn / Chinesische Regierungswebseite (2020): 91,9 Millionen Parteimitglieder und 4,6 Millionen Basisparteiorganisationen (党员9191.4万名 基层党组织468.1万个) http://www.gov.cn/xinwen/2020-06/30/content_5522999.htm
- Heilmann, Sebastian & Perry, Elizabeth J. (Hrsg.) (2011): Mao's invisible hand: the political foundations of adaptive governance in China. Cambridge, Mass: Harvard University Asia Center: Distributed by Harvard University Press.
- Heilmann, Sebastian & Stepan, Matthias (Hrsg.) (2016): China's core executive: Leadership styles, structures and processes under Xi Jinping. MERICS Papers on China, No. 1. www.merics.org/de/merics-analysen/papers-on-china/chinas-core-executive-leadership-styles-structures-and-processes-under-xi-jinping/
- Heilmann, Sebastian et al. (2014): Chinas Justizreformen nehmen Gestalt an. MERICS China Monitor, 7. https://www.merics.org/fileadmin/templates/download/china-monitor/China_Monitor_No_7.pdf
- Heilmann, Sebastian et al. (2016): Partei und Staat. In: Heilmann, Sebastian (Hrsg.) Das Politische System der Volksrepublik China. Wiesbaden, 3. Auflage. S. 27–139.
- Joseph, William A. (1986): A tragedy of good intentions: post-Mao views of the Great Leap Forward. Modern China, 12(4), pp. 419–457.

- Landwehr, Andrea & Petring, Jörn (2017): Xi Jinping träumt von China als Weltmacht. dpa 18. Oktober 2017. http://www.swp.de/ulm/nachrichten/politik/xi-jinping-warnt-partei-vor-ernsten-herausforderungen_-15903783.html
- Meissner, Mirjam (2017): Chinas gesellschaftliches Bonitätssystem. MERICS China Monitor, 39. <https://www.merics.org/merics-analysen/china-monitor/merics-china-monitor-nr-39/>
- Offcn (2019a): Nahezu 1,4 Millionen Personen haben sich für die Nationale Beamtenprüfung 2020 angemeldet (2020 guokao jin 140 wanren baoming 2020 国考近140万人报名). <http://www.offcn.com/gjgwy/2019/1024/58562.html>
- Offcn (2019b): Die Frist für die Online-Registrierung 2020 für die Einstellung in Behörden der Zentralregierung und ihnen direkt nachgeordneten Einrichtungen endet (Zhongyang jiguan jiqi zhishu jigou gongwuyuan zhaokao wangshang baoming he zige shencha gongzuo jieshu 2020 中央机关及其直属机构公务员招考网上报名和资格审查工作结束). <http://www.offcn.com/gjgwy/2019/1028/58594.html>
- Schier, Peter et al. (1993): Studentenprotest und Repression in China, April-Juni 1989. 3. erw. Aufl. Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg 223. Hamburg: Institut für Asienkunde.
- Senger, Harro von (2002): Strategeme. Lebens- und Überlebenslisten aus drei Jahrtausenden. 2 Bände. 2. Aufl. Bern.
- Shih, Lea (2017): Zentralisierte Führung – Heterogene Parteibasis. MERICS China Monitor, 40. https://www.merics.org/fileadmin/templates/download/china-monitor/Merics_China-Monitor_KPC-2016_Screen.pdf
- Sohu (2017): Fünf Jahre im Vergleich. Abstimmungsergebnisse des Nationalen Volkskongresses. 15. März 2017. (5 Nian duibi | quanguo renda bimu hui biaojuetou piao qingkuang 5年对比 | 全国人大闭幕会表决投票情况) <http://m.sohu.com/n/483412103/>
- Stepan, Matthias & Alsabah, Nabil (2017): Die Partei auf Linie bringen – 19. Parteitag der KPC wird Xi Jinping stärken – und die Entwicklungsoptionen Chinas einengen. MERICS China Monitor Nr.41. <https://www.merics.org/de/merics-analysen/china-monitor/merics-china-monitor-nr-41/>
- Stepan, Matthias (2018): Xi Jinping: Porträt des Mannes an der Spitze von Partei und Staat. In: Bundeszentrale für Politische Bildung: Länderheft Volksrepublik China, 2018.
- Stepan, Matthias & Muscat, Sabine (2018): In Xi's China, the Party Morphs into the State. MERICS Blog, 7 March. <https://www.merics.org/index.php/en/blog/xis-china-party-morphs-state>
- Stepan, Matthias & Duckett, Jane (2018): Serve the People: Innovation and IT in China's Social Development Agenda. MERICS Papers on China Nr. 6. https://merics.org/sites/default/files/2020-04/MPOC_06_Serve_the_people_Web.pdf
- Stepan, Matthias et al. (2016): Building the New Socialist Countryside: Tracking Public Policy and Public Opinion Changes in China. The China Quarterly, 226, pp. 456–476.
- Stockmann, Daniela (2016): Taming Online Media Platforms – The Art of Information Control in China. MERICS Web-Spezial (März 2016). <https://www.merics.org/de/merics-analysen/archiv/dossierweb-spezial/taming-online-media-platforms/>
- Tagesschau (2020): Ex-Interpol-Chef in China verurteilt. <https://www.tagesschau.de/ausland/interpol-chef-urteil-china-101.html>

- The Guardian (2016): Chinese court jails former presidential aide Ling Jihua for life. 4 Juli 2016. <https://www.theguardian.com/world/2016/jul/04/chinese-court-jails-former-presidential-aide-ling-jihua-for-life>
- WHO – World Health Organisation (2016): Healthy China 2030 (from vision to action). <http://www.who.int/healthpromotion/conferences/9gchp/healthy-china/en/>
- Wübbecke, Jost et al. (2016): Made in China 2025 – The making of a high-tech superpower and consequences for industrial countries. MERICS Papers on China, No. 2. <https://www.merics.org/merics-analysen/papers-on-china/made-in-china-2025/>. Link zur englischen Übersetzung des Volltextes des Regierungsdokuments: <https://community.iotone.com/t/report-made-in-china-2025-the-10-year-industrial-iot-roadmap-in-china/109>
- Yang, Fengchun (2014): Das gegenwärtige politische System Chinas (Dangdai zhongguo zhengzhi zhidu, 当代中国政治制度). Peking: Zhongguo renmin daxue chubanshe.
- Zentrale Organisationsabteilung der KPC (2020). Statistisches Bulletin der KPC 2019 (2019 nián zhōngguó gòngchǎndǎng dǎng nèi tǒngjì gōngbào 2019年中国共产党党内统计公报). <http://www.12371.cn/2020/06/30/ART11593514894217396.shtml> (weiterführende Links zu Daten der Vorjahre).

Links zu Online-Ressourcen

- Chinas Recht. Kommentierte Übersetzungen aus dem Recht der Volksrepublik China. <http://www.chinas-recht.de/>
- Homepage des Chinesischen Staatsrates in englischer Sprache <http://english.gov.cn/>
- Statistik der VRC: statistische Jahrbücher in englischer Sprache. <http://www.stats.gov.cn/english/Statisticaldata/AnnualData/>

Endnoten

- 1 Vgl. Fukuyama 2006.
- 2 Vgl. Amnesty International 2021.
- 3 Vgl. Stockmann 2016.
- 4 Vgl. Gov.cn 2020.
- 5 Vgl. Heilmann et al. 2016: S. 29.
- 6 Vgl. Schier et al. 1993.
- 7 Vgl. Stepan, Han, Reeskens 2016.
- 8 Vgl. Caixin Global 2014.
- 9 Vgl. The Guardian 2016.
- 10 Vgl. Landwehr & Petring 2017.
- 11 Vgl. Stepan & Alsabah 2017.
- 12 Vgl. Heilmann et al. 2016, S. 100.

- 13 Vgl. Stepan 2017.
- 14 Vgl. Wübbeke et al. 2016
- 15 WHO 2016, Stepan & Duckett 2018.
- 16 Vgl. Stepan & Muscat 2018.
- 17 Vgl. Heilmann & Perry 2011.
- 18 Vgl. Joseph 1986.
- 19 Vgl. Chen & Stepan 2017.
- 20 Vgl. Choi 2016.
- 21 Vgl. Heilmann et al. 2014.
- 22 Vgl. Im Kommuniqué der 4. Plenarsitzung des 18. Zentralkomitees der KPC wird diesem Anliegen explizit Ausdruck verliehen, für den Volltext siehe China.org 2014.
- 23 Vgl. Tagesschau 2020.
- 24 Vgl. Meissner 2017.

Kristin Shi-Kupfer

**Gesellschaft in der
Volksrepublik China**

Einleitung

China ist ein Mosaik, in seiner Vielfalt und in seinen Brüchen vergleichbar mit Europa. Mit Beginn der Reform- und Öffnungsperiode 1978 verringerte die Parteiführung das Ausmaß ihrer Kontrolle über das Gesellschafts- und Privatleben der Bevölkerung. Sie öffnete Kanäle für den internationalen Austausch von Waren und Ideen, um die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben.

Lebensformen, Konsumgewohnheiten und Wertvorstellungen sind in den darauffolgenden drei Jahrzehnten pluralistischer geworden. Neue Technologien und soziale Medien ermöglichen neue Formen der Information, Kommunikation und der Meinungsbildung.

Für hunderte Millionen von Chinesen hat das Wirtschaftswachstum Chancen für die Verbesserung des Lebensstandards und des sozialen Aufstiegs geschaffen. Aber die Ungleichheiten und Bruchlinien innerhalb der chinesischen Gesellschaft sind ebenfalls deutlicher zu Tage getreten: Das Einkommensgefälle zwischen Stadt und Land sowie den Küsten- und Binnenregionen ist enorm. Erstmals hat sich diese Schere 2016 wieder verschärft. Sowohl die Überalterung als auch der Männer-Überschuss belasten die soziale Entwicklung. Lebenswelten weisen große Unterschiede auf: Kosmopolitische chinesische Start-up-Unternehmer fühlen sich ihren Pendanten in den USA näher als chinesischen Angestellten eines Staatsunternehmens.

Partei- und Staatschef Xi Jinping hat sich zum Ziel gesetzt, manche dieser Ungleichheiten zu beseitigen. Wie geplant konnte er Anfang 2021 verkünden, dass nun keine Menschen mehr in absoluter Armut leben – allerdings nur nach der absoluten Untergrenze von rund 1,90 US-Dollar pro Tag der Weltbank. Nach ihrer Definition für Länder mit niedrigem mittlerem Einkommen (rund 5 US-Dollar pro Tag), zu denen China gehört, leben noch immer rund 370 Millionen Chinesen unter der Armutsgrenze.

Mit rigiden Zensurmaßnahmen, ideologischer Mobilisierung an Universitäten und Schulen sowie einem zunehmend allgegenwärtigeren digitalen Überwachungssystem mit Hilfe von Kameras im öffentlichen Raum, Auslesung von Handydaten – insbesondere im Zuge der COVID-19-Pandemie vorangetrieben – zielt die chinesische Regierung auf Gleichschaltung und umfassende Kontrolle. Das sogenannte soziale Bonitätssystem, eine Art Bewertungssystem, soll Unternehmen wie Bürger zu loyalen und gesetzestreuen Untertanen erziehen. Für positives Verhalten, z.B. patriotische Äußerungen oder pünktliches Bezahlen wird man belohnt. Wer die Verkehrsregeln bricht oder aus Sicht der Cyber-Behörden unliebsame politische Inhalte postet, muss mit Sanktionen rechnen. Persönliche Daten von Verkehrssündern werden dabei sogar öffentlich an Kreuzungen auf große Bildschirme projiziert – zur Abschreckung. Dies wäre bei uns in Deutschland aufgrund der strengen Auflagen zum Datenschutz und erwartbarer massiver Proteste von Parteien und Bevölkerung nicht möglich.

In diesem Kapitel soll dieses Mosaik der chinesischen Gesellschaft genauer betrachtet werden. Im ersten Teil stehen die Bruchlinien, soziale Gruppen, Lebensstile und poten-

zielle (stabilisierende und) destabilisierende Faktoren im Mittelpunkt. Wie wir hier in Deutschland und Europa mit einer solchen Gesellschaft umgehen können, welche Herausforderungen und Chancen sich bieten, steht im Fokus des zweiten Teils.¹

Chinas Gesellschaft ist mehr Vielfalt als Einheit

Zentrale Bruchlinien: Zwischen Überalterung und Ungleichheit

Die Spannung zwischen den Erwartungen der Menschen nach wachsendem Wohlstand und besserer Lebensqualität (z.B. sauberer Luft oder sicheren Nahrungsmitteln) auf der einen und Chinas ungleicher Entwicklung (z.B. in puncto Einkommensgefälle oder auch Ressourcenverbrauch) auf der anderen Seite hat Partei- und Staatschef Xi Jinping als „neuen Hauptwiderspruch“, sprich als zentrale Herausforderung für die Kommunistische Partei Chinas (KPC) benannt. Bei einem so großen Land wie der Volksrepublik sind Ungleichheiten nicht überraschend.

Jedoch ist der Umgang mit diesen für die KPC besonders brisant: Ein wesentlicher Teil ihrer Legitimität beruht auf dem Versprechen, wachsenden Wohlstand für alle zu schaffen und sich den schwachen Bevölkerungsgruppen besonders anzunehmen.

Jedoch nimmt die Parteiführung besondere Rücksicht auf diejenigen Gruppierungen, die neben den eigenen Kadern zentral für die Unterstützung ihrer Herrschaft sind: die urbane Mittelschicht sowie reiche Familien, die wesentliche Teile der Wirtschaft mitlenken.

Zudem kämpft die jetzige chinesische Führung mit selbst gemachten Ungleichheiten.

Ein klassisches Beispiel ist die erst 2015 gelockerte Ein-Kind-Politik mit ihren rigiden, rein quantitativen Vorgaben. Auch wenn sie nach Einschätzung verschiedener Experten einen gewissen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung Chinas geleistet hat, sie hat sich auch neue Probleme geschaffen: die Überalterung der Gesellschaft, das Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen, Herausforderungen in Bezug auf soziale Sicherungssysteme sowie Ungleichheiten in der Einkommensentwicklung.

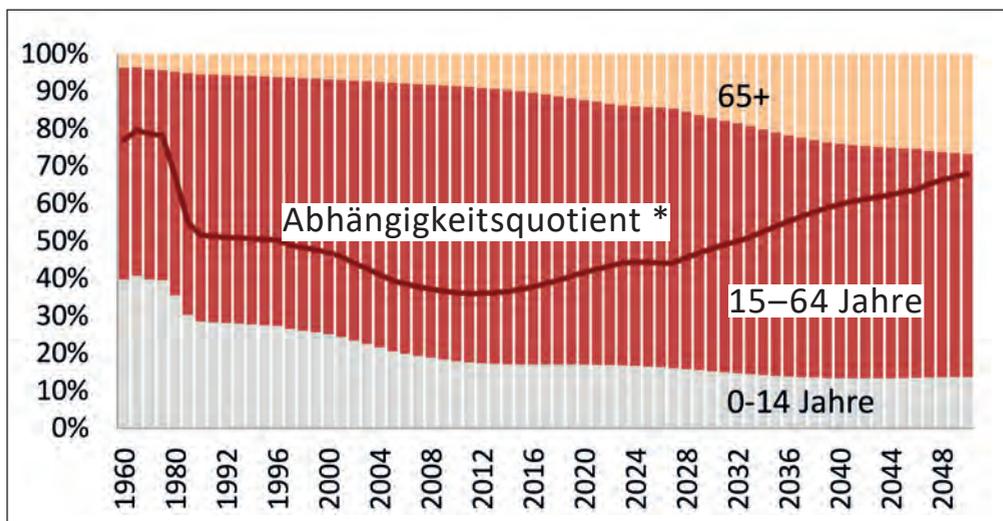
Zwei-Kind-Politik gegen eine alternde Gesellschaft

Die Ende der 1970er Jahre eingeführte und auch in China durchaus umstrittene Politik der strikten Geburtenkontrolle ist nach gradueller Lockerung Ende 2015 durch eine Zwei-Kind-Politik ersetzt worden. Bis dato jedoch nicht mit der von Seiten der Regierung erhofften Wirkung: Die Behörden rechneten 2016 bereits mit rund 3 Millionen Neugeborenen mehr, tatsächlich kamen jedoch nur 1,31 Millionen Babys mehr auf die Welt als im Vergleich zum Vorjahr (insgesamt 17,86 Millionen, davon waren knapp die

Hälfte „Zweitgeborene“). 2020 sank die Geburtenrate im Vergleich zu 2019 um 15 Prozent, die Hoffnung auf einen durch die im Zuge der COVID-19-Pandemie verhängten Lockdown-Maßnahmen verursachten Baby-Boom blieb aus.

Laut Umfragen der staatlichen Kommission für Gesundheit und Familienplanung zögern rund 75 Prozent der befragten Familien mit der Entscheidung für ein zweites Kind. Als Gründe nennen sie zum einen die hohen Bildungskosten, zum anderen führen sie unzureichende Betreuungsmöglichkeiten an. Und generell sei insbesondere ein zweites Kind einfach sehr anstrengend.²

Eine weitere Folge und Herausforderung der früheren Ein-Kind-Politik ist das Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen. Da insbesondere in ländlichen Gebieten Jungen als Arbeitskraft und Stammhalter bevorzugt waren, wurden viele weibliche Föten abgetrieben oder ausgesetzt. Laut offiziellen Statistiken ist das Geburtenverhältnis zwischen den Geschlechtern mittlerweile ausgeglichener (2015: 113,5 Jungen auf 100 Mädchen; 2019 sogar nur noch 104,5:100; weltweit: 104:100). Es ist für heiratswillige Junggesellen trotzdem nicht leicht, eine Frau an sich zu binden. Insbesondere in den Städten erwarten viele Frauen, dass der Mann eine Wohnung, ein Auto sowie ausreichendes Einkommen für Urlaube und andere Extras besitzt, bevor sie ihn heiraten. Eine solche Denkweise ist Ausdruck einer rasant kommerzialisierten Gesellschaft, wo materielle Werte oftmals als einzig anerkannte und verlässliche Orientierungspunkte gelten. Zudem leben junge Frauen zunehmend auch entweder unverheiratet mit einem Partner oder eine Partnerin zusammen. Single sein und bleiben wird auch zunehmend zu einer bewussten Wahl des eigenen Lebensstils.



*Quotient aus der Anzahl der Menschen, die jünger als 15 und älter als 64 sind, zu der Zahl der arbeitenden Bevölkerung.

Abb. 1: Chinas alternde Gesellschaft.

Quellen: China Statistical Yearbook, U.S. Census International Database (1990–2050).

Wie viele westliche Länder auch steht die chinesische Gesellschaft vor der Aufgabe, die Folge der Überalterung durch neue Versorgungssysteme im Bereich Pflege und Altersversorgung zu meistern. Die Altersgruppe 60 plus ist in den 2010er Jahren vier Mal so schnell gewachsen wie die Durchschnittsbevölkerung. Nach Prognosen der Weltbank sollen 2025 rund 14 Prozent der chinesischen Bevölkerung über 65 Jahre alt sein. Damit gälte China offiziell als eine „gealterte“ Gesellschaft. Während dieser Prozess in den USA 60 Jahre dauerte und in Deutschland 45 Jahre, durchlief China diese Entwicklung in nur 23 Jahren.³

Grundlegend gesichert – doch nicht wirklich sicher

Ein Großteil der chinesischen Bürger ist Anfang des 21. Jahrhunderts rudimentär über staatliche Sozialversicherungsprogramme abgesichert, insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Altersversorgung. Ein großer Teil von Chinas arbeitender Bevölkerung kann sich jedoch im Falle eines Unfalls oder eines plötzlichen Jobverlusts nicht auf staatliche Unterstützung verlassen: Nur ein geringer Teil von Chinas rund 776 Millionen Erwerbstätigen sind gegen solche Risiken versichert.

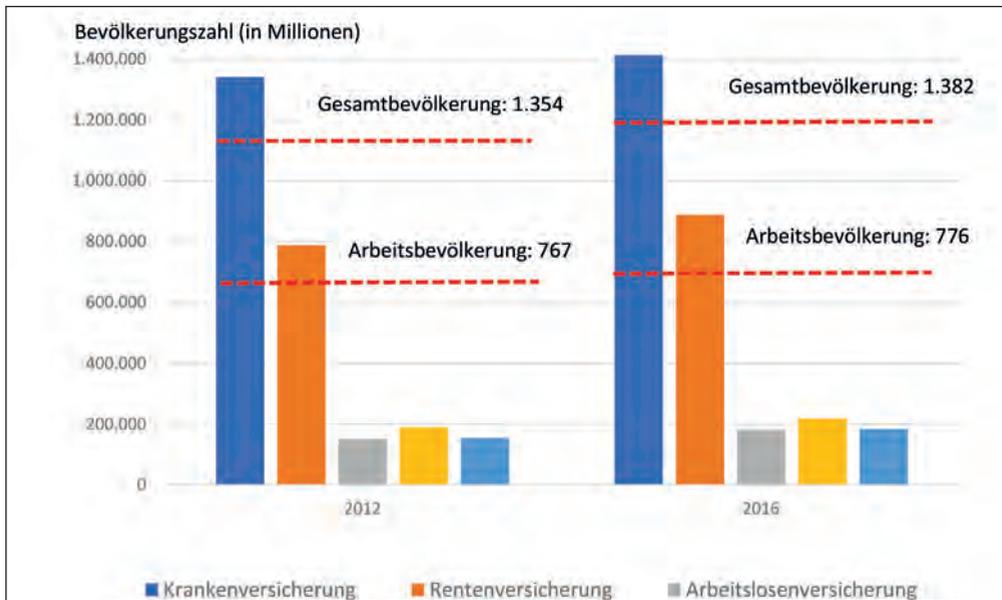


Abb. 2: So ist Chinas Bevölkerung abgesichert.

Quelle: MOHRSS 2016 (<http://www.mohrss.gov.cn/SYRlzyhshbzb/zwgk/szrs/tjgb/201705/W020170531358206938948.pdf>).

Drei zentrale Herausforderungen kennzeichnen Chinas soziales Sicherungssystem.⁴

1. Nachhaltige Finanzierung

Aufgrund der sinkenden Anzahl an aktiven Beitragszahlern (u.a. in Provinzen, die einen hohen Anteil an Wanderarbeitern haben) und der zunehmenden Überalterung sind die Kassen in manchen Regionen notorisch leer. Durch die insgesamt angespannte Haushaltslage in vielen Provinzen tendieren zuständige Beamte dazu, die zweckgebundenen Gelder in vermeintlich profitreiche, aber oft risikobehaftete Investitionsprojekte, wie z. B. Immobilienparks, zu stecken.

2. Übertragbarkeit und Mitnahme von Ansprüchen

Es gibt zahllose Kranken- und Rentenkassen, die von lokalen Regierungen verwaltet werden. Nur selten ist dies eine Einheit der Provinzregierung, meist sind Städte oder Kreise verantwortlich. Da Kranken- und Rentenversicherung sich neben den Beiträgen der Versicherten aus Beiträgen von Arbeitgebern und staatlichen Zuschüssen speisen, haben sich die entsprechenden Lokalregierungen bei der Festlegung der Standards gegen die Mitnahme von Ansprüchen stark gemacht. Nur die Einlagen in den „persönlichen Konten“, in welche die Beiträge der Versicherten fließen, sind demnach bei einem Umzug in eine andere Stadt oder Provinz ohne Weiteres übertragbar. Denn die subnationalen Regierungen haben ein großes Interesse daran, ihre eigenen Zuschüsse und die der im Gebiet ansässigen Unternehmen beim Wegzug von Versicherten nicht zu verlieren.

Auch teilen die lokalen Akteure nur ungerne Informationen zu Einzahlungen von Versicherten. Sie fürchten, dass sie dadurch im Zweifelsfall deutliche finanzielle Einbußen erleiden könnten.

3. Umfang und Höhe von Versicherungsleistungen

Kranke müssen ihre Behandlungskosten oftmals zuerst selbst in bar bezahlen und dann bei der Versicherung einreichen. Zudem deckt die staatliche Krankenversicherung nicht für alle Angestellten kostspieligere Behandlungen wie größere Untersuchungen mit teuren Geräten oder Operationen ab. Oftmals müssen sich insbesondere ärmere Familien die entsprechenden Gelder in der Verwandtschaft leihen. Schwere und langwierige Krankheiten wie Krebsleiden können daher leicht zu einer tiefen Verschuldung ganzer Familien führen. Bürger nutzen zunehmend auch soziale Medien für private Spendenkampagnen.

Weniger arm, aber auch weniger gleich

Neben dem kontinuierlichen Ausbau sozialer Sicherungssysteme hat die chinesische Regierung dank hoher Wirtschaftswachstumsraten sowie gezielter Programme unter Beteiligung internationaler Organisationen die Zahl der in Armut lebenden Bevölkerung beständig reduziert.

Chinas Armutsbekämpfung gilt international – auch im Vergleich mit seinem unmittelbaren Nachbarn Indien – als ein beachtlicher humanitärer Erfolg. Allerdings hat dies eine Kehrseite: die wachsende soziale Ungleichheit. „Früher waren wir zwar alle arm, aber wenigstens gleich“, ist eine weitverbreitete Aussage gerade unter ehemaligen Arbeitern von Staatsbetrieben, die unter Mao Tse-tung als Elite des Landes galten.

Dass die Wohlstandsgewinne so ungleich verteilt sind, liegt zum einen daran, dass Partei- und Staatskader sowie Direktoren von Staatsunternehmen die Möglichkeit hatten, „graue Einkommen“ einzupreisen, indem sie sich z. B. bei der Vergabe von Lizenzen, Zertifikaten oder Dokumenten bestechen ließen. Zum anderen ist es durch eine systematische Benachteiligung von Chinas ländlichen Bewohnern begründet. Mit dem rasanten Aufbau der Industrieproduktion betrachtete die chinesische Regierung mehr und mehr städtische Arbeiter als Kern ihres Entwicklungsmodells. Auch hatte Peking Sorge vor Arbeiterunruhen. Deshalb erhielten städtische Bewohner privilegierten Zugang zu Wohnraum, Nahrungsmitteln sowie Bildung und Gesundheit.

Städtische Durchschnittseinkommen sind in der Regel drei bis viermal so hoch wie auf dem Land. Seit 2006 ist die Schere zwischen Stadt und Land jedoch nicht größer geworden. Der Gini-Koeffizient – er misst die Verteilung der Einkommen zwischen den reichsten und den ärmsten Teilen der Bevölkerung – ist 2016 das erste Mal seit fünf Jahren wieder leicht angestiegen. Die rasante Zunahme an Handys pro Haushalt ist dabei nicht primär ein Zeichen von Wohlstand, da diese vergleichsweise günstig sind und eine Reihe von anderen Gütern ersetzen oder vorgezogen werden.

Region		Netto-Jahreseinkommen pro Kopf (in Chinesischer Renminbi Yuan gerundet)	Anzahl der Geräte pro 100 Haushalte			
			Personal-computer	Waschmaschinen	Mobiltelefone	Klimaanlagen
Shanghai	Stadt	73.615	112,5	96	227	213,4
	Land	33.195	40,0	85,9	203,5	155,6
Henan	Stadt	34.201	64,9	101,3	251,3	182,7
	Land	15.163	30,1	98,5	269,7	103,1
Guizhou	Stadt	34.404	57,2	103,5	287,8	37,2
	Land	10.756	13,5	96,8	298,7	6,0
Tibet	Stadt	37.420	47,3	99,7	213,7	12,9
	Land	12.951	4,6	79,8	258	0,6

Abb. 3: So unterschiedlich lebt es sich in China – jährliches Einkommen und Konsum nach Region.

Quelle: NBS 2020.

Zentrale Gruppen und ihre Lebenswelten

Die sogenannten Kader der Kommunistische Partei sind eine sehr zentrale Gruppe innerhalb des Mosaiks, da sie, je nach Position, die Zukunft des Landes mitentscheiden – die Bezeichnung „Kader“ wird für eine ausgewählte und speziell ausgebildete Gruppe von Menschen in einer meist kommunistischen Organisation verwendet, die bestimmte Positionen und Aufgaben übernehmen. Rund 91,9 Millionen Chinesen sind Mitglieder der KPC, das entspricht über 6,5 Prozent der Bevölkerung, etwa ein Drittel stehen als Kader in Führungspositionen (siehe den Beitrag von Matthias Stepan).

Kader auf mittleren Verwaltungsebenen gelten insbesondere in ländlichen Regionen oftmals als gleichgültig oder sind verhasst. Lokale Kader haben – besonders vor der Anti-Korruptions-Kampagne, angestoßen durch Xi Jinping – ihre Position ausgenutzt, um sich reguläre Dienstleistungen extra bezahlen zu lassen. So führten sie einen entsprechend ausschweifenden Lebensstil und stellten diesen zur Schau.

Vertretern auf höheren Ebenen bringen gerade Menschen in den ländlichen Regionen mehr Vertrauen entgegen. Wenn diese von meinem Unrecht wüssten, würden sie mir helfen, sagten nicht wenige Chinesen und reisten zu Hunderten in die Provinz- oder Landeshauptstadt, um mit einer Petition bei den entsprechenden Behörden bzw. Kadern ihren Fall vorzubringen.

Die unter Xi Jinping angestoßene Anti-Korruptions-Kampagne hat ein Gros der Kader in permanente Unsicherheit gestürzt: ob sie selbst vielleicht eines Tages ins Visier der Disziplinaraufsicht gerieten – und sei es nur als Bauernopfer in einem größeren Skandal – oder der Vorgesetzte. So benutzen nicht wenige einen eigentlich für die unteren Schichten verwendeten kommunistischen Politik-Begriff: „schwache Massen“ (siehe den Beitrag von Matthias Stepan).

Wanderarbeiter: Macher des chinesischen Wirtschaftswachstums

Das rapide Wirtschaftswachstum in der Volksrepublik und die enormen Wohlstandsgewinne der städtischen Eliten wären ohne eine besondere Gruppe nicht möglich gewesen: die sogenannten Wanderarbeiter.

Infobox: Macher des chinesischen Wirtschaftswunders – Chinas Wanderarbeiter im Profil

Zahl: Rund 281,71 Millionen, davon haben 64,9 Prozent keinen offiziellen Arbeitsvertrag

Typische Branchen: Bausektor, Logistik (Kurier, Lager), Reparaturservice

Durchschnittliches Einkommen: 3.275 Renminbi (ca. 423 Euro) pro Monat

Durchschnittliche Arbeitszeit: 25,2 Tage im Monat / 8,7 Stunden pro Tag

Quelle: NBS 2016.

Auf der Suche nach Zusatzeinkommen für ihre Familie verdingten sich Bauern auf dem Bau, am Fließband, als Kellner oder Kindermädchen. Ihr oft prekärer Status in Chinas Städten erklärt sich durch das sogenannte Wohnsitzregistrierungssystem (Hukou-System). Wie auch in Deutschland ist jeder Chinese verpflichtet, sich an seinem Wohnort anzumelden, allerdings unterscheidet die chinesische Regierung zwischen ländlichem und städtischem Wohnsitz. Ist man, wie viele der Wanderarbeiter, auf dem Land registriert, verpachtet einem die lokale Regierung ein Stück Land auf aktuell 60 Jahre. Dieses betrachtet sowohl Peking als auch die Familie selbst als Teil der Alterssicherung. Da es immer mehr gerade auch junge ländliche Bewohner in die Städte zieht, die Landwirtschaft zunehmend industrialisiert und die kleinen Parzellen zu großen Flächen zusammengeschlossen werden, gibt eine wachsende Zahl von Bauern ihr Land entweder temporär oder ganz weiter. Manche werden auch im Zuge von Infrastrukturprojekten „im öffentlichen Interesse“ enteignet, nicht immer mit der gesetzlich vorgesehenen Entschädigung. Kleinere und mittelgroße Städte haben die früheren Zuzugsbeschränkungen für Menschen mit ländlichem Wohnsitz fast komplett abgeschafft. In den beliebten, mit gut bezahlten Jobs verbundenen Metropolen wie Peking, Guangzhou oder Shanghai müssen Wanderarbeiter verschiedene Kriterien erfüllen, u.a. eine bestimmte Einkommenshöhe oder eine bestimmte Anzahl an Beitragsjahren zu den städtischen Versicherungssystemen vorweisen, um ihren Wohnsitz offiziell in diesen Städten anmelden zu können. Der größte Vorteil eines städtischen Wohnsitzes ist der gesicherte Zugang für Kinder zu staatlichen Bildungseinrichtungen.

In der Mitte der chinesischen Gesellschaft finden sich Menschen aus sehr unterschiedlichen Berufsgruppen: Manager von staatlichen Betrieben, Architekten, Rechtsanwälte oder auch IT-Unternehmer. Sie alle sind relativ gut gebildet, haben ein stabiles Einkommen und können etwas Geld auf die hohe Kante legen. Auf Basis solcher Kriterien gehören rund 400 bis 600 Millionen Menschen zu dieser „Mittelschicht“.

Eine wichtige Gruppe innerhalb der Mittelschicht bilden die sogenannten Professionals (职业人). Zu ihnen gehören Rechtsanwälte, Journalisten, IT-Berater, Ärzte, Ingenieure und Wissenschaftler, die aufgrund ihres hohen Bildungsniveaus besondere Ansprüche an Lebensqualität und Berufsethos entwickelt haben. Nach einem Auslandsstudium sind viele von ihnen – oft angelockt durch staatliche Förderprogramme – mit internationalisierten Denkweisen und Erfahrungen nach China zurückgekehrt. Sie werden als „Gruppe der Meeresschildkröten“ (海龟派) bezeichnet, da sie quasi aus dem Ausland zurück ans Land (in die Heimat) „geschwommen“ sind. Ein an internationalen Standards orientiertes Berufsverständnis führt insbesondere bei Rechtsanwälten, Journalisten und Intellektuellen zu Spannungen und Enttäuschungen in Bezug auf staatliche Versuche der Reideologisierung und Kontrolle. Nicht wenige klagen auch zunehmend über Burn-out und psychische Belastungen. IT-Mitarbeiter haben immer wieder teils öffentlich Debatten über (selbst)ausbeuterische Arbeitsbedingungen geführt.

In der Selbstwahrnehmung von „Professionals“, aber auch in Medien und öffentlichen Diskursen über sie, dient der Begriff „Kultiviertheit“ (素质) oft als Abgrenzung zwischen „Professionals“ (sind kultiviert) und Privatunternehmern (sind dies eher nicht).

Dies ist in dem sehr heterogenen sozialen Hintergrund (von Universitätsabsolventen bis zu ehemaligen Straflager-Häftlingen ohne Schulabschluss) von Privatunternehmern begründet. Auch durch ihr unterschiedliches wirtschaftliches Gewicht (größere Unternehmen verfügen als bedeutsame Steuerquelle über ein beachtliches Eigengewicht gegenüber den Behörden und brauchen kleinere nicht, um ihre Interessen vorzubringen) besitzen die Privatunternehmer keine stark ausgeprägte Gruppenidentität. Ein wachsendes Unbehagen gegenüber zunehmenden staatlichen Eingriffen in Managemententscheidungen und Geschäftsprozessen eint viele Privatunternehmer zusehends. Eine Ausnahme bildet die wachsende Gruppe von 20- bis 30-jährigen Start-up-Unternehmer in der IT-Industrie: Mit einem Hochschulabschluss und oftmals ersten Arbeitserfahrungen nutzen sie das wachsende Interesse privater Investoren und zunehmende staatliche Förderung zur Entwicklung eigener IT-Produkte und -Dienstleistungen.

Da Privatbesitz in China bis 2006 nicht rechtlich geschützt war, waren Unternehmer anders als in Europa darauf angewiesen, ihre Vermögen bzw. Firmen nominell lokalen Regierungen zuzuschreiben. Die Beziehungen zwischen Unternehmen und lokalen Regierungen variieren je nach Einfluss: In Regionen mit einem hohen Anteil an Privatunternehmern versuchen lokale Behörden oftmals, die Interessen der Geschäftsleute auch gegenüber der Zentralregierung zu schützen (Beispiel Provinzen Zhejiang oder Fujian).

Auf Chinas Superreiche (2019: 878 Dollar-Milliardäre, mehr als in den USA) schauen viele mit zwiespältigen Gefühlen: Einerseits ist Reichtum das einzig gesamtgesellschaftlich akzeptierte Symbol für Erfolg. Breite Teile der chinesischen Gesellschaft sehen Reiche als bewundernswerte Vorbilder. Andererseits vermuten viele Chinesen, dass Reiche oft auf illegalem Wege zu ihren Vermögen gekommen sind und sich dabei an der einfachen Bevölkerung bereichert haben.

Insbesondere Stars, meist Schauspieler, gelten oft – wie auch in Deutschland – als Vorbilder und durch ihre Präsenz in sozialen Medien auch zunehmend als attraktive Influencer für chinesische wie ausländische Unternehmen. Mit einer Anhängerschaft von bis zu 50 Millionen haben populäre Unternehmer wie Li Kaifu, die Schauspielerin Yao Chen oder der Pop-Schriftsteller Guo Jingjing oftmals mehr Einfluss als lokale Zeitungen oder Fernsehsender. Seit 2013 haben chinesische Behörden einflussreiche Blogger, die sich in aktuellen politischen Fragen kritisch gegen die Parteiführung geäußert hatten, verhaftet. Seitdem konzentrieren sich öffentliche Debatten meist auf Unterhaltungsthemen und Alltagserlebnisse. Dennoch können zu Themen wie Leihmutterchaft oder geleakten Daten immer noch zeitweilig auch kontroverse Debatten entstehen, in denen die Prominenten eine zentrale Rolle einnehmen.

Blick auf die eigene Gesellschaft

Sozialneid-Debatten sind selten, ebenso Gewaltattacken auf Millionäre. Die generellen Zuzugsbeschränkungen für ländliche, d.h. ärmere Menschen in große Städte sowie die zunehmend exklusiveren und gut gesicherten Wohnanlagen der Reichen sind zwei

zentrale Gründe. Allerdings stellt Chinas Öffentlichkeit die Legalität von Vermögen, insbesondere der „Über-Nacht-Reich-Gewordenen, in Frage und fordert zunehmend mehr soziales Engagement der Vermögenden ein.

Forschungen zu sozialer Mobilität zeigen, dass die Mehrheit der chinesischen Gesellschaft ihren Status im Vergleich zu dem ihrer Eltern nicht als Aufstieg darstellt, sondern eher als eine Festschreibung der Schichtzugehörigkeit empfindet.⁵ Dieser Anteil liegt in der unteren Mittelschicht und Unterschicht bei rund zwei Dritteln. Populäre Bezeichnungen für soziale Identitäten spiegeln diese Wahrnehmung ebenfalls wider: Begriffe wie „2. Generation (Kinder) von Kadern“ (官二代) oder „2. Generation (Kinder) der Reichen“ (富二代) verwendeten mittlerweile auch staatliche Medien.⁶

Infobox: Chinas Jugend im Profil

- Rund ein Drittel (über 90 Millionen von 318 Millionen) haben einen Universitätsabschluss
- Über 90 Prozent besitzen ein Smartphone
- 50 Prozent der chinesischen Auslandsreisenden
- 66 Prozent bevorzugen westliche Luxusmarken vor asiatischen**
- 74 Prozent meinen, sie haben mehr gemeinsam mit ihrer globalen Altersgruppe als mit älteren Chinesen
- 59 Prozent sehen die USA positiv
- 88 Prozent sind stolz auf nationale Traditionen und Kultur
- 90 Prozent denken, Familientradition ist wichtig*
- Warum sie ihre Meinung über einen Star ändern*
 1. Hat Lebenspartner betrogen (54,4 Prozent)
 2. Drogen/Kriminalität (53,9 Prozent)
 3. Unangemessene Kommentare (33,3 Prozent)
 4. Streit mit anderen (25,9 Prozent)
 5. Affäre (23,4 Prozent)
 6. Werde niemals meine Meinung ändern (19,6 Prozent)
- Liebste Freizeitbeschäftigungen*

Mädchen:	Jungen
1. TV-Shows schauen (65,5 Prozent)	1. Computerspiele spielen (65,5 Prozent)
2. TV-Dramen schauen (58,7 Prozent)	2. Filme schauen (54,4 Prozent)
- Lieblings-TV-Dramen*

Mädchen:	Jungen
1. Liebesserien (42,8 Prozent)	1. Historische Familienfehden (29,7 Prozent)
2. Historische Fantasy (35,3 Prozent)	2. Spionage/Krimi (25,2 Prozent)

Bezugsgruppe ist zwischen 15 und 29 Jahre alt.

** Bezieht sich auf die nach 1990 geborenen **18–29 Jahre*

Quelle: *China Skinny 2016* (<http://www.chinaskinny.com/blog/china-millennials-infographic>).

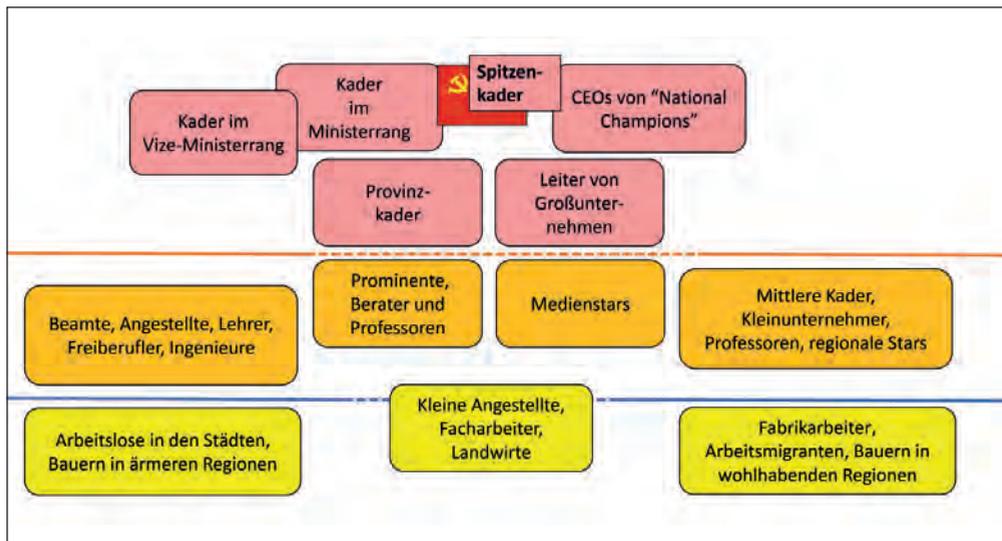


Abb. 4: Eine hierarchisierte, nicht sehr durchlässige Gesellschaft – so sehen viele chinesische Internetnutzer ihre Gesellschaft.
Quelle: Zhihu, Tianya, Baidutieba 2013.

Lebensstile und Engagement – Selbstverwirklichung: „Ich kaufe, also bin ich“

Im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik hat die KPC Privatkonsum als Teil ihrer wirtschaftlichen und sozialen Modernisierungsstrategie entideologisiert. In den 1980er Jahren genoss Chinas Stadtbevölkerung ein zunehmend reicheres und bunteres Angebot an Waren – und auch an Ideen. Produkte und Denker aus westlichen Industrieländern wurden zu Ikonen von Fortschritt und Freiheit. Nach der Niederschlagung der städtischen Protestbewegung 1989 suchte die KP-Führung Zweifel innerhalb der Eliten mit einer entfesselten Marktdynamik zu überwinden. Weite Teile der urbanen Gesellschaft akzeptierten das Wohlstandsversprechen und die wachsenden Konsummöglichkeiten als Legitimitätsbasis der chinesischen Führung. Chinas Mittelschicht übte politisches Schweigen und suchte ihre Identität und Wert(e) im kommerziellen Erfolg.

Laut offiziellen Statistiken haben Chinesen im Jahr 2019 rund ein Fünftel ihres Nettoeinkommens für Essen, Tabak und Alkohol ausgegeben, rund zehn Prozent geben sie für Telefonie, Internet und Transport (inklusive Reisen) aus. Am schnellsten wächst der Konsum in den Bereichen Gesundheit, Bildung und soziale Dienstleistungen, z. B. für Haushaltshilfen. Am sogenannten chinesischen Black Friday, dem Singles Day am 11.11., machen Unternehmen wie Alibaba durch lukrative Rabatt-Angebote und spielerisch aufbereitete Werbung an einem Tag rund 75 Milliarden US-Dollar Umsatz.

Konzentration auf Konsum und die Mehrung des eigenen Wohlstands soll aus Sicht der KP-Führung die Bevölkerung von Forderungen nach politischer Teilhabe abhalten. In den konkreten Lebenswelten der urbanen Mittelschicht sind diese beiden Bereiche jedoch untrennbar miteinander verbunden: Die als Sicherheits- und Statusbesitz so wichtige Eigentumswohnung hat bei Wohnungsbesitzern zu wachsenden Ansprüchen gegenüber Immobilienentwicklern und der Hausverwaltung geführt. Das daraus entstehende politische Engagement ist jedoch eng mit den eigenen materiellen Interessen verbunden. Nationale Solidarität und Unterstützung für Eltern, deren Kinder 2008 Opfer von gepanschem Milchpulver wurden, machen jedoch auch das politische Potenzial von Konsumenteninteressenten deutlich.

Hauptsache online – aber nur kontrolliert

Unter Xi Jinping greift die KPC im Namen der sozialen Stabilität und öffentlichen Moral zunehmend in kommerzielle Freiheiten ein. Die Liste der Themen, die chinesische Online-Medien nicht aufgreifen dürfen, wird immer länger: Neben Themen wie Pornographie und Gewalt muss nun jeder audiovisuell im Internet verbreitete Inhalt mit „sozialistischen Kernwerten“ in Einklang stehen. Tabu sind künftig Inhalte wie Homosexualität und „provokative Küsse“ sowie Drogensucht oder die „Diffamierung von Nationalhelden“.⁷ Durch die angekündigten Beschränkungen der sogenannten Virtual Private Networks (VPN) fällt vor allem für Privatpersonen zudem die Möglichkeit weg, anonym und unbeobachtet im Internet zu surfen. Auch ChatSoftware wie Telegram und Signal funktionieren in China wenn überhaupt nur auf dem VPN. Solche Eingriffe in die kommerzielle Freiheit des Einzelnen könnten zu einem wachsenden Unmut gegenüber den staatlichen Kontrolleingriffen führen. Die Begründung der Regierung, durch Kontrolle die soziale Stabilität wahren zu wollen, d. h. Internetnutzer vor Betrügern oder Gerüchten bewahren zu wollen, stößt allerdings auch auf Zustimmung und Verständnis.

	China	Deutschland
Internetabdeckung 2021 (Anteil an Bevölkerung)	65,2 Prozent	94,0 Prozent
Mobile Internetnutzer 2021 (mobile Verbindungen)	111,8 Prozent	134,7 Prozent
Durchschnittliche Zeit online pro Tag (am PC)	3:17 Stunden	3:26 Stunden
Durchschnittliche Zeit im mobilen Internet	3:04 Stunden	1:06 Stunden
Tendenz per mobiler App zu bezahlen	86 Prozent	27 Prozent
Drei beliebteste Apps	WeChat, QQ, Alipay	WhatsApp, YouTube, Facebook
Verbreitung von E-Commerce	45 Prozent	72 Prozent

Abb 5: Mediennutzung als zentraler Teil des Lebensstils – Vergleich China und Deutschland. Quelle: WeAreSocial Media 2015; Datareportal 2021.

Engagement oder nachdenklicher Ausstieg – auf der Suche nach Sinn

Durch den wachsenden Wohlstand sind in der Tat viele Chinesen bereit, gemeinnützige Projekte zu initiieren oder zu unterstützen. Seit 2004 dürfen laut Gesetz auch Privatpersonen und Unternehmen Stiftungen gründen. Ihre Zahl hat sich seitdem fast verzehnfacht. Für das Jahr 2015 listet das China Foundation Center knapp 5.000 karitative Stiftungen auf, davon sind weit über zwei Drittel private Initiativen. Seit 2016 dürfen als karitative Organisation registrierte Initiativen auch öffentliche Spendenaktionen initiieren. Durch das bis dahin geltende Verbot wollte die chinesische Regierung eine direkte Konkurrenz zu den staatlichen Stiftungen vermeiden und das Geld in karitative Projekte lenken – statt in die Unterstützung von Arbeitsrechtlern oder in andere vermeintlich politisch motivierte Ziele. Der rasante Anstieg der Privatstiftungen ist auch darauf zurückzuführen, dass staatliche Wohlfahrtsinstitutionen zusehends an Glaubwürdigkeit verlieren.

Eine wachsende Zahl von Chinesen verbindet ihr karitatives Engagement mit einem Glaubensbekenntnis. Angesichts des zunehmenden Rückzugs des Staates aus der sozialen Sicherung sieht die chinesische Regierung die Unterstützung staatlich registrierter, religiöser Gemeinschaften für Aids-Kranke, Behinderte oder Waisen gern. Sobald Gläubige jedoch auf eigene Faust Suppenküchen oder Kleiderkammern für Wanderarbeiter organisieren, reagiert Peking meist repressiv.

Der Wunsch, „mit sich selbst im Reinen zu sein“, treibt Chinesen aller Altersklassen zu spirituellen Meistern. Diese präsentieren ihre „Atemarbeit“ (wörtliche Übersetzung von Qigong) dabei oft als traditionelle Kultur. Anhänger des Buddhismus wenden sich zunehmend tibetischen Schulen zu, da ihnen Han-chinesische Mönche als zu korrupt und damit nicht rein genug erscheinen. Unternehmer und auch Parteikader spenden großzügig an tibetische Klöster. Die Äbte fragen dabei nicht genau nach, woher dieses Geld stammt.⁸

Neben übernatürlichem Beistand in konkreten Lebenssituationen ist die Sehnsucht nach ehrlicher Gemeinschaft ohne Vorbedingungen ein weiteres Motiv spirituell-religiöser Sinnsuche. Während mehrheitlich ältere Leute die staatlich registrierten (und damit finanziell gestützten, liturgisch konservativeren und legal sicheren) christlichen Gemeinden besuchen, zieht es jüngere und gut gebildete Chinesen in lebendigere, nicht-registrierte Gemeinden, die meist in Hotels oder Büroräumen zusammenkommen. Gemeinschaft, auch in kleineren Hauskreisen oder durch Gebetsunterstützung per Handy, ist für viele Chinesen der größte Anziehungspunkt des Christentums.

Potenzielle „Erdbeben“ und „Vulkane“: Proteste und Stabilität

Die Freiräume der Selbstbestimmung und Möglichkeiten der Mitbestimmung werden zwischen dem Staat und seinen Bürgern ständig neu verhandelt. Dies führt zu unterschiedlichen Konflikten.

Gründe für Protest	Typische Ursachen	Akteure	Überregionale politische Auswirkungen
Arbeitskonflikte	Lohnrückstände; Lohnverhandlungen; Arbeitsbedingungen; Versicherungsbeiträge	Arbeiter in Industriebetrieben	Mittel bis hoch (bislang lokal, aber dauerhaft; überregionales Vernetzungspotenzial)
Umweltschäden	Furcht vor Gesundheits- schäden; Umweltskandale (Wasserverseuchung); Bau von Chemiefabriken, Müllverbrennungsanlagen etc.	Betroffene ländliche und städtische Einwohner	Mittel (bislang lokal und kurzlebig; überregionales Solidarisierungspotenzial)
Behördliche Verbote und Anordnungen	Misstrauen gegen Behörden; Nichterklärung von Willkür bei Entscheidungen; Korruption	Gesamte städtische und ländliche Bevölkerung	Gering bis mittel (Meist nur lokales Solidarisierungspotenzial)
Immobilienprojekte	Zwangsenteignung	Betroffene ländliche und städtische Einwohner	Gering (begrenzter Betroffenenkreis; kurzlebige Potenzial)
Ethnische Autonomie/ Unabhängigkeit	Überwachung- und Internierungssystem (Xinjiang); Arbeitstran- sferprogramme (Tibet); Beschränkung religiöser Aktivitäten; Reisebeschränkungen; Diskriminierung im Alltag	Uiguren, Tibeter, Mongolen	Gering bis mittel (massive Repressionen, Potenzial für Gewalt gegen Han-Bevölkerung)
Proteste bzgl. religiöser Bauten und Praktiken	Abriss von Kreuzen oder Kirchengebäuden sowie Tempeln	Gläubige und deren Familien	Gering (nur wenige Leute direkt betroffen)

Abb. 6: Formen gesellschaftlicher Proteste in der Volksrepublik China.

Quelle: Aktualisiert auf Basis von Heilmann 2015.

Eine nationale Protestbewegung, die ähnlich wie zuletzt die Demonstrationen der buddhistisch-inspirierten Falungong-Bewegung 1999 zu einer Bedrohung für die Herrschaft der KPC werden könnte, ist derzeit nicht in Sicht. An sich ist keine Bevölkerungsgruppe in der Lage, eine breite soziale Protestbewegung zu initiieren.

Arbeitskonflikte besitzen den höchsten Grad an Organisations- und Mobilisierungskraft. Dort haben einzelne Arbeitervertreter immer wieder Ansätze für die Bildung autonomer Vertretungen – jenseits des von staatlicher Seite eingesetzten Allchinesischen Gewerkschaftsverbandes – und überregionale Koordinierung von Protestaktionen vorangetrieben, z. B. die Serie von Streiks in Walmart-Läden im Juni 2016 koordiniert über den chinesischen Chat-Dienst WeChat. Die sogenannte 996-Bewegung unter IT-Angestellten: arbeiten von 9 Uhr morgens bis 9 Uhr abends sechs Tage die

Woche, fand im Frühling 2019 vor allem online breite Zustimmung und sorgte durch kreative Memes und Bilder für Aufsehen. Immer wieder aufkeimende Proteste von demobilisierten Soldaten, die auf bessere Versorgung drängen, beunruhigen Peking vor allem wegen der Organisationserfahrung der Veteranen.

2018/2019 unterstützten Studierende meist aus den Pekinger Universitäten streikende Arbeiter in Südchina. Dies war nach der Tiananmen-Bewegung 1989 das erste Mal, dass sich Arbeiter und Studierende verbündeten. Dies beobachtet die chinesische Regierung besonders systematisch und geht entschlossen gegen die Teilnehmer vor. Dies hing vermutlich auch damit zusammen, dass im Frühjahr 2019 im benachbarten Hongkong Proteste wieder aufgeflammt waren, dieses Mal aufgrund einer geplanten Gesetzesänderung, welche die Auslieferung von Straftätern an Peking erleichtert hätte. Neben massiver Polizeigewalt und zuletzt der Verabschiedung eines Nationalen Sicherheitsgesetzes zum 1. Juli 2020, mit dem China unliebsame Kritiker jeder Profession den Prozess machen kann, waren es auch die von Peking medial inszenierten Bilder der Gewalt von wahren oder eingeschleusten Protestierenden, welche jeglicher möglichen Solidarität aus der Volksrepublik China den Wind aus den Segeln nahm (zu Hongkong siehe den Beitrag von Jörn-Carsten Gottwald).

Grundsätzlich konnte die chinesische Regierung mit einer Mischung aus politischen Zugeständnissen und entschiedenem Einsatz eines sehr effizient funktionierenden Sicherheitsapparats bis dato aller Proteste Herr werden.

Aufgrund ihrer Unberechenbarkeit und der zunehmenden Gewaltbereitschaft stellen die Protestaktionen von oftmals schwer zu identifizierenden Gruppierungen der muslimischen Nationalitätenminderheit der Uiguren ein weiteres größeres Gefahrenpotenzial für die Herrschaft der KPC dar. Pekings Lösungsversuche beschränken sich seit Jahren auf eine Mischung aus Wirtschaftsförderung für die Region, einem flächendeckenden Überwachungs- und Internierungssystem (Xinjiang) sowie straff organisierte „Berufsausbildungs- und Arbeitstransferprogramme“ (Tibet).

Trotz des landesweiten Unruhepotenzials, von dem wir oftmals nur bruchstückhafte Informationen haben, existiert kein Organisationspotenzial innerhalb der Bevölkerung, das den Herrschaftsanspruch der KPC herausfordern könnte. Je nach Wirtschaftslage ist die Industriearbeiterschaft noch am ehesten in der Lage, Anhänger zu mobilisieren. Bislang hat die chinesische Führung es vermocht, durch eine Kombination aus Repressionen und kleineren Zugeständnissen dafür zu sorgen, dass Unruhen meist auf lokale Kontexte begrenzt geblieben sind. Das „soziale Bonitätssystem“ gibt Peking zudem die Möglichkeit, aus der Sicht der Führung konstruktives, sprich regelkonformes und loyales Verhalten zu fördern.

Ausblick: China auf dem Langen Marsch in eine offene Gesellschaft?

Die unterschiedlichen Interessen und Vorstellungen innerhalb der chinesischen Gesellschaft macht ihre Dynamik aus. Durch diese Verschiedenheit ist es aber auch herausfordernd – wie auch von zahlreichen Chinesen angemerkt –, eine verbindende und verbindliche Basis für ein Mit- und nicht nur Nebeneinander zu schaffen. Die chinesische Regierung will auf den ersten Blick genau dies fördern – allerdings Top-down mit einer paternalistischen Einheitsideologie und – wenn aus Sicht Pekings nötig – mit einem effizienten und hart zuschlagenden Sicherheitsapparat. Wie sich die chinesische Gesellschaft auch in ihrem Verhältnis zur chinesischen Regierung entwickelt, hängt von drei Dynamiken ab:

Die Faszination der Technik: einfache Bequemlichkeit oder kritischer Umgang?

China ist eine digitale Pioniergesellschaft. Immer mehr Chinesen leben vor allem digital. Kaum ein Bereich, der nicht durchdrungen ist von Online-Diensten und entsprechenden Apps. Sie nutzen dabei vor allem die heimischen Ökosysteme, was einen gewissen Abkapselungseffekt von anderen Meinungen im eigenen Land und von der internationalen Internetnutzer(Netizen)-Gemeinschaft befördern kann. Sie liefern so auch fleißig Daten vor allem an den chinesischen Staat. Werden sich substantielle Teile der Bevölkerung darauf einlassen, oder werden soziale Gruppen von den Bemühungen Pekings abweichende Interesse verfolgen, wie z. B. ein stärkerer Schutz von Privatdaten vis-à-vis dem Staat?

Die Dynamik des Konsumismus: zerstörerischer Sog oder ausbalancierte Kraft?

Die von Deng Xiaoping in den 1980er Jahren ausgegebene Leitlinie „Einige sollen zuerst reich werden“ hat gewaltige Wohlstandsgewinne ermöglicht, aber zugleich eine rasante und extreme Kommerzialisierung der chinesischen Gesellschaft in Gang gesetzt. Konsumismus ist zu einer in der Gesellschaft vorherrschenden Werteorientierung geworden. Es bleibt abzuwarten, auf welche Weise spiritueller-religiöser Werte, neu entdeckte Traditionen und das karitative Engagement in der chinesischen Gesellschaft einen Lebenssinn und moralische Maßstäbe jenseits des eigenen materiellen Wohlergehens stiften können. Zudem ist auch spannend zu beobachten, ab wann die zunehmenden Zensureingriffe der chinesischen Regierung in den Unterhaltungsbereich größere Proteste von Prominenten und ihren Fans auslösen.

*Die Konstitution der chinesischen Gesellschaft:
Reflektiertes Gemeinwesen oder irrationale Masse?*

Wachsendes Bürgerengagement, öffentliche Debatten, virtuelle Kampagnen und gut überlegte Protestorganisation zeigen das Bemühen vieler Chinesen, den Interessenspluralismus konstruktiv auszutragen. Neu sind seit 2016 Online-Kampagnen und auch Proteste für die Rechte von Frauen und LGBTQ (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender and Queer). Dennoch kommt es auch immer wieder zu sehr irrationalen, hysterischen Verhaltensweisen, wie gewalttätigen Attacken auf Ärzte, Massenkaufrausch zum durch E-Commerce-Anbieter beworbenen Singles Day (dem 11. November) oder fremdenfeindlichen Attacken gegen Japaner, Koreaner oder auch US-Amerikaner. Wichtig bleibt zu beobachten, inwieweit insbesondere Chinas Jugend anfällig ist für eine von der chinesischen Regierung immer wieder latent geschürte anti-westliche Stimmung oder gar einen radikalen Nationalismus.

Gesellschaftliche Dimensionen von Partnerschaft und Rivalität mit der Volksrepublik China

Gesellschaftspolitische Dynamiken in China haben sowohl Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Peking und Berlin als auch indirekt Folgen für Gesellschaften in Deutschland und Europa.

Durch Chinas größeres wirtschaftliches Gewicht und eine aktivere Gestaltung der Außenpolitik ist Peking zu einem zunehmend wichtigen Akteur im Umgang mit globalen Krisen geworden (siehe Dirk Schmidts Kapitel zur Außenpolitik). Die neue „America First“-Politik der US-Administration unter Donald Trump und auch der persönliche Politikstil des Präsidenten haben dazu geführt, dass Washington sich aus zentralen Politikfeldern zurückgezogen hat bzw. nicht mehr grundsätzlich als verlässlicher Partner betrachtet werden kann. Nicht wenige Politiker in Deutschland plädierten dafür – notgedrungen oder aus Überzeugung – aktiver auf Peking zuzugehen. Mit dem neuen Präsidenten Joseph Biden haben Stimmen, die sich für neue Impulse und Stärkung der transatlantischen Beziehung einsetzen, wieder zugenommen.

Laut der Umfrage „Berlin Pulse“ von der Körber Stiftung waren 2019 rund die Hälfte der Meinung, enge Beziehungen zu den USA seien wichtiger als die zu China; 2020 ist dieser Anteil auf 37 Prozent gesunken. Der Anteil derer, die engere Beziehungen zu Peking als zu Washington befürworten, ist von 24 auf 36 Prozent gewachsen. Rund 18 Prozent forderten Äquidistanz (2019: 13 Prozent). Das Misstrauen gegenüber China war jedoch 2020 ebenfalls hoch: Der Aussage, dass durch eine transparentere Kommunikation Chinas die globalen Dimensionen der COVID-19-Pandemie sich hätten begrenzen lassen, stimmten 71 Prozent der Befragten zu.⁹

In China hat sich das lange überwiegend positive Bild von Deutschland gewandelt: Europa und auch Deutschland gilt vielen Chinesen aufgrund der Flüchtlingskrise, des

Terrorismus und auch dem Aufstieg populistischer, rechtsextremistischer Parteien als zunehmend unsicherer und weniger attraktiv. Nicht wenige beklagen auch die Rückständigkeit Deutschlands im digitalen Bereich. Im Zuge der COVID-19-Pandemie hat auch der wieder stärker zutage getretene Rassismus gegenüber Asiaten nicht wenige Chinesen geschockt und enttäuscht.

„Regierung zu Regierung“ – Gemeinsame Themen, unterschiedliche Prinzipien

Vergleichbare soziale Herausforderungen, z.B. die Überalterung, die Vermittlung von digitalen Kompetenzen, Urbanisierung oder auch zunehmende physische und psychische Erkrankungen (in Folge von zunehmendem Druck, Geschwindigkeit und Reizüberflutung im beruflichen wie im privaten Leben), bieten Möglichkeiten der Annäherung und auch der Zusammenarbeit. Solange sich die Kooperation auf technischen oder eng definierten sachpolitischen Austausch bezieht, kann diese auch für beide Seiten durchaus konstruktiv sein – Beispiele hierfür sind Projekte im Bereich der beruflichen Bildung oder des Katastrophenmanagements.

Immer dann, wenn solche Kooperationen die zugrunde liegenden Prinzipien wie Rechtsstaatlichkeit oder Zivilgesellschaft direkt betreffen, wird eine reibungslose Zusammenarbeit zunehmend schwieriger. Die chinesische Führung unter Xi Jinping weist solche Prinzipien seit 2013 vermehrt als „westlich“ zurück oder füllt sie mit völlig anderen Inhalten, wie z.B. Vorstellungen von „Freiheit“ oder „universellen Werten (Menschenrechte)“. Der Freiheit sind aus Sicht Peking zunehmend enge Grenzen gesetzt, sobald sie die „öffentliche Ordnung stört“, zur „Unruhe anstiftet“ oder „nationale Interessen verletzt“. Erwähnung oder gar Debatten des Begriffs „universelle Werte“ hat die chinesische Führung in ihrem bekannten „Dokument Nr. 9“ im Frühjahr 2013 tabuisiert. Peking versucht den Begriff „menschliche Werte“ zunehmend im internationalen Sprachgebrauch als Gegenkonzept zu etablieren – mit einer seit Jahren propagierten Betonung der sozialen und wirtschaftlichen Dimension von Menschenrechten.

Die Rahmenbedingungen für Kooperationen im gesellschaftlichen Bereich sind zunehmend herausfordernder geworden: Zwar konnten deutsche politische Stiftungen und auch einige NGOs die durch das im Januar 2017 in Kraft getretene Gesetz für ausländische Nichtregierungsorganisationen erforderliche Neuregistrierung beim Ministerium für Öffentliche Sicherheit rund neun Monate nach Ablauf der eigentlichen Frist erlangen. Projekte konnten sie jedoch meist nur noch im Einklang mit staatlichen Zielen durchführen, vorherige chinesische Partner haben Angst mit ihnen zu kooperieren und nicht selten willkürliche, bürokratische Prozesse erschweren die Arbeit zusätzlich.

Der Fall des im Juli 2017 verstorbenen, lange inhaftierten Friedensnobelpreisträgers Liu Xiaobo hat auf drastische Weise die Grenzen des Einflusses von Deutschland auf China deutlich gemacht: Trotz aktiven Bemühens um seine Freilassung sowohl im Hinterzimmer als auch mit gezieltem öffentlichem Druck, hat sich Peking nicht bewegen lassen,

Liu in seinen letzten Tagen frei zu lassen. Seine Frau Liu Xia konnte erst im Juli 2018 nach Deutschland ausreisen.

Für den im Mai 2017 ins Leben gerufenen People-to-People-Dialog haben sich die Teilnehmer überwiegend auf altbekannte, unpolitische Themen verständigt. Die chinesischen Vertreter stammten überwiegend aus den Bereichen Staat und Partei. Ob die neue Dialogform wirklich mehr Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontexten zusammenbringt, ist eher mit Skepsis zu betrachten. Wie im ersten Teil dieses Beitrags bereits erläutert, ist Peking nicht an einer pluralistischen Gesellschaft interessiert.

Die im März 2021 verhängten Sanktionen (Einreiseverbot) des chinesischen Außenministeriums gegen auch deutsche China-Wissenschaftler, u.a. am renommierten Mercator Institute for China Studies (MERICS), und die daraufhin veröffentlichten Solidaritätsbekundungen vieler Wissenschaftler dürften nicht nur den Austausch in der Wissenschaft, sondern auch darüber hinaus belasten.

Die im November 2016 beschlossene, sehr umfassende deutsch-chinesische Fußballkooperation wurde 2017 nach einem Eklat wegen demonstrativ gezeigten Tibet-Flaggen von deutschen Fans während eines U20-Spiels weitestgehend auf Eis gelegt. Sie verdeutlicht die oftmals unterschiedlichen Haltungen und Ziele beider Seiten in einer solchen Kooperation. Peking ist auf einer politischen Ebene, vor allem an den dahinter liegenden Strukturen des Vereinswesens zur Verbesserung seiner Talentförderung interessiert. Spontaneität und Beteiligung von Fans sieht Peking sehr skeptisch. Deutschland betont den Bottom-up-Aufbau von Vereinsstrukturen und den Teamgeist. Die Breitenwirkung dieser Zusammenarbeit in Form von gemeinsamen Schiedsrichtertagungen oder Freundschaftsspielen zeigt die Chance einer jeden Kooperation im gesellschaftlichen Bereich: Menschen erleben die zugrunde liegenden Prinzipien – in diesem Fall z. B. Fairness und Teamwork – in Aktion und knüpfen im besten Fall konkrete Kontakte zum Gegenüber, wodurch sich das gegenseitige Interesse, aber auch die eigenen Vorurteile vertiefen können.

„Mensch zu Mensch“ – Politische Indoktrination und Patriotismus

Regierungsbehörden und Stiftungen, die Austauschprogramme zwischen bestimmten chinesischen und deutschen berufs- oder funktionsbezogenen Gruppierungen organisieren, berichten von einem zunehmenden Einfluss parteistaatlichen Erwägungen auf chinesischer Seite. Die interne Dynamik einer chinesischen Delegation bzw. die Zwänge, unter denen sie möglicherweise aufgrund von Aufpasserfiguren stehen, erschweren offene Dialoge im formellen Rahmen. Informellere Gespräche und Themen, die die Möglichkeiten der Anwendbarkeit und der risikofreien Implementation berücksichtigen, sind dazu manchmal besser geeignet.

Chinesen und Deutsche begegnen sich zunehmend auch jenseits der offiziell organisierten Kanäle. Aufgrund von Studium, Arbeit oder auch Investitionsentscheidungen

leben Chinesen und Deutsche jeweils für eine Zeit in dem anderen Land. Inwieweit unsere Gesellschaften bzw. einzelne Gruppen und Menschen Partner oder Rivalen sein können bzw. werden, hängt sehr stark vom konkreten Lebensumfeld ab.

Der rasante Anstieg von chinesischen Unternehmensinvestitionen wie auch Privateinkäufen (z. B. Wohnungen, Weingüter etc.) hat in Europa und Deutschland zunehmend Sorgen in puncto Technologieabfluss oder auch steigender Preise von Immobilien geweckt (siehe den Beitrag von Jörn-Carsten Gottwald). Die Präsenz von chinesischen Managern in einer neuen Unternehmensleitung wird von vielen deutschen Angestellten oft als grundsätzlich konstruktiv und rücksichtsvoll beschrieben. Im umgekehrten Fall ist das grundsätzlich ebenfalls positive Bild von berufstätigen Deutschen in China durch einzelne, aber sich viral verbreitende Fälle von arrogantem bis handgreiflichem Verhalten von Deutschen getrübt.

Die Zahl der chinesischen Studierenden in Deutschland hat kontinuierlich zugenommen: Im Wintersemester 2019/2020 studierten rund 44.500 Chinesen an deutschen Hochschulen, das entspricht in etwa zehn Prozent der gesamten ausländischen Studierenden. Die Bundesrepublik Deutschland ist für Chinesen vor allem aufgrund der fehlenden Studiengebühren interessant. Eine wachsende Zahl der Studierenden kehrt nach dem Abschluss in die Heimat zurück. Die Zahl der deutschen Studierenden in der Volksrepublik hat 2015 erstmals leicht abgenommen: Es studierten 2015 rund 7.500 junge Leute dort, ein Jahr zuvor waren es noch 8.200.

Die schlechte Umweltsituation in vielen großen Städten Chinas könnten eine Ursache dafür sein, aber auch die zunehmende ideologische Verhärtung im Bildungssektor. Die im Sommer 2017 von Peking erlassenen Vorschriften zur Verstärkung eines „Mentorensystems“ für ausländische Studierende, um u. a. korrekte Landeskunde und politische Einschätzungen zu vermitteln, könnten einen Austausch in Zukunft weiter erschweren.

Zwei weitere Trends, die nicht per se die Rivalität zwischen den Gesellschaften bzw. ihrer Mitglieder erhöhen, aber Begegnungen auf Augenhöhe und einen gelingenden Austausch erschweren, sind a) die Nutzung von sozialen Medien und b) der wachsende Patriotismus vieler, gerade auch junger Chinesen.

Leben in der Komfortzone

In einer zunehmend digitalisierten Welt helfen soziale Medien, Kontakte zu knüpfen und zu pflegen. Die oft unterschiedlichen Nutzergewohnheiten (die üblichen Anwendungen wie Facebook und Twitter sind seit 2009 gesperrt, nun hat auch WhatsApp zunehmend Probleme mit der Funktionalität und auch Signal ist gesperrt), aber auch der generelle Trend, dass soziale Plattformen sogenannte Echokammern schaffen, in denen Algorithmen nur solche Nachrichten zeigen, die die eigene Meinung bestätigen, erschweren dies.

Viele (jüngere) Chinesen bleiben – auch nach eigener Aussage – in Deutschland oft unter sich. Bisherige Erklärungen beziehen sich auf die klare Fokussierung auf das

Studium bzw. die Arbeit, die wenig Zeit und Interesse für Kontakte zu Deutschen bietet sowie auf die hohe äußere Mauer von Deutschen, was das Anbahnen von Freundschaften angeht. Da sie anders als andere Bevölkerungsgruppen in Deutschland nicht durch spürbare Konflikte zwischen den Kulturen auffallen, gelten sie als integriert. Wie bereits zuvor erwähnt, hat Rassismus im Kontext der COVID-19-Pandemie die Gruppe von Asiaten stärker in die Öffentlichkeit treten lassen.

Die rasante Wirtschaftsentwicklung, die zunehmende Modernisierung des Landes und der wachsende Einfluss in der Welt machen viele Chinesen zunehmend stolz auf ihre Heimat. Patriotismus bis hin zu Nationalismus – auf Basis sehr unterschiedlicher Vorstellungen von einer starken Nation – ist laut einer MERICS-Umfrage unter rund 1.500 eher jungen, aus Städten stammenden Chinesen die dominierende ideologische Orientierung. Sie grenzen sich allerdings auch mehrheitlich deutlich von einer durch die KPC verordneten „Liebe zum Vaterland“ gleich „Liebe zur Partei“ ab. Nicht wenige bezeichnen die Darstellung Chinas in den westlichen bzw. deutschen Medien als ungerecht und „zu negativ“. Auch sind manche in puncto moderne Infrastruktur oder soziale Ordnung von Europa bzw. Deutschland nahezu enttäuscht. In der Online-Umfrage haben jedoch weit über 80 Prozent ein positives bis sehr positives Bild von Europa – was sogar die positive Bewertung der eigenen Heimat übertrifft.¹⁰

Inwieweit die junge Generation von Chinesen sich eher als Partner oder Rivale von jungen Deutschen versteht, wird auch sehr stark davon abhängen, inwieweit Europa und Deutschland sich als vitale, offene, selbst reflektierte Gesellschaften präsentieren können.

China weniger als Partner und mehr als Rivale: Folgen für Europa / Deutschland

China kann – je nach Akteur und Bezugsrahmen – weniger **Partner** und zunehmend mehr **Rivale** sein.

China bzw. die chinesische Gesellschaft ist **Partner** ...

... beim Austausch über und der Suche nach konkreten Lösungen für globale Herausforderungen wie Überalterung, Urbanisierung oder Klimawandel – insbesondere dann, wenn damit verbundene Werte und Prinzipien hier in Europa anwendungsorientiert und gesichtswahrend kommuniziert werden;

... beim Umgang mit sozialen Auswirkungen der Digitalisierung, denn China ist durch eine sehr hohe Affinität zu mobilen Online-Diensten eine Pioniergesellschaft.

Rivalen sind gesellschaftliche Akteure bzw. Vorstellungen in Bezug auf Gesellschaften von Seiten der Regierung...

... in Bezug auf politische Ordnungsvorstellungen, wie Rechtsstaatlichkeit, Wissenschaftsverständnis, Zivilgesellschaft und Menschenrechte. Unter der Führung von Xi Jinping hat die KPC zunehmend deutlich gemacht, dass sie ein alternatives, den

liberalen Demokratien und dem marktwirtschaftlichen Kapitalismus überlegenes System schaffen will;

... in Bezug auf die unterschiedliche Rolle von Medien. Dies wird durch die „fake news“-Diskussion in Europa begünstigt. Zudem verstärkt sich hier die parteistaatliche Propaganda mit dem innerhalb weiter Kreise der chinesischen Gesellschaft wahrgenommenen fehlenden Respekt und der unfairen bzw. übermäßigen Kritik an der Volksrepublik.

Eine differenzierte und anhaltende Beschäftigung mit der chinesischen Gesellschaft als Mosaik, mit dessen Vielfalt, Brüchen und Konfliktpotenzialen ist deshalb für ein tiefgehendes Verständnis Chinas unerlässlich.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Chen, Elizabeth (2021): Chinese Demographic Signals Bode Ill for Future Development. China Brief, Jamestown Foundation. February 11, <https://jamestown.org/program/chinese-demographic-signals-bode-ill-for-future-development/>
- China Skinny (2016): China's millennials infographic. January 25. <http://www.chinaskinny.com/blog/china-millennials-infographic/>
- Datareportal (2021): Digital 2021. Global Overview Report. <https://datareportal.com/reports/digital-2021-global-overview-report>
- Goodman, David (2014): Class in contemporary China. New York.
- Haas, Benjamin (2017): „China's birth rate rises but falls short of government estimates“. The Guardian. January 23, <https://www.theguardian.com/world/2017/jan/23/chinas-birth-rate-soars-after-relaxation-of-one-child-policy>
- Heilmann, Sebastian (Hrsg) (2015): Das politische System der VR China. 3., aktualisierte Auflage. Wiesbaden.
- Körper-Stiftung (2020): Berlin Pulse. German Foreign Policy in times of Covid-19. https://www.koerber-stiftung.de/fileadmin/user_upload/koerber-stiftung/redaktion/the-berlin-pulse/pdf/2020/Koerber_TheBerlinPulse_Sonderausgabe_Doppelseiten_20200518.pdf
- Ministry of Human Resources and Social Security of the People's Republic of China (MOHRSS) (2016): 2016 年度人力资源和社会保障事业发展统计公报 (Statistischer Jahresbericht 2016 über die Entwicklung im Bereich Human Resources und soziale Sicherung). <http://www.mohrss.gov.cn/SYrlzyhshbzb/zwgk/szrs/tjgb/201705/W020170531358206938948.pdf>
- National Bureau of Statistics (NBS) 2020: China Statistical Yearbook. <http://www.stats.gov.cn/tjsj/ndsj/2020/indexh.htm>
- People's Daily Online (2009): „On the China's 'second-generation rich'“. August 27. <http://en.people.cn/90001/90782/90872/6741171.html>
- Qian, Jinghua (2017): „China's online multimedia sector bans portrayal of homosexuality“. June 30. <http://www.sixthtone.com/news/1000440/chinas-online-multimedia-sector-bans-portrayal-of-homosexuality>

- Reddiff News (2015): „China's living Buddhas: Nirvana for sale?“. December 22. <http://www.reddiff.com/news/column/chinas-living-buddhas-nirvana-for-sale/20151222.htm>
- Sheehan, Spencer (2017): "China's struggle with demographic chance". The Diplomat. June 20. <https://thediplomat.com/2017/06/chinas-struggle-with-demographic-change/>
- Stepan, Matthias (2016): „How sustainable is China's social security system?“ China Policy Institute Analysis. October 14. <https://cpianalysis.org/2016/10/14/the-social-policy-agenda-under-xi-jinping-from-self-restraint-to-big-spending-how-sustainable-is-the-expansion-of-chinas-social-security-system/>
- Shi-Kupfer, Kristin et al. (2017): Ideas and ideologies competing for China's political future. How online pluralism challenges official orthodoxy. MERICS Papers on China No. 5. October. <https://www.merics.org/merics-analysen/papers-on-china/ideology/>
- WeAreSocialMedia (2015): Global Digital Report. Digital, Social and Mobile in 2015. <https://wearesocial.com/de/Thought-Leadership/global-digital-report-2015>

Endnoten

- 1 Herzlichen Dank an Joana Hilgert, studentische Hilfskraft in der Sinologie der Universität Trier, für die Unterstützung bei der Aktualisierung dieses Kapitels.
- 2 Vgl. Haas 2017 and Chen 2021.
- 3 Vgl. Sheedan 2017.
- 4 Vgl. Stephan 2016.
- 5 Vgl. Goodman 2014.
- 6 Vgl. z.B. People's Daily Online 2009.
- 7 Vgl. Qian 2017.
- 8 Vgl. u.a. Reddiff News 2015.
- 9 Körber-Stiftung 2020.
- 10 Shi-Kupfer et al. 2017.

Jörn-Carsten Gottwald

**Die Wirtschaft
der Volksrepublik China**

Einleitung

Das neue Smartphone, Küchengeräte, Schuhe und Bekleidung, Hochgeschwindigkeitszüge und Energietechnik: Produkte „Made in China“ sind aus dem Alltag der Menschen in Deutschland und Europa nicht mehr wegzudenken. Schon seit vielen Jahren ist die Volksrepublik China die „Werkbank der Welt“ und zugleich ein wichtiger Absatzmarkt. Unternehmen aus der Volksrepublik beteiligen sich an deutschen Unternehmen oder übernehmen diese vollständig. Jugendliche laden ihre Kurzvideos auf TikTok, Geschäftsleute nutzen für ihre Aufträge Alibaba. Während noch vor einer Generation Armut und Rückständigkeit das Leben in China prägten, bieten heute Metropolen wie Shanghai futuristische Ausblicke in eine neue, globale Moderne. Dieser rasante Wandel vom rückständigen Land zum globalen Wirtschaftspartner und ökonomischen Rivalen erscheint auf den ersten Blick überraschend. Nimmt man hingegen eine längerfristige Perspektive ein, so ergibt sich ein anderes Bild.

Denn über viele Jahrhunderte hinweg waren die chinesischen Kaiserreiche hochentwickelte Zivilisationen, weltweit bewundert für ihre fortschrittliche und erfolgreiche Wirtschaft und Gesellschaft. Wichtige Pfeiler der modernen Volkswirtschaften – Papiergeld, Transportinfrastruktur, regionale Märkte, eine einheitliche Wirtschaftsverfassung – sind chinesische Erfindungen bzw. fanden dort sehr früh ihre Anwendung. Schon vor 2000 Jahren stritten chinesische Gelehrte am Kaiserhof über die richtige Wirtschaftspolitik und die Rolle der Verwaltung bei der Steuerung wirtschaftlicher Aktivitäten, über die Notwendigkeit von Monopolen, über die Legitimität von Reichtum und seiner Verteilung. Noch 1793 konnte der damalige Kaiser der Qing-Dynastie dem englischen Sondergesandten Lord Macartney glaubwürdig versichern, dass das chinesische Reich keinen Bedarf an Gütern aus Europa habe und daher auch keinen Anlass sehe, den zentral vom Kaiserhof kontrollierten Handel und Verkehr mit Europa freizugeben. 1820 verfügte das chinesische Kaiserreich über knapp ein Drittel der globalen Wirtschaftskraft. Erst in der Mitte des 19. Jahrhunderts fiel das Reich der Mitte technologisch wie organisatorisch gegenüber den von der industriellen Revolution beflügelten Staaten Europas zurück. Es folgte ein Jahrhundert der „nationalen Schande“, in dem ein geschwächter Kaiserhof, nach 1912 eine instabile Republik und dann zunehmend lokale Militärmachthaber, sogenannte Warlords, ein im internationalen Vergleich immer rückständigeres Land dominierten. Gleichwohl entwickelten sich unter der Quasi-Kolonialherrschaft an Chinas Küsten und in einigen Flussmetropolen erste moderne Industrie- und Handelszentren. Der Kampf gegen die japanische Besatzung zwischen 1937 und 1945 sowie der chinesische Bürgerkrieg nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges vertieften die Zerrüttung der Volkswirtschaft. Zum Zeitpunkt der Gründung der Volksrepublik am 1. September 1949 stellte sich damit auch nachdrücklich die Frage, wie Chinas Volkswirtschaft möglichst rasch wieder auf internationales Niveau gebracht werden könne. Das Ziel war eindeutig: das „neue“ China sollte möglichst schnell wieder an alte Stärke herangeführt und zu einer führenden Macht in der Welt aufgebaut werden.

Wiederaufstieg zu internationaler Spitze

Heute ist die Volksrepublik China statistisch ein Land mittleren Einkommensniveaus, in der öffentlichen Wahrnehmung eines der wichtigsten „aufstrebenden Länder“ (emerging countries / emerging economies) und auf dem Weg zur technologischen Supermacht. China führt die „BRICS“ (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) an, eine Gruppierung wichtiger, besonders dynamischer Volkswirtschaften. Doch genau genommen handelt es sich bei Chinas vermeintlichem „Aufstieg“ in die ökonomische Champions-League tatsächlich um eine Rückkehr. Denn die chinesischen Kaiserreiche waren nicht nur aufgrund ihrer schieren Größe, sondern auch dank ihrer wirtschaftlichen Potenz, technologischen und organisatorischen Innovationsfähigkeit und ihrer Einbindung in regionale und globale Handelsnetze für lange Jahrhunderte weltweit führend. Hierin unterscheidet sich die Volksrepublik China grundlegend von anderen „neuen“ Wirtschaftsmächten. Dieses Selbstverständnis spielt nicht nur in der Wirtschafts- und Außenpolitik, sondern auch bei der Legitimation der Vormachtstellung der Kommunistischen Partei Chinas (KPC) eine zentrale Rolle.

Die Frage, warum die chinesischen Kaiserreiche gegen Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts ihren relativen Vorsprung gegenüber anderen Weltregionen verloren, ist bis heute Gegenstand einer intensiven wissenschaftlichen Debatte. Weitgehende Einigkeit besteht jedoch darin, dass China unter der Qing-Dynastie (1644–1912) durch eine Vielzahl von Faktoren wie Bevölkerungswachstum, Naturkatastrophen, politische Fehler und gesellschaftlichen Konservatismus gegenüber denjenigen Staaten, die die industrielle Revolution vorantrieben, in Rückstand geriet. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts hatte das von inneren Krisen geplagte Kaiserreich der modernen Militärtechnologie der Briten, Franzosen und Amerikaner – später auch weiterer europäischer Mächte, Russlands und Japans – wenig entgegenzusetzen.

Mit der Gründung der Volksrepublik China stand die Staats- und Parteiführung damit vor fundamentalen Herausforderungen: Nach den Jahren der Besatzung und des Bürgerkrieges galt es nicht nur, die am Boden liegende Wirtschaft in Schwung zu bringen, sondern grundsätzlich die notwendigen Infrastrukturen und Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige Volkswirtschaft zu schaffen: Verkehrswege, Energieversorgung, eine funktionierende Verwaltung, ein Bildungssystem, ein Rechtssystem. Von 1952 bis 1957 brachte der erste Fünfjahresplan nach russischem Vorbild und mit erheblicher Unterstützung der Sowjetunion große Fortschritte beim Aufbau von Schwerindustrie und Verkehrsinfrastruktur, aber auch bei der Produktivitätssteigerung der nun weitgehend kollektivierten Landwirtschaft. Trotz der zentralisierten, verpflichtenden Planung der Wirtschaft behielten die chinesischen Provinzen und lokalen Gebietskörperschaften wichtige Funktionen bei, sodass die chinesische Volkswirtschaft weiterhin ein starkes dezentrales Element besaß.

Der erste Fünfjahresplan erwies sich als ausgesprochen erfolgreich. Dennoch setzte sich in der Staats- und Parteiführung, vor allem im Umfeld des Parteichefs Mao Tse-tung,

die Ansicht durch, durch revolutionäre Mobilisierung der Volksmassen eine Abkürzung sowohl zum Kommunismus als auch zur Wiedererlangung globaler Macht nehmen zu können. Aufgrund innerparteilicher Machtkämpfe und der Konkurrenz zur Sowjetunion der Post-Stalin-Ära verschärfte die KPC die Reorganisation der Landwirtschaft in Volkskommunen und propagierte einen „Großen Sprung nach vorn“ 1958 bis 1962. Die Organisation der gesamten Bevölkerung in Kommunen und die militärähnliche Mobilisierung aller produktiven Kräfte sollte zu einer ungeahnten Wachstumsdynamik führen und es ermöglichen, in wenigen Jahren an der Sowjetunion und Großbritannien vorbei zu ziehen – so der Plan. In der Praxis erwiesen sich die revolutionäre Mobilisierung und die abgöttische Verehrung von Maos Idealen als Gift für Landwirtschaft und Industrialisierung: wichtige Ressourcen wurden zur Produktion minderwertigen Stahls verschwendet, die Arbeit auf den Feldern wurde vernachlässigt, ebenso Bildung und Kultur. Kritische Stimmen wurden als Abweichler verfolgt, eine Auseinandersetzung mit der Politik durfte zunächst nicht geführt werden. Als Konsequenz dieser völlig verfehlten menschenverachtenden Wirtschaftspolitik kam es zu einer der größten Hungerkatastrophen in der Menschheitsgeschichte.

Der Versuch, die schlimmsten Auswirkungen des „Großen Sprungs nach vorn“ zu korrigieren, führte zu einer kurzfristigen, begrenzten Öffnung Chinas zu Beginn der 1960er Jahre, die durch den aus Maos Umfeld initiierten Ausbruch der Großen Proletarischen Kulturrevolution 1966 ein abruptes Ende fand. Mit dem Tode Maos 1976 und während einer kurzen Übergangsphase unter Hua Guofeng 1976–1979 bildeten sich zwei innerparteiliche Sichtweisen auf die notwendigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen heraus: die eine Seite betonte die Notwendigkeit, weiterhin auf die eigene Stärke zu vertrauen und die zentrale Planung der Volkswirtschaft zu verstärken; die andere Seite unter der Führung Deng Xiaopings wollte zwar an der zentralisierten Planung festhalten, aber zur Ankurbelung der Modernisierung und zur schnellen und spürbaren Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung stärker mit dem Ausland handeln und in begrenztem Umfang mit Märkten experimentieren. Mit Beginn der inzwischen berühmten Politik der „Öffnung“ und „Reform“ setzte eine fundamentale Umwälzung der Verhältnisse in China ein – und dank Chinas Größe und Bedeutung auch der Weltwirtschaft.

China und Globalisierung – Globalisierung und China

Die Öffnungspolitik der Volksrepublik China wurde zu einem maßgeblichen Antrieb der Globalisierung, die Globalisierung wiederum beförderte Chinas wirtschaftliche und gesellschaftliche Modernisierung. Die weltweite Vernetzung von Gesellschaften, der rasante Anstieg weltweiten Handels und Investitionen, die Überbrückung räumlicher Distanz durch neue Informationstechnologien – kurz, all jene Prozesse, die als „Globalisierung“ bezeichnet werden, sie wären unvollständig, wenn die Volksrepublik China sich nicht „geöffnet“ hätte. Insofern ist die Integration in die Weltwirtschaft und Weltgesellschaft ein wichtiger Teilaspekt der chinesischen Wirtschaftsreformen. Und

umgekehrt ist die Integration Chinas ein wichtiger Faktor, der Verlauf und Richtung der Globalisierung immer stärker beeinflusst. Dies gilt für Waren- und Kapitalströme ebenso wie für die Frage, nach welchen Normen und Ideen wirtschaftliche Aktivitäten weltweit organisiert werden (sollen). Mit dem offenen Bruch internationalen Rechts durch das Sicherheitsgesetz für Hongkong 2020, das wesentliche Elemente des Rechtssystems außer Kraft setzt, hat die Führung der Volksrepublik hier ein deutliches Signal gesetzt, internationale Verträge und Normen nur bedingt zu befolgen. Immer offener setzt China seine wirtschaftliche Bedeutung als politisches Machtmittel ein.

Das Ausmaß, in dem China nun Teil einer globalisierten Wirtschaft geworden ist, lässt sich besonders gut an einigen Kennzahlen ablesen: Chinas Anteil an der Weltwirtschaft vervielfachte sich zwischen 1980 und 2010 von unter 2 Prozent auf knapp 10 Prozent (gemessen in Wechselkursen, OECD 2013). 2017 lag die Volksrepublik China in Bezug auf ihren Beitrag zur Weltwirtschaft mit 16,4 Prozent nach Rechnung der OECD knapp vor den USA (16,3 Prozent) und der Europäischen Union (16,0 Prozent). Nachdem es in den 1960er und zu Beginn der 1970er Jahre noch als weitgehend isoliertes Land galt, haben Chinas Ex- und Importe seit 1980 enorm zugelegt und die Volksrepublik zu einer weltweit führenden Handelsmacht aufsteigen lassen (siehe Abbildung 1).

	1980	1990	2000	2010	2012	2014	2016	2018	2019
Handel (Milliarden US-Dollar)	38	115	474	2.974	3.867	4.305	3.686	4.629	4.219
Anteil am Welthandel (Prozent)	0,9	1,6	3,6	9,7	10,4	11,5	10,3	11,4	10
Handelsbilanz (Milliarden US-Dollar)	-1,9	8,8	24,1	181,5	230,3	380	593,9	350,9	421,9
Außenhandelsquote (Handel als Anteil am BIP, Prozent)	k.A.	26,7	44,2	55	51,8	42,9	36,9	37,5	35,7
Leistungsbilanzüberschuss (als Anteil am BIP, Prozent)	0,1	3,1	1,7	4	2,6	3,8	1,8	0,4	0,8

Abb. 1: Chinas Handelsbilanz 1980–2019.

Quellen: www.comtrade.un.org; www.statista.de; www.tradingeconomics.com; eigene Darstellung.

Der World Investment Report 2020 verzeichnet für China für das Jahr 2019 über 141 Milliarden US-Dollar an ausländischen Direktinvestitionen – zu Beginn der 1980er Jahre lagen die jährlichen Zuflüsse noch bei wenigen 100 Millionen Dollar im Jahr. Zudem haben in den letzten Jahren auch die Investitionen chinesischer Unternehmen im Ausland stetig zugenommen, gerade auch in Deutschland und der Europäischen Union (siehe Abbildung 2).

Chinas Einbindung in die Weltwirtschaft hat erhebliche Auswirkungen sowohl für China selbst als auch für andere Länder wie Deutschland: Zum einen ermöglichten die niedrigen Produktionskosten in China – und anderen sogenannten Entwicklungsländern –, dass die Preise für viele Konsumgüter im Vergleich zu den Einkommen der meisten Menschen in Europa und Nordamerika sanken. Hinzu kommt, dass China als Absatzmarkt die Ein-

künfte vieler international tätiger Unternehmen – großer Konzerne ebenso wie mittelständischer – deutlich erhöht hat. Für führende Automobilbauer aus Deutschland trägt das China-Geschäft in guten Jahren mehr als die Hälfte des Konzerngewinns. Dadurch trägt die wirtschaftliche Entwicklung in der Volksrepublik China direkt dazu bei, den Lebensstandard in Deutschland zu erhöhen. Die Konzentration auf China wird jedoch auch kritisch gesehen, da viele Konzerne ihre Produktion und damit Arbeitsplätze in der industriellen Fertigung aus den teureren Standorten in Deutschland und Europa nach China verlagerten. Zudem treten gleichzeitig immer mehr chinesische Unternehmen in Konkurrenz zu Unternehmen aus den etablierten Volkswirtschaften. Verschlechtert sich das politische Klima zwischen China, Europa und den USA, bedroht dies verstärkt den Handel und damit den Wohlstand in den betroffenen Ländern. Wirtschaftliche Interdependenz schafft auch politische Abhängigkeiten. China bleibt somit ein wichtiger Partner, wird aber auch ein zunehmend schärferer Rivale für Deutschland und Europa.

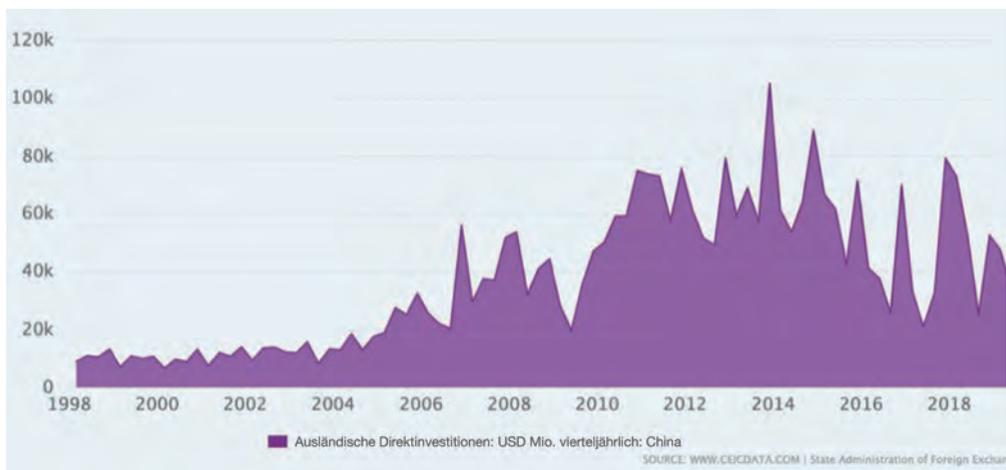


Abb. 2: Ausländische Direktinvestitionen der VR China 1998 bis 2018.
Quelle: www.ceicdata.com; State administration of Foreign Exchange.

Herausforderung für einfache Erklärungen

Chinas ökonomischer Aufstieg unter Führung einer kommunistischen Partei und seine wachsende globale Bedeutung werfen daher die Fragen nach den Einflussfaktoren, Abläufen, Stärken und Schwächen der chinesischen Wirtschaft auf. Die wirtschaftswissenschaftliche Forschung interessiert hierbei besonders die Frage, wie ein von der Kommunistischen Partei geführter Staat eine solch erfolgreiche Transformation der wirtschaftlichen Ordnung, einen solch imposanten Zugewinn an wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit erzielen konnte, ohne eine Marktwirtschaft nach „westlichem“, also europäisch-amerikanischem Vorbild zu errichten. Chinas „Sozialistische Marktwirtschaft“ als Mischform aus Zentralverwaltungs- und Marktwirtschaft (siehe unten) müsste eigentlich aufgrund erheblicher institutioneller Widersprüche instabil sein und durch die feh-

lende Verlässlichkeit ihrer Ordnung wirtschaftliche Aktivitäten eher erschweren als sie in dem Maßstab zu ermöglichen, der sich in China in den letzten drei Jahrzehnten gezeigt hat. Unterhalb dieser Fragen zur System- bzw. Ordnungsebene der Volksrepublik China besteht jedoch weiterer Klärungsbedarf: Welche Faktoren spielten für die lang anhaltende Hochwachstumsphase eine zentrale Rolle? Wuchs Chinas Wirtschaft so schnell und so stark dank der erfolgreichen Politik des kommunistischen Staats- und Parteiapparates – oder wuchs sie so stark trotz der staatlichen Reglementierung und Interventionen? Gründet der Erfolg vor allem auf der Freisetzung unternehmerischer Kreativität und unternehmerischem Elan oder doch mehr auf massiven staatlichen Investitionen und staatlicher Lenkung? Welche Rolle spielen kulturelle Faktoren? Und folgt die Volksrepublik China in ihrer Politik nicht dem erfolgreichen Aufstieg seiner ostasiatischen Nachbarstaaten wie Japan, Taiwan, Hongkong oder Südkorea, ist also Teil des „Ostasiatischen Wunders“ der sogenannten Tigerstaaten? Taugt schließlich Chinas Erfolgsgeschichte als Blaupause und Modell für andere Staaten und Gesellschaften? Und bedroht sie den Wohlstand in Europa und in den USA oder bietet sie wichtige Anhaltspunkte für Politiken, die auch in den etablierten Wirtschaftsmächten nachhaltig für ein hohes Lebens- und Wirtschaftsniveau sorgen können? Abbildung 3 veranschaulicht wichtige Faktoren, die zum chinesischen Wirtschaftswunder beitrugen. Vor allem die einmalige Wirtschaftsordnung, die in China entstanden ist, die „Sozialistische Marktwirtschaft“ im „Sozialismus chinesischer Prägung“, ist hier ein wesentlicher Faktor.

Faktoren	Wirkungszusammenhang	Bewertung
Billige Arbeitskräfte	Chinas Größe erlaubt langfristigen Nachschub an billigen, gut ausgebildeten, politisch strikt kontrollierten Arbeitern für die kostengünstige Produktion.	Wichtiger Faktor für den Aufstieg Chinas zur internationalen Werkbank; Gefahr der „middle income trap“: steigende Arbeitskosten führen zu einer Verlagerung der Produktion weg aus China und lassen China auf einem mittleren Entwicklungsniveau stagnieren.
Gezielte und kontrollierte Öffnungspolitik	China hat mit Gründung der Sonderwirtschaftszonen 1978 und deren Ausdehnung schrittweise für einen günstigen Rahmen zur Errichtung internationaler Produktionsstätten im Land gesorgt.	Sonderwirtschaftszonen zentral für die Einfuhr von Kapital, Know-how und Technologie und zur Erprobung wirtschaftspolitischer Maßnahmen; zentraler Baustein für die Sozialistische Marktwirtschaft und die Politik des „Trial-and-Error“.
Graduelle Transformation / Aus dem Markt herauswachsen	China verzichtete nach 1978 auf einen abrupten Wechsel von der Plan- zur Marktwirtschaft und baute stattdessen marktwirtschaftlich Bereiche parallel zur staatlich gelenkten Wirtschaft auf; dies ermöglichte den Transfer von Kapital und Arbeit aus dem Staats- in den Privatsektor.	Die graduelle Transformation half wichtige Politiken und Institutionen zu erproben und vorsichtig einzuführen; dies bewahrte die wirtschaftliche, soziale und politische Stabilität; gleichzeitig erhöhte diese Vorgehensweise die Schwierigkeit und die Kosten später Reformen – etwa im Finanzsektor –, ermöglichte die massive Bereicherung von Staats- und Parteibeamten (Kadern) und führte zu erheblicher Korruption.

Geopolitisches Umfeld	China profitierte von einem besonders günstigen internationalen Umfeld: die einsetzende Globalisierung ermöglichte umfangreiche, aber staatlich gelenkte Investitionen in China, während die wichtigsten Absatzmärkte für chinesische Produkte geöffnet wurden, ohne in gleichem Umfang Zugang zum chinesischen Markt zu verlangen.	China hat mit dem Narrativ des „Marktes der Zukunft“ einen Wettlauf um Zugang und Marktanteile ermöglicht, der nur bedingt von den tatsächlichen Bedingungen abhing; entsprechend profitierte sie auch von der vergleichsweise entgegenkommenden Politik der USA oder der EU, aus Rücksicht auf die Interessen europäischer und US-amerikanischer Unternehmen in China kaum Barrieren für den Marktzutritt in Europa und den USA zu errichten.
Sozialistische Marktwirtschaft	China hat es geschafft, eine erfolgreiche Kombination aus staatlicher Kontrolle und Lenkung und gleichzeitig ein positives Umfeld für private Unternehmen zu schaffen. Staatsunternehmen profitieren von direkter und indirekter Förderung, die Integration in den Weltmarkt erfolgte schrittweise und kontrolliert.	Zweifelloos hat Chinas Wirtschaftsreformpolitik einen enormen Modernisierungs- und Innovationsschub auch bei chinesischen Unternehmen bewirkt, die von direkter Nähe zum Staat profitierten. Gleichwohl haben sich wichtige Entwicklungen außerhalb der staatlichen Wirtschaftspolitik ereignet, sodass der Erfolg der Wirtschaft kaum der staatlichen Planung und Lenkung allein zugeschrieben werden darf.

Abb. 3: Wichtige Faktoren zur Erklärung des chinesischen Wirtschaftswachstums.

Quelle: Eigene Darstellung – Gottwald/Schirmer.

Grundlagen: Wie funktioniert Chinas Sozialistische Marktwirtschaft?

Die Volksrepublik China praktiziert eine Sozialistische Marktwirtschaft.¹ Dieser Auftrag, der 1993 in die Verfassung eingefügt wurde, definiert die Wirtschaftsordnung, also den Rahmen und die Ziele für die wirtschaftlichen Aktivitäten von Staat, Unternehmen und Bürgern. Die Wirtschaftsordnung ist damit Teil der gesellschaftlichen und politischen Ordnung und umfasst in ihrer Umsetzung weitere Bereiche gesellschaftlichen Lebens: „Das realisierte Ordnungsgefüge einer Wirtschaftsordnung stimmt die wirtschaftlichen Aktivitäten der Menschen aufeinander ab und ist somit Voraussetzung für die knappheitsmindernde Wirkung des arbeitsteiligen Wirtschaftsprozesses; determinierende Faktoren sind:

1. die gesetzlich fixierte Wirtschaftsverfassung,
2. die gewachsene kulturelle, sittlich-moralische Ordnung und
3. die realisierte Wirtschaftspolitik“.²

Wichtig an dieser Betrachtungsweise ist der Einbezug „weicher“ Faktoren wie Kultur oder Tradition. Dies impliziert, dass die tatsächliche Art und Weise des Wirtschaftens in einem Land erheblich abweichen kann von staatlicher Planung oder gesetzlicher

Vorgaben. Das Mit- und Gegeneinander von zentralstaatlicher Planung und tatsächlichem Handeln ist für die Entwicklung der Wirtschaft Chinas von zentraler Bedeutung. Aus der Sicht der auf u.a. Walter Eucken zurückgehenden Ordnungstheorie stehen sich grundsätzlich zwei Ordnungstypen von Volkswirtschaften idealtypisch gegenüber: Markt- bzw. Verkehrswirtschaften auf der einen, und Plan- bzw. Zentralverwaltungswirtschaften auf der anderen Seite (siehe Abbildung 4). Eine Verkehrswirtschaft ist in diesem Sinne eine „Wirtschaftsordnung mit dezentraler Planung und Lenkung der wirtschaftlichen Prozesse, die über Märkte mittels des Preismechanismus koordiniert werden. Staatliche Mindestaufgaben sind Setzung der Rahmenbedingungen, innerhalb derer die wettbewerbliche Koordination wirkungsvoll erfolgen kann, sowie Bereitstellung öffentlicher Güter (Liberalismus)“.³ Demgegenüber ist eine Zentralverwaltungswirtschaft eine „Wirtschaftsordnung, in der die innerhalb einer Gesellschaft ablaufenden Wirtschaftsprozesse von einer staatlichen Zentralinstanz geplant und koordiniert werden. Im Idealfall ist nur ein Planträger vorhanden“.⁴

Diese beiden idealtypischen Ordnungen basieren auf fundamental gegensätzlichen Prinzipien: während Marktwirtschaft auf dem Prinzip der eigenverantwortlichen Handlungen der Beteiligten beruht, also auf einer Vielzahl individueller Entscheidungen „von unten“ (Bottom-up), setzt Planwirtschaft auf umfassende und direkte Steuerung durch eine zentrale Instanz „von oben“ (Top-down). Hieraus ergeben sich eine Reihe von Konsequenzen nicht nur für die Wirtschaftspolitik, sondern auch für die Ausgestaltung der gesellschaftlichen und politischen Ordnung: Damit eine zentrale Instanz, etwa eine Planungskommission, alle (wichtigen) wirtschaftlichen Abläufe planen kann, muss sie direkten Zugriff auf die (wichtigsten) Produktionsfaktoren haben. Dies schließt einen privaten Besitz oder zumindest private Kontrolle wichtiger Produktionsfaktoren aus. Zwar lassen sich unterschiedliche Eigentumsformen in eine Zentralverwaltungswirtschaft integrieren – Staatseigentum, gesellschaftliches Eigentum, Kollektiveigentum –, aber die tatsächliche Verfügungsgewalt über die Produktionsfaktoren muss zentral gegeben sein. Privateigentum an Produktionsmitteln im Sinne etwa des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ist mit einer solchen Ordnung nicht vereinbar. Da zu den wichtigsten Produktionsfaktoren auch die Arbeit gehört, muss der Einsatz der Arbeitskräfte ebenfalls zentral planbar sein. An die Stelle einer zumindest legal-theoretisch „freien“ Berufswahl tritt hier die Zuweisung von Arbeitskräften an Arbeitsplätze. Doch die Einschränkungen persönlicher Freiheiten zum Wohle der zentralen wirtschaftlichen Planung und Steuerung beschränkt sich nicht auf die Produktionsseite: die zentrale Festlegung der Güter schränkt auch die Konsumfreiheit erheblich ein. In diesem – idealtypischen! – Sinne ist die Beschreibung zu verstehen, dass eine Marktwirtschaft eine Ordnung der Freiheit sei und eine sozialistische Planwirtschaft eine Ordnung des Zwangs: während die eine Ordnung von der Idee der größtmöglichen Entscheidungsfreiheit der Einzelnen gedacht ist, ergibt sich die andere aus der Logik einer hierarchischen, zentralen Steuerung. Der „unsichtbaren Hand“, die Adam Smith dem Markt zuschrieb,⁵ tritt dann der sehr sicht- und spürbare Plan einer zentralen Behörde gegenüber.

Idealtypische Kriterien	Marktwirtschaft (Verkehrswirtschaft)	Planwirtschaft (Zentralverwaltungswirtschaft)
Ordnungsprinzip	Freiheit	Steuerung
Vorrangiger Allokationsmechanismus	Individuelle Entscheidungen auf Märkten	Zentrale Anordnung entsprechend mandatorischer Planung
Wichtige Akteure	Unternehmer; Konsumenten	Zentrale Planungsbehörde; Parteikader
Dynamik	Produktinnovation; Nachfrage durch Konsumenten	Angebote entsprechend staatlicher Schwerpunktsetzung
Stärken	Effiziente Allokation bei funktionierenden Märkten; Flexibilität	Zentrales Anschieben wichtiger Entwicklungen („Big Push“); staatliche Festsetzung von „Verteilungsgerechtigkeit“
Schwächen	Organisation öffentlicher Güter; Ausnutzung öffentlicher Güter („negative externe Effekte“), Verteilungsgerechtigkeit	Ineffizienzen („Soft-Budget-Constraint“); fehlende Verantwortlichkeit für Produktionsfaktoren („Problem der Allmende“)

Abb. 4: Markt- und Planwirtschaft als Idealtypen.
Quelle: Gottwald 2017.

Aus diesen idealtypischen, fundamentalen Widersprüchen der beiden Ordnungen – sozialistische Planwirtschaft und „kapitalistische“ Marktwirtschaft – folgerten viele Beobachter eine grundlegende Schwäche des chinesischen Versuchs, eine „Sozialistische Marktwirtschaft“ zu etablieren. Chinas „Sozialismus chinesischer Prägung“ vereinigt aus Sicht der sozialwissenschaftlichen Forschung wesentliche Elemente einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit dem politischen System eines leninistischen Einparteistaates (siehe den Beitrag von Matthias Stepan). Seit den 1990er Jahren wird in der Wissenschaft intensiv über verschiedene Formen des Kapitalismus diskutiert, der sich in einer beachtlichen Vielzahl an Formen, also „varieties of capitalism“, entwickelt hat. Die Art und Weise, wie staatliche Interventionen, Bildung, Finanzierung und tatsächliche Produktion in unterschiedlichen Gesellschaften – etwa den USA und denen Kontinentaleuropas – organisiert sind, unterschieden sich erheblich und führen dazu, dass Reformen in einem Bereich zu erheblichen Auswirkungen auf andere Bereiche führen (Komplementaritäten). Realer „Kapitalismus“ und reale Marktwirtschaften kennen eben höchst unterschiedliche Regeln und Interaktionsmuster für Banken und Unternehmen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Vertreter der Regierung und der Gesellschaft (siehe Abbildung 5). Ist Chinas Sozialistische Marktwirtschaft also die „Quadratur“ eines ordnungstheoretischen Kreises, oder nur eine weitere Mischform moderner kapitalistischer Gesellschaften?

	Koordinierte Marktwirtschaften (Coordinated Market Economies, CME)	Libere Marktwirtschaften (Liberal Market Economies, LME)	Chinas Sozialistische Marktwirtschaft
Industrielle Arbeitsbeziehungen	<p>Formelle oder informelle Koordination der Gehaltsfestsetzung in einzelnen Sektoren</p> <p>Wichtige Rolle von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften</p> <p>Institutionalisierte Einbindung der Arbeitnehmer in die Unternehmensführung</p>	<p>Gehaltsfestsetzung unkoordiniert auf Ebene einzelner Unternehmen</p> <p>Stark eingeschränkte Rolle der Gewerkschaften</p>	<p>Partei kontrolliert die Gewerkschaften</p> <p>Gehaltsfestsetzung unkoordiniert auf Unternehmensebene jenseits staatlicher Mindeststandards</p> <p>Trennung städtische/ländliche Arbeitswelt, segmentierte Arbeitsmärkte</p>
Ausbildung	<p>Institutionalisierte berufliche Aus- und Weiterbildung unter maßgeblicher Mitwirkung von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden</p> <p>Praxisnahe Ausbildung in Forschung</p>	<p>Schwache berufliche Aus- und Weiterbildung</p> <p>Starke Grundlagenforschung mit weniger direktem Praxisbezug</p>	<p>Hohe Alphabetisierungsrate, dynamische Ausdehnung tertiärer Bildung von niedrigem Niveau aus</p> <p>Betonung allgemeiner Fähigkeiten, weniger ausgeprägte berufliche Aus- und Weiterbildung</p>
Beziehungen zwischen Firmen	<p>Konsensuelle Festsetzung von Standards</p> <p>Enge Beziehungen zwischen Unternehmensverbänden und Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen im Technologiebereich</p> <p>Begrenzte Konkurrenz auf dem heimischen, offene Konkurrenz auf Exportmärkten</p> <p>Wichtige Rolle für Unternehmensverbände bei der Gestaltung der Beziehungen zwischen Unternehmen</p>	<p>Standardsetzung durch Märkte</p> <p>Strikte Anti-Monopol-Gesetzgebung</p> <p>Wenig entwickelte institutionelle Rahmen für die Verbreitung von Technologie</p> <p>Schwache Regulierung der Beziehungen zwischen Unternehmen</p>	<p>Standardsetzung staatlich organisiert</p> <p>Förderung nationaler Champions</p> <p>Vielfältige informelle Netzwerke (Familie, Patronage)</p> <p>Schwacher Schutz von intellektuellem Eigentum</p>

<p>Unternehmensfinanzierung und Governance</p>	<p>Skeptische Haltung zur Finanzierung risikoreicher Projekte und Technologien</p> <p>Stabile Beziehungen zu stakeholders</p> <p>Wichtige Rolle der (Haus-) Banken</p> <p>Starke Verbände</p> <p>Hohe Hürden für feindliche Übernahmen</p>	<p>Orientierung auf risikofreundlichere Finanzmärkte</p> <p>Flexible Shareholder-Strukturen</p> <p>Niedrige Hürden für feindliche Übernahmen</p>	<p>Unternehmensfinanzierung von staatlichen Banken dominiert</p> <p>Hürden für Privatunternehmen bei Krediten und Kapitalmärkten</p> <p>Staatlich gelenkte ausländische Investitionen</p> <p>Staatlich geförderte Börsenplatzierungen im Ausland</p> <p>Eingriffe in Unternehmensführung durch Parteizellen und -kader</p> <p>Verstärkter Einsatz von Digitalisierung zur Erzeugung und Kontrolle von Kapitalströmen</p>
--	--	--	--

Abb. 5: Spielarten des Kapitalismus und Chinas Sozialistische Marktwirtschaft.
 Quelle: Gottwald/Schirmer basierend auf Peck/Zhang 2013.

Wichtige Schritte auf dem Weg zur Sozialistischen Marktwirtschaft

Ein wichtiger Grund dafür, dass die Einordnung der Sozialistischen Marktwirtschaft Chinas so schwierig ist, ist ihre Entstehungsgeschichte: Deng Xiaopings Politik der Reform und Öffnung folgte keiner Blaupause, keinem umfassenden Plan. Vielmehr war sie von Beginn an von einem hohen Maß an Pragmatismus bei gleichzeitiger klarer Priorisierung der Sicherung der Einparteiherrschaft gekennzeichnet. Die Reformen in Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung sollten China ja nicht nur zu neuer „alter“ Größe führen, sondern vor allem auch die Vormachtstellung der KPC sichern. Chinas Sozialistische Marktwirtschaft stellt somit kein endgültiges Ziel dar, keine klar definierte, feste Ordnung. Sie ist vielmehr ein flexibler Handlungsrahmen für eine ausgesprochen dynamische Entwicklung, der sich in Auseinandersetzung mit den Veränderungen in Wirtschaft, internationalem Umfeld und Gesellschaft kontinuierlich weiterentwickelt. Entsprechend folgten die einzelnen Reformschritte nicht der Logik einer Umsetzung einer vermeintlich effizienten oder gerechten Wirtschafts- und Sozialordnung, sondern der Logik einer Suche nach der besten Ordnung zur Stärkung und Sicherung der Einparteiherrschaft.

Deng Xiaopings Politik der Reform und Öffnung erscheint oft als radikaler Bruch mit der Politik unter Mao Tse-tung. Doch wird dieses Bild seit einigen Jahren korrigiert.

Der Einfluss von Strategien und Formen der politischen Entscheidungsfindung unter Mao scheint größer als lange Zeit angenommen.⁶ Unter der Führung Mao Tse-tungs hatten sich Phasen der Massenmobilisierung mit Phasen der zentralen Planung abgewechselt. Insofern besaß China zu Beginn der Reformpolitik Deng Xiaopings einerseits die Strukturen, die dem Modell einer Zentralverwaltungswirtschaft entsprachen: Zentrale Planungskommission, mächtige Parteisekretäre in den Betrieben, überwiegend Staats- und Kollektiveigentum, einen klaren Fokus auf der Schwerindustrie zu Lasten der Leichtindustrie, eine weitgehend kollektivierte Landwirtschaft und einen kaum entwickelten Dienstleistungsbereich. Doch daneben wirkte auch die Tradition der maoistischen Guerilla, die Überwindung von Schwierigkeiten durch revolutionären Einsatz, das pragmatische und systematische Experimentieren bei der Suche nach Lösungen für konkrete Probleme bis heute nach. Nicht umsonst gelang es Deng Xiaoping, seine Reformpolitik auch durch den Verweis auf Aussagen Mao Tse-tungs zu legitimieren.

Gerade dieses Prinzip des Experimentierens, also Politiken pragmatisch auszuprobieren – „die Wahrheit in den Tatsachen suchen“⁷ –, sie zu evaluieren und erst nach gründlicher Abwägung über ihre Fortsetzung und Fortentwicklung zu entscheiden, erwies sich als entscheidendes Element der Reformen unter der zweiten Führungsgeneration (siehe den Beitrag von Matthias Stepan). Die Zulassung von lokal begrenzten Bauernmärkten in den 1970er Jahren bewirkte eine spürbare Verbesserung der Versorgungslage der Bevölkerung und war der erste Schritt zur Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen zunächst auf dem Land, später in den Städten. Die Einrichtung der ersten vier Sonderwirtschaftszonen Shenzhen, Zhuhai, Shantou und Xiamen 1978/1980 zeigte die positiven Effekte, die ausländische Investitionen und Chinas Integration in die Weltmärkte erzielen konnten. Die schrittweise Ausdehnung der lokal begrenzten Sonderrechte aus diesen Gebieten über eine Vielzahl weiterer Sonderzonen gipfelte schließlich in Chinas Beitritt zur Welthandelsorganisation WTO 2001 und in, zumindest theoretisch, der vollständigen ökonomischen Öffnung der Volksrepublik. Dieser Erfolg der dritten Führungsgeneration unter Jiang Zemin (1989/1992 bis 2002) erforderte umfangreiche Anpassungsmaßnahmen im rechtlichen und organisatorischen Bereich. Er war zudem innenpolitisch heftig umstritten und führte dazu, dass China wichtige Strukturen und Prozesse der Wirtschaftspolitik aus etablierten Marktwirtschaften in seine Ordnung integrierte. Doch mit der tieferen Integration in die Weltwirtschaft wuchsen die Herausforderungen vor allem für die vierte Führungsgeneration um Hu Jintao und Wen Jiabao (2002 bis 2012). Die vergleichsweise einfachen Reformen – etwa mehr individuelle Entscheidungsgewalt und mehr Markt für landwirtschaftliche Produkte oder die Zulassung von privaten Restaurants und Geschäften – hatten ihre Wirkung entfaltet. Die wirklich komplexen Herausforderungen – Reform maroder Staatsunternehmen, mehr Konkurrenz und Effizienz im Finanzsektor – besaßen und besitzen weiterhin erhebliche Risiken für die Stabilität von Wirtschaft und Gesellschaft. Zudem bedrohen sie mächtige Interessen innerhalb des Einparteistaates. Schließlich zeigte sich die wachsende Abhängigkeit

der Volksrepublik von Entwicklungen außerhalb ihrer Grenzen. Als die Globale Finanzkrise 2007/2008 die Geldhäuser und Finanzsysteme in den USA und Europa ins Wanken brachte, schien China zunächst dank der Abschottung seines Finanzsystems weitgehend unbeteiligt. Doch führte die Finanzkrise zu einer Wirtschaftskrise in Chinas wichtigsten Absatzmärkten. Dies wiederum hatte einen bedrohlichen Einbruch in Chinas Exportwirtschaft zur Folge. Die chinesische Staats- und Parteiführung reagierte mit einem riesigen Investitionsprogramm (makroökonomisches Stimulierungspaket 2008) und mit verstärkter Aktivität in der internationalen Koordination der Wirtschaftspolitiken, der sogenannten Global Economic Governance, versinnbildlicht durch die Gipfeltreffen der G20-Staaten beginnend in Washington 2008.⁸

Auch unter der fünften Führungsgeneration um den „Kern“ Xi Jinping herum sucht China weiterhin nach einer Balance zwischen binnenwirtschaftlicher Kontrolle, außenwirtschaftlicher Öffnung, globaler Teilhabe und nationaler Unabhängigkeit. Unter seiner Führung wird die Vormachtstellung der KPC konsequent ausgebaut, auch im Bereich der Wirtschaft. Der Einsatz neuer digitaler Werkzeuge soll langfristig die Überwachung wirtschaftlicher Aktivitäten in Echtzeit ermöglichen. Zwar setzt China seine Politik der lokalen Sonderzonen und Experimente fort, wie etwa die Einrichtung der China (Shanghai) Pilot Free Trade Zone 2013 oder des Freihafens Hainan 2020 dokumentieren; doch hat sich der Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik in Richtung auf zentrale Planung verschoben. Auch wird der Aspekt der Sicherheit und der Abwehr von Risiken in der nationalen Wirtschaftspolitik immer stärker hervorgehoben. Schließlich befeuerte der Handelskonflikt mit den USA Bestrebungen, die nationale Wirtschaft unabhängiger von ausländischen Partnern werden zu lassen und sich etwa von den USA ein Stück weit zu entkoppeln. In einer „dualen Zirkulation“ – so das offizielle Konzept – soll die heimische Wirtschaft Hauptträger der weiteren Entwicklung sein. Außenhandel und Binnenmarkt sollen sich in ihrer Entwicklung gegenseitig stärken, der Schwerpunkt jedoch auf der Entwicklung des Binnenmarktes liegen.

Die chinesische Wirtschaftspolitik weist somit seit den 1970er Jahren einige wesentliche Merkmale auf, die bis heute gelten: Experimentieren statt Umsetzung einer detaillierten Blaupause für die Strukturreformen, das schrittweise Herangehen an einzelne Reformbereiche anstelle eines grundlegenden Umbaus der gesamten Ordnung auf einen Schlag, das Experimentieren mit verschiedenen Politiken, die dann teils ausgedehnt, teils aber auch wieder abgebrochen werden, was der Reformpolitik insgesamt eine Dynamik verleiht, in der häufig große Schritte angekündigt, gelegentlich erprobt und in manchen Fällen auch umgesetzt werden, die aber bis heute keine eindeutige Entwicklungsdynamik hin zu einem stabilen Ordnungsrahmen „Marktwirtschaft“ oder „Zentralverwaltungswirtschaft“ aufweist.

Dieser Prozess der graduellen Reform der Wirtschaftsordnung vollzieht sich bis heute im ideologischen Kontext der Modernisierung des chinesischen Sozialismus und des Wiederaufstiegs der chinesischen Nation. Entsprechend sind Politik wie Legitimation

der Politik Gegenstand einer Entwicklung der Theorien des Marxismus-Leninismus, der Ideen Mao Tse-tungs und Deng Xiaopings und seit dem 19. Parteitag 2017 auch der „Ideen Xi Jinpings für eine neue Ära des Sozialismus chinesischer Prägung“. Die Ideologie musste immer wieder an die erfolgreichen Reformen angepasst werden, etwa durch die Legitimierung der Öffnung der KPC für erfolgreiche Unternehmer in den 1990er Jahren in Form der „Theorie der Drei Repräsentationen“. Umgekehrt folgten viele Entscheidungen über konkrete Reformen eben auch der Logik der Entwicklung der Produktivkräfte, der Stärkung oder Schwächung des Staatssektors und der Rolle der KPC in Verwaltung, Gesellschaft und Unternehmen. Die heutige Ausformung der chinesischen Wirtschaft, eben die Sozialistische Marktwirtschaft, ist damit das Produkt einer Reihe von Experimenten, Strukturreformen, ideologischen und realen Anpassungsmaßnahmen. Dies spiegelt sich sowohl in der Reihenfolge wichtiger Reformschritte als auch in der Abfolge der offiziellen Beschreibungen bzw. des offiziellen Namens der chinesischen Wirtschaftsordnung wider.

Grundelemente	Ihre Bedeutung
Gradueller Wandel Top-down und Bottom-up unter Leitung und zur Stärkung der KPC	Chinas Reformpolitik folgt der Planung und der Gestaltung durch die Staats- und Parteiführung, die „von oben“ Reformen vorgibt; zugleich aber lässt die Zentralregierung Raum für lokale Initiativen und das individuelle Ausnutzen von Grauzonen für unternehmerische Aktivitäten „von unten“, die dann teils unterbunden, teils zur nationalen Politik gemacht werden; Chinas Reformpolitik verbindet also Elemente des „Top-down“ mit solchen des „Bottom-up“.
Keine umfassende Blaupause	Chinas Wirtschaft wird in Fünfjahresplänen bzw. in Fünfjahresprogrammen geplant; gleichwohl hat sich der Charakter der Pläne bzw. Programme von mandatorischen („Muss-Bestimmungen“) Vorgaben zu indikativen („Soll-Bestimmungen“) Vorgaben gewandelt. Für die Reform des Ordnungsrahmens, also die Ausgestaltung der Sozialistischen Marktwirtschaft, gibt es gleichwohl keine umfassende Blaupause. Vielmehr entwickelt jede Führungsgeneration den Ordnungsrahmen in einer Vielzahl unterschiedlicher Maßnahmen und ideologischer Initiativen weiter, ohne die bestehenden Widersprüche dieser Ordnung (bislang) aufzuheben.
„Trial and Error“ und Lernen	Aus dem Fehlen eines detaillierten Makroplans ergibt sich bis heute die Notwendigkeit, Reformmaßnahmen auszuprobieren, zu studieren und zu revidieren. Angesichts der Vielzahl der Reformen hat sich zudem die Praxis des Lernens sowohl von Experimenten als auch von den Erfahrungen anderer Länder und Gesellschaften etabliert. Allerdings stellt die Kontrolle der Experimente den Parteistaat zunehmend vor Probleme, sich gegen Provinz- und Lokalregierungen oder mächtige gesellschaftliche und innerparteiliche Gruppen durchzusetzen.
Schrittweise Integration in die Weltwirtschaft	Die Volksrepublik profitiert enorm vom Zugang zu wichtigen Absatzmärkten in den USA, in Europa und in Ostasien. Sie ist für die Produktion vor Ort in hohem Maße auf Importe angewiesen. Zugleich versucht die Zentralregierung jedoch, das Ausmaß und den Umfang zu begrenzen, indem ausländische Unternehmen in China und chinesische Unternehmen im Ausland aktiv sind, selbst wenn dies nur schwierig mit internationalen Regeln und Vereinbarungen (WTO) zu vereinbaren ist.
Definition staatlicher strategischer Sektoren	Eine Grundlage für die schrittweise Integration in die Weltwirtschaft ist die Definition „strategischer“ Wirtschaftssektoren und Unternehmen, die im Binnenmarkt vor ausländischer Konkurrenz geschützt und bei ihren Auslandsaktivitäten massiv unterstützt werden, etwa durch subventionierte Kredite. Chinas besondere Politik gegenüber seinen Staatsunternehmen ist einer der wichtigsten Konflikte zwischen China und Europa in Wirtschaftsfragen.

Einige sollen zuerst reich werden!	Seit den 1990er Jahren basiert die chinesische Wirtschaftspolitik auf der Annahme, dass der schnelle Reichtum einer kleinen Oberschicht letztlich den Wohlstand aller fördern wird und damit im Interesse der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung liegt. Tatsächlich hat das Entstehen einer superreichen Oberschicht jedoch soziale Spannungen und politische Unzufriedenheit verschärft, obwohl die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung eine erhebliche Verbesserung des Lebensstandards erfahren hat.
Rent-Seeking und Korruption	Teile des neuen Reichtums beruhen auf dem privilegierten Zugang einiger Familien und Kader zu Informationen, Geld und Ressourcen. Korruption und das Ausnutzen politischer Macht zum individuellen ökonomischen Vorteil sind angesichts der schrittweisen Reformpolitik strukturelle Bestandteile der chinesischen Wirtschaftsordnung geworden und auch mit scharfen ideologischen Kampagnen kaum in den Griff zu bekommen.
Top-level design	Zentrale Koordination unterschiedlicher Politiken und klare Ausrichtung der Politik auf die von der Parteispitze vorgegebenen Ziele verbunden mit verstärkter Überwachung und vermehrten direkten Eingriffen der Zentralregierung.

Abb. 6: Grundelemente der chinesischen Reformpolitik.

Quelle: Gottwald/Schirmer 2017 basierend auf Brandt und Rawski 2008; Naughton 2007; Heep/Huotari/Szezan 2016.

Wichtige Merkmale der Sozialistischen Marktwirtschaft Chinas

Drei Artikel der Verfassung der Volksrepublik China von 1992 in ihrer revidierten Form von 2004 geben wichtige Hinweise auf die Sozialistische Marktwirtschaft: neben dem oben bereits angeführten Auftrag, dass China Sozialistische Marktwirtschaft praktiziere (Art. 15), sind dies vor allem die Artikel 7 und 11:

„**Art. 7.** Die staatseigene Wirtschaft, das ist die sozialistische Wirtschaft unter Volkseigentum, ist die dominierende Kraft in der Volkswirtschaft. Der Staat gewährleistet die Konsolidierung und Entwicklung der staatlichen Wirtschaft.“

„**Art. 11.** Die an den Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen gebundenen, nicht auf Gemeineigentum beruhenden Wirtschaftssektoren der Individualwirtschaft und der Privatwirtschaft sind wichtige Bestandteile der sozialistischen Marktwirtschaft. Der Staat schützt die gesetzmäßigen Rechte und Interessen des nicht-öffentlichen Sektors der Wirtschaft ebenso wie die des individuellen und privaten Sektors der Wirtschaft.“⁹

Diese Regelungen weisen bereits auf elementare Kennzeichen der chinesischen Wirtschaftsordnung hin: sie verbindet eine zentrale Rolle für Staatsunternehmen – also direkte wirtschaftliche Aktivitäten, die durch Organisationen im Besitz und unter der direkten Kontrolle (partei-)staatlicher Stellen stehen – mit Privat- und Kollektiveigentum. Vor allem Letzteres ist in hohem Maße bemerkenswert, da die KPC als marxistisch-leninistische Partei eigentlich die Überwindung der Ausbeutung des Proletariats durch die Klasse der Kapitalisten, also jener, die die Produktionskräfte besitzen, anstrebt. In der chinesischen Praxis bedeutet dies seit den 1980er Jahren einen Rückzug direkten staatlichen Eigentums und eine Konzentration auf Unternehmen in Wirtschaftssek-

toren von strategischer Bedeutung, etwa Telekommunikation, Flugzeugbau, etc., die einer zentralen Behörde unterstellt sind, der „State-owned Assets Supervision and Administration Commission of the State Council (SASAC)“¹⁰. Im Frühjahr 2021 befanden sich noch 96 Unternehmen unter der direkten Kontrolle von SASAC. Ebenso gibt es noch Unternehmen im Eigentum der Provinzen und anderer Gebietskörperschaften. Neben den Unternehmen, die unter der Aufsicht von SASAC und seinen sub-nationalen Äquivalenten stehen, gibt es zudem weitere Unternehmen wie etwa eine Reihe von Banken, Versicherungen und Trustgesellschaften, die direkt dem Staat gehören bzw. direkt vom Staat kontrolliert werden. Dies dient dazu, dem in der Verfassung gegebenen Ziel nahezukommen, dass der staatliche Sektor eine dominierende Rolle in der chinesischen Wirtschaft behalten soll. Zudem dienen diese Unternehmen als wichtiges Instrument bei der Umsetzung zentralstaatlicher Wirtschaftspolitik etwa durch Kreditvergabe oder Investitionen. In vielen Studien zur Wirtschaft Chinas wird ein unrentabler Staatssektor mit einem profitablen Privatsektor kontrastiert. Diese Darstellung ist zwar nicht falsch, aber verdeckt zwei wesentliche Punkte: zum einen finden sich unter den direkt von der Zentral- und von Provinzregierungen kontrollierten Unternehmen auch eine Vielzahl rentabler und innovativer Unternehmen; zum anderen sind die Übergänge zwischen staatlichen und privaten Unternehmen in China häufig schleichend: selbst an internationalen Börsen gehandelte Unternehmen befinden sich häufig noch in erheblichem Umfang im Besitz staatlicher Stellen und sind Teil der nationalen Wirtschaftspolitik.

Neben der dominierenden Rolle für den Staatssektor ist es vor allem das Machtgefüge des leninistischen Parteistaates, das zum Funktionieren und zu wesentlichen Defiziten der Sozialistischen Marktwirtschaft beiträgt. Die KPC ist gemäß der Verfassung die einzige legitime politische Kraft, die Chinas Gesellschaft und Politik auf dem Weg zur Verwirklichung des Sozialismus mit chinesischen Charakteristika voranschreitet. Neben der ideologischen Schulung sind die Kontrolle des Spitzenpersonals in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft sowie die Kontrolle über den Zugang zu Kapital und Kredit zwei der wichtigsten Mechanismen, mit denen die KPC den Spagat zwischen wachsender individueller Freiheit, vor allem unternehmerischer und Konsumfreiheit sowie Stabilität der Herrschaft und Kontrolle der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung bewerkstelligt. Spitzenkader werden nicht nur zwischen Verbänden, Parteiämtern und Regierungsstellen hin und her bewegt, sondern auch die Besetzung der wichtigsten Positionen in den wichtigsten Unternehmen erfolgt unter der Obhut der KPC. Eine Spitzenposition in einem wichtigen chinesischen Unternehmen gegen den Willen der Partei einzunehmen ist praktisch unmöglich. Topmanager durchlaufen dabei grundsätzlich dieselben Schulungen, Bewertungsrounds und Beförderungswege wie die Spitzenkader in Regierung und Verwaltung. Dies sichert der Parteiführung einen elementaren zusätzlichen Kanal zur Durchsetzung ihrer Politik, nämlich die Mobilisierung der in den Unternehmen verankerten Parteikomitees und Parteisekretäre. Dies erfolgt formal über SASAC, das für die Ernennung und Entlassung der Spitzenmanager in den ihr unterstellten Unternehmen zuständig ist. Zudem fördert die chinesische Führung

die Einrichtung von Parteigremien in Unternehmen einschließlich in- und ausländischer Privatunternehmen. Diese Parteikomitees sollen auch in ausländischen Betrieben und chinesisch-ausländischen Gemeinschaftsunternehmen, den sogenannten Joint Ventures, zunehmend in das Management der Unternehmen eingebunden werden. Immer mehr Unternehmen sehen sich zudem gefordert, in ihren offiziellen Stellungnahmen Bezug auf die offizielle Ideologie, vor allem die „Gedanken Xi Jinpings“, zu nehmen.

Plan und Markt, Eigentumsformen und Strategische Wirtschaftspolitik

Chinas Sozialistische Marktwirtschaft ist also vor allem die Kombination von Elementen einer reformierten sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft mit institutionellen Aspekten einer koordinierten Marktwirtschaft. Sie bietet damit einen erstaunlich gut funktionierenden Rahmen für private Unternehmen ebenso wie für große Staatskonzerne. Während der staatliche Sektor zu Beginn der Reformpolitik noch ungefähr 80 Prozent der Wirtschaftsleistung ausmachte, hat sich ihr Anteil seitdem erheblich verringert. Dieses kontinuierliche Absinken der Staatswirtschaft war Teil der graduellen Reform, die ein „Herauswachsen aus dem Plan“ in einen sich schnell entwickelnden, marktwirtschaftlichen, von privaten Unternehmen getragenen Bereich verfolgte. Gleichwohl stand das Überleben des Staatsektors als wichtigem Pfeiler der Sozialistischen Marktwirtschaft nie in Frage. Vielmehr haben mehrere Runden der Reform der

Rank China / (Fortune 500)	Name	Sektor	Jahres-einnahmen (US-Dollar)
1 (2)	Sinopec Group	Petrochemie	407 Milliarden
2 (3)	State Grid	Energie	383 Milliarden
3 (4)	China National Petroleum Corporation	Petrochemie; Energie	379 Milliarden
4 (18)	China State Construction Engineering Corporation	Bauwirtschaft; Investitionen	205 Milliarden
5 (21)	Ping An Insurance	Versicherungen; Finanzdienstleistungen	184 Milliarden
6 (24)	Industrial and Commercial Bank of China	Bankgeschäfte; Finanzdienstleistungen	177 Milliarden
7 (30)	China Construction Bank	Bankgeschäfte; Finanzdienstleistungen	158 Milliarden
8 (35)	Agricultural Bank of China	Bankgeschäfte; Finanzdienstleistungen	147 Milliarden
9 (43)	Bank of China	Bankgeschäfte; Finanzdienstleistungen	135 Milliarden
10 (45)	China Life Insurance	Versicherungen; Finanzdienstleistungen	131 Milliarden

Abb. 7: China's Top 10 Private Enterprises (2020).

Quelle: Gottwald 2017 basierend auf Fortune 500.

staatseigenen Unternehmen (State-Owned-Enterprises, SOEs) dazu geführt, dass ihr Anteil gegenwärtig stabil ist und viele SOE zu auch international konkurrenzfähigen Konzernen entwickelt wurden. Der Anteil der SOE an den Investitionen in China, der über lange Jahre rückläufig war, steigt seit 2014 wieder leicht an. International sichern sich Chinas größte staatseigene Unternehmen zusehends Anteile am Weltmarkt, oft mit direkter und indirekter Unterstützung des Parteistaates. 2020 fanden sich nicht weniger als 124 chinesische Unternehmen auf der Fortune 500, einer Liste der größten Unternehmen weltweit.¹¹

Die staatseigenen Unternehmen sind folglich nur zu einem Teil ein Sanierungsfall, dem die chinesische Führung mit einer Mischung aus Fusionen, Kapitalspritzen oder auch Öffnung für ausländische Investoren zu begegnen sucht. Das Schließen unrentabler Unternehmen ist immer noch die Ausnahme. Die wichtige nationale Planungs- und Koordinierungsbehörde, die National Development and Reform Commission (NDRC), eine Art Superministerium für Wirtschafts- und Technologiepolitik, veröffentlicht zusammen mit dem Ministerium für Wissenschaft und Technologie, Industrie und Informationstechnologie sowie dem Finanzministerium einen Plan für Schlüsselprojekte der strategischen Industrien (Strategic Emerging Industries) als Teil der im Fünfjahresplan vorgegebenen Ziele. Zu den Schlüsseltechnologien und -sektoren, die in den nächsten Jahren Chinas wirtschaftliche Entwicklung tragen sollen, gehören Informationstechnologie, die „intelligente Fertigung“ („smart manufacturing“), aber auch Umwelttechnologie, digitale Innovation, Biotechnologie, alternative Fahrzeugtechnik und neue Energien.

In diesen Schlüsselsektoren spielen staatlich kontrollierte Unternehmen eine zentrale Rolle. Die klassische Gegenüberstellung von Staats- und Privatunternehmen verliert in Chinas sozialistischer Marktwirtschaft allerdings immer mehr an Aussagekraft. Schon in frühen Phasen der Reformpolitik etablierten sich in China sogenannte Township and Village Enterprises (TVE), die einen legalen Rahmen für privatwirtschaftliche Unternehmer boten, ehe Privatunternehmen in größerem Umfang zugelassen wurden. Viele staatliche Unternehmen haben private zum Teil ausländische Anteilseigner. Umgekehrt profitieren viele „private“ Unternehmen, wie etwa der chinesische Internet- und Handelspionier Alibaba, der 2014 den bislang größten Börsengang in New York schaffte, enorm von der Nähe zum Parteistaat. Huawei, ein weltweit führender Hersteller von Mobilfunktechnik und Smartphones, steht auch weiterhin im Ruf, auf das engste mit dem chinesischen Militärapparat verbunden zu sein. Zudem sehen sich erfolgreiche chinesische Unternehmer immer wieder massivem Druck ausgesetzt, sich in die chinesische Wirtschaftspolitik einzufügen. Ermittlungen wegen Korruption, Unterschlagung und Betrug sind häufig das ultimative Mittel, um eine unliebsame wirtschaftliche Konkurrenz zu staatlichen Unternehmen zu unterbinden. Letztlich kontrolliert der Parteistaat wichtige Bereiche des Wirtschaftens: den Zugang zu Krediten und Informationen sowie zu Spitzenpositionen.

Kontrolle von Personal, Informationen und Geldmitteln

In seinem Werk über die Stärke der KPC identifizierte der amerikanische Chinaforscher David Lampton (2008) drei Dimensionen – „Gesichter“: Geld („money“), (Polizei-)Macht („might“) und Sinne („minds“). Diese drei Elemente definieren auch die Mechanismen, mit denen es dem Parteistaat gelingt, wirtschaftliche Aktivitäten im Sinne der Partei zu dirigieren, ohne permanent und umfassend durchgreifen zu müssen.

Der offensichtlichste Mechanismus besteht aus der weitgehenden Kontrolle des Zugangs zu Geld und Kredit im Finanzsektor (siehe unten) sowie über das Versprechen, durch enge Kooperation mit dem Parteiapparat oder aus dem Parteiapparat heraus eine erfolgreiche Karriere machen zu können und sich und seiner Familie Wohlstand und mit Wohlstand Sicherheit schaffen zu können. Auch wenn es in China eine Vielzahl hoch erfolgreicher Privatunternehmer gibt, so sind Karrieren völlig außerhalb der Aufmerksamkeit und Kontrolle durch die Partei kaum möglich. Zum einen hilft die Mitgliedschaft oder zumindest der enge Kontakt zur KPC in allen Fragen der Geschäftsgründung und erfolgreichen Geschäftsführung; zum anderen schreckt der Parteistaat nicht davor zurück, erfolgreiche Unternehmer auf vielfältige Weise zur Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen zu bewegen: von Anreizen wie besserem Zugang zu Kapital und Geschäftsfeldern über das subventionierte Aufkaufen erfolgreicher Privatunternehmen durch staatliche Konkurrenten bis hin zur Verhaftung von Privatunternehmern, die dem Parteistaat und SOEs zu groß geworden sind. Gerade die staatlich verordnete und organisierte Kreditschwemme nach 2008 ermöglichte es den Staatsunternehmen, mit ihrem privilegierten Zugang zu billigen Finanzierungen, in großem Umfang private Unternehmen aufzukaufen und in China zurückzudrängen: „der Staat rückt vor, die Privatunternehmen weichen zurück“ (国进民退 guojin, mintui) wurde zu einem geflügelten Wort jener Jahre, das gleichwohl offiziell kategorisch dementiert wurde. Heute sind Unternehmer gefordert, patriotisch zu sein und mit ihrem Handeln die Verwirklichung der von der KPC formulierten Ziele wie das Wiedererstarken der chinesischen Nation aktiv zu unterstützen. Der Druck auf Privatunternehmer, sich den Zielen der nationalen Wirtschaftspolitik unterzuordnen, nimmt ebenso zu wie die Anreize, an den nationalen Vorhaben mitzuwirken. Selbst die weltweit so bewunderten und erfolgreichen Internetgiganten aus China, Alibaba oder Tencent, stehen unter fortgesetztem Druck, sich der staatlichen Wirtschaftsplanung nicht zu entziehen. Offene Kritik an der staatlichen Politik trug etwa dazu bei, dass Alibaba den bereits eingeleiteten Börsengang seines Finanzdienstleisters Ant Financial 2020 in letzter Minute abbrechen musste. Die Parteiführung entschied sich für eine Demonstration ihrer Stärke und für die Verschärfung der Kontrolle über eines der wichtigsten Unternehmen des Landes – trotz eines erheblichen Imageschadens bei internationalen Investoren.

Die Kontrolle der „Sinne“ bzw. des „Verstandes“ der Menschen erstreckt sich daher auf zwei Dimensionen: erstens, die ideologische Arbeit und Beeinflussung durch Zensur

und erzieherische Kampagnen; und zweitens durch die direkte Kontrolle der Besetzung der Spitzenpositionen in den mächtigen SOEs und der Möglichkeit, juristisch und durch die Disziplinarkommission der KPC Fehlverhalten zu sanktionieren. Hier kommt die dritte Dimension nach Lampton zum Tragen: zwar hat die Verrechtlichung der chinesischen Wirtschaft und Gesellschaft erhebliche Fortschritte gemacht, doch kann von einer unabhängigen Justiz in keiner Weise die Rede sein. Vielmehr ist auch die Justiz offiziell und explizit der Partei untergeordnet und erlaubt damit die Steuerung, ob und wann Verfahren gegen Unternehmer eingeleitet werden können, deren Ausgang dann politisch entschieden wird. Hinzu kommen die Kampagnen aus dem Parteiapparat heraus gegen Korruption und Fehlverhalten, die sich explizit auch gegen parteischädigendes Verhalten etwa in SOEs oder im Finanzsektor richten.

Diese kombinierten Möglichkeiten aus Partei- und Staatsapparat haben sich in den zurückliegenden Jahren als effektive Mechanismen erwiesen, um einerseits eine der größten wirtschaftlichen Transformationen zu ermöglichen und vielen Menschen Raum für individuelle und innovative Unternehmen zu gewähren, und trotzdem eine generelle Steuerung der wirtschaftlichen Entwicklung zu gewährleisten. Daher hat die wirtschaftliche Liberalisierung bislang nicht zu einer nachhaltigen Schwächung der Macht der zentralen Führung geführt. Es wäre allerdings falsch, sich die Staats- und Parteiführung hier als großen, einheitlichen Block vorzustellen. Nur in einigen Fällen, die auf allerhöchster Ebene entschieden werden, kommt es zu nachhaltigen Durchgriffen der Zentrale. In der Routine des Geschäftsalltags stehen allzu häufig konkurrierende Interessen von Unternehmern, Teilen der politischen Elite, häufig auch unterschiedliche Ministerien und staatliche Behörden untereinander in Konkurrenz. Die Koordination konkurrierender Interessen erweist sich zunehmend als aufwendig für die Staats- und Parteiführung. Die Einrichtung neuer „Führungsgruppen“ auf höchster Ebene verdeutlicht (siehe auch den Beitrag von Matthias Stepan), wie sehr die Abstimmung der Politik zwischen unterschiedlichen Teilen des Staats- und Parteiapparates zu einem Problem geworden ist. Diese Konkurrenz innerhalb der Eliten wiederum schafft häufig auch dort Freiräume für wirtschaftliche Unternehmungen, die nicht ausdrücklich Teil der Wirtschaftspolitik sind. Gerade der beispiellose Boom der internetbasierten Geschäfte in China ist zu einem erheblichen Teil als Nebenprodukt, aber nicht als Ergebnis der Wirtschaftspolitik in Chinas Sozialistischer Marktwirtschaft zu verstehen (siehe unten).

Stärken und Schwächen der chinesischen Wirtschaft

Chinas Volkswirtschaft und Wirtschaftsplanung heute

China ist zu einem der wichtigsten Wachstumsmotoren der Weltwirtschaft geworden. Seine jährlichen Wachstumsraten seit 1980 lagen im Durchschnitt bei knapp 10 Prozent (siehe Abbildung 8).



Abb. 8: Chinas Wachstumsraten.

Quelle: Statista (2020); eigene Darstellung.

Dieses historisch unerreichte Hochwachstum über mehrere Jahrzehnte hinweg beruhte auch auf einem sektoralen Strukturwandel, der eine Verschiebung weg von der Landwirtschaft über ein Anwachsen des industriellen Sektors hin zu Dienstleistungen gekennzeichnet ist.

Die Volksrepublik China ist heute eine der größten Volkswirtschaften der Welt neben den USA und der EU. Je nach Berechnungsgrundlage hat die Volksrepublik China die USA als größte nationale Volkswirtschaft abgelöst und liegt gemessen in Kaufkraftparitäten nur noch knapp hinter der EU. Gleichwohl ist die Bevölkerung Chinas mit rund 1,41 Milliarden Einwohnern um ein Vielfaches höher als in der EU mit ca. 447 Millionen oder den USA mit ca. 331 Millionen. Folglich liegt die Wirtschaftsleistung pro Kopf der Bevölkerung noch weit unterhalb der Werte für die USA, die EU oder Japan – trotz der enormen Entwicklung, die China durchlaufen hat. Aus politischer Sicht bedeutsam ist auch, dass die Einkommensverteilung gemessen durch den Gini-Koeffizienten in der Volksrepublik China deutlich ungleicher ist als in Deutschland oder Japan. Die Verbesserung im Lebensstandard (gemessen im Human Development Index) hat China somit ins Mittelfeld der Staaten geführt, zugleich jedoch eine erhebliche Ungleichverteilung von Wohlstand bewirkt.

Land	BIP 2019 (Milliarden US-Dollar)	BIP 2019 (Milliarden 2017 PPP\$)	BIP pro Kopf (US- Dollar)	Bruttonational- einkommen 2019 pro Kopf (2017 PPP\$)	HDI score (rank) 2020	Ungleichheit Gini- Koeffizient
China	14 279,94	22 492,45	10 216,6	16 057	0,761 (85)	38,5 (2016)
USA	21 433,23	20 524,95	65 297,5	63 826	0,926 (17)	41,1 (2016)
Japan	5 081,77	5 261,10	43 593,5	42 932	0,919 (19)	32,9 (2013)
Deutschland	3 861,12	4 471,28	57 530,3	55 314	0,947 (6)	31,9 (2016)

Abb. 9: Chinas Entwicklung im internationalen Vergleich.

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Weltbank 2020; HDI 2020.

Sowohl die chinesische Regierung als auch die Weltbank erwarten, dass das Wachstum der Volksrepublik China zwar weiter abnimmt, aber weiterhin deutlich höher ausfallen wird als in den USA oder der EU. So liegen die prognostizierten ca. 6 Prozent pro Jahr deutlich unter dem Durchschnitt von knapp 10 Prozent für 1980 bis 2016. Selbst der wirtschaftliche Einbruch im Zuge der weltweiten COVID-19-Pandemie konnte in China aufgefangen werden, sodass China für das Jahr 2020 insgesamt ein Wachstum des BIP melden konnte. 2021 soll die chinesische Wirtschaft bereits wieder auf das Niveau des New Normal zurückkehren und um mehr als 6 Prozent zulegen. Ein Wachstum in dieser Größenordnung wird ausreichen, um Chinas führende Rolle in der Weltwirtschaft weiter zu stärken. Dabei soll der private Konsum immer wichtiger werden. Während das bisherige Wirtschaftswachstum zu einem erheblichen Teil auf Investitionen und Außenhandel beruhte, beträgt der Beitrag des Konsums zum BIP inzwischen über 50 Prozent. Dies macht die Volksrepublik nicht nur unabhängiger von Weltmärkten und internationalem Handel, sondern auch von staatlich initiierten und gelenkten Investitionsprogrammen. Dennoch kritisieren viele Ökonomen, dass Chinas Wachstum weiterhin zu stark von staatlichen Ausgaben abhängt, und sehen in der rasch ansteigenden Verschuldung der öffentlichen Hand ebenso wie von Unternehmen und Haushalten ein erhebliches Risiko für Chinas wirtschaftliche Entwicklung (siehe unten).

Im internationalen Vergleich ist China mit einem BIP pro Kopf von über 10.000 US-Dollar (Weltbank 2018, Wechselkurs) ein Land mit „mittlerem Einkommen“. Zum Jahresende 2020 erklärte die KPC, das Ziel, China zu einer Gesellschaft bescheidenen Wohlstands zu machen, in Kürze zu erreichen und feierte die offizielle Beseitigung extremer Armut in China. Mit dem Erreichen dieses mittleren Entwicklungsniveaus verbinden Ökonomen allerdings die Sorge, dass der bisherige Wachstumspfad dermaßen an Dynamik verliert, dass die Volkswirtschaft langfristig auf dem Niveau festsitzen könnte, also in einer „Mittleres-Einkommen-Falle“ (middle-income-trap) gefangen säße. Einen Ausweg aus dieser Falle, die durch den Alterungsprozess und das im internationalen Vergleich relativ niedrige Ausbildungsniveau eines überwiegenden Teils der chinesischen Bevölkerung noch verstärkt wird, sucht die Staatsführung vor allem in rapidem technologischem Wandel und gezielter Eroberung neuer ausländischer Märkte. Chinas Innovationspolitik gehört zu den ambitioniertesten der Welt. Innovation und Bewah-

Wirtschaft		
Ziel	2020	2025
BIP-Wachstum	2,3%	In einem realistischen Rahmen halten, abhängig von der Situation
Steigerung der Arbeitsproduktivität	2,5%	Höher als das BIP-Wachstum
BIP-Anteil in der Digitalwirtschaft	60,6%	65%
Innovation		
Wachstum der F&E-Ausgaben	–	>7% pro Jahr, mehr als im 13. Fünfjahrplan
Hochwertige Patente pro 10.000 Einwohner	6,3	12
Anteil des Mehrwerts von Kernindustrien in der Digitalwirtschaft	7,8%	10%
Lebensqualität		
Anstieg des verfügbaren Einkommens	2,1%	Mit BIP-Wachstum Schritt halten
Städtische Arbeitslosenrate	5,2%	<5,5%
Durchschnittliche Ausbildungszeit der Bevölkerung im Erwerbsalter (in Jahren)	10,8	11,3
Zertifizierte Ärzte pro 1.000 Einwohner	2,9	3,2
Grundrenten-Abdeckung	91%	95%
Kindertagesstätten für Kinder unter 3 pro 1.000 Einwohner	1,8	4,5
Durchschnittliche Lebenserwartung (in Jahren)	77,3	78,3
Umwelt		
Reduzierung des Energieverbrauchs pro BIP-Einheit	–	13,5%
Reduzierung der CO ₂ -Emissionen pro BIP-Einheit	–	18%
Anteil von Tagen mit guter Luftqualität auf Städten auf Präfektorebene oder darüber (%)	87%	87,5%
Ernährungs- & Energiesicherheit		
Getreideproduktionskapazität	–	>650 Millionen Tonnen
Energieproduktionskapazität	–	>4,6 Milliarden Tonnen

Abb. 10: Ziele des 14. Fünfjahresprogramms.

Quelle: MERICS (2021).

nung eines vergleichsweise hohen und nachhaltigen Wirtschaftswachstums sind auch nötig, um die gesellschaftliche Stabilität als Fundament der wirtschaftlichen Modernisierung zu bewahren.

Die Stärkung der Innovationskraft und die Verlangsamung des Wachstums sollen zudem ein weiteres Risiko eindämmen, das in den letzten Jahren erheblich an Brisanz zugenommen hat: die rapide ansteigende Verschuldung der chinesischen Unternehmen, der Privathaushalte und staatlichen Stellen, die neben politischer Instabilität zurzeit wohl das größte Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung darstellt. 2019 erreichte die Gesamtverschuldung der chinesischen Volkswirtschaft das Dreifache der Wirtschaftsleistung (also 300 Prozent des Bruttonationalprodukts; siehe unten).

Entsprechend setzt das 14. Fünfjahresprogramm für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (kurz: 14. FJP; siehe unten) in Verbindung mit den langfristigen Entwicklungszielen für 2035 auf eine weitere Intensivierung des strukturellen Wandels vor allem durch Innovation basierend auf neuen Technologien und der „Ver-Grünung“ des Wachstums. Der Plan betont die Fortführung der wirtschaftlichen Öffnung. De facto schreibt er das international kritisch beäugte Innovationsprogramm „Made in China 2025“ vor, mit dem China bis 2025 und erst recht bis 2049 – dem 100. Geburtstag der Volksrepublik China – die führenden Industrienationen in wichtigen Sektoren ein- und überholt haben will. Auch wenn die Wirtschaftsplanung überwiegend auf Zielvorgaben, und nicht wie in der Vergangenheit auf ein verpflichtendes Plansoll setzt, so skizziert das FJP doch erneut deutlich, in welche Richtung die Staats- und Parteiführung China umbauen möchte: zu einer global führenden Wirtschaftsmacht und Hochtechnologienation.

Ein Problem allerdings haben die erfolgreichen Wirtschaftspolitiker in der chinesischen Hauptstadt jedoch nur begrenzt in den Griff bekommen: die Reformen für ein grüneres, technologisch höherwertiges und nachhaltiges Wachstum müssen nicht nur verkündet, sondern auch gegen erhebliche Widerstände auf der lokalen Ebene und bei wichtigen Interessengruppen innerhalb des Staatsapparates durchgesetzt werden. Doch an zentralen Stellen, wie etwa im Finanzsektor, stößt die staatliche Reformpolitik immer wieder an gefährliche Grenzen.

Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Steuerung am Beispiel Finanzmarktreformen

Die Frage, inwieweit Chinas Wirtschaft aufgrund oder doch eher trotz der massiven staatlichen Interventionen wächst, ist, wie eingangs erwähnt, weiterhin Gegenstand wissenschaftlicher Debatten. Das Beispiel des chinesischen Finanzmarktes veranschaulicht zum einen die Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Steuerung und zeigt zum anderen, wie ungeplante Nebenwirkungen zu erheblichen Innovations- und Modernisierungsschüben führen können.

Finanz- und Kapitalmärkte haben eine besondere Bedeutung für das Funktionieren moderner Gesellschaften: sie versorgen Produzenten und Konsumenten mit dem nötigen

Kapital; sie bündeln und bewerten Risiken und tragen damit dazu bei, dass unternehmerisches Handeln möglich und innovative Produkte finanzierbar werden; sie helfen dem Staat, Ausgaben und damit politische Programme zu finanzieren und sich auch hierdurch die Unterstützung wichtiger Interessengruppen zu sichern; sie helfen, die Menschen vor Risiken wie Krankheit oder Arbeitslosigkeit zu schützen. Offene Kapitalmärkte helfen, zusätzliche Investitionsmittel, aber auch Technologie und Know-how ins Land zu holen; gleichzeitig schaffen sie eine Krisenanfälligkeit, die selbst etablierte Volkswirtschaften wie die in Europa oder den USA an die Grenzen ihrer Steuerungskapazitäten bringen kann, wie in der großen globalen Finanzkrise von 2008. Daher ist es wenig verwunderlich, dass die nationale Kontrolle über Banken, Versicherungen und Investmentgesellschaften lange Zeit in den meisten Volkswirtschaften als überaus wichtig galt.

Entsprechend lange zögerte die chinesische Führung eine grundlegende Reform und Öffnung des Finanzsektors hinaus. Bis heute ist Chinas Währung nur begrenzt international handelbar, bestehen für das Engagement ausländischer Finanzdienstleister in China erhebliche Hürden. Denn die Kontrolle von Geld und Kapital ist, wie oben ausgeführt, weiterhin ein wichtiger Pfeiler der Einparteiherrschaft.

Bis zu Beginn der Reformen Deng Xiaopings gab es nur eine Bank in China, die als zentrale Verrechnungsstelle und Kundenbank alle Finanzfunktionen in sich vereinte. Gleichwohl existierten auch in den Jahren unter Mao Tse-tung Kreditkooperativen und vor allem ein jahrhundertealtes Untergrund-Bankensystem. Die Kreditkooperativen, die nie völlig in das chinesische Monobankensystem der Mao-Jahre integriert waren, spielten eine extrem wichtige Rolle für die ländliche Entwicklung.¹² Mit Beginn der Reformpolitik wurden zuerst die Funktionen einer staatlichen Zentralbank von dem Kundengeschäft getrennt (1983). Seitdem fungiert die People's Bank of China als wichtige Aufsichts- und Beratungsinstanz in den Bereichen Bankgeschäfte, Währungspolitik und internationale Investitionen. In einem nächsten Schritt wurden drei öffentliche Investitionsbanken, die Agricultural Development Bank of China, China Development Bank and China Export Import Bank sowie vier große kommerzielle Banken, die Bank of China, die Industrial and Commercial Bank of China, die Agricultural Bank of China und die China Construction Bank eingerichtet. Zusammen mit der China Communications Bank bestimmen diese „Großen Vier (Fünf)“ bis heute den nationalen Finanzsektor. Sie vereinigen immer noch gut die Hälfte der Bankgeschäfte auf sich. Um sie herum sind eine Vielzahl von Geschäftsbanken auf Provinzebene und lokaler Ebene entstanden sowie erste „private“ Banken wie die Mingsheng-Bank. Schließlich existieren eine Reihe von Gesellschaften, die Finanzdienstleistungen legal anbieten, ohne eine Banklizenz zu besitzen, sogenannte Schattenbanken, die z.B. Fondsanteile oder Sparpläne vertreiben. Schließlich gibt es seit 2001 eine Reihe ausländischer Banken in China, deren Geschäftstätigkeit allerdings noch engen Grenzen unterliegt. 1992 öffneten in Shenzhen und Shanghai zudem zwei Börsen für den Aktienhandel mit zunächst strikt reglementierten und segregierten Teilmärkten für ausländische und inländische Investoren.¹³

Die Asiatische Finanzkrise der Jahre 1997/1998 führte der Staats- und Parteispitze in aller Deutlichkeit vor Augen, welche Gefahren eine vorschnelle Öffnung nationaler Finanzsektoren beinhaltet. Die massiven wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die die Krise etwa in Südkorea, Indonesien oder Thailand hervorrief, verstärkten in der chinesischen Führung den Entschluss, eine kontrollierte Reform und Öffnung des Finanzwesens zu versuchen. Zu diesem Zweck begann die Volksrepublik nach westlichem Vorbild spezialisierte Aufsichtsbehörden für Banken, Aktienmärkte und Versicherungen zu gründen, die China Banking Regulatory Commission (CBRC), die China Securities Regulatory Commission (CSRC) und die China Insurance Regulatory Commission (CIRC). 2017 schuf die Regierung das übergeordnete Financial Development and Stability Committee, 2018 fusionierten die Kommissionen zur Regulierung von Banken und Versicherungen. Diese Organisationen sollen zugleich die Entwicklung des Finanzsystems vorantreiben und die Aufsicht über Märkte und Akteure durchführen. Wie alle anderen Organisationen unterstehen sie der Führung der KPC, sind Teil des Kadersystems.

Mit dem Beitritt zur WTO 2001 verpflichtete sich China auch zur Öffnung des Finanzsektors, allerdings mit großzügigen Übergangsregelungen. Gleichwohl hielt die Parteiführung an der politischen Kontrolle des Bankgeschäftes und der Möglichkeiten von Unternehmen, Anteile an den Aktien- und Anleihebörsen zu emittieren, fest. Ein wichtiger Schritt bei der Modernisierung der Geschäftsbanken stellte die teilweise Entflechtung mit großen SOEs und deren teilweise Entschuldung dar. Zudem öffnete die Staatsführung die Banken für ausländische Investoren und brachte sie sukzessiv an internationale Börsen, an denen ein Teil der Aktien frei handelbar ist, während ein (größerer) Teil der Aktien weiterhin in Staatsbesitz verbleibt. Dies führt zu der bizarren Situation, dass nun die Aktien der großen fünf Geschäftsbanken entsprechend internationaler Regeln gehandelt werden, die Banken sich zu bestimmten Offenlegungspflichten bekennen und globale Unternehmensstandards einhalten müssen, gleichzeitig jedoch durch ihre Spitzenmanager Teil des chinesischen Partei-staates sind und im Zweifel auch politische Direktiven der Staats- und Parteiführung umsetzen müssen.

Die politischen Besonderheiten von Chinas Sozialistischer Marktwirtschaft zeigen sich besonders deutlich in Krisenzeiten. In den Monaten nach dem Ausbruch der globalen Finanzkrise 2008 etwa griffen hochrangige Vertreter der Zentralbank zum Telefonhörer und wiesen die Banken an, ihre Kreditvergabe zu überprüfen. Einige Wochen später folgte die Anweisung, das staatliche Investitionsprogramm durch eine erhebliche Ausweitung der Kredite zu ergänzen und somit durch massive Investitionen das Wachstum der chinesischen Wirtschaft sicherzustellen. Die Banken erhöhten ihre Kreditvergabe drastisch und unterstützten Lokalregierungen in ihrer Politik, durch spezielle Unternehmen neue Infrastrukturprojekte mit geliehenem Geld, das dann nicht in den öffentlichen Haushalten ausgewiesen werden musste, zu finanzieren. Dies trug zwar wesentlich dazu bei, dass die chinesische Wirtschaft nach einem kurzen, scharfen Einbruch im Winter 2008/2009 schnell wieder auf einen Wachstumskurs zurückkehren konnte, bewirkte aber einen rasanten Anstieg der Verschuldung und kreierte einen Finanz-

sektor zwischen lokalen Regierungen und Banken, der sich weitgehend außerhalb der zentralstaatlichen Kontrolle und Aufsicht bewegte.

Dies blieb nicht die einzige unerwünschte und teils hochproblematische Nebenwirkung der staatlichen Reformpolitik: Das Geschäftsmodell der großen Geschäftsbanken beruhte auf einer staatlich verordneten Differenz zwischen den Zinsen, die die Banken ihren Privatkunden für deren Einlagen anbieten durften, und den Zinsen, die sie für Kredite nehmen durften. Privatkunden finanzierten somit – auch mangels Alternativen – durch staatlich niedrig gehaltene Guthabenzinsen die billige Vergabe von Krediten an Unternehmen („financial repression“), wobei SOEs auffallend besseren Zugang zu staatlichen Krediten besitzen als Privatunternehmen. Auch dies eröffnet der chinesischen Staats- und Parteiführung direkten Einfluss auf wichtige Unternehmen.

Diese Absicherung der Geschäftsbanken durch staatlich gelenkte Zinsen erfordert die Abschottung des chinesischen Marktes für Finanzdienstleistungen; vor allem gilt es zu verhindern, dass sich chinesische Sparer nach profitableren Anlagemöglichkeiten etwa im Ausland oder im Schatten- und Untergrund-Bankwesen umsehen. Denn auch nach der offiziellen, teilweisen Freigabe der Zinsen bleibt der Einfluss auf die tatsächlichen Angebote der Banken groß. Auch weitere Schritte, den chinesischen Finanzsektor für ausländische Anbieter weiter zu öffnen, sind in der Regel begleitet von neuen Maßnahmen staatlicher Kontrolle. Denn ohne die Kontrolle des Kapitalverkehrs mit dem Ausland und ohne strikte Kontrolle der Aktivitäten der Banken drohen gesellschaftliche und ökonomische Risiken, die die KPC bislang nicht gewillt ist einzugehen.

Diese Begrenzung der Konkurrenz im Finanzsystem führt auch dazu, dass ein wichtiger Mechanismus fehlt, um die bestehenden erheblichen Ineffizienzen zu beseitigen. Auch erschwert sie die Bemühungen, defizitäre Staatsunternehmen zu modernisieren. Da sich die Privatwirtschaft als wichtiger Wachstumsmotor und Innovator etabliert hat, erhöht sich der Druck auf die Regierung, die Bevorzugung des Staatsektors zu reduzieren und mehr Konkurrenz für die großen staatlichen Banken zuzulassen. Letztlich besteht so eine Vielzahl von Konflikten innerhalb des chinesischen Finanzsektors zwischen privaten und staatlichen Unternehmen, zwischen Unternehmen, die eine schnellere und weitere Öffnung des Finanzsektors einfordern und jenen, deren Pfründe durch eine solche Öffnung bedroht sind (etwa die Großen Fünf).

Eine Lösung versprechen neue chinesische Unternehmen. Deshalb akzeptierte und förderte die chinesische Regierung anfangs auch die explosive Zunahme internetbasierter Finanzdienstleistungen, sogenannter FinTechs. Auf dem Rücken des rasanten Wachstums der internetbasierten kommerziellen Dienstleistungen und der rasanten Ausbreitung von Smartphones in China, erlebte die Volksrepublik in den 2010er Jahren eine „FinTech Revolution“. Unternehmen wie Alibaba oder der Social Media- und Gaming-Gigant Tencent begannen nicht nur, appbasierte Zahlungssysteme in ihre Internetangebote zu integrieren, sondern stiegen auch in eigentlich klassische Bankgeschäfte wie Sparanlagen und Kreditvergabe ein (siehe unten). Um die Gefahr der neuen Finanzdienstleister und Plattformen für die soziale Stabilität und die Geschäfte der großen

Banken zu minimieren, setzt die chinesische Führung auf verbesserte Aufsicht und Kontrolle. Trotzdem gelang es den chinesischen Unternehmen, Technologie und ein Geschäftsmodell zu entwickeln, die die Volksrepublik China in diesem wichtigen Zukunftssektor weltweit führend machen.

Ein wichtiger Aspekt, der den Boom neuer Finanzprodukte und -plattformen anfeuerte, waren und sind die Finanznöte lokaler Regierungen und staatlicher Unternehmen. Viele dieser „notleidenden Kredite“ (non-performing loans, NPL), also Kredite, die nicht oder nur zum Teil oder nur sehr verzögert zurückgezahlt werden, entspringen der engen Verzahnung von staatseigenen Unternehmen und staatlich kontrollierten Banken oder entstanden nach 2008, als die Zentralregierung mit Nachdruck Investitionen forderte, um die Auswirkungen der Finanzkrise aufzufangen. Viele Provinzen, Städte und Bezirke gründeten spezielle Unternehmen, um mehr Mittel für entsprechende Aktivitäten zu generieren. Dies trieb das Volumen der NPL weiter in die Höhe, obwohl die chinesische Führung bereits in den 1990er Jahren spezielle Unternehmen gegründet hatte, die den Banken die NPL abkauften und durch Umwandlung in handelbare Anlagen zu entsorgen versuchten. Allerdings blieben die NPL zum weitaus größten Teil innerhalb des staatlichen Finanzsektors, wurden also nur von der Zuständigkeit der einen Stelle zu einer anderen transferiert.

Die Verschuldung der chinesischen Volkswirtschaft insgesamt hat seit dem makro-ökonomischen Stimulus-Programm von 2008 enorm zugenommen. Allein die Staatsverschuldung nahm von 2008 bis 2019 von 27 Prozent des BIP auf über 50 Prozent des BIP zu. Die Verschuldung von öffentlicher Hand, Unternehmen und privaten Haushalten erreicht inzwischen je nach Berechnung das Dreifache des Bruttoinlandsproduktes und mehr. Damit geben sowohl das Volumen der Verschuldung, vor allem aber die hohe Geschwindigkeit, mit der sich die chinesische Wirtschaft verschuldet hat, Anlass zur Sorge (siehe Abbildung 11, Finanzsystem (in der Krise?)).

Diese Entwicklung beinhaltet jedoch auch einen positiven Aspekt: die Auslagerung von Finanzdienstleistungen aus den engen Grenzen der staatlichen Aufsicht hinaus erlaubt einen massiven Innovationsschub, vor allem im Bereich der internetbasierten Finanzdienstleistungen (FinTechs). Der zumindest zwischenzeitliche Kontrollverlust des Zentralstaates ließ Raum für schnelles und tatkräftiges Handeln neuer Akteure auf neuen Märkten.

Innovationsfähigkeit und Digitalisierung zwischen „Top-down“ und „Bottom-up“

Der Boom neuer Finanzdienstleistungen profitierte von dem Bestreben der chinesischen Führung, den Status der „Werkbank“ und des „Billiglohnlandes“ hinter sich zu lassen und China zu einer führenden Forschungsmacht zu entwickeln. Im Zuge der erfolgreichen Modernisierung in den 1980er Jahren setzte die chinesische Volkswirtschaft überwiegend auf die Imitation und Verarbeitung von Technologie aus dem Aus-

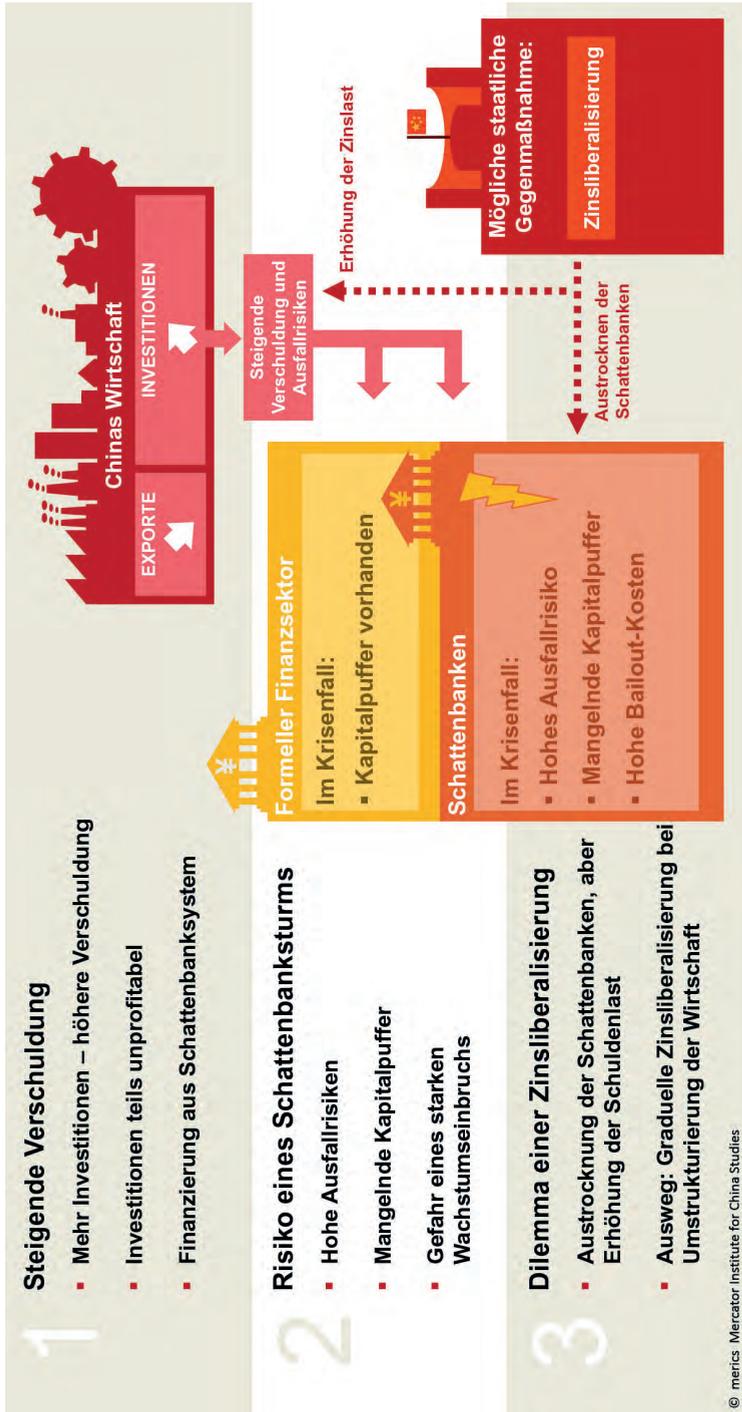


Abb. 11: Finanzsystem (in der Krise?).
Quelle: MERICS 2017 (c).

land. Seit den 1990er Jahren steht jedoch die Förderung „endogener Innovation“ immer stärker im Vordergrund der Politik: „Die chinesische Regierung leitete (...) einen Strategiewechsel ein und wies im mittel- und langfristigen Programm zur Entwicklung von Wissenschaft und Technologie (2006–2020) der ‚eigenständigen Innovation‘ eine zentrale Rolle zu.“¹⁴ Die dafür vorgesehenen Ausgaben wurden entsprechend erhöht.

Die Nutzung neuer Technologie, von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz soll die chinesische Wirtschaft grundlegend umwandeln. In Anlehnung an das deutsche Programm „Industrie 4.0“ hat die chinesische Führung daher eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um bis zum Jahr 2025 bzw. 2049 international an die Spitze von Hochtechnologie und digitaler Wirtschaft und Gesellschaft (siehe den Beitrag von Kristin Shi-Kupfer) zu führen. „Mit Hilfe der Digitalisierung will China Effizienz und Qualität erhöhen und mit führenden Industrienationen gleichziehen.“¹⁵

„Industrie 4.0“ bezeichnet die Vernetzung und Digitalisierung von Produktionen und den weitflächigen Einsatz von Industrierobotern (siehe Abbildung 12). Auch wenn die chinesische Industrie hier auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau der Digitalisierung startet, so verdeutlichen frühere Erfolge der Industriepolitik das Potenzial, dass die zentrale Wirtschaftsplanung in Peking in Verbindung mit großen staatlichen und



Abb. 12: Industrie 4.0 in China.
Quelle: MERICS 2017 (d).

staatsnahen Konzernen bei der Realisierung von ambitionierten Modernisierungsprogrammen besitzt. Seit 2007 ist das Ministerium für Industrie und Informationstechnologie für die Integration (MIIT) von Industrialisierung und Informatisierung zuständig – also für die Umsetzung von „Industrie 3.0“. In einem weiteren Schritt werden Robotik, Cloud Computing, das Internet der Dinge und intelligente Anlagensysteme gefördert, die den Durchbruch zur Industrie 4.0. bewirken sollen. „2013 und 2014 benannte das MIIT etwa 720 Pilotunternehmen“¹⁶, die mit staatlicher Unterstützung die Umsetzung dieser Politik erproben sollten. Zusätzlich unterstützen die Regierungen vieler Städte lokale Unternehmen. Insofern ist es wenig verwunderlich, dass China auf dem Weg der Robotik große Fortschritte macht.

Für die Innovationspolitik spielen die strategischen Unternehmen im SOE-Sektor eine zentrale Rolle. Gerade im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie haben sich chinesische Unternehmen bereits weltweit etablieren können: die Kommunikationsgiganten Huawei und ZTE oder die Internetriesen Alibaba und Tencent sind Global Player.

Am Aufstieg dieser Internetkonzerne lassen sich aber auch die Grenzen staatlicher Innovationspolitik verdeutlichen. Dank des forcierten Ausbaus des Internets und der Förderung von Mobiltelefonen besitzt China heute eines der weltweit besten mobilen Datennetze. 2020 nutzten nach offiziellen Angaben 989 Millionen Menschen in China das Internet, davon 986 Millionen auf ihren Smartphones.¹⁷ Dieser rasante Ausbau der neuen Kommunikations- und Informationstechnologien gerade auch im ländlichen Raum erlaubt es der Volksrepublik, zweimal einen wichtigen Entwicklungsschritt in etablierten Marktwirtschaften zu überspringen: zum einen ersetzen Mobiltelefone in vielen Fällen die Festnetztelefone, die in Europa oder Deutschland lange Zeit vorherrschten; zum anderen ermöglicht der gleichzeitige Ausbau des mobilen Internets viele Dienstleistungen direkt mobil anzubieten, unter ihnen Finanzdienstleistungen.

Seit 2004 können Chinas Handy-Besitzer z. B. ihre Geräte dafür nutzen, um Einkäufe zu tätigen und Dienstleistungen zu bezahlen – vorausgesetzt, sie sind über eine entsprechende Social-Media-Plattform registriert. Die rasante Verbreitung dieses mobilen Zahlungsverkehrs macht Kreditkarten im Reich der Mitte praktisch überflüssig – zu einem Zeitpunkt, an dem nicht-chinesische Anbieter noch hart daran arbeiten, um überhaupt signifikanten Zugang zum chinesischen Markt zu erhalten. 2019 nutzten mehr als 90 Prozent aller Smartphone-Besitzer ihre Geräte für mobiles Bezahlen, der Anteil der Barzahlungen in China nimmt markant ab. Die millionenfache Nutzung der Zahlungsfunktion bewirkte einen weiteren Innovationsschub: die großen Firmen boten an, kleinere Restbeträge auf dem Onlinekonto in eine Art Investmentfonds einzuzahlen. Damit wurden die Internetkonzerne de facto Vermögensverwalter und Banken. Ähnlich dynamisch entwickelten sich Angebote, per Internetplattformen private Kredite an private Unternehmer oder Konsumenten zu vergeben. Diese „Peer-to-Peer“-Angebote lösten einen enormen Boom aus. In einigen Fällen nutzten

Anbieter die fehlende staatliche Aufsicht jedoch aus und veruntreuten Gelder im dreistelligen Millionenbereich – wie etwa die Betreiber der Plattform Ezubao 2016. Dies führte zu erheblicher Unruhe. Die Parteiführung rief eine Arbeitskonferenz ein, um sicherzustellen, dass die neuen Onlinedienste in geordneter Weise entwickelt und gesellschaftliche Unruhen vermieden würden. De facto wurden eine Reihe von Geschäftsmodellen blockiert und der kreative Wildwuchs weitgehend in geordnete Bahnen gelenkt. Zudem wurden neue Organisationen und Mechanismen der Aufsicht eingeführt, vor allem aber die Finanzierungsmöglichkeiten und Dienstleistungen der neuen Anbieter erheblich eingeschränkt. Nun ist die Volksrepublik China zwar immer noch vergleichsweise fortgeschritten in der Existenz und Benutzung von internet-basierten Finanzdienstleistungen, der kometenhafte Aufstieg dieses Sektors jedoch zumindest unterbrochen. Dies zeigt, wie schwer sich die chinesische Führung damit tut, einerseits Innovation und Massen-Unternehmertum zu fördern, andererseits mit unternehmerischen Dynamiken außerhalb der staatlichen Innovationspolitik umzugehen.

Grünes Wachstum und Nachhaltigkeit zwischen Rhetorik und Implementation

Seit 2006 zielen die Fünfjahrespläne zur Entwicklung der chinesischen Volkswirtschaft darauf, Chinas Wachstum umweltverträglicher und nachhaltiger zu machen. Das katastrophale Ausmaß der Luftverschmutzung in den chinesischen Städten vor allem im Winter, ganze Serien von Lebensmittelskandalen mit vergifteter Nahrung und insbesondere Skandale um lebensgefährliches Milchpulver für Babys haben Fragen des Umweltschutzes und der Qualität des Wirtschaftswachstums in China ins Augenmerk der Bevölkerung und der Staats- und Parteiführung gerückt. „Green growth“ – Grünes Wachstum – ist zu einer wichtigen Strategie der Wirtschaftspolitik seit 2012 geworden und wird von der Volksrepublik auch in internationalen Foren wie den G20 öffentlichkeitswirksam gefordert. Dieser Zusammenhang zwischen Umweltschutz und Wachstum kommt auch in verschiedenen Studien zum Tragen, die die Kosten kalkulieren, die der chinesischen Wirtschaft durch Umweltzerstörung entstehen. Chinesische und internationale Organisationen kommen dabei zu Werten zwischen drei und zwölf Prozent des BIP.

Die chinesische Regierung ergriff verschiedene Maßnahmen, um Chinas Wirtschaftswachstum „grüner“ zu machen: zum einen erhöhte sie die Investitionen in den Umweltschutz und in erneuerbare Energien signifikant; zum anderen schuf sie neue Organisationen und politische Prozesse, um Umwelt- und Klimaschutz transparenter und partizipativer zu gestalten. Schließlich entschied sich die Staatsführung, auch international aktiv etwa beim Kampf gegen Erderwärmung aufzutreten. Ein wichtiger Schlüssel für die Durchsetzung der politischen Maßnahmen auf lokaler Ebene bot die Anpassung der Bewertungskriterien für lokale Parteikader, bei denen nun auch Erfolge in der Umweltpolitik einbezogen werden.

2014 erklärte Premierminister Li Keqiang gar einen „Krieg gegen die Umweltverschmutzung“. Präsident Xi Jinping persönlich forderte, dass die Weiterentwicklung der industriell wichtigen Region entlang des Yangtze Ökologie und Ökonomie zusammenbringen müsse. In Bezug auf den Klimawandel hat China unter Xi Jinping international eine Vorreiterrolle übernommen und sich verpflichtet, den CO₂-Ausstoß von 2030 an zu reduzieren. Erneuerbare Energien sollen 20 Prozent des primären Energiebedarfs decken. China ist bereits zum weltweit größten Investor in erneuerbare Energien, insbesondere in Solarenergie, geworden.

Und tatsächlich lässt die chinesische Führung ihren Worten immer häufiger Taten folgen: besonders umweltbelastende Kraftwerke und Fabriken werden häufiger stillgelegt, die Strafen für Umweltverschmutzung verschärft, neue Lizenzen für Kohlebergwerke seltener vergeben, Lokalregierungen darauf hingewiesen, dass sie für die Nichteinhaltung von Umweltstandards zur Rechenschaft gezogen werden. 2015 wurden eine Reihe von Städten zu Pilotzonen für einen geringen CO₂-Ausstoß erklärt. Zudem hat China eine Reihe von neuen Finanzierungsmaßnahmen eingeführt, die Investitionen in umweltfreundliche Produktionsverfahren begünstigen. Auch im 14. FJP setzt die chinesische Führung darauf, durch die Entwicklung und Anwendung neuer Technologien Wirtschaftswachstum und den Schutz natürlicher Ressourcen langfristig besser in Einklang zu bringen als in den Jahrzehnten des Hochwachstums.

Alles in allem hat die Staatsführung erkannt, dass sie politisch ebenso wie wirtschaftlich eine weitere Verschlimmerung der Umweltverschmutzung kaum verkraften könnte, und dass neue umweltverträgliche Technologien und Verfahren ein wichtiger Baustein für die Modernisierung der chinesischen Wirtschaft auch im Hinblick auf die Überwindung der „Middle-Income-Trap“ bieten. Doch stehen all diese Schritte weiterhin unter dem Vorbehalt, dass das Wirtschaftswachstum sich nur in Maßen verlangsamen darf. Der Beweis, dass die chinesische Führung „Grün“ höher bewertet als „Wachstum“, ist allen Reformen zum Trotz noch nicht erbracht.

Von der Sozialistischen Marktwirtschaft zum Chinese Dream: China als internationales Modell

Chinas erfolgreiche wirtschaftliche und soziale Modernisierung hat das globale Interesse geweckt. Zugleich diskutieren auch chinesische Forscher und Politiker intensiv darüber, inwieweit die Erfahrungen der Volksrepublik auf andere Länder übertragbar sein können und welche Forderungen an die globale Wirtschaftsordnung (Global Economic Governance) sich aus Chinas Erfolg ableiten lassen.

China als neuer „Ostasiatischer Tiger“

Chinas Aufstieg wird oft in eine Reihe ostasiatischer Länder eingeordnet, die vor und nach dem Zweiten Weltkrieg den Sprung vom armen Entwicklungsland hin zu einer etablierten Industrienation geschafft haben: Japan, Taiwan und Südkorea. Hongkong oder Singapur veränderten mit ihrer erfolgreichen nachholenden Modernisierung nicht nur die Weltwirtschaft, sondern forderten auch die etablierten Denkweisen in den Sozialwissenschaften heraus. Insbesondere das Miteinander einer auf Modernisierung und Entwicklung orientierten Staatsbürokratie mit großen Unternehmen und einer Bevölkerung, die für künftigen Wohlstand auf Einkommen in der Gegenwart verzichtete – teils aus Überzeugung, teils durch eine autoritäre Politik gezwungen –, erschienen als Kernelemente eines „Ostasiatischen Entwicklungsstaates“. Auch wenn die wissenschaftliche Diskussion eher zu dem Ergebnis kommt, dass die Unterschiede zwischen den einzelnen erfolgreichen Ländern Ostasiens die Gemeinsamkeiten in kultureller wie wirtschaftspolitischer Hinsicht überwiegen, tritt mit dem Aufschwung der Volksrepublik die Frage mit Nachdruck auf, welche Lehren aus Chinas Entwicklung gezogen werden können.

Bis vor kurzem betonte die chinesische Staatsführung vor allem die Einzigartigkeit Chinas und seiner Entwicklung. Als in der internationalen Öffentlichkeit über einen neuen „Peking Consensus“ und ein „China-Modell“ diskutiert wurde, vertrat der damalige Staats- und Parteichef Hu Jintao nachdrücklich die Position, dass Chinas Erfahrungen nicht übertragbar seien und dass China seinen eigenen Weg finden müsse. Beobachter hatten in der Verbindung aus autoritärer Politik, teilweise marktwirtschaftlich ausgerichteten Wirtschaftsreformen und staatlich gelenkter Integration in die Weltwirtschaft ein Gegenmodell zum neoliberalen „Washington-Konsens“ aus den 1980er Jahren erkannt, der sich in ihren Augen bei immer mehr aufstrebenden Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika wachsender Beliebtheit erfreue. Auch stiegen viele chinesische Intellektuelle in die Debatte mit ein und forderten, anders als die eigene Führung, zu einem offensiveren Umgang mit den Ideen und Prinzipien, die dem chinesischen Wirtschaftserfolg zugrunde lägen.

Als Xi Jinping 2012/13 begann, seine Vorstellung von der Entwicklung Chinas unter dem Schlagwort „China Dream“ zusammenzufassen, setzte ebenfalls eine Diskussion

ein, inwieweit der Traum von einem modernen, innovativen, grünen und sozialistischen China das Potenzial habe zu einem „World Dream“ zu werden. Unter Xi Jinpings Führung vertritt China spätestens seit dem G20-Gipfel in Hangzhou 2016 zunehmend offensiv die Position, dass seine nationalen Politiken international eingesetzt und von anderen Staaten erfolgreich übernommen werden können. Dies gilt besonders für den Versuch, „grünes Wachstum“ zu erzielen. Als „China-Plan“ fanden Grundzüge der nationalen Reformpolitik des 13. Fünfjahresplans (2015–2020) Einzug in die Abschlusserklärungen der G20 von Hangzhou. Mit dem Ausbau der Neuen Seidenstraßen verbindet die chinesische Führung nun explizit den Anspruch, mit ihrer Mischung aus staatlicher Kontrolle, autoritärem Regieren und der nachdrücklichen Förderung von Industrie und Technologie anderen Ländern ein Vorbild für rasche, nachholende Modernisierung zu sein.

China in der regionalen und globalen Wirtschaftspolitik

Dieser Anspruch spiegelt sich auch in einem neuen Selbstvertrauen, mit dem China in der regionalen und globalen Wirtschaftspolitik auftritt. Ein Gipfeltreffen der 20 wichtigsten Wirtschaftsmächte der Welt im November 2008 in Washington führte zu dem Entschluss, sich künftig regelmäßig zu treffen, um nationale Politiken stärker abzustimmen und die Aufsicht über Finanzmärkte zu verbessern. Die chinesische Staatsführung um Hu Jintao stand damals den Forderungen, China müsse bei der Bewältigung der Krise eine aktivere Rolle einnehmen, noch abwehrend gegenüber. Angesichts der Ungewissheit, wie sich die Krise in den USA und Europa auch auf Chinas wirtschaftliche und soziale Entwicklung auswirken würde, wollte die Staatsführung keine voreiligen Verpflichtungen eingehen. Sie folgte zunächst noch der Strategie aus den Jahren Deng Xiaopings, global wenig Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen und auf einen günstigen Augenblick zu warten, um zu handeln (taoguang yanghui). Da der chinesische Finanzsektor aufgrund seiner nur begrenzten internationalen Öffnung vergleichsweise gering von den Turbulenzen erfasst wurde, wirkte die Volksrepublik trotz eines kurzzeitigen Einbruchs im Außenhandel und damit gepaart im Wachstum 2008/2009 wie ein Garant für Stabilität. Als die Regierung im November 2008 ein Investitionsprogramm von über 560 Milliarden US-Dollar verkündete, das „Makro-Ökonomische Stimulus-Programm“, erwies sich China rasch als die erhoffte Lokomotive der Weltwirtschaft. Vor allem auch die Bundesrepublik Deutschland profitierte maßgeblich von den Exporten nach China. Das chinesische Programm half so auch, Deutschland und über Deutschland Europa zu stabilisieren, ganz so, wie es von Hu Jintao erklärt worden war: Wenn China seine wirtschaftliche Dynamik bewahre, sei dies auch ein wichtiger Beitrag zur globalen Erholung.

In folgenden Gipfeltreffen übernahm China von Beginn an die Rolle eines Repräsentanten der Entwicklungsländer und bemühte sich, zusammen mit den sogenannten BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika), um eine Reform der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Außen- und Wirtschaftspolitik. In einigen besonders wichtigen Punkten übernahm die Volksrepublik somit durchaus die

globale Führungsrolle, die ihr von vielen Beobachtern und Politikern zugesprochen wurde.¹⁸ Trotz erheblicher Auseinandersetzungen mit den USA über ihre Wechselkurs- und Handelspolitik vertrat China die Position, dass der Welthandel weiter gefördert, Protektionismus verhindert und den ärmsten Staaten mehr Unterstützung für die eigene Entwicklung gewährt werden müsse. Zudem zeigte sich die chinesische Führung bereit, sich regelmäßig in Bezug auf die Umsetzung der G20-Vereinbarungen einschließlich der Reform der Banken und Finanzdienstleister überprüfen zu lassen. China wurde so zum Gründungsmitglied des Financial Stability Board, das diese Arbeiten übernahm. Zudem erhöhte China auch seine personelle Vertretung in den wichtigsten internationalen Organisationen.

In den zehn Jahren seit dem Washingtoner Gipfeltreffen hat sich die Politik der Volksrepublik somit erheblich weiterentwickelt. In dem Bewusstsein wachsender wirtschaftlicher Stärke und angesichts der Schwierigkeiten von Europa und den USA, mit den Folgen der Krise umzugehen, ist Chinas Führungsanspruch gewachsen. Unter Präsident Xi Jinping schickt sich die Volksrepublik an, nicht nur Vorschläge für die Reform der bestehenden Institutionen etwa von Weltbank, Internationalem Währungsfonds oder der Welthandelsorganisation zu unterbreiten, sondern auch eigene Formen und Mechanismen zur Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zu initiieren.

Ein zentraler Baustein in dieser Hinsicht ist das Projekt der Wiederbelebung der traditionsreichen Seidenstraßen. In zwei Reden 2013 verkündete Xi Jinping den Plan, sowohl die Seidenstraße auf dem Landweg durch Zentralasien bis Europa neu konzipieren und ausbauen zu wollen (Silk Road Economic Belt), als auch eine Maritime Seidenstraße des 21. Jahrhunderts entlang der alten Handelswege durch Südostasien bis nach Afrika errichten zu wollen. Für diese „Belt & Road Initiative“ (BRI; yi dai yi lu: „ein Gürtel, eine Straße“) stellt China selbst erhebliche Mittel und vor allem auch die Erfahrung seiner großen Unternehmen bei der Durchführung von Infrastrukturprojekten zur Verfügung. Die Seidenstraßeninitiativen verbinden damit wirtschafts- und außenpolitische Zielsetzungen: sie sollen den großen Konzernen zusätzliche Absatzmärkte im Ausland verschaffen und vor allem auch die Entwicklung der chinesischen Binnenprovinzen verbessern helfen. Zudem stellen sie die erste explizite Initiative dar, die Beziehungen der Länder in Eurasien neu zu ordnen.

Zur Umsetzung der neuen Seidenstraßen hob China zwei neue Organisationen aus der Taufe: den Silk Road Fund, der wichtige Investitionen anschieben soll, mit einem Volumen von 40 Mrd. US-Dollar, sowie die Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB). Die Gründung der AIIB gilt als Markstein der neuen chinesischen Rolle in der globalen Wirtschaftsordnungspolitik. Die Volksrepublik initiierte eine neue, multilaterale Entwicklungsbank formal außerhalb der bestehenden Bretton-Woods-Institutionen mit einer Organisations- und Mitgliederstruktur, die China weitreichende Kontrolle sichert. Die USA versuchten daher weitgehend erfolglos, ihre Verbündeten an einer Mitgliedschaft der in Peking beheimateten Bank zu bewegen. Die bisherige Projektvergabe und Arbeit der AIIB liefert wenig Hinweise darauf, dass China nun nicht nur institutionell,

sondern auch inhaltlich die Finanzierung grenzüberschreitender Investitionen mit „chinesischen Charakteristika“ versteht. Gleichwohl beinhaltet die Seidenstraßeninitiative mit ihrer institutionellen Unterfütterung eine klare Ansage aus Peking, dass die Volksrepublik anders als in den letzten Jahrzehnten für sie wichtige regionale und internationale Strukturen nun verstärkt selbst schaffen will.¹⁹

Auf zwei großen Gipfeltreffen in Peking feierte die chinesische Staats- und Parteiführung mit den Vertretern vieler Partnerstaaten 2017 und 2019 die neue Initiative. Chinas Engagement traf und trifft jedoch nicht nur auf positive Reaktionen. Vielfach wird Kritik an Umfang und Form der Kreditvergabe durch chinesische Banken an ärmere Länder geäußert, die letztere in eine „Schuldenfalle“ treiben würden (siehe den Beitrag von Dirk Schmidt). Auch in Europa besteht wenig Einigkeit, inwieweit die Kooperation in Bezug auf Infrastrukturausbau, wirtschaftliche Entwicklung und den Austausch der Gesellschaften überwiegend positive Effekte erzielt oder bestehende Abhängigkeiten verschärft und neue schafft. Damit stellt die Seidenstraßeninitiative, die einen Endpunkt im Duisburger Rheinhafen besitzt, mit Nachdruck die Frage, ob China für Deutschland und die EU zu einem strategischen Rivale geworden ist.

China als Partner und Rivale für Deutschland und Europa

Die Volksrepublik China sieht die Bundesrepublik Deutschland als wichtigen strategischen Partner in Europa und der Welt. Ebenso wie mit der Europäischen Union unterhält China auch mit Deutschland eine umfassende strategische Partnerschaft, die eine Vielzahl von Gipfeltreffen, Dialogforen, gemeinsamen Gremien und Prozessen der Zusammenarbeit umfasst. Deutschland ist für China einer der wichtigsten Handelspartner. Umgekehrt ist China für Deutschland einer der wichtigsten Absatzmärkte vor allem für Produkte des Maschinenbaus und der Kraftfahrzeugindustrie. Im Jahr 2016 überholte das Außenhandelsvolumen Deutschlands mit China das von Frankreich und den USA, sodass die Volksrepublik erstmals wichtigster Handelspartner Deutschlands war. Doch mit der enormen Zunahme des Austauschs von Waren und Dienstleistungen und der gegenseitigen Investitionen vermehren sich auch die Konflikte um Handelshemmnisse und faire Zugangsbedingungen.

China als Handels- und Investitionspartner

Aus Sicht der EU hat Chinas Strategie, seinen Unternehmen bei der Eroberung globaler Marktanteile („Going-out Strategy“, 走出去战略) zu helfen, eine neue Dimension der Rivalität geschaffen. Bis in die frühen 2000er Jahre hinein zielte die öffentliche Diskussion über das Verhältnis zu China vor allem darauf ab, inwiefern der Handel mit und Investitionen in China Arbeitsplätze in der EU und in Deutschland gefährdeten. Es ging also vor allem um die Verlagerung von Produktionsstätten aus Europa nach Asien. Mit dem verstärkten Auftreten chinesischer Unternehmen als Investoren im Ausland und

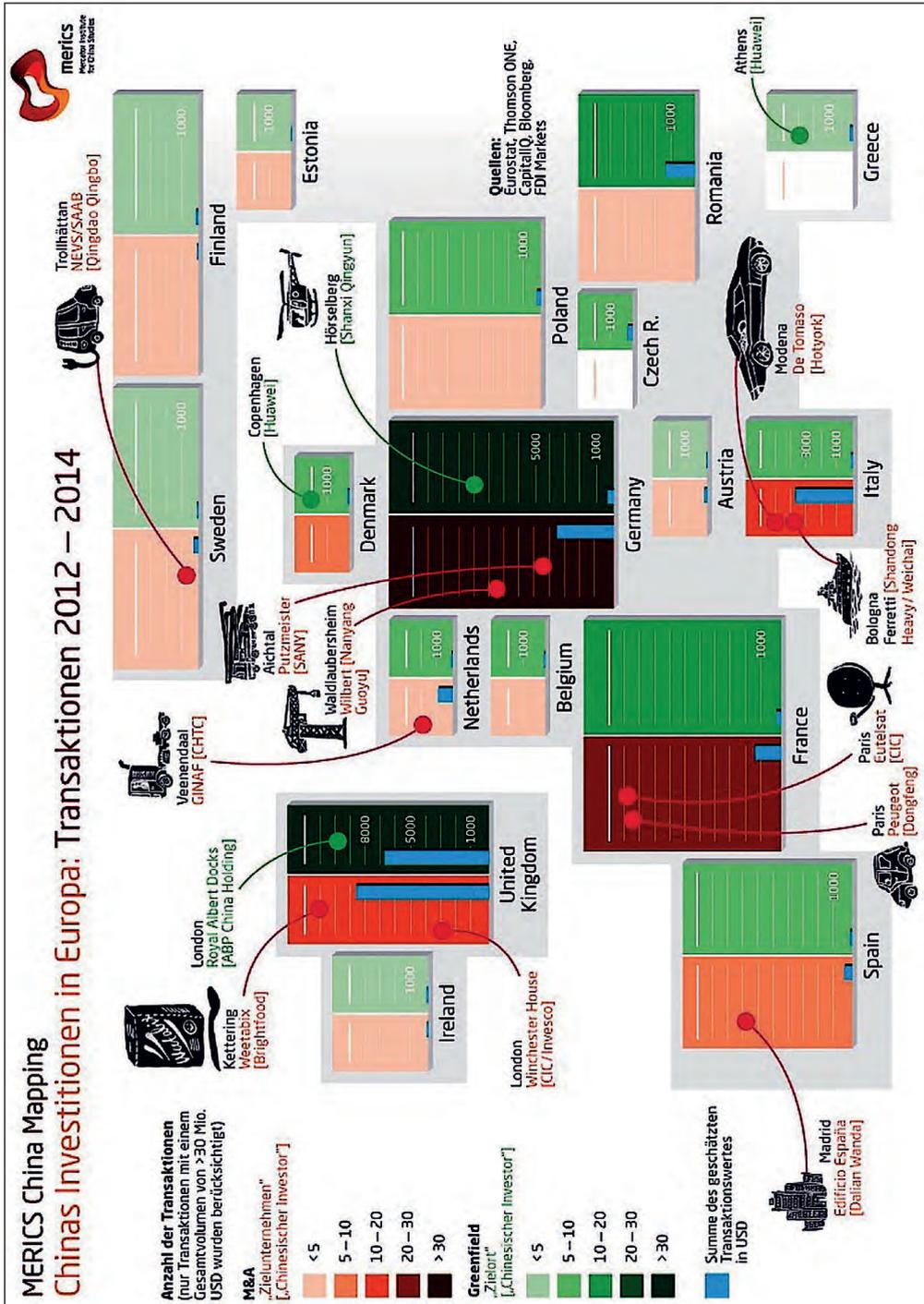


Abb. 13: Chinas Investitionen in Europa.

Quelle: MERICS 2017 (f).

im Zusammenhang mit der Innovationspolitik der Regierung in Peking rückte jedoch auch die Frage in den Vordergrund, ob Investoren aus der Volksrepublik mit staatlicher Unterstützung gezielt Hochtechnologieunternehmen aufkaufen würden und somit das Entwicklungspotenzial der deutschen und europäischen Volkswirtschaften schwächen würde. Denn selbst aus Sicht einer liberalen Weltwirtschaftsordnung ist es bedenklich, wenn chinesische Unternehmen direkten Zugang zu Sektoren in anderen Ländern erhalten, die im eigenen Land für ausländische Interessenten nur schwer zu erschließen oder gar strikt abgeschottet sind. Dass die Führung der Volksrepublik China explizit Sektoren definiert, in denen chinesische Unternehmen in den nächsten Jahren Weltmarkt- und Technologieführerschaft erringen sollen, verstärkt diese kritische Sicht auf Chinas Wirtschaftspolitik. Das einflussreiche Berliner Forschungsinstitut MERICS urteilt, dass Chinas Industriepolitik „Made in China 2025“ „praktisch auf alle High-Tech-Industrien ausgerichtet ist, die stark zum Wachstum in den etablierten Volkswirtschaften beitragen: Automobilbau, Luftfahrt, Maschinenbau, Robotics, High-tech-Schiffahrts- und -Eisenbahnausrüstung, energiesparende Fahrzeuge, medizinische Geräte und Informationstechnologie und andere“.²⁰ Gleichwohl sind die Autoren der Studie skeptisch, dass Chinas Sozialistische Marktwirtschaft in der Lage sein wird, neben einigen „Leuchttürmen“ auf breiter Basis Spitzentechnologien hervorzubringen. Zu stark seien die Widersprüche zwischen zentralstaatlicher Planung und den Bedürfnissen der Unternehmen.

Chinas Industriepolitik, die neuen Seidenstraßen und die „Strategische Partnerschaft“

Die Frage des fairen Umgangs unter Partnern stellt sich in den letzten Jahren immer deutlicher. Zwar erreichten das Handelsvolumen zwischen der EU und China 2019 mehr als 560 Milliarden Euro, doch standen chinesischen Exporten in Höhe von 362 Milliarden Euro nur europäische Ausfuhren im Wert von 198 Milliarden Euro gegenüber.²¹ Aus chinesischer Sicht ist vor allem die Frage, ob die chinesische Wirtschaft den Status einer Marktwirtschaft verdiene und warum die EU an einem Verbot des Exports von Militärgütern nach China festhält, schwer zu akzeptieren. Das Exportverbot für Rüstungsgüter war eine europäische Sanktion nach der blutigen Niederschlagung der Demonstrationen in Peking und anderen chinesischen Städten im Juni 1989. Anläufe, das Exportverbot aufzuheben, scheiterten häufig auch am Widerstand der USA, die Druck auf Europa ausübten, die Modernisierung des chinesischen Militärs nicht zu unterstützen. Allerdings besitzt das Exportverbot nach Einschätzung von Experten vor allem symbolische Bedeutung, da die tatsächlichen Ausfuhrbeschränkungen auch nach einer Aufhebung des Verbotes in anderer Form weiterbestehen würden. Weit- aus schwieriger gestaltet sich die Frage, ob China aus Sicht der EU den Status einer Marktwirtschaft verdient. Mit der Zuerkennung des Status als Marktwirtschaft würden sich die Möglichkeiten der EU, im Einklang mit den Regeln der Welthandelsorganisation gegen etwaige Dumping-Preise chinesischer Unternehmen vorzugehen, deutlich

verringern. Insofern besitzt die Frage des Marktwirtschaftsstatus für die Regierung in Peking sowohl eine wirtschaftliche als auch eine politische Dimension, da die EU selbst einem wenig marktwirtschaftlich organisierten Land wie Russland diesen Status zugesprochen hat. Da jedoch innerhalb der Europäischen Union Widerstände gegen chinesische Konkurrenten in den letzten Jahren deutlich zugenommen haben und immer mehr Schlüsselsektoren wie Stahl oder auch die Automobilbranche zu einem Konfliktfeld geworden sind, tut sich die EU schwer, die chinesischen Forderungen zu erfüllen. Juristisch spricht einiges dafür, dass die EU als Folge der Bedingungen des Beitritts Chinas zur WTO den Marktwirtschaftsstatus spätestens 2016 hätte anerkennen müssen. Politisch hingegen verhindert eine mächtige Koalition aus europäischen Unternehmen, Regierungen der Mitgliedstaaten und auch dem Europäischen Parlament diesen Schritt. Zu groß sind die nicht unberechtigten Einwände gegen die teils massiven staatlichen Unterstützungen für chinesische Exporteure und Investoren sowie die Ungleichbehandlung, die europäische Unternehmen in vielen Sektoren der chinesischen Wirtschaft erfahren. Folglich ergeben sich zwischen den strategischen Partnern zunehmend Handelskonflikte in den unterschiedlichsten Branchen, von Wein und Käse über Fahrräder und Stahl bis hin zu Solarpanels.

Mit der Entscheidung, die Seidenstraßeninitiativen quer durch Europa und die EU bis nach Spanien und die Niederlande auszubauen, hat sich ein neues Feld ergeben, auf dem die EU und die Volksrepublik China zwischen strategischer Kooperation und verschärften Konflikten lavieren. Einerseits bieten sich zwischen der chinesischen Initiative, die in einem erheblichen Umfang auf den Ausbau von Infrastruktur ausgerichtet ist, und europäischen Investitionsprogrammen vielfache Möglichkeiten der Zusammenarbeit, die auf einer gemeinsamen Plattform erörtert und vorangetrieben werden. Andererseits „kauft“ sich China aus Sicht der EU durch ihre Investitionen im Rahmen der Seidenstraßeninitiativen Einfluss in Mitgliedstaaten und damit auf die politische Entscheidungsfindung in der EU.

Die Beziehungen zwischen der EU und China leiden zudem unter der sich verschärfenden geo-politischen, wirtschaftlichen und technologischen Rivalität zwischen den USA und China. Bemühungen der Volksrepublik China, die EU als Partner in ihre Politik gegenüber Washington eng einzubinden, waren nicht von Erfolg gekrönt. Zu den Klagen europäischer Unternehmen über vermeintliche wie tatsächliche unfaire Konkurrenz chinesischer Mitbewerber traten neue Spannungsfelder. Der offensichtliche Bruch internationalen Rechts im Falle Hongkongs 2020, die massenhafte Internierung und Folterung von Angehörigen der muslimischen Minderheit in Xinjiang und die aggressive Vertretung chinesischer Interessen im Ausland führten 2019 und 2020 zu erheblichen Differenzen. Umso überraschender erschien vielen Beobachtern die grundsätzliche Einigung im Dezember 2020, ein neues umfassendes Investitionsabkommen innerhalb der folgenden zwei Jahre abschließen zu wollen. Erheblicher Widerstand des Europäischen Parlaments und aus der Zivilgesellschaft ließ die Erfolgsaussichten jedoch bereits gering erscheinen, ehe die gegenseitige Verhängung von Sanktionen im Frühjahr 2021 die Beziehungen weiter belasteten: auf die Entscheidung der EU, gegen

einzelne Vertreter und Organisationen des chinesischen Parteistaates aufgrund des Verdachts schwerwiegender Verstöße gegen Menschenrechte in Xinjiang individuelle Einreisebeschränkungen zu verhängen, reagierte die VR China mit der Sanktionierung von Politikern, Wissenschaftlern und einigen europäischen Organisationen aufgrund der vermeintlichen Verbreitung von Lügen über China. Damit eskaliert der Konflikt über grundlegende Werte und Normen, der jahrelang in den komplexen Strukturen der bilateralen Beziehungen entschärft zu sein schien. Die Perspektiven für die weitere wirtschaftliche Zusammenarbeit sind seit der Verhängung gegenseitiger Maßnahmen erheblich belastet.

Zusammenfassung und Ausblick: Rivale und Partner

Auf dem 3. Plenum des 18. Zentralkomitees der KPC, das im März 2013 stattfand, erklärte die chinesische Staatsführung, dass fortan Marktkräfte die „entscheidende Rolle“ in der chinesischen Wirtschaftsordnung spielen sollten. Weitreichende Reformmaßnahmen wurden verkündet, doch gleichwohl die Notwendigkeit einer starken Position des Staates in der Wirtschaft betont. Diese Spannung zwischen Marktmechanismen und staatlicher Kontrolle, zwischen Offenheit und Lenkung, zwischen Innovationszielen und zentralen Vorgaben prägen weiterhin die chinesische Wirtschaft. Chinas Sozialistische Marktwirtschaft hat einen beispiellosen Wirtschaftsboom erlaubt und sich auch gegenüber der schweren globalen Finanzkrise von 2008 als bemerkenswert widerstandsfähig erwiesen. Gleichwohl fällt es der Staatsführung zunehmend schwer, durch massive Investitionsprogramme ökonomisches Wachstum zu befördern. Die Schulden von öffentlicher Hand, Unternehmen und Privathaushalten sind rasant angestiegen, Chinas Ökosystem an die Grenzen seiner Belastbarkeit gestoßen. Mit einer ambitionierten strategischen Innovationspolitik bemüht sich die Volksrepublik, das „Internet der Dinge“ zum Wachstumsmotor zu machen und eine global führende Industrie aufzubauen. Gleichzeitig bedrohen Strukturwandel, Umweltprobleme und soziale Ungleichheit das Fundament, auf dem Chinas bisherige Erfolge erzielt wurden.

Der wirtschaftliche Aufschwung, die wachsende Präsenz chinesischer Unternehmen in Deutschland und der EU, die offene Zielsetzung, in Schlüsseltechnologien weltweit führend zu werden, all dies hat die Volksrepublik nicht nur zu einem wichtigen wirtschaftlichen Partner der EU und der Bundesrepublik Deutschland gemacht, sondern auf vielen Feldern zunehmend zu einem Rivalen, der seine Interessen konsequent durchzusetzen sucht. Die Automobil- oder Solarindustrie, Banken und Versicherungen, aber auch Medien und Technologiekonzerne spüren das wachsende Selbstbewusstsein und die staatlich geförderten Kapazitäten ihrer chinesischen Konkurrenten. Die Frage, mit welchen Ideen und Politiken China in den kommenden Jahren seine wirtschaftliche – ebenso wie seine gesellschaftliche und politische – Modernisierung vorantreiben

wird, wird daher nicht nur darüber entscheiden, ob sein Erfolg Modell sein kann für andere Länder; sie wird im Erfolg wie im Misserfolg auch erhebliche Auswirkungen auf Deutschland und Europa haben. Denn mit dem wachsenden wirtschaftlichen Erfolg und der technologischen Modernisierung Chinas verschärft sich die Frage, welche Normen und welche Regeln in den bilateralen und globalen Wirtschaftsbeziehungen gelten sollen.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Asienhaus, China Programm der Stiftung Asienhaus (Hg.) (2017): Wohin führen die Neuen Seidenstraßen? Chinas >Belt and Road Initiative<, Köln.
- Brandt, Loren/Rawski, Thomas G. (2008): „China's great economic transformation“, in: Brandt, Loren/Rawski, Thomas G. (eds.): China's Great Economic Transformation. Cambridge: Cambridge University Press, pp. 1-27.
- CNNIC (2020): China Internet Information Center, Statistical Report on Development in China, unter <http://cnnic.com.cn/IDR/ReportDownloads/201706/PO20170608523740585924.pdf> (zuletzt aufgerufen am 16. Dezember 2017).
- EEAS (2020): European Union, Trade in goods with China, Trade Statistic by European Commission/ Directorate-General for Trade, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113366.pdf (December 2017).
- Gabler Wirtschaftslexikon online (2017).
- Gottwald, Jörn-Carsten (2015): Chinas neue Rolle in der internationalen Politik: Auf dem Weg in eine Weltordnung mit chinesischen Besonderheiten in: ZPol Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 25 (Dezember 2017), Heft 1, S. 107–117.
- HDI Human Development Index (2020): Human Development Report (2016), http://hdr.undp.org/sites/default/files/hdr_2016_statistical_annex.pdf (December 2017).
- Heep, Sandra; Huotari, Mikko; Szepan, Marc (2016): Chinas Wirtschaftswachstum: Datenprobleme und alternative Indikatoren in Heilmann, Sebastian (Hrsg.) (2016), Das politische System der Volksrepublik China, 3. Aufl., Wiesbaden, S. 188–190.
- Heilmann, Sebastian (Hrsg.) (2016), Das politische System der Volksrepublik China, 3. Aufl., Wiesbaden.
- Heilmann, Sebastian und Perry, Elizabeth (Hrsg.) (2011): Mao's Invisible Hand: The Political Foundations of Adaptive Governance in China. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Lampton, David (2008): Three Faces of Chinese Power: Might, Money, and Minds. University of California Press.
- Lardy, Nicholas R. (2014): Markets Over Mao: The Rise of Private Business in China. Washington: Peterson Institute for International Economics.
- Martin, Michael F. (2012): China's Banking System: Issues for Congress. Washington: Congress Research Service. <https://www.fas.org/sgp/crs/row/R42380.pdf> (1 March 2016).
- MERICs (2017f): Chinas Direktinvestitionen im Ausland. MERICs Mercator Institute for China Studies. www.merics.org/de/merics-analysen/china-mapping/chinas-direktinvestitionen-im-ausland/, (December 2017).

- MERICS (2021): China Briefing, 11. März 2021.
- Naughton, Barry (2018): *The Chinese Economy, Adaptation and Growth*. Harvard: MIT Press.
- NBS [National Bureau of Statistics of China] 国家统计局(2014): *中国统计年鉴2014* (Statistisches Jahrbuch Chinas 2014). Beijing: Zhongguo tongji chubanshe.
- Peck, Jamie und Zhang Jun (2013): A variety of capitalism ... with Chinese characteristics? In: *Journal of Economic Geography* (2013), pp. 1–40.
- Sachs, Jeffrey D./Woo, Wing Thye (2000) "Understanding China's economic performance", *The Journal of Policy Reform*, 4(1), pp. 1–50.
- Schüller und Schüler-Zhou (2015): *China: Die neue Innovationssupermacht?*, GIGA Focus Asian Nr 1, Februar 2015, Hamburg: GIGA.
- Smith, Adam (1776): *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*. Edited: Sálvio M. Soares, 2007.
- Szegan, Marc (2016): *Realwirtschaft und Staat in Heilmann, Sebastian (Hrsg.) (2016): Das politische System der Volksrepublik China*, 3. Aufl., Wiesbaden, S. 197–199.
- Ten Brink, Tobias (2013): *Chinas Kapitalismus: Entstehung, Verlauf, Paradoxien*, Frankfurt am Main.
- UNCTAD United Nations Conference on Trade and Development, *Handbook of Statistics* (2017): http://unctad.org/en/PublicationsLibrary/tdstat42_en.pdf (December 2017).
- Weltbank (2016): *World Bank, World Development Indicators, Datas on China*, <http://databank.worldbank.org/data/home.aspx> (December 2017).
- Wübbeke und Conrad (2015): *Industrie 4.0: Deutsche Technologie für Chinas industrielle Aufholjagd?*, Merics China Monitor Nr. 23, 11. März 2015.
- Wübbeke, Jost; Meissner, Miriam; Zenglein, Max J.; Yves, Jacqueline, Conrad, Björn (2016): *Made in China 2025. The making of a high-tech superpower and consequences for industrial countries*. Merics Papers on China No. 2, December 2016.

Endnoten

- 1 Verfassung der Volksrepublik China, Art. 15.
- 2 Gabler Wirtschaftslexikon online, 2017.
- 3 Gabler online 2017.
- 4 Gabler online 2017.
- 5 Smith 1776.
- 6 Heilmann/Perry 2011.
- 7 Deng Xiaoping 1978.
- 8 Zu den Staaten der G20 gehören 19 Staaten – Argentinien, Australien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Republik Korea, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Türkei und die USA sowie die Europäische Union (siehe auch www.g20.org).
- 9 Verfassung der Volksrepublik China von 1982/2004.

- 10 Siehe auch en.sasac.gov.cn
- 11 Forbes 2020.
- 12 Naughton 2018.
- 13 Martin 2012.
- 14 Schüller und Schüler-Zhou 2015, S. 2.
- 15 Wübbecke und Conrad 2015.
- 16 Wübbecke und Conrad 2015, S. 5.
- 17 CNNIC 2020.
- 18 Gottwald 2015.
- 19 Asienhaus 2017.
- 20 Wübbecke et al. 2016, S. 6.
- 21 EEAS 2020.

Dirk Schmidt

**Die Außenpolitik
der Volksrepublik China**

Einleitung

Die Volksrepublik China (VRC) ist dabei, die erklärten Ziele aller chinesischen Modernisierungsbefürworter seit dem 19. Jahrhundert, nämlich „Wohlstand und Macht“¹ zu erlangen. Sollte sich der wirtschaftliche Aufschwung fortsetzen und die politische Stabilität des kommunistischen Systems erhalten bleiben, könnte China zu einer maßgeblichen Großmacht oder gar zur Supermacht des 21. Jahrhunderts aufsteigen. Was dies konkret für die übrige Welt bedeuten würde, lässt sich bisher noch nicht zur Gänze abschätzen. Definitiv bietet aber die Außenpolitik der VRC bereits heute vielfältige Ansatzpunkte, um die übergeordnete Fragestellung dieser Studie nach Partnerschaft und Rivalität zu beantworten. Denn Chinas Bedeutung in der internationalen Politik lässt sich nicht mehr übersehen: In kein anderes Entwicklungs- oder Schwellenland ist mehr ausländisches Kapital geflossen. China ist zur größten Exportmacht und zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt aufgestiegen. Als Ständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrates ist die Volksrepublik China an vorderster Front am internationalen Konfliktmanagement beteiligt. Kein größerer internationaler Problembereich – gleich ob in außenwirtschafts-, sicherheits-, bevölkerungs-, umwelt- oder gesundheitspolitischen Fragen – kann ohne Zustimmung oder Mitarbeit der chinesischen Führung Erfolg versprechend bearbeitet werden. Als drittgrößte Nuklearmacht der Welt und als einer der führenden Waffenexporteure ist die Bereitschaft Chinas zur Zusammenarbeit in der globalen und regionalen Rüstungskontrolle unverzichtbar.

Für das westliche Ausland stellen sich im Zusammenhang mit dem Aufstieg Chinas in Weltwirtschaft und Weltpolitik daher grundlegende Fragen:

- Was will die VRC in ihrer Außenpolitik erreichen? Welche Instrumente und Mittel setzt sie hierfür ein?
- Welche Grundmuster kann man in Chinas auswärtigen Beziehungen erkennen?
- Lässt sich das aufstrebende Land in die liberale internationale Ordnung mit ihren Regeln und Institutionen einbinden oder folgt es in erster Linie seinen eigenen nationalen Interessen und strebt danach, die gegebene Ordnung zu überwinden?
- Wird China infolgedessen zu einem berechenbaren und kooperationsbereiten Partner oder zu einem strategischen Rivalen?

Diesen Fragen kann man grundsätzlich auf drei verschiedenen Wegen nachgehen: Der erste Weg findet sich meist in der Medienberichterstattung, in der konkrete, aktuelle außenpolitische Verhaltensweisen Chinas thematisiert und bewertet werden (z. B. Chinas Verhalten in der Weltgesundheitsorganisation im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie). Dadurch gewinnt man zwar wertvolle Einsichten zu bestimmten Einzelaspekten, die Berichterstattung fügt sich jedoch nur selten zu einer kohärenten Betrachtung zusammen; längerfristige Trends, Brüche und Kontinuitäten geraten nur allzu leicht aus dem Blickfeld. Daher ist es nötig, jenseits der Tagesaktualität den Blick auf die außenpolitische Strategie Chinas zu richten, wie dies in der Chinaforschung

getan wird: Verfügt das Land also über einen klar identifizierbaren Zielkatalog, den es mithilfe eines Sets an Instrumenten planvoll in die Praxis umsetzt? Um die Ziele selbst in Erfahrung bringen zu können, ist es wiederum angezeigt, einen dritten Weg einzuschlagen, nämlich außenpolitische Dokumente, Statements und Reden chinesischer Politiker eingehend zu analysieren. Diese drei Schritte werden auch im weiteren Verlauf dieses Kapitels unternommen.

Grundlagen und Besonderheiten der chinesischen Außenpolitik²

Die chinesische Identität und Weltsicht

Trotz der Entwicklungserfolge der letzten Jahrzehnte und heutigen Wirtschaftsstärke des Landes sprechen die meisten offiziellen chinesischen Stellungnahmen und Publikationen weiterhin davon, dass Chinas internationale Position und seine Rolle immer noch von seinem Status als Entwicklungsland determiniert seien.³ Begründet wird dieser Status mit dem Verweis auf das große innerchinesische Entwicklungsgefälle, das pro Kopf immer noch geringe Entwicklungsniveau oder die gegenüber dem Westen noch vergleichsweise niedrige Urbanisierungsrate. Angesichts des globalen wirtschaftlichen Aufstiegs und unbestreitbaren Machtzuwachses der VRC allerdings nahmen in den letzten Jahren immer mehr diejenigen Stimmen in den Medien oder der Wissenschaft innerhalb Chinas zu, die dem Land bereits einzelne Attribute einer Großmacht zuschrieben. Noch bis in die ersten Jahre des 21. Jahrhunderts hinein bestand in chinesischen Außenpolitikkreisen der Konsens vorrangig darin, China als aufstrebende Regionalmacht innerhalb Asiens zu begreifen, die jedoch noch geraume Zeit benötige, um zu den USA aufzuschließen. Dies hat sich seit der Machtübernahme Xi Jinpings im Jahre 2012 fundamental geändert: heute wird ganz offen und demonstrativ von der chinesischen Propaganda für China der Status als „Großmacht“ reklamiert, der lediglich mit bestimmten ideologischen Schlagwörtern bemäntelt wird (siehe die Kapitel „Besonderheiten der chinesischen Außenpolitik“ und „Neuer Führungs- und Gestaltungswille“). Die Rechtfertigung für diesen neugewonnenen Status ergibt sich aus chinesischer Sicht aber nicht nur aus dem machtpolitischen Aufholprozess der letzten Jahrzehnte. Als eine Grundannahme der chinesischen Außenpolitik gilt vielmehr, dass China nun eine zentrale Position in der internationalen Ordnung zurückerobere, die ihm als das historische „Reich der Mitte“ mit seiner „über 5000-jährigen Geschichte und Kultur“ ohnehin zustehe und die es nur durch die westliche und japanische Aggression im sogenannten Jahrhundert der Demütigung (1842 bis 1949 – vom Ende des 1. Opiumkriegs bis zur Gründung der Volksrepublik China) verloren habe. In merkwürdigem Kontrast zu diesem neu artikulierten Selbstbewusstsein stehen nach wie vor Warnungen vor anti-chinesischen Verschwörungen, nämlich „feindliche Kräfte im Westen“ zielten darauf ab, China einzudämmen und seinen weiteren Aufstieg damit zu vereiteln. Aus diesem

Bedrohungsszenario, das sich vor allem in Krisensituationen immer wieder Bahn bricht, speist sich eine Wagenburgmentalität in der chinesischen Führung. So beschworen beispielsweise die führenden Außenpolitiker der Volksrepublik vor dem Hintergrund der Spannungen mit den USA seit 2017 den Durchhaltewillen bzw. die Opferbereitschaft der Partei im revolutionären Kampf der 1930er und 1940er Jahre (Stichworte „Langer Marsch“, „Volkskrieg“) und riefen dazu auf, ideologisch gefestigt der Parteiführung im Kampf gegen die Feinde im Ausland loyal zu folgen.⁴

Die internationalen Beziehungen werden aus Chinas Sicht im Wesentlichen weiterhin durch Machtpolitik und die Konkurrenz zwischen Nationalstaaten bestimmt. Um als Nationalstaat in diesem Wettbewerb bestehen zu können, müsse China seine eigene „umfassende nationale Stärke“⁵ (d.h. in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Diplomatie, Militär, Kultur, Sport etc.) stetig im Vergleich zu anderen Ländern ausbauen. Konsequenterweise weist die chinesische Regierung auf die in den 1950er Jahren festgelegten „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ als allgemein verbindliche Richtschnur für den Umgang von Staaten untereinander, nämlich: gegenseitiger Respekt für die Souveränität und territoriale Integrität des jeweils anderen Landes, gegenseitige Nichtaggression, Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Länder, gleichberechtigte Verhandlungen und gegenseitiger Nutzen sowie friedliche Koexistenz.⁶ Damit einhergeht eine weiterhin grundlegende Skepsis gegenüber Multilateralismus und Souveränitätstransfer. Multilaterale Bindungen sind demnach ein zweischneidiges Schwert: substantielle Beschränkungen der nationalen Souveränität sind nur dann zulässig, wenn ihnen ein entsprechender Nutzen gegenübersteht (z. B. internationale Mitsprache bei der Gestaltung von Regeln, Zugang zu Märkten, Stärkung des Status in internationalen Organisationen). Europäische Diskussionen über das Ende des Zeitalters der Nationalstaaten erscheinen vor diesem Hintergrund vielen Pekinger Entscheidungsträgern und Politikberatern als Zeichen der politischen Schwäche, nicht als unabwiesbare Einsicht. Offizielle chinesische Regierungsdokumente bringen in jüngster Zeit immer wieder zum Ausdruck, dass die internationale Ordnung sich inmitten eines tiefgreifenden historischen Wandels und großer struktureller Anpassungen befinde, wie es sie seit 100 Jahren nicht mehr gegeben habe. Als positiv eingestufte Trends gelten demnach: neue Möglichkeiten zur Herstellung andauernden Friedens und gemeinsamen Wohlstands in der Welt; die Herausbildung von „Multipolarität“ und die „Demokratisierung“ der internationalen Beziehungen; der Aufstieg der Entwicklungs- und Schwellenländer und deren verstärkte Kooperationsbeziehungen untereinander sowie die Chancen der technologischen Revolution. Als negative Beharrungskräfte, Anachronismen und Risiken werden regelmäßig benannt: das Andauern von Machtpolitik und Vormachtstreben, Unilateralismus und Protektionismus, womit vor allem die USA identifiziert werden; die Entwicklungsunterschiede in der Welt; die Versuche westlicher Staaten, anderen Ländern das eigene Gesellschafts- und Wertesystem aufzuzwingen und politische Umstürze in Ländern zu fördern, die nicht dem westlichen Entwicklungsmodell folgen; begrenzte militärische Konflikte sowie nicht-traditionelle Sicherheitsbedrohungen etwa in den Bereichen Wirtschaft, Internet und Umwelt.⁷

Infobox: Grundannahmen der chinesischen Außenpolitik

Das historische „Reich der Mitte“ verdient es, eine zentrale Position in den internationalen Beziehungen einzunehmen und die internationalen Regeln mitzubestimmen.

China ist dabei, immer mehr in das „Zentrum der Bühne der Welt zu rücken“. Es ist als sozialistischer Staat und größtes Entwicklungsland der Welt eine „Großmacht neuen Typs“.

Die internationalen Beziehungen werden im Wesentlichen durch Machtpolitik und Konkurrenz zwischen Nationalstaaten bestimmt.

Für den Umgang zwischen Staaten gelten die „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“.

China hat als Nationalstaat den Zenit seiner Macht noch nicht erreicht. Deshalb dürfen in Fragen der nationalen Souveränität und territorialen Integrität keine Zugeständnisse gemacht werden.

Internationale „feindliche Kräfte“ versuchen, das aufstrebende China niederzuhalten.

Multilaterale Bindungen sind ein zweischneidiges Schwert: Beschränkungen der nationalen Souveränität sind nur dann zulässig, wenn ihnen ein entsprechender Nutzen gegenübersteht (z.B. internationale Mitsprache über die Gestaltung von Regeln, Zugang zu Märkten, Stärkung des Status in internationalen Organisationen).

Ziele und Instrumente der chinesischen Außenpolitik

Im Grunde genommen hat die chinesische Diplomatie eine dienende Funktion. Sie hat einen Beitrag zu leisten für die Verwirklichung des „China-Traums vom Wiederaufblühen der chinesischen Nation“. Als Fundament für die hiervon abgeleiteten Ziele der chinesischen Außenpolitik können drei Komplexe von – wie China nicht müde wird zu betonen – „unverletzlichen“ und „unzerstörbaren“ Kerninteressen der chinesischen Außenpolitik identifiziert werden:⁸

- Die Stabilität des politischen Systems, also die Aufrechterhaltung der Führungsrolle der Kommunistischen Partei und die Fortführung des eigenständigen sozialistischen Entwicklungsweges;
- die Verteidigung nationaler Souveränität und Sicherheit sowie der territorialen Integrität und nationalen Einheit; die Bekämpfung aller Tendenzen, die die territoriale Integrität Chinas in Frage stellen könnten (also die Unabhängigkeit Taiwans oder die Herauslösung Tibets und Xinjiangs aus dem chinesischen Staatsverband);

- die Sicherung der Voraussetzungen für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung Chinas (vor allem Zugang zu Rohstoffen).

In diesen drei Zielen gibt es laut chinesischer Führung keinerlei Flexibilität und Kompromissbereitschaft. Teilweise in ein Spannungsverhältnis hierzu gerät immer wieder Chinas Bemühen um ein positives internationales Image als kooperationsbereite und verantwortungsbewusste Großmacht. Ein letztes Ziel besteht schließlich in der Verhinderung einer internationalen Isolierung Chinas in akuten Streitfällen (z. B. bei Abstimmungen im UNO-Sicherheitsrat) oder der Etablierung einer dauerhaften Frontbildung gegen das eigene Land.

Zur Umsetzung dieser Ziele greift die VRC auf folgende Instrumente, Taktiken bzw. Argumente zurück: Unter Verweis auf die von westlicher und japanischer Hand erlittenen eigenen Opfer in den letzten 150 Jahren wird vom Westen eine besondere Verpflichtung zur Rücksichtnahme auf chinesische Interessen erwartet. Für China und alle Nationalstaaten wird das Recht auf die „eigenständige Wahl des gesellschaftlichen Systems“ und die Verteidigung der „Vielfalt der Kulturen“ eingefordert. Ausgehend vom eigenen Status als „größtes Entwicklungsland der Welt“ macht sich China zum Sprecher des „globalen Südens“, d. h. der unterentwickelten Staaten und Schwellenländer, denen besondere Rechte in internationalen Handels- oder Klimafragen eingeräumt werden müssten. Seit Ende der 1990er Jahre und vor allem im Kontext der Seidenstraßeninitiativen baut die VRC darüber hinaus die Beziehungen zu solchen Regionen aus, die von westlichen Staaten jahrelang vernachlässigt worden sind. Die rege Diplomatie mit den Staaten Afrikas, Lateinamerikas und Zentralasiens dient zwar auch außenwirtschaftlichen Prioritäten (nämlich der Sicherung der Rohstoff- und Energieversorgung, Erschließung von Absatzmärkten für eigene Produkte), sie soll aber auch Unterstützung für die chinesischen Interessen gegenüber westlichen Staaten sichern. Als Ständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrates verlangt die VRC schließlich stets die Kernzuständigkeit der Vereinten Nationen bei der Bearbeitung globaler Fragen, vor allem im Bereich der Menschenrechts- oder Sicherheitspolitik (siehe auch „Themenfeld 5“). Eine bis auf die traditionelle chinesische sogenannte Strategemlehre (eine Art Katalog von Anwendungsempfehlungen für Kriegslisten in unterschiedlichen Situationen) und auf maoistische Denkweisen zurückgehende Taktik in diplomatischen Verhandlungen Chinas ist letztlich, aus der Position des (derzeit noch) Schwächeren heraus politische Prozesse stets im Fluss zu halten, jegliche verfrühte Fixierung eigener Positionen zu vermeiden und auf die geduldige Unterminierung oder Selbstaushöhlung des (derzeit noch) Stärkeren zu setzen. In diesem Sinne (etwa in der Handels- oder Klimapolitik) gestehen chinesische Diplomaten regelmäßig eigene Unzulänglichkeiten (oft aufgrund des noch geringeren Wohlstandsniveaus im Vergleich zum Westen) offen ein, verweisen aber auf den angeblich vorhandenen Willen, diese Defizite im Zeitverlauf überwinden zu können. Mit anderen Worten ist dies eine sehr geschickte Taktik, Zeit zu gewinnen und die Partner auf die Zukunft zu vertrösten, die man dann aber selbst entlang der eigenen Interessen kraftvoller gestalten kann.

Besonderheiten der chinesischen Außenpolitik

Die chinesische Außenpolitik weist zahlreiche Besonderheiten auf, die ihr Verständnis für das Ausland erschweren. Drei dieser Besonderheiten werden im folgenden angesprochen: Die Rolle der Ideologie, die Entscheidungsfindung in einem autoritären Einparteiensstaat und der Glaube der Führung der VRC an das aktive Management des eigenen Images im Ausland.

Die Rolle der Ideologie

Im Westen wird die Bedeutung der (sozialistischen) Ideologie für die chinesische Außenpolitik meist geringgeschätzt. Aufgrund der gerade in Deutschland gemachten Erfahrungen des Sieges über den Kommunismus nach 1989 tendieren viele Beobachter dazu, der Volksrepublik primär eine Orientierung an Wohlfahrtsgewinnen oder im schlimmsten Fall nationalistische Motive zuzuschreiben. Diese Vorstellungen werden der Theorie und Praxis der chinesischen Diplomatie, gerade seit der Machtübernahme von Xi Jinping aber nicht gerecht. Betrachtet man außenpolitische Veröffentlichungen und Stellungnahmen aus der VRC, so weisen diese zwar mittlerweile ein sehr internationalistisches Vokabular auf.⁹ Dementsprechend findet man darin heute westlich geprägte Begriffe wie etwa „internationale Interessengemeinschaft“, da alle Staaten vor ähnlichen Herausforderungen stünden, „Win-win-Konstellationen“ zum Nutzen aller Völker oder die Vorstellung, die gegenwärtige Welt sei ein „globales Dorf“. Gleichzeitig trifft man aber weiterhin in Grundsatzreden chinesischer Politiker oder in offiziellen Positionspapieren (sogenannten Weißbüchern) auf eine Vielzahl von ideologischen Konzepten¹⁰, die sich explizit auf Marx bzw. Engels (z. B. zur Globalisierung der Weltwirtschaft) oder Mao Tse-tung (z. B. zum revolutionären Befreiungskampf von Völkern) beziehen. So propagiert Peking seit Jahrzehnten und bis heute den Kampf gegen „Hegemonismus“, die Einmischung in innere Angelegenheiten, militärische Allianzen oder das „Denken in den Kategorien des Kalten Krieges“. Im Grunde sind die meisten dieser Formulierungen in erster Linie als Chiffren gegen die USA gerichtet, etwa wenn diese den Einsatz von Zwangsmitteln gegenüber anderen Staaten ohne UNO-Mandat fordern. Im Gegensatz dazu reklamiert die VRC für sich selbst, seit Jahrzehnten unerschütterlich eine „unabhängige Außenpolitik des Friedens“ zu betreiben und aufgrund ihrer eigenen Erfahrung mit dem westlichen Imperialismus niemals als aggressiver Hegemon nach außen auftreten zu wollen, der anderen seinen Willen aufzwingt. In diesem Sinne ist in der diplomatischen Sprache der VRC seit 2016 die Rede davon, das Land als „Großmacht neuen Typs“ verfolge eine „Großmachtdiplomatie mit chinesischen Charakteristika“ und leiste damit einen Beitrag zu einem „neuen Typ von internationalen Beziehungen“: statt gegen andere gerichtete Allianzsysteme zu etablieren, setze man auf ein weltweites Netz von Partnerschaften; statt des Denkens in „Null-Summen-Kategorien“ (was einer gewinnt, muss ein anderer verlieren) verfolge man Interessen zum gemeinsamen Vorteil der ganzen Welt. Seit der zentralen Arbeitskonferenz der KPC zur Außenpolitik

vom Juni 2018 wird die „Schaffung einer Gemeinschaft mit einer geteilten Zukunft für die Menschheit“ als zentrales Ziel der „Gedanken Xi Jinpings zu den auswärtigen Angelegenheiten“ propagiert. Letztere werden im offiziellen chinesischen Sprachgebrauch als „theoretische und praktische Kristallisierung von 70 Jahren chinesischer Diplomatie“ gerühmt und als wichtige Weiterentwicklung der bisherigen westlich dominierten Theorien internationaler Beziehungen bezeichnet, gehen jedoch über unbestimmte Worthülsen nicht hinaus: China arbeite demnach auf eine Zukunft hin, in der alle Staaten „auf der Basis von Fairness, Gleichheit und gegenseitigem Respekt eine offene, inklusive, saubere und wunderschöne Welt mit andauerndem Frieden, universeller Sicherheit und gemeinsamem Wohlstand“ sicherstellen sollten. Konkreter werden die „Xi Jinping-Gedanken“ für die Außenpolitik vor allem an zwei Stellen: Sie dienen ganz offen formuliert in erster Linie der Stärkung der „zentralisierten und einheitlichen Führung“ der KPC bzw. des Zentralkomitees über die auswärtigen Beziehungen und drücken eine aus dem historischen Materialismus überlieferte Gewissheit aus: Demnach folge der weitere Aufstieg Chinas marxistischen Gesetzmäßigkeiten, und keine Kraft könne den weiteren Siegeszug des Sozialismus chinesischer Prägung aufhalten.¹¹

Institutionen und außenpolitische Entscheidungsfindung

Auch wenn außenpolitische Entscheidungsfindung in China heute für auswärtige Beobachter deutlich transparenter als zu früheren Zeiten ist, muss zunächst dennoch festgehalten werden, dass wir nur wenig über die genauen Zuständigkeiten und Ablaufprozesse – gerade auch in Krisenzeiten – wissen. Ganz bewusst verschleiert die chinesische Führung nämlich das, was im innersten Führungszirkel bei außenpolitischen Entscheidungen vor sich geht, die Medien können darüber nicht berichten, Interviews von Beteiligten über interne Angelegenheiten existieren nicht. Wenn in den bisherigen (und auch nachfolgenden Ausführungen) von „China“ die Rede ist, so sollte man sich stets vor Augen führen, dass dies eine analytische Vereinfachung ist: Die VRC ist nämlich bei weitem kein einheitlicher, homogener Akteur, der auch als solcher nach außen auftritt. Vielmehr begegnet uns „China“ in den auswärtigen Beziehungen auf vielfache Weise: natürlich durch das Handeln der Regierung, aber auch durch das von Partiakteuren, Staatsunternehmen oder chinesischen Provinzen/Städten, die im Ausland in Erscheinung treten. In jedem Einzelfall sollte demnach geprüft werden, um welchen Akteur es jeweils geht und ob dieser Interessen verfolgt, die gegebenenfalls im Widerspruch stehen zu der offiziell vertretenen Politik.

Die Entscheidungsstruktur für die chinesische Außenpolitik ist formell hierarchisch aufgebaut (siehe hierzu den Beitrag von Matthias Stepan). Parteiorgane sind für die Außenpolitik in der Regel von größerer Bedeutung als die Regierungsinstitutionen, sofern beide nicht ohnehin deckungsgleich sind. An der Spitze der Entscheidungsstruktur steht der „Ständige Ausschuss des KPC-Politbüros“, der über strategische Fragen der Außenpolitik und in internationalen Krisensituationen entscheidet. Eine herausragende Rolle innerhalb des Ständigen Ausschusses spielt der Generalsekretär des Zentralkomi-

tees, der zugleich die Ämter des Staatspräsidenten und des Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission auf sich vereinigt. Die außenpolitische Koordinierung und Entscheidungsvorbereitung finden in Zentralen Kommissionen oder „Zentralen Führungsgruppen“ der Parteizentrale oftmals unter direkter Führung Xi Jinpings statt. Diese sollen die in der fragmentierten Bürokratie Chinas oft unabhängig voneinander agierenden Institutionen auf der Ebene der Ministerien zusammenbringen und somit Informationsblockaden verhindern. Neben der Zentralen Kommission für Finanzen und Wirtschaft, der Zentralen Kommission für Nationale Sicherheit und der Zentralen Führungsgruppe für Taiwan-Angelegenheiten spielt die Zentrale Kommission für Auswärtige Angelegenheiten eine Schlüsselrolle. Deren Büro berichtet nach unserem Wissen direkt an Xi Jinping und steht in der Hierarchie deutlich über dem Außenministerium. Der gegenwärtige Direktor des Büros, Yang Jiechi, ist Mitglied des Politbüros und hat damit einen höheren Kaderrang als der in der Regierung unterhalb des Ministerpräsidenten und seiner Stellvertreter für Außenpolitik zuständige Staatsrat Wang Yi (dieser ist zur Zeit zugleich auch Außenminister). Im Westen oft wenig beachtet, aber für die chinesische Außenpolitik wichtig ist die „Zentrale Abteilung für auswärtige Verbindungen“ (auch „Internationale Abteilung des Zentralkomitees der KPC“ genannt). Zwischen ihr und dem Außenministerium wird regelmäßig Personal ausgetauscht, ihr Leiter hat in der bürokratischen Hierarchie Chinas den Rang eines Ministers. Diese Abteilung pflegt den Austausch mit anderen kommunistischen Parteien, sie ist damit insbesondere für die schwierigen Beziehungen Chinas zu Nordkorea von Bedeutung, spielt aber auch im Zusammenhang mit den Seidenstraßeninitiativen eine wichtige Rolle. Für die Beziehungen zu Taiwan auf der Ebene des Zentralkomitees zuständig sind das Büro für die Taiwan-Arbeit (das institutionell und personell identisch ist mit dem Büro für Taiwan-Angelegenheiten des Staatsrates) und die Einheitsfront-Abteilung. Die letztgenannte Institution wurde in den letzten Jahren dahingehend bekannt, als sie wesentlich beteiligt war an sogenannten influence operations, d.h. an teils offenem Einsatz von massivem Lobbying, teils aber auch an versteckt-illegalen Maßnahmen (Bestechungen von Amtsträgern, Anwerbeversuchen gegenüber Beamten für den chinesischen Geheimdienst, Desinformationskampagnen), um China-bezogene Entscheidungen im Ausland zu beeinflussen. Das Außenministerium selbst hat nicht die Bedeutung wie in westlichen Staaten. Es ist mit seinen nachgeordneten Botschaften eher dafür zuständig, mittels Analysen und Stimmungsberichten aus dem Ausland die Entscheidungsfindung vorzubereiten und später die Entscheidungen umzusetzen. Es sieht sich aber in seiner Bedeutung dadurch eingeschränkt, dass es nicht nur mit Parteistrukturen konkurrieren muss, sondern auch nur eine unter zahlreichen anderen Institutionen auf der Ministerialebene ist, die für Außenpolitik Kompetenzen hat (dazu zählen z. B. auch das Handelsministerium, die Nationale Entwicklungs- und Reformkommission, die Ministerien für öffentliche Sicherheit und Staatssicherheit).

Anders als es der nichtdemokratische Charakter des politischen Systems nahelegen würde, ist die außenpolitische Entscheidungsfindung in China aber nicht ausschließlich von einem straffen Top-down gekennzeichnet. Vielmehr sind heute oft breite Konsul-

tationen und die Konsenssuche mit einem oft sehr hohen Abstimmungs- und Zeitaufwand zwischen den außenpolitischen Akteuren an der Tagesordnung. Im Normalmodus der chinesischen Politik zeichnen sich Entscheidungsverfahren durch die Hinzuziehung einschlägiger Beratungsorgane, durch Verhandlungen zwischen bürokratischen Organen und durch die Dominanz von Fachleuten aus. Informations- und Überzeugungsarbeit sowie die Bildung von Allianzen innerhalb der Bürokratie sind bei komplexen Regelungsmaterien der Außenwirtschaft und Außenpolitik ausschlaggebend, nicht allein politische Machtworte. Im Krisenmodus allerdings – also im Falle von Bedrohungswahrnehmung, hohem Entscheidungsdruck bei unzureichender Informationslage sowie Spannungen in strategischen Feldern der Außenpolitik (Verhältnis zu Großmächten, Taiwan) – sind Entscheidungsverfahren weiterhin in hohem Maße zentralisiert und von einzelnen Führungspersönlichkeiten oder einem engen Entscheidungszirkel dominiert.

Außerdem sollte der Blick auf die chinesische Führung nicht den Blick auf andere Phänomene verstellen: Außenwirtschaftliche Initiativen gehen z. B. regelmäßig von lokalen chinesischen Akteuren (Städten, Provinzen, diesen zugeordneten Staatsunternehmen) oder transnationalen Firmen- und Produktionsnetzwerken aus, die häufig die Zentralregierung in eine reagierend-nachlaufende Position bringen. Bestimmte Provinzen werden von der chinesischen Zentralregierung sogar dazu ermuntert und ermächtigt, gutnachbarschaftliche Beziehungen und wirtschaftlichen Austausch zum angrenzenden Ausland zu pflegen (z. B. die Provinz Guangdong gegenüber dem benachbarten Südostasien; Fujian gegenüber Taiwan; die mandschurischen Städte Dalian oder Shenyang gegenüber Japan und Korea). Gleichzeitig wächst durch neue Kommunikations- und Informationstechnologien der Einfluss gesellschaftlicher Gruppen auf außenpolitische Entscheidungsvorgänge. So sind z. B. die Wirkungen massenhafter nationalistischer Äußerungen in Online-Foren und deren Konsequenzen für die Politik gegenüber Japan gut dokumentiert.

Die Kultivierung von „Softpower“ und „Diskursmacht“

Der Begriff „Softpower“ umschreibt die Fähigkeit einer Nation, die eigenen Leitvorstellungen und Interessen nicht nur durch Zwang (militärische Macht) oder materielle Anreize (ökonomische Macht) zu befördern, sondern durch die ideelle Attraktivität und modellprägende Kraft des nationalen Gesellschafts-, Kultur-, Wirtschafts- oder Staatssystems.¹² Die USA gelten als das Musterbeispiel für diese Vorstellung mit ihren überall auf der Welt nachgefragten Marken (Google, Apple, Facebook, Twitter, Nike, McDonalds), ihren führenden Universitäten (Harvard, MIT, Stanford) oder ihrer weltweite Trends setzenden Unterhaltungsindustrie (Film- oder Musikbranche). Die chinesische Führung sieht den darin zum Ausdruck kommenden amerikanischen Lebensstil bzw. die damit quasi indirekt im Weltmaßstab transportierten Werte, wie individueller Freiheitsdrang, Selbstverwirklichung oder Liberalität, mit Argwohn und in Teilen als Bedrohung für die eigene Herrschaft. Daher hat sie sich seit einigen Jahren auf den Weg begeben, der amerikanischen Softpower entgegenzuwirken und

dem verbreiteten Misstrauen gegenüber China durch Kultivierung von eigener Softpower den Boden zu entziehen.¹³ Dabei folgt die VRC einem instrumentellen Verständnis: Die Anziehungs- und Prägekraft einer Nation ergibt sich demnach nicht einfach daraus, dass Außenstehende einer bestimmten Nation bewundernswerte gesellschaftlich-kulturelle Errungenschaften zuschreiben, sondern wird als langfristig angelegtes staatliches Projekt der aktiven Prägung eines attraktiven internationalen Images begriffen. Gestützt auf die globale Attraktivität der traditionellen chinesischen Kultur (die von chinesischen Politikern als „Eigentum nicht nur Chinas, sondern der gesamten Welt“ dargestellt wird) und die Erfolge der wirtschaftlichen Modernisierung sowie unter Verweis auf national-kulturelle Besonderheiten, sollen nicht nur „Fehlwahrnehmungen“ Chinas im Ausland und „Missverständnisse“ bezüglich der Intentionen und des Verhaltens Chinas korrigiert werden. Es geht weiterhin in einem umfassenden Sinne zudem darum, die sogenannte Diskursmacht Chinas zu stärken bzw. bestimmte „China-Narrative“ zu etablieren. Dies bedeutet, dass gerade bei strittigen Themen, wie im Bereich der Menschenrechte oder der Regulierung des Internets, chinesische Standpunkte Gehör finden bzw. chinesische Konzepte in offiziellen Dokumenten der UNO Eingang finden sollen.

Mit großem materiellen Einsatz baut die chinesische Regierung deshalb die auswärtige Kulturpolitik aus, während westliche Staaten entsprechende Programme überwiegend kürzten. Mit Hilfe der Konfuzius-Institute (18 davon in Deutschland), weiteren Kultureinrichtungen und einer Serie aufwendiger Kulturfestivals im Ausland soll die Verbreitung der chinesischen Kultur und Sprache international gefördert werden. Professionelle PR- und Lobby-Agenturen werden engagiert, um für das Image und die Ziele Chinas im Ausland zu werben. Im Kontext eines solchen politisierten Verständnisses von kulturellem Austausch wird in Dokumenten der chinesischen Regierung die globale Popularisierung der chinesischen Kultur als fester Bestandteil der „Auswärtigen Propaganda-Arbeit“ verankert. Staatseigenen Medienunternehmen (insbesondere Radio China International, Fernsehsender CGTN, Xinhua-Nachrichtenagentur) wird eine wichtige Rolle in der Förderung chinesischer Softpower zugewiesen. Die globale Präsenz chinesischer Medien wird – in Konkurrenz zu globalen Konzernen wie CNN oder Al Jazeera – mit großem Mitteleinsatz ausgebaut. Programmatisch führend, wenn auch operativ im Hintergrund bleibend, ist in diesen Bemühungen die Zentrale Propaganda-Abteilung der Kommunistischen Partei.

Neuer Führungs- und Gestaltungswille unter Xi Jinping seit 2012¹⁴

Sich ändernde ideologische Prioritäten in China, der persönliche Einfluss von Spitzenpolitikern sowie Machtverschiebungen und Umbrüche im globalen Umfeld haben immer wieder zu Neuausrichtungen der chinesischen Außenpolitik geführt. So positionierte sich die VRC von der Gründung 1949 bis zu Beginn der 1960er Jahre im Bündnis mit den sozialistischen Staaten. Nach dem Bruch mit der UdSSR ergab sich unter dem

Einfluss der innenpolitischen Radikalisierung während der Kulturrevolution eine Phase der außenpolitischen Isolation. Hieraus brach die kommunistische Führung seit Beginn der 1970er Jahre mit der schrittweisen Annäherung an den Westen aus und begründete seit 1978 die nach offiziellen chinesischen Darstellungen bis heute andauernde „unabhängige Außenpolitik des Friedens“. Kontinuitäten seitdem zeigen sich in der fortschreitenden Einbeziehung in transnationale Handels- und Kapitalströme, in einer deutlichen Abschwächung militärischer Sicherheitsbedrohung sowie in einer extremen außenpolitischen Sensibilität in allen Fragen, die Chinas nationale Souveränität und territoriale Integrität berühren.

Unter Xi Jinping weist die Außenpolitik Chinas seit 2013 in struktureller, konzeptioneller und praktischer Hinsicht markante Neuerungen auf: Strukturell fallen die Maßnahmen zur Zentralisierung, Ideologisierung und Personalisierung der Entscheidungsfindung auf (siehe oben und den Beitrag von Matthias Stepan). Konzeptionell kehrt China seit einigen Jahren der alten außenpolitischen Richtlinie Deng Xiaopings den Rücken zu, nach der die innere Entwicklung Chinas entschlossen voranzutreiben sei, außenpolitisch aber Zurückhaltung und die Ablehnung einer Führungsrolle in den internationalen Beziehungen zu praktizieren seien. Unter Xi Jinping hingegen hat die VRC die Bereitschaft erklärt, nunmehr einen aktiveren Beitrag zur Gestaltung der internationalen Ordnung und zur Bereitstellung globaler kollektiver Güter (etwa in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz oder Cybersicherheit) zu leisten. Die Führung demonstriert Gestaltungs- und Führungswillen in offensiv propagierten Schlagwörtern wie dem „China-Modell“ oder der „China-Lösung“, in denen die Lektionen des eigenen Modernisierungspfad als Vorbilder für andere Länder empfohlen werden. Es geht also von nun an nach Auffassung Xi Jinpings nicht mehr darum, auf Entwicklungen im Ausland zu reagieren oder von anderen gesetzte Regeln auf das eigene Land zu übertragen, sondern selbst die „strategische Initiative“ zu ergreifen und kraftvoll-proaktiv das internationale Umfeld so zu gestalten, dass der „China-Traum“ vom „großen Wiederaufblühen der chinesischen Nation“ Wirklichkeit werden kann.¹⁵ Dieses neu gewonnene Selbstbewusstsein zeigt sich in einer Vielzahl von diplomatischen Aktivitäten und Maßnahmen in den unterschiedlichen Politikfeldern der Sicherheits- oder Handelspolitik, in einem zunehmend rücksichtslosen Agieren in der Verteidigung eigener Territorialansprüche in Ostasien oder in Initiativen zur Schaffung neuer bzw. Weiterentwicklung bestehender multilateraler Gruppierungen. Über all diese Entwicklungen wird im nachfolgenden Kapitel anhand von ausgewählten Fallbeispielen informiert.

Partnerschaft und Rivalität in den chinesischen Außenbeziehungen

Dieses Kapitel widmet sich der für den Inhalt dieser Gesamtstudie zentralen Frage, inwieweit Chinas Außenbeziehungen Muster von Partnerschaft und Rivalität aufweisen. Diese lässt sich jedoch kaum pauschal beantworten und steht allzu oft unter dem Eindruck tagesaktueller Ereignisse. Aus diesem Grund wird im folgenden ein Vorgehen anhand von beispielhaften Themenfeldern gewählt, das einem einheitlichen Schema folgt: Zu Beginn steht jeweils ein kurzer thematischer Einstieg, der illustrieren soll, wo uns dieses Thema in der westlichen Medienberichterstattung begegnet. Daraus werden Fragen abgeleitet. Daran anschließend wird insbesondere die chinesische Perspektive beleuchtet und die Faktenlage objektiv dargestellt. Abschließend erfolgt auf der Basis der einschlägigen wissenschaftlichen Forschungsergebnisse eine Einordnung und Diskussion.

Themenfeld 1: Die VRC und die Seidenstraßeninitiativen¹⁶

Thematischer Zugang

Die Seidenstraßeninitiativen gelten als DAS Prestigeprojekt der chinesischen Führung um Xi Jinping und haben dementsprechende Schlagzeilen gemacht. Vor allem die Größenordnungen, um die es geht, Investitionen in Höhe von über 900 Milliarden US-Dollar stehen im Raum, haben für Aufsehen gesorgt. Immer wieder wird der Vergleich dieses „Jahrhundertprojekts“ mit dem Marshallplan gezogen, mit dem die USA nach 1945 Westeuropas wirtschaftlichen Aufschwung in die Wege leiteten (die Höhe der Hilfgelder seinerzeit bewegte sich nach heutigen Verhältnissen um etwa 130 Milliarden US-Dollar).¹⁷ Viele Kommentatoren nehmen die langfristigen geostrategischen Konsequenzen des größten Infrastrukturvorhabens eines einzelnen Landes jenseits seiner eigenen Grenzen ins Auge. Demnach seien die Initiativen nichts anderes als der Ausdruck des chinesischen Wunsches, auf ganz neuen Wegen eine neue Weltordnung unter eigener Führung zu schaffen – ähnlich zur Zeit des chinesischen Kaiserreiches, als das Reich der Mitte das Zentrum des Welthandels war. Selbst Deutschland bleibt von den Initiativen nicht unberührt: Der sogenannte Seidenstraßenzug von China nach Hamburg oder Duisburg (über mehr als 11.000 km über Kasachstan, Russland, Weißrussland und Polen) weckt Hoffnungen, dass über den Schienenweg ein dritter Transportweg (neben der zeitaufwendigen See- und der teuren Luftfracht) zwischen China und Deutschland etabliert werden könnte.

Daraus ergeben sich folgende Fragen:

- Was verbirgt sich konkret hinter den Seidenstraßeninitiativen?
- Welche Ziele verfolgt China damit?
- Wie sind die Initiativen zu bewerten?

Die Perspektive der VRC¹⁸

Die chinesische Führung stellt in zahlreichen Regierungsdokumenten und unzähligen Reden ganz bewusst den Bezug zur antiken Seidenstraße her: diese wird porträtiert als Sinnbild für den „Geist von Kooperation, gegenseitigem Lernen, Freundschaft und Frieden zwischen Zivilisationen, Rassen und Kulturen“; sie sei das Symbol für ein großes gemeinsames Erbe der Menschheit, das uns heute noch als Inspiration dienen sollte. Die heutigen Seidenstraßeninitiativen werden wie folgt charakterisiert: sie seien keineswegs ein exklusiver Club mit China im Mittelpunkt, sondern inklusiv ausgerichtet, Ausdruck von „offener, grüner, und sauberer Kooperation“ zum allseitigen, ausgeglichenen Nutzen („Win-Win-Situation“), die das Wohl der einzelnen Menschen (in der Form von Armutsbekämpfung und Schaffung von Jobs) in den Mittelpunkt rückten. Dahinter stehe ein „Zwei-Wege-Modell“: dieses berücksichtige die Wünsche der jeweiligen Partnernationen, Projektentwicklung und -durchführung erfolgten immer gemeinsam nach dem Prinzip der Transparenz gegenüber Dritten. Die Projekte stünden auch immer im Einklang mit und als Ergänzung zu den jeweiligen Entwicklungsstrategien der beteiligten Länder zum Zwecke der Förderung der grenzüberschreitenden Verbindungen (Konnektivität) in Infrastruktur, Handel, Finanzen und zwischenmenschlichem Austausch. Übergeordnete Zielsetzungen der Initiativen seien Frieden und Wohlstand, denn wirtschaftliche Entwicklung, d.h. vor allem der Bau von Infrastruktur, sei der Schlüssel für die Lösung aller Probleme. In den Initiativen komme ein neues Verständnis von „gemeinsamer, umfassender, kooperativer und nachhaltiger Sicherheit“ zum Ausdruck, sie stellten ein neues Modell der internationalen Kooperation und des globalen Regierens (global governance) dar. Sie zeigten in besonderem Maße, dass China bereit sei, größere Verantwortung einzugehen und Verpflichtungen zu schultern innerhalb der eigenen Möglichkeiten, um somit für die Zukunft der Menschheit einen eigenen Beitrag zu leisten. Die Initiativen seien längst auch bereits vom Stadium der Vision in das der praktischen Anwendung vorgedrungen, folgten hohen internationalen Standards in der ordnungsgemäßen Projektdurchführung und lieferten stets greifbare Ergebnisse für alle Beteiligten. Die internationale Anerkennung dieser Leistungen Chinas zeige sich in entsprechenden Kooperationsabkommen Chinas mit mehr als 150 Staaten und internationalen Organisationen.

Die Faktenlage

Die Seidenstraßeninitiativen (im Englischen „Belt and Road Initiative“ – BRI) bestehen aus zwei einzelnen, später zusammengeführten Vorstößen: dem im September 2013 bei einem Besuch in Kasachstan von Xi Jinping vorgestellten „Seidenstraßenwirtschaftsgürtel“ und der von ihm während einer Rede vor dem indonesischen Parlament im Oktober 2013 angekündigten „Maritimen Seidenstraße für das 21. Jahrhundert“. Ihr Status wird deutlich durch die Aufnahme in das Parteistatut der KPC im Jahre 2017, zwei im April 2019 und Mai 2017 in Peking durchgeführte Seidenstraßen-Gipfel mit hunderten Delegierten aus über 130 Ländern (allerdings ohne Vertreter z.B. aus den

USA oder Japan) oder eine spezielle Führungsgruppe unterhalb des Staatsrates. Konkret umfassen die Initiativen eine Vielzahl von Infrastrukturprojekten zum Bau von Fernstraßen bzw. Autobahnen, Schnellzugstrecken, Häfen bzw. Flughäfen und Kraftwerken in Ländern Zentral-, Süd- und Ostasiens bis nach Afrika, dem Nahen Osten und Lateinamerika (für eine grafische Darstellung des geografischen Umfangs der Initiativen siehe den Beitrag von Jörn-Carsten Gottwald). Über die ursprünglichen Planungen hinaus gehen die mittlerweile etablierten Großprojekte einer Seidenstraße für die Arktis, digitale Infrastruktur, den Weltraum oder für Gesundheit; eine offizielle, vollständige Erfassung aller BRI-Projekte oder ein einheitliches Budget existieren allerdings nicht. Nach Schätzungen des American Enterprise Institute beliefen sich die abgeschlossenen Verträge im BRI-Kontext für Bau- bzw. Infrastrukturvorhaben von 2013 bis 2019 auf ca. 450 Milliarden US-Dollar. An diesen beteiligt sind vor allem chinesische Staatskonzerne, westliche Unternehmen bleiben dagegen auf Dienstleistungstätigkeiten mit sehr geringem Finanzvolumen beschränkt. Die meisten Mittel flossen dabei nach Pakistan, in den Nahen Osten (Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Iran) und nach Afrika (Äthiopien, Nigeria). Die VRC hat zur Finanzierung der Initiativen große Summen bereitgestellt: So existiert seit 2014 ein sogenannter Seidenstraßenfonds in Höhe von 40 Milliarden US-Dollar, der in Zukunft sogar noch um weitere Mittel (die Rede ist von 14,5 Milliarden US-Dollar) aufgestockt werden soll. Wesentlich auf Chinas Initiative ins Leben gerufen wurde ferner die multilaterale Asiatische Infrastrukturinvestitionsbank (AIIB, Asian Infrastructure Investment Bank), die über ein Grundkapital von 100 Milliarden US-Dollar verfügt und deren Ausstattung vor allem für Projekte im Rahmen der Seidenstraßeninitiativen verwendet werden soll. Eine besondere Rolle in der Projektfinanzierung spielen zudem die China Development Bank und die Export-Import-Bank of China, die zu Spitzenzeiten 2015/2016 global mehr Finanzmittel zur Verfügung stellten als die Weltbankgruppe, deren Ausleihungen aber bereits vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie im Jahr 2019 drastisch zurückgefahren wurden.¹⁹

Einordnung und Diskussion

Chinas Seidenstraßeninitiativen sind Teil einer übergeordneten „Infrastrukturaußenpolitik“²⁰: Chinas Außenpolitik richtet sich nun nämlich darauf aus, durch neue Finanzierungsinstrumente und großangelegte Infrastrukturprojekte China-zentrierte Strukturen in den Nachbarregionen und darüber hinaus zu verwirklichen, vor allem also in Regionen, die bisher vom Westen vernachlässigt wurden. Sie versinnbildlichen die chinesische Vision eines transkontinentalen Wirtschaftsraums Eurasien, mit Hilfe dessen Terrorismus, ethnischem Separatismus und religiösem Fundamentalismus durch ökonomische Entwicklung und Modernisierung der Boden entzogen werden sollen. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass der „Seidenstraßengürtel“ und die „Maritime Seidenstraße“ keine bis ins Detail ausgearbeiteten Projektkataloge darstellen, sondern eher eine riesige Projektionsfläche bieten, unter der alle möglichen Projektideen (teilweise auch solche, die schon lange vor 2013 existierten, teilweise mit abstrusen Vorschlägen wie „BRI-Gesangswettbewerben“) von chinesischen Städten, Provinzen oder

Staatsunternehmen nun gegenüber der Führung mit größeren Erfolgchancen als zuvor angemeldet werden können. Im Einzelnen lassen sich die folgenden politischen und wirtschaftlichen Interessen Chinas im Zusammenhang mit den Initiativen ausmachen: Chinesische Unternehmen in den Branchen Stahl, Zement, Bau oder Transport leiden seit längerem unter großen Überkapazitäten und Verschuldung. Die BRI stellt damit eine Möglichkeit für Staatskonzerne dar, neue Absatzmärkte im Ausland zu erschließen oder für Technologieführer wie Huawei mit Projekten wie „Smart Cities“ spezifische chinesische Standards, z. B. zur 5G-Infrastruktur, zu etablieren. Auch bietet sich mit den Initiativen ein Weg, um Chinas immer noch große Devisenreserven zu einträglicheren Zwecken einzusetzen als für den Kauf von ausländischen Staatsanleihen, die kaum noch Rendite abwerfen in Zeiten der Niedrigzinspolitik. Ferner dient der Seidenstraßenwirtschaftsgürtel dazu, eher arme chinesische Provinzen im Südwesten des Landes ökonomisch voranzubringen und die Unruheregion Xinjiang mittels Anbindung an die benachbarten zentralasiatischen Staaten zu befrieden.

Will man die Initiativen bewerten, so lässt sich folgendes vorläufiges Fazit ziehen: Zweifellos existiert in Asien, Afrika und dem Nahen Osten ein großer Bedarf an Infrastruktur, der von den jeweiligen Staaten allein bisher nicht gedeckt werden konnte. Auch haben die chinesischen Firmen, die sich in den Projekten beteiligen, gezeigt, dass sie entsprechende Infrastrukturvorhaben im eigenen Land effektiv umsetzen können. Trotz dieser durchaus möglichen positiven Effekte werden die Initiativen aber im westlichen Ausland nicht uneingeschränkt begrüßt. In Europa vor allem deswegen, weil finanzielle Risiken, Sicherheitsbedenken, mangelhafte Sozial- oder Umweltstandards bei den geplanten Mammutinvestitionen in Eisenbahntrassen, Kraftwerken oder Hafenanlagen nicht auszuschließen sind. Nicht wenige Vertreter der europäischen Wirtschaft warnen zudem vor einer Vertiefung eines „Einbahnstraßenhandels“²¹, dass nämlich China die neuen Verbindungen vor allem dazu nutzt, seine eigenen Waren besser in Westeuropa absetzen zu können, gleichzeitig aber den eigenen Markt weiterhin abschottet. Menschenrechtsorganisationen betrachten die Initiativen vielfach als ein Elitenprojekt, das der normalen Bevölkerung gar nicht zugute komme, ja sogar Misswirtschaft und Korruption in vielen Ländern verstetigen dürfte. Auch ist in vielen Fällen gar nicht klar, ob die geplanten Projekte wie z. B. Kraftwerke oder Hafenanlagen überhaupt wirtschaftlich betrieben werden können und damit einen Ertrag abwerfen, der zur Rückzahlung von ausgegebenen Krediten dienen könnte. Dies bedeutet gleichwohl nicht, dass die in den Zielländern teils drastisch angewachsenen Verbindlichkeiten Teil einer ausgeklügelten chinesischen „Schulden-Diplomatie“ sind, mit denen die VRC ihre Partner bewusst zu Gefälligkeiten zwingen könnte. Letztlich muss man vor einer ungeprüften Übernahme der im Raum stehenden Zahlen bzw. Größenordnungen warnen: Allein die geplanten chinesischen Investitionen in Hochgeschwindigkeitszugstrecken würden sich auf mehr als 140 Milliarden US-Dollar summieren. Viele der angekündigten Projekte blieben aber bereits im Planungsstadium stecken, wurden im Laufe der Zeit massiv zurechtgestutzt oder wegen politischer Widerstände vor Ort schließlich aufgegeben. Auch ist es bei weitem nicht so, dass nun die chinesischen Auslandsinvestitionen ausschließ-

lich in die Zielländer entlang der Seidenstraßen strömen würden. Westliche Analysen²² haben belegt, dass weiterhin ein Großteil der Direktinvestitionen Chinas in karibische Steuerparadiese (Virgin und Cayman Islands), nach Singapur, Australien, die USA oder Westeuropa fließt, mithin in die reichen Industrieländer und die Rohstoffexporteure. Neben den finanziellen Risiken für chinesische Industrieunternehmen und Banken besteht noch ein weiteres, übergeordnetes Problem für die VRC: Zunehmend droht sie (genauer ihre Staatsbürger und Firmen vor Ort) nämlich in den Partnerländern in ethnische Spannungen oder Bürgerkriege hineingezogen zu werden. Was diese Initiativen also langfristig bedeuten, ob sie wirklich zu einer Kräfteverschiebung zugunsten Chinas führen werden, ist noch nicht absehbar. Als Prestigeprojekt, das mit Xi Jinping persönlich eng verknüpft ist, werden die Seidenstraßeninitiativen weiterhin wichtig bleiben. Angesichts der Herausforderungen durch die Corona-Pandemie, internen Vorbehalten in China gegenüber der allzu leichtfertigen Vergabe von Krediten an teils unzuverlässige, instabile Partnerländer und massiver Kritik aus dem Westen, ist bereits eine deutlich wahrnehmbare Abstufung der Bedeutung der BRI in der chinesischen Außenpolitik unverkennbar.

Themenfeld 2: Die VRC und die Taiwan-Frage²³

Thematischer Zugang

Taiwan wird in westlichen Schilderungen oft als „abtrünnige Provinz“ Chinas beschrieben, als kleine, demokratisch verfasste Inselrepublik im Schatten des riesigen, autoritär regierten „großen Bruders“, der VRC. Besondere Schlagzeilen macht Taiwan meist im Zusammenhang mit seinen Wahlen und den Reaktionen Pekings darauf, den Warnungen, dass niemals das „Ein-China-Prinzip“ verletzt werde dürfte und den Ermahnungen, unter allen Umständen die Wiedervereinigung zwischen beiden Seiten zu realisieren.

Daraus ergeben sich folgende Fragen:

- Woher rührt der Konflikt zwischen beiden Seiten?
- Was bedeutet die „Ein-China-Frage“? Welchen Status hat Taiwan heute?
- Welche Lösungsmöglichkeiten gibt es? Ist eine Wiedervereinigung zwischen China und Taiwan eine realistische Option?

Die Perspektive der VRC²⁴

Nach Auffassung der Regierung in Peking besteht seit 1949 nur noch ein China, nämlich die Volksrepublik; die 1911 gegründete Republik China hörte damit auf zu existieren. Dies sei eine international allseitig anerkannte Tatsache. Grundlage für alle weiteren Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße sei die Anerkennung des „Ein-China-Prinzips“, wonach Taiwan ein unabtrennbarer Teil Chinas sei. Unabhängigkeitsbestrebungen auf Taiwan zur Schaffung von „ein China, ein Taiwan“ oder „zwei

Chinas“ seien das Ergebnis secessionistischer, nicht-repräsentativer Kräfte auf Taiwan und seien zum Scheitern verurteilt. Zur Lösung des Konflikts bietet die VRC die Wiedervereinigung unter der Formel „Ein Land, zwei Systeme“ an: Demnach könne Taiwan nach einem Beitritt zur VRC mittels der Beibehaltung eines separaten Wirtschafts-, Währungs- und Zollterritoriums sowie einer eigenständigen Regierungsstruktur, ja sogar separaten Streitkräften, noch wesentlich weitergehende Autonomierechte erwarten, als sie Hongkong eingeräumt wurden.

Die Faktenlage

Die Taiwan-Frage hat ihren Ursprung im chinesischen Bürgerkrieg von 1927 bis 1949 zwischen den Kommunisten unter Mao Tse-tung und der Kuomintang-Partei unter Chiang Kai-shek. Letzterer flüchtete nach der Niederlage auf dem Festland und der Ausrufung der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 mit seinen Truppen auf die Insel Taiwan, die 1945 von den Japanern nach 50-jähriger Besatzung an China zurückgegeben worden war. Auf Taiwan führte er quasi als Alleinherrscher die Regierung der Republik China fort, sodass sich nach dem Ausbruch des Korea-Kriegs 1950 und dem damit beginnenden Kalten Krieg in Ostasien beide Seiten fast 30 Jahre unversöhnlich gegenüberstanden. Zu Bewegung kam es erst mit der Reform- und Öffnungspolitik in der VRC und den ab Ende der 1980er Jahre beginnenden politischen Reformen auf Taiwan. Heute ist Taiwan eine funktionierende Demokratie, mehrere Runden von Parlaments- und Präsidentschaftswahlen haben zu Machtwechseln geführt. Im Zuge der politischen Entwicklungen auf dem Festland und auf Taiwan haben sich insbesondere die wirtschaftlichen Beziehungen dynamisch entwickelt,²⁵ wobei ein klares Ungleichgewicht zu verzeichnen ist: Taiwan ist von China viel abhängiger als dies umgekehrt der Fall ist. So wickelt Taiwan etwas mehr als ein Viertel seines Außenhandels mit China ab, umgekehrt macht der Handel mit Taiwan nur ca. 5 Prozent des Gesamthandels der VRC aus. Ein ähnliches Bild wachsender taiwanischer Abhängigkeit ergibt sich auch bei der Investitionstätigkeit: das Festland ist das Ziel von rund 55 Prozent aller taiwanischen ausländischen Direktinvestitionen, andererseits liegt Taiwans Anteil an den von China empfangenen Investitionen aus dem Ausland gerade einmal bei rund 4 Prozent. Nach den offiziellen taiwanischen Zahlen beschäftigen ca. 100.000 taiwanische Unternehmen auf dem Festland (konzentriert vor allem in den Küstenregionen Chinas) über 14 Millionen chinesische Arbeiter. Etwa eine Million taiwanischer Geschäftsleute lebt mit ihren Familien dauerhaft auf dem Festland. Ein großer Teil der IT-Produktion Taiwans ist mittlerweile auf das Festland verlagert worden. Auch der Besuchsverkehr zwischen beiden Seiten floriert mittlerweile, auch hier allerdings sehr ungleichmäßig verteilt: während bereits ca. 111 Millionen Besuche von Taiwanern auf dem Festland zu verzeichnen sind (bei einer Gesamtbevölkerungszahl Taiwans von 23 Millionen) kamen erst ca. 32 Millionen Chinesen auf die Insel.

Mit der Zunahme des wirtschaftlichen und touristischen Austauschs seit den 1990er Jahren entstand die Notwendigkeit einer Koordinierung zwischen beiden Seiten in technischen und administrativen Angelegenheiten. Als Ergebnis davon wurden eine

Vielzahl von Vereinbarungen zu direkten Flug- und Schiffsverbindungen, Post- und Telekommunikationsdienstleistungen, Lebensmittelsicherheit, Finanzen, Fischereianglegenheiten, Produktstandards und zum Schutz geistigen Eigentums getroffen. Diese Vereinbarungen wurden aber ausgehandelt zwischen halbamtlichen Vermittlungsorganisationen, da zwischen China und Taiwan weiterhin keine offiziellen zwischenstaatlichen Beziehungen existieren.

Außenpolitisch ist Taiwan weitgehend isoliert: Die VRC verlangt von ihren diplomatischen Partnern, dass sie keine offiziellen Beziehungen zu Taiwan unterhalten. Als z. B. Panama im Juni 2017 offizielle diplomatische Beziehungen zur VRC aufnahm, beendete es gleichzeitig die zuvor bestehende Anerkennung der Republik China. Gegenwärtig (Stand: März 2021) unterhält Taiwan als Republik China offizielle diplomatische Beziehungen zu 15 Staaten, darunter vor allem kleinere Länder bzw. Inseln in Ozeanien, Mittel- und Südamerika; in Europa zählt dazu nur der Vatikanstaat. Die Bundesrepublik Deutschland verfügte nach 1949 nie über diplomatische Beziehungen zur Republik China, seit 1972 erkennt sie offiziell nur die VRC an. Deutsche Interessen in Taiwan werden vertreten durch das „Deutsche Institut Taipei“, umgekehrt unterhält Taiwan in Deutschland eine inoffizielle Botschaft unter dem Namen „Taipeh Vertretung“ mit Sitz in Berlin und drei „Büros“ (de facto Generalkonsulate) in Hamburg, Frankfurt und München. Aufgrund von Druck aus der VRC kann Taiwan auch nur in solchen internationalen bzw. regionalen Organisationen Mitglied sein, in denen aus Pekings Sicht ein völkerrechtlicher Status als unabhängiger Staat nicht Voraussetzung für die Aufnahme ist. Unterhalb dieser Schwelle aber kann Taiwan unter der Bezeichnung „Chinese Taipei“ in Spezialorganisationen wie etwa der Asian Development Bank und dem Internationalen Olympischen Komitee teilnehmen. Nie aber darf Taiwan die Bezeichnung „Republic of China“ (ROC) in internationalen Organisationen oder Foren nutzen.

Einordnung und Diskussion

Die Taiwan-Frage ist ein Kernproblem der chinesischen Politik und in ihrer Bedeutung für die VRC nicht zu unterschätzen. Der Insel kommt im chinesischen sicherheitspolitischen Denken eine große symbolische und geostrategische Bedeutung zu, die durch Chinas Ambitionen, zukünftig eine Seemacht zu werden, im Wettbewerb mit den USA und Japan gegenwärtig noch verstärkt wird (siehe den Beitrag von Sarah Kirchberger). Vor allem aber ist die Taiwan-Problematik das zentrale Symbol des chinesischen Nationalismus. So wird von Seiten Chinas die Rückgewinnung und Reintegration der Insel in das „Mutterland“ als Voraussetzung dafür angesehen, das „Jahrhundert der Erniedrigungen“ (von Mitte des 19. bis Mitte des 20. Jahrhunderts) als historische Episode zu beenden und den Wiederaufstieg Chinas in den Rang einer Weltmacht bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts abschließend zu verwirklichen. Taiwan ist also nicht nur ein territoriales Problem, sondern emotional aufgeladen als Frage der nationalen Ehre und gilt als wesentlicher Prüfstein für das Ansehen der chinesischen Staatsführung. Staats- und Parteichef Xi Jinping hat mehrfach deutlich gemacht, dass die Vereinigung

Chinas mit Taiwan nicht einfach von Generation zu Generation weitergereicht werden könne. Vielmehr wird aus solchen Stellungnahmen deutlich, dass er sich selbst auf einer historischen Mission zu deren Verwirklichung begreift. Der Kern der Auseinandersetzung zwischen China und Taiwan besteht dabei im gegenwärtigen politischen bzw. völkerrechtlichen Status Taiwans und der zukünftigen Lösung des Konflikts. Für die Volksrepublik ist Taiwan ein integraler Bestandteil des eigenen Staatsterritoriums; mit der Formel „Ein Land, zwei Systeme“ gibt Peking weiterhin ohne Kompromisse die Marschrichtung für die zukünftige Lösung der Taiwan-Frage, d.h. die Wiedervereinigung beider Seiten, vor. Demgegenüber hält Taiwan unter dem Namen „Republik China“ unverändert an seinem Status als eigenständiger Staat fest, der seit 1949 als von der VRC getrenntes Territorium regiert wird.²⁶ Jeglicher Austausch mit Peking müsse stets von der Grundlage der Verfassung der Republik China ausgehen und nach parteiübergreifender Auffassung die Interessen der Bewohner Taiwans in den Mittelpunkt rücken. Eine Wiedervereinigung kommt aus Sicht Taiwans nur im Rahmen eines demokratischen, freien und wohlhabenden Chinas in Frage. Die taiwanische Bevölkerung selbst, und dies geht aus allen Meinungsumfragen in Taiwan klar hervor, sieht das chinesische Angebot, Taiwan den Status einer Sonderverwaltungszone ähnlich Hongkongs unter kommunistischer Herrschaft zuzugestehen, aber als eine Unterwerfungsstrategie an. In der Tat begreifen sich heute fast 65 Prozent der Bewohner der Insel in erster Linie als Taiwaner, nur eine verschwindend geringe Minderheit von 1 Prozent strebt eine baldige Vereinigung an. Eine große Mehrheit von rund 80 Prozent befürwortet das Festhalten am Status quo, wovon eine substantielle Minderheit von mehr als 25 Prozent aber Schritte in Richtung Unabhängigkeit fordert (hinzu kommen noch ca. 7 Prozent, die eine schnellstmögliche Unabhängigkeit anstreben). Diese seit längerer Zeit ablesbaren, sich zu Ungunsten Chinas neigenden Umfragewerte haben sich unter dem Eindruck des chinesischen Umgangs mit Hongkong nochmals verstärkt²⁷ und belegen, dass Pekings Strategie, Taiwan in ein Netz von wirtschaftlicher Abhängigkeit zu verwickeln, um so zur Verwirklichung der Wiedervereinigung bzw. zumindest zur Eindämmung von Unabhängigkeitsbestrebungen auf Taiwan zu gelangen, im Grunde gescheitert ist. Zweifellos ist seit den frühen 1990er Jahren ein wirtschaftlicher Austausch in den Bereichen Handel und Investitionen in Gang gekommen, der nicht wenige Beobachter bereits von einer „wirtschaftlichen Vereinigung“ sprechen lässt. Dies ist auch zutreffend, wenn man allein auf die ökonomischen Kennziffern schaut. Andererseits haben sich aber keineswegs, wie von der VRC erhofft, ausgehend von den wirtschaftlichen Abhängigkeiten Schritte hin zu einer von Peking angestrebten politischen Lösung realisieren lassen. Im Gegenteil: Da beide Seiten in den Kernfragen der nationalen Einheit bzw. Identität und Regierungsform unverändert unüberbrückbare Differenzen aufweisen und es an tragfähigen institutionalisierten Mechanismen der Kommunikation und Konfliktbeilegung mangelt, kann der Taiwankonflikt jederzeit aufs Neue eskalieren; diese Möglichkeit ist umso gefährlicher, als die Führung der VRC weiterhin nicht dazu bereit ist, die militärische Option in der Taiwan-Frage aufzugeben, sie ist im sogenannten Antisepzessionsgesetz der VRC als ausdrückliche Option genannt. Wie im Beitrag von Sarah Kirchberger

ausgeführt, richtet sich die chinesische Armee ganz wesentlich auf ein Taiwan-Szenario aus. Insbesondere die Stationierung von inzwischen schätzungsweise 1.100 Kurzstreckenraketen an der Taiwan gegenüberliegenden Küste sowie das moderne chinesische Arsenal an Unterseebooten und Kampfflugzeugen haben die lange Zeit bestehende militärische Balance in der Taiwan-Straße völlig zu Gunsten der VR China verändert.

Eine Schlüsselrolle in der Taiwan-Frage kommt den USA zu. Seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur VRC 1979 bekennen sich die Vereinigten Staaten zu einer Ein-China-Politik zugunsten Chinas. Andererseits unterhalten die USA aber breit gefächerte Sonderbeziehungen unterhalb der diplomatischen Ebene zu Taiwan, die sich auf den vom US-amerikanischen Kongress verabschiedeten „Taiwan Relations Act“ (TRA, 1979) stützen. Dieser ist nicht ein Verteidigungsvertrag im völkerrechtlichen Sinne, sondern wird in Washington als „political commitment“ zur Unterstützung Taiwans verstanden. Das Hauptinteresse der USA liegt in der Beibehaltung des Status quo, also der Sicherung von „Frieden und Stabilität“ in der Taiwan-Straße.²⁸ Während der Präsidentschaft Donald Trumps haben die USA durch legislative Initiativen, hochrangige Besuchsdelegationen bis zur Ministerebene und die signifikante Steigerung von Waffenexporten ihr Engagement für Taiwan deutlich erhöht. Die Biden-Administration hat deutlich gemacht, dass sie grundsätzlich nicht gedenkt, die Aufwertung Taiwans rückgängig zu machen. Da die VRC ihrerseits auf diese Neuausrichtung der US-Politik mit militärischem Druck auf die Insel reagiert, lässt sich eine direkte Konfrontation der VRC und der USA wegen der Taiwan-Frage nicht ausschließen.

Themenfeld 3: Die VRC und der Nuklearkonflikt auf der koreanischen Halbinsel²⁹

Thematischer Zugang

Die Atomversuche und Raketentests Nordkoreas in den letzten Jahren sind in der Presseberichterstattung immer wieder der Auslöser gewesen, um Chinas Verhältnis zu seinem einzigen offiziellen Bündnispartner kritisch zu hinterfragen. Der Tenor war dabei der Gleiche: Stets wurde die Aufforderung an China gerichtet, das Regime Kim Jong-uns zur Raison zu bringen, zumindest den Druck zu erhöhen, seiner Verantwortung gerecht zu werden und vor allem die beschlossenen Sanktionen gegen Nordkorea endlich effektiv umzusetzen.

Daraus ergeben sich folgende Fragen:

- Was verbindet und trennt China und Nordkorea?
- Welche Interessen bzw. Ziele verfolgt China? Welche Mittel werden dabei eingesetzt?
- Wie groß ist Chinas Einfluss auf das Regime in Pyöngyang? Entzieht sich China also der Verantwortung, entschlossen gegen den Norden vorzugehen?

Die Perspektive der VRC³⁰

Das chinesische Eingreifen in den Koreakrieg wird bis heute als „gerechter Krieg zur Abwehr einer Invasion“ aufgefasst, in dem China, materiell unterlegen aber von unerschütterlichem Kampfgeist beseelt, einen Sieg gegen die USA und somit für „Gerechtigkeit und Frieden“ bzw. gegen den „Imperialismus“ errungen habe. Der chinesisch-nordkoreanische Freundschaftsvertrag gilt weiterhin als ein unverzichtbares Element für die Friedenssicherung auf der koreanischen Halbinsel, der die USA und Südkorea davon abgehalten habe, eine Vereinigung der Insel unter ihrer Führung anzustreben. Allerdings habe Nordkorea mit seinem Vorgehen in den letzten Jahren, das die Sicherheit Chinas gefährde, seinerseits die Prinzipien des Vertrages verletzt. Das amerikanisch-südkoreanische Bündnis wird von der chinesischen Regierung als „Relikt des Kalten Krieges“ sehr kritisch beurteilt. Der Nuklearkonflikt auf der koreanischen Halbinsel wird als „Widerspruch zwischen den USA und Nordkorea“ betrachtet. Dabei gehe es in erster Linie nicht um das politische System des Nordens, dessen Ideologie oder seinen Führer, sondern um eine Sicherheitsfrage: Nordkorea wolle Sicherheit gegenüber der US-amerikanischen Bedrohung und betreibe zu diesem Zweck sein Waffenprogramm. Zu den Raketen- und Nukleartests Nordkoreas bzw. zu einer möglichen Lösung des Konflikts äußert sich die VRC wie folgt: China verurteilt regelmäßig die Tests als Verstoß gegen Resolutionen des UNO-Sicherheitsrats und der Normen des Völkerrechts, die die Sicherheit und den Frieden in Ostasien gefährdeten. Die im Jahre 2017 von Donald Trump unternommene verschärfte Rhetorik gegenüber Nordkorea, vor allem die kaum verhohlenen Drohungen mit militärischen Schlägen, wurden von Peking aber gleichfalls kritisiert. Prinzipiell sei nämlich auf die gerechtfertigten Sicherheitsinteressen aller Parteien, auch die Nordkoreas, Rücksicht zu nehmen. Zu Sanktionen nimmt China eine differenzierte Position ein: diese seien kein Selbstzweck, sondern nur ein Bestandteil der UNO-Resolutionen. Sie seien aber zu ergänzen durch Schritte aller Konfliktparteien zur Ermöglichung der Wiederaufnahme der seit 2009 ruhenden „Sechs-Parteien-Gespräche“. Als ersten Schritt, um aus dem „gegenwärtigen Teufelskreis aus sich verschärfenden Spannungen auszubrechen“, spricht sich die VRC für die „doppelte Suspendierung“³¹ aus: Nordkorea solle sein Raketen- und Nuklearprogramm aussetzen und im Gegenzug sollten Südkorea und die USA auf ihre Militärmanöver zur Einschüchterung des Nordens verzichten. Mit diesem Vorschlag biete China eine konstruktive Lösung zur Bearbeitung des Konflikts an; eine weitergehende Verantwortung, nämlich Druck auf das Regime in Pyöngyang auszuüben, wie dies die USA forderten, lehnt die VRC ab, da, wie bereits gesagt, der Konflikt im Kern zwischen den USA und Nordkorea existiere.

Die Faktenlage

Korea und China gemeinsam ist die traumatische Erfahrung der japanischen Besatzungszeit: Themen wie die japanische Kriegsschuld, Kriegsverbrechen und Wiedergutmachungsforderungen bleiben in der kollektiven Erinnerung wie auch in Politik, Medien

und Schulbildung in beiden Koreas wie auch in China ungebrochen präsent. Nach der japanischen Kapitulation 1945 entstanden auf der koreanischen Halbinsel im Norden die Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK) und im Süden die Republik Korea. Zwischen den Führungen von VRC und DVRK bestanden seit Revolutionszeiten Mitte der 1940er Jahre enge politische, ideologische und auch persönliche Verbindungen (u. a. zwischen Mao Tse-tung und Kim Il-sung). Nordkorea nahm im Oktober 1949 als einer der ersten Staaten diplomatische Beziehungen zu der neu gegründeten VRC auf. Chinas Unterstützung für Nordkorea im Koreakrieg (1950 bis 1953) führte zu einer direkten militärischen Konfrontation mit den USA.³² In deren Verlauf kamen hunderttausende chinesische Soldaten ums Leben, die als „Volksfreiwillige“ unter dem Banner sozialistischer Solidarität und zur Abwendung eines befürchteten US-amerikanischen Vorstoßes nach China hinein an der Seite nordkoreanischer Truppen in den Krieg zogen. Durch den Koreakrieg wurde eine Bündnisstruktur und ein Einfluss von Drittstaaten etabliert (die UdSSR und China an der Seite des Nordens, die USA an der Seite des Südens), die vier Jahrzehnte lang für Chinas Engagement auf der koreanischen Halbinsel bestimmend blieben. Die chinesisch-sowjetischen Rivalitäten seit Ende der 1950er Jahre nutzte die DVRK, um die beiden Mächte gegeneinander auszuspielen und militärische wie ökonomische Unterstützung zu maximieren. Die Reform- und Öffnungspolitik Chinas wurde nach 1979 von der nordkoreanischen Führung zunächst als „Revisionismus“ abgelehnt, sodass die chinesisch-nordkoreanischen Beziehungen merklich abkühlten. Der Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 eröffnete der Koreapolitik der chinesischen Regierung gänzlich neue Optionen. Gegenüber Nordkorea mussten nun weniger Rücksichten genommen werden. Und das wirtschaftliche Kooperationspotenzial mit Südkorea konnte gezielt genutzt werden: Bereits im August 1992 nahmen China und Südkorea diplomatische Beziehungen auf und Nordkorea musste eine rasante Zunahme des chinesisch-südkoreanischen Austauschs seit den 1990er Jahre hinnehmen. Formell beruhen die Beziehungen der VRC zur DVRK bis heute auf dem 1961 unterzeichneten Vertrag über „Freundschaft, Kooperation und gegenseitige Hilfe“. Dieser wurde in den Jahren 1981 und 2001 um jeweils 20 weitere Jahre verlängert, läuft als noch bis zum Jahr 2021. Hierbei handelt es sich um einen Bündnisvertrag, der aufgrund einer unbedingten gegenseitigen Beistandspflicht im Falle eines militärischen Angriffs für die Außenbeziehungen der VRC einzigartig ist. China ist bis heute für das international isolierte Regime in Pyöngyang der wichtigste Handelspartner und die Hauptquelle für Nahrungsmittel- und Energielieferungen (vor allem für Öl). China ist für ca. 90 Prozent der nordkoreanischen Ausfuhren und Einfuhren verantwortlich, umgekehrt spielt dieser Handel für die VRC aber keinerlei Rolle und liegt bei weniger als 0,1 Prozent des gesamten chinesischen Außenhandels. Zudem hat China Nordkorea regelmäßig im UNO-Sicherheitsrat vor Strafmaßnahmen wegen Menschenrechtsverletzungen bewahrt. Angesichts der durch nordkoreanische Nuklear- und Raketentests in den letzten Jahren ausgelösten Spannungen ist China jedoch schrittweise von seinem Partner abgerückt. Selbst weitgehende UNO-Sanktionen gegen Nordkorea seit 2016 (z. B. Einfuhrverbote für wichtige nordkoreanische Exportgüter wie Textilien oder Kohle) hat China zuletzt mitgetragen.

Einordnung und Diskussion

Wie viel Einfluss China tatsächlich auf Nordkorea hat, lässt sich nicht mit Bestimmtheit sagen. Die gegenseitigen Kontakte unterliegen größter Geheimhaltung und verlaufen in erster Linie über die beiden kommunistischen Parteien, die Geheimdienste und das Militär, der ökonomische Austausch nicht zuletzt über undurchsichtige, verschachtelte, teils illegale Firmenkonstrukte, u. a. in Drittstaaten. Auf welche Weise und mit welchem Effekt chinesische Politiker hinter verschlossenen Türen auf die nordkoreanische Führung einzuwirken versuchen, bleibt ein Geheimnis. Dokumentiert ist allerdings, dass seit den 1990er Jahren die chinesische Regierung immer wieder, bislang aber weitgehend wirkungslos, die Einleitung wirtschaftlicher Reformen in der DVRK angemahnt hat. Aufgrund dieses – auch für chinesische Verhältnisse außergewöhnlichen – nahezu vollständigen Mangels an Transparenz wird in westlichen Medien immer wieder spekuliert über mögliche Richtungsänderungen oder Geheimpläne der chinesischen Koreapolitik (etwa Überlegungen zu einer „friedlichen Wiedervereinigung“ Koreas oder Planungen der chinesischen Armee zum Einmarsch in Nordkorea im Falle einer Regimekrise). Allerdings haben sich derartige Spekulationen im Zeitverlauf durch tatsächliche chinesische Initiativen oder Aktionen bisher kaum erhärten lassen.

Chinas Hauptinteresse besteht in der Aufrechterhaltung des Status quo auf der koreanischen Halbinsel, was Peking unter den Schlagwörtern des „dreifachen Nein“ (keine Raketen, kein Kollaps, kein Krieg) auch offen kommuniziert. Die VRC verfügt mit Nordkorea über eine mehr als 1.400 km lange gemeinsame Grenze, und in der nordostchinesischen Provinz Jilin lebt eine große ethnisch-koreanische Minderheit. Aufgrund der geographischen Nähe insbesondere auch zur chinesischen Hauptstadt Peking haben Stabilität oder Instabilität auf der koreanischen Halbinsel eine unmittelbare sicherheitspolitische Bedeutung für China. Im Falle eines Kollapses des nordkoreanischen Regimes wäre mit einem massenhaften Flüchtlingsstrom nach Nordostchina zu rechnen. Dass es sich hierbei um ein sehr konkretes Szenario handelt, wurde 1996 demonstriert, als im Zuge einer Hungersnot zehntausende Nordkoreaner nach China flüchteten. Käme es zu einem atomaren Schlagabtausch auf der koreanischen Halbinsel würde der nukleare Fallout über dem dichtbesiedelten Nordostchina und der Hauptstadtregion Peking/Tianjin niedergehen. Der chinesische Wunsch nach Aufrechterhaltung des Regimes von Kim Jong-un in Nordkorea hat noch einen anderen Hintergrund: Nordkorea dient als Pufferzone zwischen China und Südkorea, das rund 30.000 US-amerikanische Truppen beherbergt. Im Falle einer Wiedervereinigung Koreas unter Führung Seouls stünde aus chinesischer Sicht zu befürchten, dass die bislang in Südkorea stationierten US-amerikanischen Truppen bis an die chinesische Grenze heranrücken könnten und China mit einer von den USA geführten ostasiatischen Allianz aus Japan, Taiwan und einem vereinigten Korea konfrontiert werden könnte. An einem nuklear gerüsteten Nordkorea hat aber auch China kein Interesse. Denn es fürchtet einen Rüstungswettlauf in der Region, der zu einem Ausbau des US-geführten Allianzsystems oder gar zu einer nuklearen Bewaffnung Japans oder Südkoreas führen könnte. Aus diesem

Grund setzte sich die VRC seit 2003, als Nordkorea aus dem multilateralen Vertrag zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen (NPT) ausscherte, als Gastgeber und Mittler für die „Sechs-Parteien-Gespräche“ (Teilnehmer: China, die beiden Koreas, die USA, Russland und Japan) ein mit dem Ziel, die von Nordkorea ausgelöste Nuklearkrise beizulegen. Seit dem Abbruch der Sechs-Parteien-Gespräche durch Nordkorea 2009 ist aber auch dieser Weg versperrt und das nordkoreanisch-amerikanische Verhältnis befindet sich in einer Sackgasse, woran auch die Gipfeltreffen von Trump mit Kim in den Jahren 2018 und 2019 nichts änderten. Zur Aufrechterhaltung des Regimes in Pyöngyang haben neben dem Handel zunehmende Investitionen chinesischer Staatsfirmen in Nordkorea beigetragen. Chinas Unternehmen unterliegen in ihrem Engagement in Nordkorea nicht den geografischen Beschränkungen auf spezielle Investitionszonen, die für südkoreanische Firmen gelten. Chinesische Firmen erlangten deshalb Zugang u. a. zu Kohlegruben und mineralischen Rohstoffvorkommen und beteiligten sich auch an der Modernisierung von Hafenanlagen auf nordkoreanischem Territorium. Hierdurch soll aus chinesischer Regierungssicht nicht nur Nordkorea stabilisiert, sondern es sollen auch neue grenzübergreifende Entwicklungsmöglichkeiten für Chinas nordöstliche Provinzen eröffnet werden.

Es ist abschließend nüchtern festzuhalten, dass der Primat des Status quo Chinas Koreapolitik konstant bestimmt und ohne eine Systemkrise in Nordkorea voraussichtlich auch nicht aufgegeben wird. Die chinesische Regierung steckt in einem Dilemma fest und bewegt sich in ihrer Koreapolitik auf einem schmalen Grat: Um eine Destabilisierung des nordkoreanischen Regimes mit der Gefahr eines letztendlichen Zusammenbruchs zu verhindern, weicht Peking Sanktionen gegen Pyöngyangs immer wieder auf oder höhlt die Umsetzung (zumindest teilweise) aus. Es ist aber zwischen Experten ohnehin umstritten, ob Sanktionen allein überhaupt in der Lage wären, Nordkorea von seinem Atomprogramm abzubringen. Indem militärische Droh- und Erpressungspraktiken Nordkoreas aber de facto immer wieder von der VRC hingenommen werden (müssen), liefert sich die chinesische Regierung selbst den unberechenbaren Vorstößen und Aktionen der nordkoreanischen Führung aus und setzt ihre eigene Sicherheit aufs Spiel. Zudem geraten die Versuche, sich als verantwortliche Großmacht zu etablieren immer wieder in Glaubwürdigkeitskrisen, da der Erwartungsdruck des Westens, China müsse „mehr“ gegen Nordkorea unternehmen, mit jeder nordkoreanischen Provokation ansteigt. Angesichts der dauerhaft prekären Lage des nordkoreanischen Herrschafts- und Wirtschaftssystems wird die koreanische Halbinsel für die chinesische Regierung also ein Gegenstand permanenten sicherheitspolitischen Krisenmanagements bleiben.

Themenfeld 4: Die VRC und maritime Konflikte in Ostasien

China hat in den letzten Jahren die Konflikte um umstrittene Landgrenzen mit seinen Nachbarn (z. B. Russland) größtenteils beigelegt, teilweise mit erstaunlichen Konzes-

sionen. Diese Landgebiete liegen aber weit entfernt, sind wenig besiedelt, beherbergen wenige Ressourcen und besitzen kaum strategische Bedeutung. Diese Ausgangssituation unterscheidet sich damit fundamental von den maritimen Konflikten in Ostasien. Wegen der besonderen Konstellationen werden nachfolgend die Konflikte Chinas im Ost- und Südchinesischen Meer getrennt voneinander behandelt.

Der Konflikt um die Senkaku-/Diaoyu-Inseln³³

Thematischer Zugang

Nationalistische, anti-japanische Demonstrationen in China haben in den letzten Jahren immer wieder für Aufsehen gesorgt. Dabei wurden beispielsweise japanische Geschäfte boykottiert oder Fahnen verbrannt. Die Auslöser für diese Aktionen standen meist im Zusammenhang mit dem Streit um die japanisch Senkaku- und chinesisch Diaoyu-Inseln bezeichneten Gebiete im Ostchinesischen Meer.

Daraus ergeben sich folgende Fragen:

- Warum ist dieses Inselgebiet für China so wichtig?
- Warum fokussiert sich der chinesische Patriotismus bzw. Nationalismus gerade darauf?
- Welche Ziele verfolgt China, welche Mittel werden dabei eingesetzt?

Die Perspektive der VRC

In Statements des chinesischen Außenministeriums, einem offiziellen Weißbuch von September 2012 und eigener Internetseiten werden die Positionen Chinas zum Ausdruck gebracht:³⁴ Zunächst beteuert die Regierung der VRC, dass stabile und friedliche Beziehungen zwischen China und Japan im Interesse der beiden Länder und der gesamten internationalen Gemeinschaft lägen. Der Ursprung des Konflikts, so Peking, liege darin, dass Japan im Zuge seiner aggressiven Expansion zum Ende des 19. Jahrhunderts nach dem chinesisch-japanischen Krieg 1895 die Inseln als Teil Taiwans illegal an sich gerissen habe. In den Kriegs- und Nachkriegskonferenzen der Alliierten von 1941 bis 1945 sei aber klar bestimmt worden, dass alle von Japan gestohlenen Territorien an China zurückgegeben werden sollten. Dieser Verpflichtung hätten sich die USA entzogen, als sie zunächst im Vertrag von San Francisco 1951 die Inseln als Teil von Okinawa unter eigene Verwaltung stellten und dann in einem „Hinterzimmerdeal“ 1971 die Diaoyu-Inseln an Japan übergeben hätten. Demgegenüber seien aber die Inseln schon seit Jahrhunderten Teil des chinesischen Kaiserreichs gewesen, was auf Karten hinreichend dokumentiert sei. China sei nun aber nicht mehr länger schwach wie in den vergangenen 100 Jahren und werde deshalb nicht mehr länger Verletzungen seiner territorialen Souveränität, seiner legitimen Rechte und Interessen einfach hinnehmen.

Die Faktenlage

Zwischen China und Japan schwelt im Ostchinesischen Meer einer der brisantesten maritimen Territorialkonflikte der asiatisch-pazifischen Region (Taiwan ist ebenfalls eine Konfliktpartei und erhebt die deckungsgleichen Ansprüche wie die VRC). Neben Ansprüchen auf die Ausbeutung umfangreicher Ressourcen (Öl- und Gasfelder, Fischreichtum) im Festlandssockel östlich von Shanghai geht es um die Kontrolle der Diaoyu- bzw. Senkaku-Inseln. Dieses Seegebiet hat eine wichtige strategische Bedeutung als Transitgebiet für Handels- oder Kriegsschiffe auf dem Weg in den Pazifik. Die ungefähr 180 Kilometer nordöstlich von Taiwan gelegenen unbewohnten acht Inseln und Riffe der Diaoyu-/Senkaku-Inseln mit nur etwas mehr als sechs Quadratkilometern Größe waren als Teil Taiwans 1895 nach dem chinesisch-japanischen Krieg an Japan gefallen und von den USA nach 1945 zusammen mit Okinawa besetzt worden. Seit der Rückgabe durch die USA im Jahre 1972 übt Japan die Kontrolle über die Inseln aus. Die chinesische Regierung (wie auch die taiwanische) bestreitet diese Kontrolle und hat den eigenen Anspruch auf die Diaoyu-Inseln im Gesetz der Volksrepublik China über das Küstenmeer (1992) verankert.

Der Konflikt wird nicht nur mittels historisch-rechtlicher Kontroversen ausgetragen. Vielmehr ist die Inselgruppe insbesondere 1990, 1996, 2004/2005, 2010 und 2012 zum Schauplatz direkter Konfrontationen geworden. Chinesische Fischfang- oder Forschungsschiffe (deren Aktivitäten wohl der Exploration von Rohstoffvorkommen in dieser Meeresregion dienen) treffen häufig in den umstrittenen Seegebieten auf die japanische Küstenwache, von der sie teils gewaltsam gestoppt werden. Zudem dringen Flugzeuge der chinesischen Luftwaffe oder des Küstenschutzes immer wieder bis unmittelbar an die Grenze des japanischen Luftraumes vor, was zum Aufsteigen japanischer Kampfflugzeuge führt, die den Auftrag haben, diesen gegen chinesisches Eindringen zu verteidigen. Auch kam es mehrfach zu Zwischenfällen, in denen japanische, taiwanische oder chinesische Aktivisten Hoheitszeichen oder Leuchtfeuer auf den Riffen anbrachten. Im November 2013 erklärte die VRC ohne vorherige Konsultation anderer Staaten über dem umstrittenen Seegebiet im Ostchinesischen Meer die Errichtung einer „Luftverteidigungs- und Identifikationszone“ (Air Defense Identification Zone, ADIZ). Flugzeuge, die durch dieses Gebiet fliegen, müssten sich, so Peking, zuvor anmelden. Die angrenzenden Staaten Japan, Südkorea, Taiwan und die USA lehnten die Errichtung der ADIZ ab und halten sich bis zum heutigen Tag nicht an die Vorgaben Pekings, das aber seinerseits nichts unternommen hat, um der ADIZ Geltung zu verschaffen. Die USA sind durch ihr Bündnis mit Japan eine indirekt beteiligte weitere Konfliktpartei; sie haben bereits mehrfach erklärt, dass sich ihre Beistandspflicht für Japan auch auf die Inseln bezieht.

Einordnung und Diskussion

Die Kontroverse um die Inseln ist nur durch eine Einordnung in den allgemeinen Kontext der chinesisch-japanischen Beziehungen zu verstehen, die in besonderer Weise geprägt

sind durch die Schatten der Geschichte. Die Kommunistische Partei Chinas feiert den Sieg im „antijapanischen Widerstandskrieg“ bis zum heutigen Tag als ein Fundament ihrer Herrschaftsberechtigung, und nutzt verbreitete anti-japanische Haltungen in der Bevölkerung, um sich als Verteidigerin der nationalen Würde Chinas zu präsentieren. Nach chinesischer Auffassung hat kein anderes Land dem Reich der Mitte größeres Leid zugefügt als Japan: Die erzwungene Abtretung Taiwans an Japan durch den Vertrag von Shimonoseki 1895, die japanische Übernahme der ehemals deutschen Territorien in Nordostchina nach dem Ersten Weltkrieg, das japanische Eindringen zunächst 1931 in der Mandschurei, dann nach 1937 der äußerst opferreiche chinesisch-japanische Krieg werden als Belege für japanische Aggression und japanisches Dominanzstreben gegenüber China angeführt. Mangelnde Bereitschaft, sich der Verantwortung für die eigene Geschichte zu stellen, zeigt sich aus chinesischer Perspektive in: japanischen Schulbüchern, in denen Japans Schuld an Kriegsverbrechen in China relativiert wird; wiederkehrenden Besuchen japanischer Ministerpräsidenten am Yasukuni-Schrein (dort wird auch hingerichteter japanischer Kriegsverbrecher gedacht); unzureichenden symbolischen Entschuldigungsgesten der japanischen Regierung während wechselseitigen Staatsbesuchen. Nach weithin vertretener chinesischer Auffassung hat sich Japan bis heute nicht angemessen für die Gräueltaten der Kriegszeit beim chinesischen Volk entschuldigt und hat auch keine konsequente Vergangenheitsbewältigung mittels Forschung, Bildung und Aufklärung betrieben (in diesem Zusammenhang werden in China die deutschen Bemühungen um offene Thematisierung und intensive Erforschung von Nazi- und Kriegsverbrechen häufig als positives Referenzmodell angeführt). Wiederkehrende Krisen in den bilateralen Beziehungen werden immer wieder ausgelöst durch Aussagen oder symbolische Akte japanischer Politiker, die auf chinesischer Seite als Würdigung verurteilter japanischer Kriegsverbrecher und als anti-chinesische Provokation aufgenommen werden. Im Kern wird das bilaterale Verhältnis heute aber geprägt durch eine virulente machtpolitische Rivalität zwischen Japan und China um die Führungsrolle in Asien. Durch die jüngsten Verschiebungen von ökonomischen und militärischen Kräfteverhältnissen zu Gunsten Chinas ist diese Rivalität in eine neue Phase eingetreten. Hinzu kommt, dass China das japanische Bündnis mit den USA als gegen China gerichtete Institution aus Zeiten des Kalten Krieges kritisch bewertet und vor allem Revisionen der japanischen „Friedensverfassung“ von 1947 oder eine größere sicherheitspolitische Rolle Japans als Indikatoren für ein „Wiederaufleben des japanischen Militarismus“ rundweg ablehnt. Einen wichtigen Gegenstand chinesischen Misstrauens bildet der von Japan und den USA seit 1998 gemeinsam betriebene Aufbau eines regionalen Raketenschutzes, der nordkoreanische Angriffe oder Provokationen verhindern soll. Japan seinerseits betrachtet die forcierte Modernisierung der chinesischen Luftwaffe und Marine als Herausforderung für die Offenheit der Seewege im Umfeld Japans.

Vor dem Hintergrund dieses ohnehin schon belasteten Verhältnisses spielt sich nun vor allem seit 2010 der besagte Inselkonflikt ab. Aufgrund der symbolischen, wirtschaftlichen und strategischen Bedeutung ist die Inselgruppe immer wieder zum Schauplatz direkter Konfrontationen zwischen China und Japan geworden. Beide

Seiten, China und Japan, agieren wie bei einem ritualisierten Katz- und Maus-Spiel, wenn sie wiederholt Flottenverbände, Küstenschutzschiffe oder Flugzeuge in die Nähe der Inseln entsenden, um den eigenen Anspruch zu demonstrieren. Sehr schnell können dabei kleinere Vorfälle außer Kontrolle geraten, die das Gesamtgefüge der chinesisch-japanischen Beziehungen ernsthaft gefährden können. Dies zeigte sich z. B. im September 2010, als der Kapitän eines chinesischen Fischerbootes nach der Kollision mit einem Schiff der japanischen Küstenwache von den japanischen Behörden festgenommen wurde. Unmittelbar danach kam es zu anti-japanischen Protesten in China, zur Absage offizieller Besuchsprogramme und Unterbrechung chinesischer Exporte wichtiger Rohstoffe (Seltener Erden) nach Japan. Die Spannungen wurden erst nach einigen Wochen mit der von chinesischen Internet-Aktivisten als „Sieg über Japan“ gefeierten Rückkehr des Kapitäns nach China entschärft. Die jüngeren Zwischenfälle belegen, dass bisherige Schritte zur Konfliktregelung (u.a. eine Verständigung von 2001 zur Benachrichtigung vor Schiffsfahrten in das umstrittene Gebiet sowie eine Absichtserklärung von 2008 zur gemeinsamen Ressourcenausbeutung) neuerliche Vorfälle nicht verhindern konnten. China und Japan betreiben mit ihren Versuchen, im umstrittenen Seegebiet Präsenz zu zeigen und Nadelstiche gegenüber der andere Seite zu setzen, eine gefährliche Strategie: durch die Vielzahl an Schiffen und Flugzeugen beider Seiten vor Ort sind Zwischenfälle stets möglich, die das Potenzial in sich bergen, eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen China und Japan auszulösen. Eine Beilegung des Konflikts unter Hilfe von dritter Seite erscheint bis auf Weiteres ausgeschlossen.

Der Konflikt im Südchinesischen Meer³⁵

Thematischer Zugang

Kaum ein anderes Thema hat in den letzten Jahren für schärfere Kritik an China gesorgt als dessen Vorgehen im Südchinesischen Meer. Das Aufschütten von künstlichen Inseln, Anlegen von Flughäfen oder Stationieren von Raketen gilt vielen Beobachtern als Zeichen rücksichtsloser chinesischer Expansion und einseitiger Provokationen in Missachtung des Völkerrechts.

Daraus ergeben sich folgende Fragen:

- Worum geht es in diesem Konflikt, warum ist dieser überhaupt so wichtig?
- Wie geht die VRC konkret vor, wie ist dieses Verhalten zu bewerten?
- Wie gefährlich ist die gesamte Situation in diesem Gebiet?

Die Perspektive der VRC

In der Sichtweise der VRC³⁶ verfüge das eigene Land über die Souveränität über das gesamte Südchinesische Meer, da China bereits vor Jahrhunderten die Inselgruppen

entdeckt, erschlossen, bewirtschaftet und effektiv sowie kontinuierlich verwaltet habe; umfangreiche historische Quellen (z. B. Seekarten) bewiesen dies, andere Staaten hätten diesen Umstand auch allgemein bis in die 1970er Jahre anerkannt. Erst mit der Entdeckung von Ressourcenvorkommen zu diesem Zeitpunkt hätten andere Staaten plötzlich Souveränitätsansprüche angemeldet. Wenn es laut der chinesischen Regierung in den letzten Jahren zu einer Verschärfung der Situation gekommen sei, dann liege dies nicht an China, sondern an den USA, die durch die angekündigte Kräfteverschiebung nach Asien („pivot to Asia“) andere Staaten zur Infragestellung des Status quo bewegt hätten. Eigene Maßnahmen in der letzten Zeit zu Aufbauarbeiten an den eigenen Riffen seien Angelegenheiten innerhalb des chinesischen Hoheitsrechts und stellten keine „Militarisierung“ dar, da sie sich nicht gegen andere Länder richteten. China betreibe nur eine nachholende Strategie, da die Philippinen oder Vietnam bereits beispielsweise über Flughäfen auf den Spratlys verfügten. Vielmehr trügen die USA durch die Entsendung von Schiffen und Flugzeugen in die Konfliktregion die Verantwortung für eine Eskalation. Die VRC reklamiert für sich, dass sie an fünf Grundsätzen festhalte: Frieden und Stabilität im Südchinesischen Meer, eine friedliche Lösung durch Konsultationen und Verhandlungen, ein geeignetes Management der Konflikte auf der Basis von Regeln, die Freiheit der Navigation und gemeinsamer Nutzen für alle Beteiligten. Externe Akteure, auch internationale Gerichte, haben demnach kein Mitspracherecht, alle Streitigkeiten sollten zwischen den beteiligten Parteien auf bilateralem Wege beigelegt werden.

Die Faktenlage

Das Südchinesische Meer umfasst eine Meeresoberfläche von mehr als 3,5 Millionen Quadratkilometer. Zu ihm gehören vier Inselgruppen: die Paracel-, Pratas- und Spratly-Inseln sowie das Scarborough-Riff. Es ist eine der wichtigsten globalen Schifffahrtsstraßen, rund ein Drittel des globalen Handels mit etwa 5 Billionen US-Dollar wird hierüber transportiert. Zudem werden dadurch die ostasiatischen Staaten (China, Japan, Korea) mit Energie und Rohstoffen versorgt. Das Seegebiet verfügt außerdem über wichtige Fischbestände und gilt als reich an Öl- und Gasvorkommen. Die Kontrolle über dieses Seegebiet hat also eine enorme strategische und ökonomische Bedeutung. Konfliktparteien sind China, Taiwan, Vietnam, die Philippinen, Malaysia und Brunei. Die Ansprüche Chinas und Taiwans sind historisch bedingt deckungsgleich und beziehen sich auf alle Teile des Südchinesischen Meeres. China kontrolliert zur Zeit die Paracel-Inseln, die auch von Vietnam beansprucht werden sowie das Scarborough-Riff, das die Philippinen für sich reklamieren. Taiwan besitzt die Pratas-Inseln und die größte natürliche Insel der Spratlys, Itu Aba. Die zu der Spratly-Inselgruppe gehörenden Riffe, Felsen und Atolle werden ansonsten von Vietnam, den Philippinen und Malaysia besetzt, lediglich Brunei stellt zwar Gebietsansprüche, hat aber keine physische Präsenz. Die USA und Europa mahnen alle Seiten zu friedlicher Konfliktlösung, zu Dialog und Kooperation und setzen auf eine maritime Ordnung auf der Grundlage des Seevölkerrechts.

Einordnung und Diskussion

Der Konflikt im Südchinesischen Meer dreht sich wie oben bemerkt einerseits um Ressourcen. Eine strategische Relevanz gewinnt das Territorium durch den entstehenden Großmachtkonflikt Chinas mit den USA über Prinzipien der Freiheit der Schifffahrtswege oder exklusive Seekontrolle. Letztlich sind die Souveränität und Hoheitsrechte über die Inseln zu einer symbolischen Frage der nationalen Ehre auf allen Seiten geworden, China ist darauf aus, seinen rechtmäßigen Status als maritime Großmacht zu demonstrieren. Ein Hauptproblem bei der Bearbeitung des Konflikts liegt an dessen schwieriger Verrechtlichung: So existiert bereits Konfusion über Zahl und Bezeichnungen der Archipele, die teilweise bei Flut unter Wasser liegen; die UNO-Seerechtskonvention von 1982 (in Kraft seit 1994) bestimmt zwar den rechtlichen Status der Landerhebungen im Meer nach dem Grundsatz „Landbesitz bestimmt die Rechte zur See“. Die sich daraus ergebenden Details bleiben aber umstritten, z.B. hinsichtlich der Rechte in der Ausschließlichen Wirtschaftszone (die sich seewärts von den Küsten aus bis zu einer Breite von 200 Seemeilen – 350 Kilometer – erstreckt). Ende 2002 erklärte sich die chinesische Regierung grundsätzlich zur Ausarbeitung eines Verhaltenskodexes (Code of Conduct) gemeinsam mit den ASEAN-Staaten bereit, der eine friedliche Austragung und Beilegung der Streitigkeiten ermöglichen soll, eine Verwirklichung steht jedoch bis heute aus. Ein Schiedsspruch des Ständigen Schiedsgerichtshofs in Den Haag im Juli 2016 verwarf Chinas Ansprüche auf fast das gesamte Südchinesische Meer als unvereinbar mit dem Völkerrecht. Der rechtlich bindende Beschluss ist aber nicht durchsetzbar, da die VRC die Zuständigkeit für den Schiedsspruch nicht akzeptiert und auf ihren Positionen beharrt.

Bereits bis in die 1990er Jahre hinein war es immer wieder zu kleineren militärischen Auseinandersetzungen Chinas mit den Philippinen oder Vietnam gekommen. Zwar gab China in der Folgezeit den Souveränitätsanspruch auf die reklamierten Gebiete im Südchinesischen Meer keineswegs auf. Die chinesische Außenpolitik aber verfolgte noch in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts den pragmatischen Ansatz, ungeachtet differierender Rechtsauffassungen den Konfliktparteien eine gemeinsame Exploration der Rohstoffvorkommen anzubieten. Dieses Vorgehen gehört aber seit der Machtübernahme Xi Jinpings der Vergangenheit an. Die chinesischen Maßnahmen zur Durchsetzung dieser Ansprüche lassen sich seitdem als „Grauzonen-Taktik“ oder „kontrollierte Aggression“³⁷ charakterisieren: Die VRC zielt darauf ab, schrittweise den Status quo zu ihren Gunsten zu verändern, d.h. vollendete Tatsachen zu schaffen, hinter die nicht zurückgefallen werden kann. Dabei setzt sie seit Ende 2013 nicht zuletzt auf die Errichtung bzw. den Ausbau künstlicher Inseln auf Landerhebungen, die bereits ihrer Kontrolle unterstehen (in den Spratlys sind dies sieben Riffe). Auf diesen hat sie eine für zivile und militärische Zwecke nutzbare Infrastruktur (Landebahnen, Hafenanlagen, Kontroll- und Kommunikationseinrichtungen) errichtet.³⁸ Zwar haben auch andere Staaten ähnliche Schritte unternommen, Intensität, Umfang, Geschwindigkeit der Militarisierung sind aber einzigartig. Damit einhergeht die massive Aufrüstung der

chinesischen Küstenwache, die vor Ort regelmäßige Patrouillen durchführt sowie der Einsatz unkonventioneller Maßnahmen wie die von sogenannten maritimen Milizen, also Fischfangflotten, die in umstrittenen Gebieten Präsenz zeigen, Besatzungen ausländischer Fischerboote festsetzen oder Seeminen ausbringen. Da gleichzeitig auch die USA immer wieder im Rahmen ihrer Maßnahmen zur Sicherung der freien Seewege (sogenannte freedom of navigation operations, FONOPS) Schiffe und Flugzeuge in die Nähe der von China ausgebauten Inseln entsenden, besteht die Gefahr von unbeabsichtigten, gegebenenfalls nur schwer einzugrenzenden militärischen Zwischenfällen.

Themenfeld 5: Die VRC und die Ausgestaltung der (zukünftigen) Weltordnung³⁹

Thematischer Zugang

Als Ergebnis des langjährigen wirtschaftlichen Aufstiegs der VRC stellt sich innerhalb des Landes und im Ausland die Frage, was China mit der neugewonnenen Macht anfangen solle, könne und wolle. Dieses Thema gewann während der Präsidentschaft Donald Trumps durch die (zumindest vorübergehende) Abwendung der USA von multilateralen globalen bzw. regionalen Gruppierungen neue Brisanz. Die VRC hat versucht, die dadurch entstehenden Leerstellen (z.B. in der UNO oder in der WTO) durch eigene Initiativen zu füllen und sich als „Behüterin“ der globalen Ordnung und des Multilateralismus zu präsentieren. In Folge des chinesisch-amerikanischen Handels- bzw. Technologiekonflikts, den bilateralen Spannungen wegen Taiwan oder den oben genannten Territorialkonflikten sind die bilateralen Beziehungen auf einem Tiefpunkt seit den 1970er Jahren angelangt und durch tiefes gegenseitiges Misstrauen geprägt. Zu diesem Zeitpunkt finden natürlich Maßnahmen Chinas, wie die Annäherung an Russland – sei es bilateral oder im Rahmen multilateraler Gruppierungen wie der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) – oder die Kooperation mit weiteren nichtdemokratischen Staaten wie Iran oder Pakistan im Westen besondere Aufmerksamkeit.

Daraus ergeben sich folgende Fragen:

- Wie stellen sich die Beziehungen der VRC zum Westen, den USA und der EU, im Kern heute dar?
- Bildet sich eine neue anti-westliche, autokratische Allianz um China und Russland heraus?
- Was bedeutet dies für die (zukünftige) globale Ordnung?

Die Perspektive der VRC

Für das Verhältnis zu den USA hat die chinesische Führung unter Xi Jinping ein eigenes außenpolitisches Konzept unter der Bezeichnung „Neuer Typ von Großmachtbeziehungen“⁴⁰ vorgestellt und propagiert dieses als einzigen Ausweg aus den gegenwärtigen

konfliktiven Beziehungen. Damit verbindet sie folgende Erwartungen bzw. Handlungsaufforderungen an die USA: Zwar gäbe es zwischen beiden Seiten unbestreitbare Differenzen wegen der politischen Systeme, der verschiedenen Kulturen oder der unterschiedlichen Entwicklungserfahrungen. Diese dürften aber nicht zu Fehlern führen, wie denen, die in der Vergangenheit immer wieder zu Kriegen zwischen einer etablierten Weltmacht und einer aufstrebenden, neuen Großmacht führten (z.B. Großbritannien versus Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, USA und Japan vor dem Zweiten Weltkrieg). Um dies sicherzustellen, müssten die USA und China einander mit gegenseitigem Respekt begegnen, d.h. die USA müssten Chinas politisches System, seinen Entwicklungsweg und seine außenpolitischen Kerninteressen anerkennen, eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas unterlassen und die Versuche zur Eindämmung des Landes einstellen. Die USA seien unter Trump vom „normalen Pfad“ der Beziehungen abgewichen und mit ihren unilateralen, protektionistischen Maßnahmen „Amok gelaufen“; es sei daher an ihnen, die begangenen Fehler zu korrigieren und wieder auf den Pfad von gegenseitigem Verständnis durch Konsultationen zurückzukehren. Letztlich sollten sich Washington und Peking zum Wohle der gesamten Menschheit auf die Themen konzentrieren, in denen großes Potenzial für vertiefte Kooperation bestehe, nämlich Terrorismusbekämpfung, Cybersicherheit, Klimaschutz, Nichtverbreitung von Kernwaffen, die Schaffung von Frieden im Nahen Osten oder wirtschaftliche Entwicklung in Afrika. Der Blick Chinas auf die EU kommt in sogenannten Policy Papers zum Ausdruck: Beide Seiten teilten demnach das Ziel, eine multipolare Welt zu schaffen und sich als Vertreter von zwei bedeutenden Zivilisationen ohne fundamentale Interessenkonflikte für gemeinsame Entwicklung und Frieden einzusetzen. Zwar tritt die VRC in ihren Kommentaren für die Einheit und Stabilität der EU ein, im Kontext der Eurozonenkrise oder in jüngster Zeit im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie fielen aber auch immer wieder kritische Töne in öffentlichen Stellungnahmen:⁴¹ Die Krisenerscheinungen in Europa wie hohe (Jugend-)Arbeitslosigkeit, das Aufkommen populistischer Strömungen, Fremdenfeindlichkeit, soziale Ungleichheit, der Brexit oder die hohen Fall- bzw. Todeszahlen durch COVID-19 seien Indizien für den Verfall westlicher, universeller Werte und politischer Konzepte. Die Parteipresse in Peking verweist demgegenüber immer stärker auf die Überlegenheit der chinesischen Politikansätze gegenüber dem Westen im „Wettbewerb der Systeme“. Für die Ausgestaltung der zukünftigen Weltordnung sieht die VRC eine besondere Rolle der UNO als „universalste, repräsentativste und autoritativste“ zwischenstaatliche Organisation. Diese solle im Zentrum der Entscheidungen stehen bei der Bearbeitung globaler Konflikte und gemeinsamer Herausforderungen, vor der die gesamte Welt stehe (Friedenssicherung, wirtschaftliche Entwicklung etc.). Allerdings müsse die UNO selbst fortentwickelt werden und den Entwicklungs- und Schwellenländern (z. B. im Sicherheitsrat) mehr Gewicht einräumen.⁴²

Die Faktenlage

Die USA und China sind wirtschaftlich seit Jahrzehnten durch Handels-, Investitions- und Währungsströme miteinander verschränkt. China ist für US-Unternehmen bei

Konsumgütern und im Hightech-Sektor ein unverzichtbarer Absatzmarkt und Produktionsstandort. China seinerseits trägt als größter Importpartner der USA und bedeutender Auslands-Gläubiger seit langem zum historisch niedrigen Niveau von Zinsen und Inflation in den USA bei und ist seinerseits, z.B. bei Halbleitern, von den USA abhängig. Mit der EU verbindet China ein Geflecht von regelmäßigen Gipfeltreffen und Zusammenkünften auf der Ebene von Arbeitsgruppen in einer Vielfalt von Themenbereichen von Sicherheitspolitik über Menschenrechte bis hin zu Urbanisierungsfragen oder Lebensmittelsicherheit. Im Rahmen der UNO hat China seine Beteiligung an Friedensmissionen stark ausgebaut und bietet beispielsweise unter den fünf permanenten Mitgliedern des Sicherheitsrats mit Abstand die größten Truppenkontingente auf. Zudem stellt die VRC mittlerweile in vier von 15 UNO-Sonderorganisationen (wie z. B. der International Telecommunications Union mit Sitz in Genf) das Führungspersonal. Zum Zwecke der Image-Aufwertung insbesondere unter Entwicklungs- und Schwellenländern führt die chinesische Diplomatie eine Serie multinationaler Großkonferenzen im eigenen Land sowie ausgedehnte Auslandsreisen hochrangiger Delegationen gerade auch in solchen Staaten durch, die westliche Regierungsvertreter nur selten aufsuchen. Für die Gipfeldiplomatie Chinas stehen als Sinnbilder die Gipfel der APEC (Asia-Pacific Economic Cooperation) in Peking 2014, der CICA (Conference on Interaction and Confidence Building Measures in Asia) im selben Jahr in Shanghai oder der BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) in Xiamen im Jahr 2017. Darüber hinaus wurden von der VRC zahlreiche informelle Gipfel unter Einbeziehung internationaler oder regionaler Meinungsführer als Alternative oder Ergänzung zu bereits bestehenden globalen Foren konzipiert. Beispielsweise wurde das „Boao Forum for Asia“ (Tagungsort Hainan) als regelmäßig abgehaltenes, hochkarätig besetztes regionales Forum nach dem Modell des „World Economic Forum“ (Tagungsort Davos) begründet.

Einordnung und Diskussion

Der Hauptbezugspunkt chinesischer Außenpolitik sind weiterhin die **Vereinigten Staaten**. Peking und Washington teilen das Interesse an einer Bekämpfung transnationaler islamistischer Terrorgruppen. Auch sind sich die USA und China im Grundsatz einig in der Verhinderung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und der Beendigung der Atomprogramme in Iran und Nordkorea. Zur Bearbeitung weiterer traditioneller und nicht-traditioneller Sicherheitsrisiken sind beide Seiten ebenfalls auf eine engere Kooperation angewiesen. Die Sicherheit der internationalen Seewege (Schutz vor Piraterie), der ungehinderte Zugang zu Rohstoffen und Energieträgern, die Bekämpfung grenzüberschreitenden Drogenhandels, die Verhinderung der Ausbreitung ansteckender Krankheiten – all dies ist ohne effektive Abstimmung der beiden Veto-Mächte im UNO-Sicherheitsrat nicht erfolgreich zu leisten. In allen aufgeführten Problemfeldern stimmen China und die USA in der Regel in der Definition allgemeiner Zielsetzungen überein. Was die Mittel zur Erreichung der Ziele angeht, liegen die Positionen der beiden Regierungen aber teils sehr weit auseinander. Hinzu treten alte Konflikte, neue Interessendivergenzen und ein tief verwurzeltes Misstrauen, die das bi-

laterale Verhältnis beeinträchtigen. Dies betrifft Souveränitätsfragen zu Taiwan, Tibet und Xinjiang, die China, wie oben beschrieben, als nationale „Kerninteressen“ ansieht. Insbesondere die US-amerikanischen Waffenlieferungen an Taiwan oder hochrangige US-Besuchsdelegationen werden von China als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ und schwerwiegende Verletzungen der territorialen Integrität und nationalen Souveränität kritisiert. Politisch-normative Gegensätze, wie das chinesische Vorgehen in Hongkong seit 2019 oder die gravierenden Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang, tragen ebenso zu einer Vielfalt von Konflikten bei. Die chinesische Regierung ist davon überzeugt, dass in Washington zumindest Teile der Administration und des Kongresses einen Regimewechsel in China wünschen und anstreben. Diplomatische Friktionen lösen weiterhin chinesische Hilfen für autoritäre Systeme insbesondere in Myanmar, Sudan oder Simbabwe aus, denen schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen zur Last gelegt werden. Im Handels- und Technologiekonflikt seit 2017 brach sich über die Parteigrenzen in den USA hinweg teils bereits länger aufgestaunter US-amerikanischer Unmut über den Verlust von Industriearbeitsplätzen durch als unfair wahrgenommene chinesische Konkurrenz und die Furcht vor dem Verlust der US-Technologieführerschaft in Schlüsselindustrien (u.a. durch Cyberspionage oder erzwungenen Technologietransfer) Bahn (siehe den Beitrag von Jörn-Carsten Gottwald). Ferner sind es militärisch-strategische Interessenkonflikte in der asiatisch-pazifischen Region, die das bilaterale Verhältnis belasten. China ist im Grundsatz nicht bereit, sich mit der massiven Militärpräsenz der USA (etwa ein Fünftel der gesamten US-Streitkräfte untersteht dem Pacific Command) und der dominierenden sicherheitspolitischen Rolle der USA in der Region, basierend auf ihrem Allianzsystem mit Japan und Südkorea, abzufinden. Die Modernisierung der Volksbefreiungsarmee dient nicht zuletzt wesentlich dazu, den Zugang der USA zum westlichen Pazifik einzuengen und ein Eingreifen zugunsten Taiwans in einem Konfliktfall zu verhindern (siehe den Beitrag von Sarah Kirchberger). Letztlich steht bei den meisten Konfliktgegenständen ein weitaus größeres Thema im Hintergrund: China ist kaum bereit, dauerhaft der Rolle einer – auf US-amerikanische Führungsansprüche Rücksicht nehmenden – „Juniormacht“ zu entsprechen. Umgekehrt ist nicht zu erwarten, dass die USA den chinesischen Aufstieg durch uneingeschränkte Konzessionsbereitschaft passiv hinnehmen werden. Es handelt sich hierbei also – nicht wie in Europa teils vermutet – um einen Konflikt, der in der Person Trumps und dessen chaotischer, unberechenbarer Regierungsführung begründet ist. Vielmehr haben wir es in erster Linie mit einem machtpolitischen, ideologischen und technologiegetriebenen Strukturkonflikt zu tun, der über viele Jahre die internationalen Beziehungen prägen wird.

Die **Europäische Union** spielt für chinesische außenpolitische Führungskräfte weder als Gegenbild noch als Leitbild eine maßgebliche Rolle. Als kollektiver Akteur wird sie vorwiegend im Bereich der internationalen Handelspolitik ernst genommen. Signifikant ist, dass – im Unterschied zu den Beziehungen Chinas mit den USA oder Japan – sicherheitspolitische Konfliktpunkte für die Entwicklung der chinesisch-europäischen Beziehungen in der diplomatischen Praxis bislang nahezu bedeutungslos sind. China und die

EU sprechen sich – in bewusster Abgrenzung zu den USA unter Präsident Trump – für die Weiterentwicklung multilateraler globaler Regelwerke in der Handels- und Klimapolitik aus. Seit mehreren Jahren existierende Zielsetzungen einer „umfassenden strategischen Partnerschaft“ beider Seiten haben sich allerdings nicht erfüllt. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass zwar die EU (Gleiches gilt für Deutschland) und China durch Handel und Investitionen eng verflochten sind, das Spannungspotenzial jedoch in diesen Politikfeldern zuletzt deutlich zugenommen hat. So beklagen die Europäische Kommission oder einzelne EU-Mitgliedstaaten immer wieder Hürden beim Marktzugang in China, mangelnde Rechtsstaatlichkeit (z. B. beim Schutz geistigen Eigentums) oder unfaire Handelspraktiken (z. B. Dumping bei Stahl oder Solarpanels). China wirft der EU umgekehrt immer wieder selbst Protektionismus vor und fordert die Anerkennung als Marktwirtschaft sowie die Aufhebung des gegen China seit 1989 existierenden Waffenembargos.

Betrachtet man die generelle Einstellung Chinas zum Westen, so lässt sich eine klare Verschiebung seit der Amtsübernahme Xi Jinpings feststellen: vor 2012 gab es in der außenpolitischen Meinungsbildung in China keinen Zweifel daran, dass an der seit 1979 praktizierten Politik der Öffnung nach außen unbedingt festgehalten werden müsse. Dazu zählte auch ganz offen die Bereitschaft, vom Westen zu lernen. Seitdem hat sich der Ton jedoch deutlich verschärft, die offizielle Botschaft Pekings im Grunde in ihr Gegenteil verkehrt: Immer unmissverständlicher ist von Xi Jinping und der restlichen Partei- bzw. Staatsführung zu hören, dass China im Systemwettbewerb mit dem Westen die Oberhand gewinne (das Schlagwort hierfür lautet: „der Osten steigt auf, der Westen steigt ab“) und nun anderen Staaten als Vorbild dienen könne. In konkreten Schritten wendet sich die chinesische Führung vom Westen ab, etwa in den Beschränkungen für die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) vor Ort in China oder der Bekämpfung westlicher Einflüsse im chinesischen Bildungssystem. Auch lassen sich Anhaltspunkte identifizieren für chinesische Versuche, den Westen im Allgemeinen oder die EU im Speziellen auseinander zu dividieren: dies gilt z. B. für die Bemühungen, einzelne EU-Mitgliedstaaten, wie Griechenland, das durch chinesische Investitionen in den Hafen von Piräus profitiert hat, gegen China-kritische Resolutionen der EU zu positionieren. Diese Phänomene stellen noch keine Indizien dar, dass es zwangsläufig zur offenen, unumkehrbaren Konfrontation mit dem Westen („neuer Kalter Krieg“) oder gar zu militärischen Auseinandersetzungen mit den USA kommen müsste. Es ist aber eindeutig erkennbar, dass die Kräfte der ökonomischen Interdependenz und der Einbindung Chinas in multilaterale Vertragswerke allein nicht ausreichen werden, um konstruktive Beziehungen zwischen China und dem Westen aufrechtzuerhalten.

Parallel zu den zunehmenden Spannungen mit den USA und der EU hat in den letzten Jahren eine Annäherung zwischen China und **Russland** stattgefunden. Die Beziehungen zwischen beiden Staaten in den letzten Jahren sind sogar besser als zur Zeit des Bündnisvertrages in den 1950er Jahren. Sie stellen aber noch keine anti-westliche Allianz dar, da beide Seiten keine gemeinsame Vision zur aktiven Ausgestaltung der Weltordnung und nur partiell gemeinsame Werte gegenüber Dritten teilen (z.B. zur „Internetsouveränität“ und der Kontrolle des Cyberraums). Stattdessen verbindet sie

eine pragmatische Interpretation von beiderseitigen Interessen. Diese bestehen in der gemeinsamen Ablehnung der globalen US-Vormachtstellung, dem geteilten Misstrauen gegenüber westlichen Versuchen der Förderung von Demokratie und Menschenrechten (z. B. gestützt auf NGOs), gemeinsamen Positionen im UNO-Sicherheitsrat in internationalen Konflikten (z. B. gemeinsame Vetos im Syrien-Krieg), der Schwächung des US-Bündnissystems und entsprechender Truppenstationierungen in der jeweiligen Umgebung (NATO-Osterweiterung, Pivot to Asia), der Bekämpfung von Terrorismus mittels der SCO und gemeinsamer Militärmanöver in deren Rahmen. Verbindend wirken zudem neben der persönlichen Sympathie zwischen den beiden „strong men“ Putin und Xi die wirtschaftlichen Interessen: China bezieht von Russland moderne Waffensysteme (Kampfflugzeuge, Kriegsschiffe, Luftabwehrraketen) und Energie, Russland erhält im Gegenzug Technologie, Kapital und Konsumgüter. Gleichzeitig dürfen jedoch auch die Grenzen der Annäherung bzw. das Spannungspotenzial nicht aus den Augen verloren werden: Auf beiden Seiten existiert ein ausgeprägtes, weiterhin vorhandenes gegenseitiges Misstrauen, das sich aus historischen Erfahrungen speist, in Russland zudem die Sorge, dass sich China in Zukunft als strategischer Wettbewerber entwickeln könnte. China versteht sich als asiatische Macht, während Russland auf Europa ausgerichtet bleibt. Mit besonderer Sorge verfolgt Russland das Ausgreifen Chinas mittels der Seidenstraßeninitiativen etwa in die Arktis oder nach Zentralasien, das es als seinen „Hinterhof“ bzw. seine Einflussphäre betrachtet. Immer wieder flammt zudem in Russland Kritik auf an der massenhaften Anwesenheit chinesischer Händler und deren teils illegalen Aktivitäten im russischen Fernen Osten. In der Ukraine-Krise blieb die VRC offiziell neutral, bei zwei UNO-Resolutionen im März 2014 enthielt sie sich der Stimme. Auch wenn prinzipiell russische Sicherheitsinteressen in seinem unmittelbaren Umfeld durch China anerkannt wurden und dem Westen wegen der Unterstützung der „Farbenrevolution“ in der Ukraine eine Mitschuld an der Eskalation des Konflikts gegeben wurde, drückte Peking doch gleichzeitig sein Unbehagen an der Annexion der Krim und vor allem der Volksabstimmung über deren Zugehörigkeit zu Russland aus, da diese einen Präzedenzfall für Taiwan oder Tibet bilden könnte. Letztlich könnten die strukturellen Unterschiede beider Länder in der Weltwirtschaft nicht größer sein: hier Chinas Wirtschaft, rund siebenmal größer als diejenige Russlands mit tiefer Verankerung in transnationalen Wertschöpfungsketten, dort Russlands Wirtschaft, deren Integration sich auf die Lieferung von fossilen Rohstoffen beschränkt.

Was Chinas Rolle in der Weltordnung anbetrifft, lässt sich folgendes festhalten:⁴³ Die chinesische Regierung geißelt offen den Unilateralismus Amerikas und wirbt für eine multipolare Ordnung, in der Amerikas Dominanz durch andere Mächte (Russland, EU, China etc.) und durch eine Aufwertung der Vereinten Nationen ausbalanciert werden soll. Das vom US-Dollar dominierte Weltwährungssystem oder das US-Allianzsystem in Ostasien seien so z. B. laut Peking „Produkte der Vergangenheit“. Einer substanziellen, dauerhaften Übertragung nationaler Souveränitätsrechte auf internationale Organisationen wird in Peking weiterhin mit Skepsis begegnet. Allerdings hat sich Chinas Souveränitätsanspruch seit den 1990er Jahren relativiert: Einschränkungen der eigenen

Souveränität sind nicht länger grundsätzlich tabu, sofern greifbare Gegenleistungen im Interesse Chinas dafür entschädigen. Und falls die Zustimmung des UNO-Sicherheitsrates – also das Einverständnis oder die Duldung seitens Chinas, das als Ständiges Mitglied im Sicherheitsrat eine Veto-Position innehat – gegeben ist, akzeptiert die chinesische Regierung auch Interventionen in die inneren Angelegenheiten anderer Länder aus humanitären Gründen. Im multilateralen Rahmen bei der Bearbeitung konkreter Sachfragen vertritt China – am markantesten in der internationalen Klimapolitik – eine „gemeinschaftliche, aber differenzierte Übernahme internationaler Verantwortung“, abgestuft je nach unterschiedlichen nationalen Möglichkeiten und Vorbedingungen. China bieten sich durch dieses – Verhandlungsmöglichkeiten offenhaltende – Bekenntnis zur multilateralen Kooperation neue Optionen, die konkreten Regeln internationaler Interaktion und Kooperation mitzugestalten. Chinas Vorstellungen zur Ausgestaltung der zukünftigen internationalen Ordnung bleiben jenseits allgemeiner Schlagworte (z.B. Schaffung von „Multipolarität“, „Überwindung der US-Dominanz“) aber zurzeit noch vage und prinzipiell defensiv ausgerichtet. In Chinas Führung besteht Einigkeit darin, dass das eigene Land einen ihm gebührenden Platz in der Welt von morgen einzunehmen verdiene. Der Weg dahin soll nicht über eine revolutionäre Umgestaltung der existierenden Ordnung erfolgen, die ja erst den chinesischen Aufstieg mit ermöglicht hat. Stattdessen sollen basierend auf der Gravitationskraft des chinesischen Marktes für liberale Marktwirtschaften bzw. der Attraktivität des chinesischen Entwicklungsmodells für Schwellenländer schrittweise die existierenden Institutionen so umgebaut werden, dass kollektives Handeln im Widerspruch zu Chinas „Würde, nationalen Interessen und Entwicklungszielen“ nicht mehr möglich sein würde. Bereits heute zeigen sich entsprechende Einflussverschiebungen: So drückten z.B. im UNO-Menschenrechtsrat im Juli 2020 bei einer Abstimmung zu Chinas Nationalem Sicherheitsgesetz für Hongkong 53 Staaten ihre Unterstützung für China aus, die Kritiker aus westlichen Demokratien kamen nur auf 27 Stimmen. Es steht zu erwarten, dass es auch in Zukunft dem Westen zunehmend schwerer fallen könnte, in internationalen Organisationen Prinzipien der Demokratie, Menschenrechte und Marktwirtschaft gegenüber China durchzusetzen.

Fazit und Ausblick

Die chinesische Außenpolitik weist also zahlreiche Besonderheiten auf, die das Verständnis für sie im Ausland erschweren. Diese gehen vor allem zurück auf uns wenig geläufige ideologische Konzepte und ein intransparentes Entscheidungssystem. Hinzu treten unter Xi Jinping seit 2012 markante Neuerungen, die jahrzehntelang vorhandene außenpolitische Grundprinzipien Chinas (z.B. Passivität und Zurückhaltung zur Vermeidung offener Konflikte) bzw. Gewissheiten des Westens (z.B. eine politische Liberalisierung Chinas als Resultat der Einbindung in die Weltwirtschaft) revidieren. In der Frage nach Partnerschaft und Rivalität sendet die chinesische Führung in der Gesamtschau in den letzten Jahren Signale in entgegengesetzte Richtungen aus: Einerseits tritt die VRC als Partner Europas in der Aufrechterhaltung

und Weiterentwicklung multilateraler Vertragswerke in den Bereichen Handel und Umweltschutz auf. Auch leistet sie gemeinsame Beiträge zur Bekämpfung nichttraditioneller Sicherheitsbedrohungen (z.B. Kampf gegen Piraterie) und ist wesentlich bei Friedensmissionen im UNO-Rahmen engagiert. Die Seidenstraßeninitiativen könnten in der Tat wichtige Impulse liefern für dringend benötigte Infrastrukturinvestitionen in Zentral- und Südostasien sowie Ostafrika, die zu deren politischer Stabilisierung beitragen. Andererseits nehmen die Konflikte Chinas mit dem Westen und einigen seiner Nachbarstaaten zuletzt quantitativ und qualitativ deutlich zu: China vertritt seine Interessen vor allem in den Territorialkonflikten und der Taiwan-Frage auf der Basis seiner größeren militärischen Leistungsfähigkeit immer unnachgiebiger und wendet sich mit seiner ideologischen Rückbesinnung offensiv gegen westliche Werte. Damit ist China nicht nur zu einem ökonomischen Rivalen geworden, sondern in nicht unwesentlichen Themenfeldern sogar zu einem Gegner, der von der eigenen systemischen Überlegenheit im Angesicht eines so wahrgenommenen westlichen Abstiegs überzeugt ist und vor ökonomischen Repressalien (z.B. 2020 gegen Australien) nicht zurückschreckt. Der Westen steht insgesamt vor einem Dilemma: Ausgehend von wachsender ökonomischer Abhängigkeit von China und Chinas steigender internationaler Bedeutung, muss er dem Land die Hand reichen zur Weiterentwicklung der internationalen Ordnung und damit China mehr Mitspracherechte einräumen. Dadurch wird es China aber möglich, seinen eigenen Einfluss immer weiter auszubauen und damit potenziell in die Lage zu kommen, Grundpfeiler der vom Westen bisher geprägten internationalen Ordnung zu seinen Gunsten umzubauen. Von daher wird es kurz- und mittelfristig für die europäischen Staaten untereinander, aber auch im Verbund mit den USA, fundamental darauf ankommen, gemeinsame Positionen bei den Themen zu entwickeln, in denen China sich offen gegen den Westen wendet. Zudem hat China an einer entscheidenden Stelle völlig recht: Die westlichen Staaten und Gesellschaften stehen unter erheblichem Anpassungszwang und Leistungsdruck, der chinesischen Herausforderung in Zukunftsfragen wie dem Klimawandel oder der Digitalisierung zu begegnen. Die Erfolge der Vergangenheit und das Vertrauen auf die Attraktivität der eigenen Werte werden im Systemwettbewerb mit China nicht ausreichen, sondern nur innovative Lösungen bzw. nachweisbare Ergebnisse, die die Legitimation der westlichen Regierungssysteme durch die eigenen Bevölkerungen stets aufs Neue sicherstellen.

1950	Bündnisvertrag und enge Kooperation mit der Sowjetunion
1950–1953	Koreakrieg; militärische Konfrontation mit den USA
1954, 1958	Erfolgreiche militärische Vorstöße gegen Taiwan
1964	Erster Atombombentest; China wird Nuklearmacht
1970–1972	Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu westlichen Staaten, auch zur BRD (1972)

1971/72	Annäherung an die USA
1971	Aufnahme Chinas in UN als Ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats
1975	Aufnahme offizieller Beziehungen zur EG
seit 1979	Einleitung der Politik der außenwirtschaftlichen Öffnung
1979	Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den USA
1980	Mitgliedschaft in Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF)
1985	Abschluss eines Handelsabkommens mit der EG
1989	Internationale Sanktionen gegen China wegen gewaltsamer Unterdrückung der städtischen Protestbewegung
1991	China wird Mitglied der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC)
3/1996	Chinesische Militärmanöver und Raketentests in der Taiwan-Straße
12/2001	China wird in die Welthandelsorganisation (WTO) aufgenommen
5/2003	Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO, 2001 gegründet) errichtet ständiges Sekretariat in Peking
2003–2009	Führende Rolle der Volksrepublik China bei den Sechs-Parteien-Gesprächen zur nuklearen Abrüstung Nordkoreas
seit 11/2008	Einbeziehung Chinas in Gipfeltreffen der G20
ab 1/2009	Chinesische Beteiligung an Piraten-Bekämpfung im Golf von Aden
2+3/2011	China evakuiert 35.000 Staatsbürger aus dem Krisengebiet in Libyen
9/2013	Chinas Präsident verkündet in Kasachstan die „Seidenstraßen-Initiative“
11/2014	Zentrale Arbeitskonferenz zur Außenpolitik legt außenpolitische Leitlinien fest
7/2016	Schiedsgerichtshof in Den Haag verwirft chinesische Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer
6/2018	Zentrale Arbeitskonferenz zur Außenpolitik beschließt „Gedanken Xi Jinpings zur Außenpolitik“ als zentrale Richtschnur für die eigene Diplomatie
1/2020	Amerikanisch-Chinesisches Abkommen zum Handelskonflikt („Phase One-Deal“)
12/2020	Abschluss des chinesisch-europäischen Investitionsabkommens (CAI)

Abb. 1: Zeittafel zur chinesischen Außenpolitik seit 1949.

Quelle: Heilmann & Schmidt 2014, eigene Ergänzungen.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Albert, Eleanor (2019): The China–North Korea Relationship. Council on Foreign Relations Backgrounder 25 June 2019. New York: Council on Foreign Relations <https://www.cfr.org/backgrounder/china-north-korea-relationship>
- Becker, Christian (2017): Große Statussorgen um kleine Inseln. Militärische Symbolpolitik im Süd- und Ostchinesischen Meer. S3 Februar 2017. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Bitounis, Leah & Price, Jonathan (Hrsg.) (2020): The Struggle for Power. U.S.–China Relations in the 21st Century. Washington: The Aspen Institute.
- Blackwill, Robert D. & Zelikow, Philip (2021): The United States, China and Taiwan: A Strategy to Prevent War. New York: Council on Foreign Relations. Council Special Report No. 90, February 2021.
- Blackwill, Robert D. & Campbell, Kurt M. (2016): Xi Jinping on the Global Stage. Council on Foreign Relations Special Report No. 74 February 2016. New York: Council on Foreign Relations.
- Breslin, Shaun (2011): The Soft Notion of China's "Soft Power". Chatham House Asia Programme Paper ASP PP 2011/03.
- Cabestan, Jean-Pierre (2020): China's Foreign and Security Policy Institutions and Decision-Making Under Xi Jinping. in: The British Journal of Politics and International Relations, Special Issue Article 2020, pp.1–18.
- Chen, Zhimin (2015): China's Power from a Chinese Perspective (II): Back to the Center Stage. In: Jae Ho Chung (Hrsg.): Assessing China's Power. London/New York: Palgrave/MacMillan, pp. 271–289.
- Chen Weiss, Jessica (2019): A World Safe for Autocracy? China's Rise and the Future of Global Politics. In: Foreign Affairs, Vol. 98, No. 4, July/August 2019, pp. 92–102.
- Dollar, David (2017): Yes, China is investing globally – but not so much in its belt and road initiative. Brookings Order from Chaos Blog, 8 May 2017. <https://www.brookings.edu/blog/order-from-chaos/2017/05/08/yes-china-is-investing-globally-but-not-so-much-in-its-belt-and-road-initiative/>
- Ertl, Veronika & Merkle, David (2019): China: Ein Entwicklungsland als globale Macht? KAS Auslandsinformationen Online Nr. 17 (November 2019).
- Ferdinand, Peter (2016): Westward ho – The China Dream and ‚One belt, One Road‘: Chinese Foreign Policy Under Xi Jinping. in: International Affairs 92: 4 (2016), pp. 941–957.
- Fu, Ying (2017): The Korean Nuclear Issue: Past, Present, and Future. A Chinese Perspective. Washington: Brookings John L. Thornton Center, Strategy Paper 3/May 2017.
- Garver, John W. (2016): China's Quest. The History of the Foreign Relations of the People's Republic of China. Oxford: Oxford University Press.
- Godehardt, Nadine (2020): Wie China Weltpolitik formt. Die Logik von Pekings Außenpolitik unter Xi Jinping. Berlin: SWP-Studie 19, Oktober 2020.
- Godement, Francois (2020): Europe's Pushback on China. Paris: Institut Montaigne, Policy Paper June 2020.

- Godement, Francois (2016): China and Russia: Gaming the West? ECFR China Analysis October 2016. Brüssel: European Council on Foreign Relations.
- Godement, Francois (2017): Expanded Ambitions, Shrinking Achievements. How China Sees the Global Order. ECFR Policy Brief March 2017. Brüssel: European Council on Foreign Relations.
- Gong, Jasmin et al. (2016): Questioning Not the EU but the „Western System“. European Crises Through the Lens of Chinese Media. MERICS China Monitor 12. Juli 2016. Berlin: Mercator Institute for China Studies.
- Heilmann, Sebastian & Schmidt, Dirk H. (2014): China's Foreign Political and Economic Relations. An Unconventional Global Power. Lanham.
- Hillman, Jonathan (2020): The Emperor's New Road. China and the Project of the Century. New Haven: Yale University Press.
- Hilpert, Hanns Günther & Wacker, Gudrun (2015): Geoökonomie trifft Geopolitik. Chinas neue außenwirtschaftliche und außenpolitische Initiativen. SWP-Aktuell 52, Mai 2015. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Huotari, Mikko et al. (2017): China's Emergence as a Global Security Actor. Strategies for Europe. MERICS Papers on China No. 4/July 2017. Berlin: Mercator Institute for China Studies.
- Information Office of the State Council, People's Republic of China (2012): Full Text: Diaoyu Dao, An Inherent Territory of China, September 2012 <http://en.people.cn/90785/7960320.html>
- Information Office of the State Council, People's Republic of China (2011): China's Peaceful Development, September 6, 2011. http://english.gov.cn/archive/white_paper/2014/09/09/content_281474986284646.htm
- Johnston, Alastair Ian (2019): China in a World of Orders. Rethinking Compliance and Challenge in Beijing's International Relations. In: International Security, Vol. 44, No. 2 (Fall 2019), pp. 9-60.
- Lo, Bobo (2008): Ten Things Everyone Should Know About the Sino-Russian Relationship. CER Policy Brief December 2008. London: Centre for European Policy Reform.
- Medeiros, Evan S. (2019): The Changing Fundamentals of US-China Relations. In: The Washington Quarterly, 42:3, Fall 2019, pp.93-119.
- Medeiros, Evan S. (2009): China's International Behavior. Activism, Opportunism, and Diversification. Santa Monica: RAND Project Airforce.
- Men, Jing (2007): Changing Ideology in China and Its Impact on Chinese Foreign Policy. In: Guo, Sujian & Hua, Shiping (Hrsg.): New Dimensions of Chinese Foreign Policy. Lanham, pp. 7-39.
- Nye, Joseph S. (2004): Soft Power. The Means to Success in World Politics. New York: Public Affairs.
- Oertel, Janka (2020): The New China Consensus: How Europe Is Growing Wary of Beijing. London: ECFR Policy Brief September 2020.
- O'Rourke, Ronald (2017): Maritime Territorial and Exclusive Economic Zone (EEZ) Disputes Involving China: Issues for Congress. Congressional Research Service R 42784 June 6, 2017. Washington: Congressional Research Service.

- Rolland, Nadège (2017): China's "Belt and Road Initiative": Underwhelming or Game-Changer? In: *The Washington Quarterly* Spring 2017, pp. 127–142.
- Rudolf, Moritz et al. (2014): Chinas Schatten-Außenpolitik: Parallelstrukturen fordern die internationale Ordnung heraus. *China Monitor* Nummer 18 23. September 2014. Berlin: Mercator Institute for China Studies.
- Schmidt, Dirk & Heilmann, Sebastian (2012): *Außenpolitik und Außenwirtschaft der Volksrepublik China*. Wiesbaden.
- Shambaugh, David (Hrsg.) (2020): *China and the World*. New York: Oxford University Press.
- Spiegel Online (2017): Wie China mit 900 Milliarden Dollar die Welt erobern will, 15.5.2017. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/china-entwicklungsprogramm-neue-seidenstrasse-a-1147588.html>
- Su, Fei & Saalman, Laura (2017): *China's Engagement of North Korea. Challenges and Opportunities for Europe*. Stockholm: Stockholm International Peace Research Institute.
- Sutter, Robert G. (2021): *Chinese Foreign Relations. Power and Policy of an Emerging Global Force*. Lanham.
- Swaine, Michael D. (2016): *Chinese Views on Global Governance Since 2008–9: Not Much New*. *China Leadership Monitor* No. 49, Winter 2016.
- Taiwan Affairs Office of the People's Republic of China (2000): *The One-China Principle and the Taiwan Issue*. Beijing 21 February 2000. http://www.gwytb.gov.cn/en/Special/WhitePapers/201103/t20110316_1789217.htm
- Tellis, Ashley J. (2020): *The Return of U.S.-China Strategic Competition*. In: *Strategic Asia 2020. U.S.-China Competition for Global Influence*. Washington: The National Bureau of Asian Research.
- Wacker, Gudrun (2013): *China und die EU: Keine Strategie, keine Partnerschaft*. In: Lang, K.-O.; Wacker, G. (Hg.): *Die EU im Beziehungsgefüge großer Staaten*. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, S. 29–40.
- Wagener, Martin (2015): *Vor dem Bündnisfall in Ostasien? Die USA und der chinesisch-japanische Inselstreit im Ostchinesischen Meer*. In: *ÖMZ* 2/2015, S. 135–141.
- Wang Yi (2021): *Righting the Wrongs and Committing to Mutual Respect and Win-Win-Cooperation*. Speech by State Councillor Wang Yi at the Opening of the the Lanting Forum on Promoting Dialogue and Cooperation and Managing Differences: Bringing China-U.S. -Relations Back on the Right Track, Beijing, 22 February 2021. https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/zxxx_662805/t1855510.shtml
- Wang Yi (2020a): *Study and Implement Xi Jinping Thought on Diplomacy Conscientiously and Break New Ground in Major-Country Diplomacy with Chinese Characteristics*. Speech at the Inauguration Ceremony of the Xi Jinping Thought on Diplomacy Studies Center, 20 July 2020 https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/zxxx_662805/t1799305.shtml
- Wang Yi (2020b): *Serving the Country and Contributing to the World: China's Diplomacy in a Time of Unprecedented Global Changes and a Once-in-a-Century Pandemic*, Speech at the Symposium on the International Situation and China's Foreign Relations in 2020, Beijing, 11 December 2020 https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/wjb_663304/wjbz_663308/2461_663310/t1839532.shtml

- Wang, Yi (2013): Toward a New Model of Major-Country Relations between China and the United States. Speech at the Brookings Institution, 20 September 2013. <https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2013/09/wang-yi-english-prepared-remarks.pdf>
- Weiss, Martin A. (2017): Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB). Washington: Congressional Research Service, CRS Report R44754.
- Wishnick, Elisabeth (2020): Sino-Russian Consolidation at a Time of Geopolitical Rivalry. In: China Leadership Monitor, No. 63, Spring 2020.
- Xi Jinping (2020): Statement by H.E. Xi Jinping of the People's Republic of China at the General Debate of the 75th Session of the United Nations General Assembly, 9 September 2020. https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/zxxx_662805/t1817098.shtml
- Xi, Jinping (2019): Working Together to Deliver a Brighter Future for Belt and Road Cooperation. Keynote Speech at the Opening Ceremony of the Second Belt and Road Forum for International Cooperation, 26 April 2019. https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/zxxx_662805/t1658424.shtml
- Xi, Jinping (2017a): Secure a Decisive Victory in Building a Moderately Prosperous Society in All Respects and Strive for the Great Success of Socialism with Chinese Characteristics for a New Era. Speech Delivered at the 19th National Congress of the Communist Party of China, October 18, 2017. http://www.xinhuanet.com/english/download/Xi_Jinping's_report_at_19th_CPC_National_Congress.pdf
- Xi, Jinping (2017b): Full Text of President Xi's Speech at Opening of Belt and Road Forum, Beijing, 14 May 2017. http://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/zxxx_662805/t1465819.shtml
- Xi Jinping (2015): Towards a Community of Common Destiny and a New Future for Asia. Keynote Speech at the Boao Forum for Asia Annual Conference 2015, Boao, 28 March 2015. http://www.china.org.cn/business/2015-03/29/content_35185720.htm.
- Yang, Jiechi (2019): Advancing China's Major Country Diplomacy Under the Guidance of Xi Jinping Thought on Foreign Affairs. Quishi Journal (English edition online), October-December 2019, Vol. 11, No. 4, Issue 4.
- Zeng, Jinghan/Xiao, Yuefan/Breslin, Shaun (2015): Securing China's Core Interests: The State of the Debate. In: International Affairs 91:2, pp. 245–266.
- Zhang, Wanfa (2007): Tapping Soft Power: Managing China's „Peaceful Rise“ and the Implications for the World. In: Guo, Sujian & Hua, Shiping (Hrsg.): New Dimensions of Chinese Foreign Policy. Lanham/MD: Rowman & Littlefield, pp. 109–131.

Alle Internetseiten wurden letztmalig am 15. März 2021 überprüft.

Endnoten

- 1 Für einen gelungenen Überblick zu diesen beiden Schlagworten siehe die entsprechende Seite der Asia Society, die auf dem gleichnamigen Buch von Orville Schell und John Delury basiert: <http://sites.asiasociety.org/chinawealthpower/>
- 2 Dieses Kapitel beruht auf Schmidt & Heilmann 2012 und Heilmann & Schmidt 2014. Gelungene neuere Publikationen mit Übersichtscharakter sind Shambaugh 2020 und Sutter 2021. Die Institutionen und Entscheidungsfindung behandelt darüber hinaus Cabestan 2020.

- 3 Vgl. Yang Jiechi 2019; für eine Auseinandersetzung damit siehe Ertl/Merkle 2019.
- 4 Zu den Hintergründen des chinesischen Anspruchsdenkens und der Opfermentalität siehe Medeiros 2009, S. 7–11.
- 5 Für eine Erläuterung dieses Konzepts siehe Chen Zhimin 2015, S. 276–280.
- 6 Siehe hierzu die einschlägigen Erklärungen des chinesischen Außenministeriums: Foreign Ministry of the People's Republic of China: China's Initiation of the Five Principles of Peaceful Coexistence: http://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/ziliao_665539/3602_665543/3604_665547/t18053.shtml
- 7 Diese Beschreibung ist Bestandteil im Grunde jedes außenpolitischen Dokuments der Volksrepublik China. Vgl. den außenpolitischen Teil der Rede Xi Jinpings vor dem 19. Parteitag im Oktober 2017 (Xi Jinping 2017a) oder den Jahresrückblick des Außenministers Wang Yi im Jahr 2020 (Wang Yi 2020b).
- 8 Zum chinesischen Verständnis seiner Kerninteressen vgl.: Zeng & Xiao & Breslin 2015.
- 9 Vgl. im folgenden Xi Jinping 2015 oder das Weißbuch „China's Peaceful Development“ (Information Office of the State Council 2011).
- 10 Vgl. Men Jing 2007.
- 11 Siehe hierzu z. B. Yang Jiechi 2019 oder Wang Yi 2020a.
- 12 Vgl. Nye 2004.
- 13 Zur chinesischen Softpower-Strategie vgl.: Zhang Wanfa 2007, Breslin 2011. Für die Behandlung des Kontextes von und Beispiele für „Diskursmacht“ vgl. Godehardt 2020.
- 14 Vgl. Blackwill & Campbell 2016; Huotari et al. 2017, Breslin & Pan Zhongqi 2021.
- 15 Vgl. Xi Jinping 2017a, Xi Jinping 2015, Wang Yi 2020a, Wang Yi 2020b.
- 16 Vgl. Hilpert & Wacker 2015, Ferdinand 2016, Rolland 2017; Hillman 2020.
- 17 Vgl. Spiegel Online 2017.
- 18 Vgl. Xi Jinping 2017b, Xi Jinping 2019. Siehe auch die offizielle chinesische Website: <https://eng.yidaiyilu.gov.cn>
- 19 Vgl. Zu den Auslandsinvestitionen und Bauprojekten der VRC siehe die Homepage des American Enterprise Institute: <https://www.aei.org/china-global-investment-tracker/>; zur AIB vgl.: Weiss 2017.
- 20 Vgl. zu diesem Aspekt insbesondere Rudolf et. al. 2014.
- 21 Dieser Vorwurf findet sich z. B. bei Jörg Wuttke: Xi Jinping's Silk Road is under threat from one-way traffic. Financial Times 9 May 2017.
- 22 Vgl. Dollar 2017 und <https://www.aei.org/china-global-investment-tracker/>
- 23 Vgl. Schmidt & Heilmann 2012; Heilmann & Schmidt 2014. Eine kontinuierliche Behandlung des Verhältnisses bietet das „Pacific Forum“ des Think Tanks CSIS in der Reihe „Comparative Connections“: <http://cc.pacforum.org/relations/china-taiwan/>
- 24 Vgl. Xi Jinping 2017a, Taiwan Affairs Office 2000; aktuelle Berichte finden sich auf der Seite des chinesischen „Taiwan Affairs Office“: <http://www.gwytb.gov.cn/en/>
- 25 Vgl. Heilmann/Schmidt 2014 Kapitel 8.
- 26 Die Perspektive Taiwans unterliegt durch die demokratisch herbeigeführten Machtwechsel selbstverständlich Schwankungen. Die jeweilige „Festlandspolitik“ der Regierung ist einzusehen beim „Mainland Affairs Council“ <https://www.mac.gov.tw/en/Default.aspx>
- 27 Regelmäßige Umfragen werden in Taiwan durchgeführt von der National Chengchi University (Election Study Center) <https://esc.nccu.edu.tw/eng/PageDoc?fid=7424>

- 28 Für einen Überblick über die offiziellen US-Taiwan-Beziehungen vgl. die Seite des US-amerikanischen Außenministeriums <https://www.state.gov/countries-areas/taiwan>. Einen aktuellen Überblick zur Thematik bietet Blackwill/Zelikow 2021.
- 29 Vgl. Albert 2019; Su & Saalman 2017. Sehr hilfreich ist die Webseite von „Sino-NK“: <https://sinonk.com>
- 30 Vgl. Fu Ying 2017.
- 31 Vgl. Xinhua News Agency: China proposes „double suspension“ to defuse Korean Peninsula crisis http://news.xinhuanet.com/english/2017-03/08/c_136112435.htm
- 32 Vgl. Garver 2016, Kapitel 3.
- 33 Vgl. Wagener 2015; Becker 2017. Mittlerweile existieren hervorragende Online-Ressourcen zu der Thematik. Siehe z.B. die Seite des „Maritime Awareness Project“: <https://maritimeawarenessproject.org>
- 34 Siehe hierzu: <http://www.xinhuanet.com/english/special/diaoyuislands/index.htm>, State Council Information Office 2012.
- 35 Vgl. O'Rourke 2017; Becker 2017. Eine exzellente Fundgrube für Material aller Art ist die persönliche Homepage von Andrew Erickson (Professor am US Naval War College): <https://www.andrewerickson.com>; ebenso hervorzuheben ist die entsprechende Seite des US Council on Foreign Relations: <https://www.cfr.org/global-conflict-tracker/conflict/territorial-disputes-south-china-sea>
- 36 Vgl. <http://www.xinhuanet.com/english/special/SouthChinaSea/index.htm>; aus einer Fülle von chinesischen Statements zu diesem Thema siehe z.B. Foreign Ministry Spokesman Hua Chunying's Remarks on US Defense Secretary Carter's Speech Relating to the issue of the South China Sea at the Shangri-La Dialogue, 30 May 2015 http://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/xwfw_665399/s2510_665401/t1268781.shtml
- 37 Deutschlandfunk, 12.7.2016: Sebastian Heilmann im Gespräch mit Peter Kapern „Von chinesischer Seite eine kontrollierte Aggression“. http://www.deutschlandfunk.de/konflikt-im-suedchinesischen-meer-von-chinesischer-seite.694.de.html?dram:article_id=359816
- 38 Das US Center for Strategic and International Studies (CSIS) betreibt unter dem Namen „Asia Maritime Transparency Initiative“ eine Webseite, die neben Kartenmaterial auch Satellitenaufnahmen der Landaufschüttungen im Zeitverlauf nachvollzieht. Vgl.: <https://amti.csis.org>
- 39 Vgl. für den Überblick zu dem gesamten Themenfeld: Heilmann & Schmidt 2014, Sutter 2020. Für die Beziehungen zu den USA: Medeiros 2019, Tellis 2020, Bitounis & Price 2020. Für die Beziehungen der VRC zur EU: Godement 2020, Oertel 2020, Wacker 2013. Für China-Russland-Beziehungen: Godement 2016; Wishnick 2020. Für Chinas Rolle in der internationalen Ordnung: Godement 2017; Swaine 2016; Chen Weiss 2019, Johnston 2019.
- 40 Vgl. Wang Yi 2021 und Wang Yi 2013.
- 41 Vgl. Gong et al. 2016.
- 42 Vgl. Xi Jinping 2020 und Position Paper of the People's Republic of China for the 72nd Session of the United Nations General Assembly. <http://www.china-un.org/eng/zgyw/P020170904435053466190.pdf>
- 43 Vgl. Wang Yi 2020a, Wang Yi 2020b.

Sarah Kirchberger

**Militär und Sicherheitspolitik
der Volksrepublik China**

Einleitung

China ist allein aufgrund seiner Größe sowie seiner wirtschaftlichen und militärischen Leistungsfähigkeit ein bedeutender Machtfaktor in der asiatisch-pazifischen Region und zunehmend auch in anderen Teilen der Welt. Als ständiges Mitglied verfügt China über Vetorecht im UN-Sicherheitsrat und ist eine anerkannte Atommacht (siehe den Beitrag von Dirk Schmidt). Mit zur Zeit etwa 2 Millionen Soldaten unter Waffen unterhält China trotz erheblicher Truppenreduktionen in der Vergangenheit auch heute noch die zahlenmäßig größte Armee der Welt; 1981 hatte die Truppenstärke noch bei 4,5 Millionen Soldaten gelegen. China beteiligt sich durch die Entsendung von Blauhelmen intensiv an UN-Friedensmissionen und hält seit 2015 ständig 8.000 Soldaten für die UN-Friedenstruppen bereit. Dies entspricht einem Fünftel des gesamten internationalen Kontingents, zu dem 50 Staaten beitragen.

Die Streitkräfte der Volksrepublik China untergliedern sich in die Volksbefreiungsarmee (VBA), paramilitärische Kräfte wie die Bewaffnete Volkspolizei und die Küstenwache sowie Milizen. Während die Bewaffnete Volkspolizei vor allem im Inland zum Einsatz kommt, hat die VBA eine militärische Präsenz im Ausland bisher vor allem im Rahmen von Missionen unter UN-Mandat, bei Evakuierungsmissionen in Krisengebieten und bei der Piraterie-Bekämpfung am Horn von Afrika gezeigt. Allerdings steht zu erwarten, dass der Schutz von chinesischem Personal und steigenden chinesischen Auslandsinvestitionen im Rahmen der Seidenstraßeninitiativen vor allem in instabilen Krisenregionen in Zukunft den Bedarf an Auslandseinsätzen für Schutz- und Stabilisierungsaufgaben deutlich erhöhen wird. Die Einrichtung eines ersten Übersee-Militärstützpunktes der chinesischen Marine in Dschibuti sowie die Entstehung von privaten Sicherheitsdiensten zum Schutz von Auslandsinvestitionen waren dafür erste Anzeichen.

Nach Auffassung der meisten China-Beobachter ist es die vorrangige Aufgabe der chinesischen Streitkräfte und letztlich auch der chinesischen Sicherheitspolitik, die bereits im Kapitel von Dirk Schmidt erwähnten übergeordneten strategischen Ziele der chinesischen Führung zu unterstützen und abzusichern. Dies bedeutet für die Streitkräfte,

1. den Erhalt des gegenwärtigen politischen Systems unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas (KPC) sicherzustellen. Unbedingt zu verhindern ist ein politischer Systemwechsel oder staatlicher Zusammenbruch, wie ihn die Staaten Osteuropas und die Sowjetunion nach 1990 erlebten. Der Erhalt des sozialistischen politischen Systems ist sogar offiziell als ein „Kerninteresse“ Chinas definiert;¹
2. die territoriale Integrität Chinas zu bewahren. Dies bedeutet vor allem die notfalls auch gewaltsame Abwehr von Unabhängigkeitsbestrebungen in den von ethnischen Minderheiten bewohnten Unruheprovinzen Xinjiang und Tibet. Weiterhin gehört hierzu jedoch auch der Schutz von weiteren „Kerninteressen“ Chinas. Dies sind Interessen, die von der Führung als solche definiert und dadurch als nicht verhandelbar deklariert werden. In der Praxis bezieht sich dies neben den schon erwähnten Problemen zunehmend auf ungelöste Gebietsansprüche Chinas, etwa

die Frage der Zugehörigkeit Taiwans zu China sowie die Inselkonflikte im Ost- und Südchinesischen Meer;

3. die für Chinas Wirtschaftsentwicklung notwendigen Handelswege militärisch abzusichern. Da große Teile des chinesischen Außenhandels über den Seeweg und durch potenziell von Blockaden bedrohte Meerengen wie die Straße von Malakka laufen, besteht aus Sicht der Führung eine hohe Verwundbarkeit der chinesischen Volkswirtschaft durch mangelnde Kontrolle über die Seewege, die auch als „Lebensadern“ Chinas bezeichnet werden;
4. Chinas Aufstieg zur Großmacht zu unterstützen und das unipolare internationale System mit der Supermacht USA an der Spitze abzulösen. Chinas Streitkräfte bemühen sich daher, die US-Streitkräfte in der asiatisch-pazifischen Region auf immer größerem Abstand zum chinesischen Territorium zu halten und möchten dazu beitragen, China auch symbolisch die Einnahme einer bestimmenden Rolle zumindest in Ostasien zu ermöglichen.

Die Streitkräfte haben für die Erreichung jedes dieser Ziele eine wichtige Funktion. Allerdings bieten einige davon Konfliktpotenzial mit den strategischen Prioritäten der USA und ihrer Verbündeten in der Asien-Pazifik-Region. China hat zur Zeit ungelöste Territorialkonflikte u. a. mit Japan und Taiwan (über die unbewohnten Senkaku-Inseln), Vietnam (Paracel- und Spratly-Inseln), Taiwan, Malaysia, Brunei, Vietnam und den Philippinen (Spratly-Inseln), mit Indien (Grenzverlauf) sowie bezüglich des Status der Insel Taiwan. Die Republik China auf Taiwan, die seit 1911 besteht, deren Regierungsgewalt aber seit dem verlorenen Bürgerkrieg 1949 auf das Territorium von Taiwan und einiger kleiner Inseln vor der chinesischen Küste beschränkt ist, wird offiziell nur noch von 15 Staaten der Welt diplomatisch anerkannt. De facto ist sie aber ein unabhängiger Staat, der von China mit einer militärischen Invasion in seiner Existenz bedroht wird (siehe den Beitrag von Dirk Schmidt). Zudem ist China als militärischer Verbündeter Nordkoreas in einem potenziellen Korea-Konflikt involviert und könnte im Ernstfall aufgrund seiner Beistandsverpflichtung für Nordkorea im Falle eines US-Angriffs sogar Konfliktpartei in einem neuen Korea-Krieg werden.

Die USA und die Staaten der EU halten gegen China seit 1989 ein Waffenembargo aufrecht, das als Reaktion auf die militärische Niederschlagung friedlicher Proteste am Tiananmen-Platz in Peking verhängt wurde. China bezeichnet das Embargo als Hindernis für eine Vertiefung der strategischen Kooperation mit der EU. Mangels Alternativen entwickelte sich zwischen China und Russland eine langjährige und seit der Krim-Krise von 2014 stark intensiverte wehrtechnische Zusammenarbeit. Chinas schnelle militärische Modernisierung seit den 1990er Jahren und seine seit 2008 deutlich erhöhte militärische Präsenz in der Welt (u. a. durch häufigere Militärübungen, durch Anti-Piraterie-Einsätze der Marine im Indischen Ozean sowie durch die Einrichtung eines Übersee-Militärstützpunkts der chinesischen Marine in Dschibuti) deuten globale Ambitionen der chinesischen Streitkräfte und eine allmähliche Verschiebung des militärischen Kräftegleichgewichts in der asiatisch-pazifischen Region zugunsten Chinas an.

Die Funktion der Streitkräfte im politischen System der Volksrepublik China

Neben den erwähnten Territorialstreitigkeiten und strategischen Rivalitäten ist nicht zu unterschätzen, welche hohe Bedeutung der schwelende politisch-ideologische Systemkonflikt zwischen Chinas leninistischem Parteistaat und den westlichen Ordnungsidealen der Demokratie und Marktwirtschaft aus Sicht der KPC weiterhin hat. Dieser Konflikt manifestiert sich nicht zuletzt in der als nationale Schmach empfundenen Teilung Chinas entlang der Systemgrenzen – ist Taiwan doch seit Ende der 1980er Jahre eine liberale Demokratie. Westliche Ordnungsideale wie Demokratie und Marktwirtschaft und universelle Werte wie Menschen- und Bürgerrechte kollidieren mit dem umfassenden Kontrollanspruch der KPC-Führung im chinesischen Inland, die sich von Befürwortern der „westlichen Werte“ in ihrem Herrschaftsanspruch bedroht sieht. Verlautbarungen chinesischer Militärführer zu diesem Thema belegen, dass aus ihrer Sicht nicht nur die Gefahr einer Unterwanderung, Subversion oder „Zersetzung“ des chinesischen Staates durch „feindliche Kräfte“ besteht, sondern auch eine Gefahr für die Streitkräfte an sich. Mit den meist ungenannt bleibenden „Feinden“ sind dem Kontext zufolge westliche oder westlich beeinflusste (im Extremfall sogar aus dem westlichen Ausland gesteuerte) Personen und Organisationen in China gemeint, die auf eine Demokratisierung Chinas und den Sturz der KPC hinarbeiten. Diese Kräfte verfolgen, so die KPC-Führung, das Ziel eines „friedlichen Wandels“ Chinas, analog zur westlichen Unterwanderungs-Strategie während des Kalten Krieges, die letztlich zum Untergang der Sowjetunion beitrug. Deren Zusammenbruch 1991 hatte Chinas politischer Führung einen nachhaltigen Schock versetzt und wurde als Krisenszenario für China intensiv analysiert. Der Anteil, den westliche Staaten daran hatten – durch „Wettrüsten“, also finanzielle Überforderung der sowjetischen Volkswirtschaft und parallele Unterhöhnung des Regimes durch Unterstützung einheimischer Regimekritiker – ist in China genauestens studiert worden. Entsprechend wachsam ist der chinesische Sicherheitsapparat bei der Abwehr derartiger Bedrohungen seines Herrschaftsanspruches. Die jüngst in China erheblich verschärfte Repression gegen chinesische Systemkritiker und Kampagnen gegen „westliche Werte“ sowie Warnungen vor angeblich allgegenwärtigen westlichen Spionen erklären sich vor allem aus dieser Problematik (siehe den Beitrag von Kristin Shi-Kupfer). 2011 übertraf der Anteil am chinesischen Staatshaushalt für innere Sicherheit (was in der Praxis die Bekämpfung von Separatisten und Dissidenten bedeutet) erstmals sogar die Höhe der Verteidigungsausgaben. Dies ist ein deutlicher Hinweis, dass es der chinesischen Führung letztlich an Vertrauen in die gesellschaftliche Stabilität des eigenen Landes mangelt. Eine wesentliche Aufgabe der Streitkräfte wäre im Ernstfall, die „gesellschaftliche Stabilität“ notfalls gewaltsam wiederherzustellen und das Machtmonopol der KPC gegen eventuelle Herausforderungen auch mit Waffengewalt zu verteidigen. Dies geschah zuletzt im Juni 1989 bei den friedlichen Massenprotesten am Tiananmen-Platz in Peking, bei deren Niederschlagung durch das Militär Hunderte unbewaffnete Zivilisten getötet wurden.

Chinas Führung hat in der Vergangenheit häufig die „hegemoniale“ und „neo-interventionistische“ Machtpolitik der USA im internationalen System kritisiert. China wird im Gegensatz dazu als eine nicht-interventionistische, an friedlicher Entwicklung und harmonischen internationalen Beziehungen interessierte Macht porträtiert. Zudem versuchen die USA dieser Interpretation zufolge, Chinas Aufstieg zur Großmacht zu behindern.² Populistische, anti-westliche Schriften in China erinnern regelmäßig an den (nach offiziellen Angaben versehentlich erfolgten) US-Angriff auf die chinesische Botschaft in Belgrad im Jahre 1999, an die (ergebnislos verlaufene) Durchsuchung eines chinesischen Frachters auf illegale Waffenlieferungen an den Iran durch die US-Marine im Jahr 1993 sowie die sogenannte Raketenkrise 1995/96, als die USA im Zuge einer durch die ersten freien Präsidentschaftswahlen auf Taiwan ausgelösten Krise Flugzeugträgerverbände in die Nähe Taiwans entsandten, um eine chinesische Militärintervention gegen Taiwan zu unterbinden. Diese und weitere Beispiele für „Demütigungen“ Chinas durch die USA gelten als Grund, warum China unbedingt stärkere und auch global aktivere Streitkräfte brauche, denn nur die militärische Schwäche Chinas habe solche Demütigungen überhaupt möglich gemacht. Die Beschaffung von prestigeträchtigen Waffensystemen für offensive Machtprojektion wie etwa Flugzeugträger-Kampfgruppen und Atom-U-Boote haben daher nicht zuletzt auch eine symbolische Funktion für Chinas Aufstieg in den Rang einer Großmacht und für die Entfaltung von Nationalstolz im Innern. Dabei sei China, so das 2019 veröffentlichte Weißbuch zur Verteidigung, dennoch nur an Landesverteidigung interessiert und werde Hegemonie, Machtpolitik und Expansionismus anderer Staaten entschlossen entgegentreten und niemals selbst verfolgen. Chinas tatsächliches Verhalten gegenüber den militärisch weit schwächeren Anrainerstaaten bei seinen Souveränitätskonflikten um Inselgruppen im Süd- und Ostchinesischen Meer, die gewaltsamen Grenzzwischenfälle im umstrittenen Gebiet zwischen Indien und China 2020 mit Dutzenden Todesopfern sowie Chinas Gewaltandrohung gegenüber Taiwan lassen diese Rhetorik jedoch zumindest in Teilen unglaubwürdig wirken.³ Tatsächlich verlangt China bei allen genannten Territorialkonflikten die vollständige Anerkennung der chinesischen Ansprüche von der anderen Seite als Grundvoraussetzung für die Aufnahme von Verhandlungen über eine friedliche Lösung, was klassischer Großmachtpolitik entspricht.⁴

Die VBA: Eine „Parteiarmee“, keine Armee des Staates

Die Volksbefreiungsarmee (VBA), so der offizielle Name der chinesischen Streitkräfte, war seit ihrer Gründung eine Parteiarmee und niemals eine Armee der Volksrepublik China. Nach wie vor befindet sie sich fest im Griff der KPC-Führung, und trotz der angestrebten „Professionalisierung“ der Streitkräfte, die auf ein insgesamt höheres Niveau der technischen und militärischen Ausbildung von Soldaten abzielt, wurden die politisch-ideologischen Ausbildungsinhalte und politischen Kontrollinstrumente der Partei im Zuge der jüngsten Militärreformen sogar noch verstärkt. Bei ihrer Vereidigung schwören neu rekrutierte Soldaten einen Treueeid auf die Parteiführung, nicht auf die Regierung oder gar die Verfassung, und die meisten Offiziere sind Mitglieder

der KPC. Dadurch sind sie nicht nur Teil der militärischen Kommandohierarchie innerhalb der VBA, sondern zusätzlich auch persönlich in die Parteihierarchie eingebunden und gemäß dem Parteistatut direkt den Führungsgremien der Partei unterstellt. Das klassische leninistische Kontrollinstrument von parallelen Führungshierarchien in allen Organen des Staates (siehe den Beitrag von Matthias Stepan) existiert somit auch im Militär; nach Angaben von 2010 gab es insgesamt ca. 90.000 Parteizellen in den Streitkräften, also im Schnitt rund 25 Soldaten pro Parteizelle.

Vorschläge zur Trennung von Armee und Partei bzw. zur Unterstellung der VBA unter eine rein staatliche Führung werden von Vertretern der KPC stets scharf zurückgewiesen und als Teil einer angeblich westlich gesteuerten „Spaltungsstrategie“ bezeichnet. So schrieb der damalige Politikkommissar der chinesischen Marine, Hu Yanlin, in einem Artikel in der Theoriezeitschrift Qiushi im Jahr 2006 Folgendes:

„Während sie sich auf militärische Auseinandersetzungen vorbereiten und an der vordersten Front von Reform und Öffnung stehen, sehen sich die Seestreitkräfte Chinas einer schwierigen Herausforderung durch westliche feindliche Kräfte gegenüber, die gegen uns eine Strategie der ‚Verwestlichung‘ und der ‚Spaltung‘ verfolgen. (...) Wir dürfen nicht die Gefahr für Denken und Moral von Kadern und Soldaten unterschätzen, die von Infiltration und subversiven Aktivitäten westlicher feindlicher Kräfte ausgeht; ebenso wenig die Gefahr durch falsches Denken, wie etwa eine ‚Trennung der Streitkräfte von der Partei und ihre Entpolitisierung‘ oder gar ihre ‚Verstaatlichung‘; (auch nicht die Gefahr) durch pluralistische Wertvorstellungen in der Gesellschaft oder durch eine verdorbene ideologische Kultur.“⁵

Schon zwei Jahre zuvor hatte der damalige Staats- und Parteichef Hu Jintao in einer Rede an das Militär am 24. Dezember 2004 gesagt:

„Westliche feindliche Kräfte haben ihre wilden Ambitionen nicht aufgegeben, uns zu unterwerfen, und verstärken ihre politische Strategie, China zu verwestlichen und zu spalten. Sie beabsichtigen, uns mit ihren politischen Modellen und Wertvorstellungen zu transformieren.“⁶

Diese Aussagen spiegeln die Sorge wider, Teile der VBA könnten der KPC im Ernstfall den Gehorsam verweigern, wie es 1989 bei der Niederschlagung der Tiananmen-Proteste der Fall war. Damals hatten nach offiziellen Angaben 111 Offiziere „schwerwiegende Verstöße gegen die Disziplin begangen“, und 1.400 Soldaten waren desertiert, statt dem Einsatzbefehl Folge zu leisten. Schon zuvor hatten sich mehrere führende Weltkriegsveteranen gegen eine militärische Niederschlagung der friedlichen Proteste ausgesprochen. Bei der anschließenden Säuberung im Militär wurden einige sehr hochrangige Offiziere abgesetzt, darunter ein stellvertretender Vorsitzender der Zentralen Militärkommission (ZMK), ein stellvertretender Vorsitzender der Politischen Abteilung der ZMK, der Politikkommissar der Nationalen Verteidigungsuniversität, der Politikkommissar der Marine, der Kommandant der Militärregion Peking, der Politikkommissar der Militärregion Chengdu und sowohl der Kommandant als auch der Politikkommissar der Bewaffneten Volkspolizei.⁷

Das Politkommissar-System

Der umfassende Kontrollanspruch der KPC gegenüber den Streitkräften wird seit Gründung der VBA in der Praxis vor allem durch das aus der Sowjetunion übernommene Politkommissar-System sowie durch umfassende politisch-ideologische Schulungsmaßnahmen als Teil der militärischen Ausbildung durchgesetzt. Beide Instrumente sollen ideologische Konformität und den Gehorsam gegenüber der Partei auf allen Ebenen sicherstellen. Früher machte der Anteil rein ideologischer Schulung bis zu 30 Prozent des gesamten Trainings in den Streitkräften aus, was wiederum negative Auswirkungen auf die fachliche Qualifikation der Soldaten hatte, da für militärische und technische Ausbildungsinhalte entsprechend weniger Zeit zur Verfügung stand. Nach einer Phase der Konzentration auf eine stärkere fachliche Professionalisierung der Soldaten wurde unter Xi Jinping die Bedeutung von Indoktrination zur Sicherung von politisch-ideologischer Loyalität wieder stärker betont.

Politkommissare sind von Kompanie-Ebene aufwärts auf allen Ebenen der Kommando-hierarchie eingesetzte politische Offiziere, deren Hauptaufgabe es ist, für die ideologische Konformität und den politischen Gehorsam der jeweiligen Einheit gegenüber der Parteiführung zu sorgen und die Soldaten politisch zu schulen. Anders als in nicht-kommunistischen Streitkräften üblich, haben militärische Einheiten somit de facto eine Doppelspitze als Führung, nämlich einen militärischen Befehlshaber und einen ihm beigeordneten Politkommissar. Traditionell hat der Politkommissar in der Parteihierarchie eine höhere Position als der militärische Führer inne und kann dem Kommandanten der Einheit somit im Zweifelsfall sogar Befehle erteilen. Dies hat nach Auffassung von Militärexperten im Ernstfall, wenn es auf schnelles und professionelles Handeln ankommt, unter Umständen negative Konsequenzen auf die Effektivität des Militärs.⁸

Rolle der ZMK und des Verteidigungsministeriums

Die organisatorische Steuerung der VBA obliegt der Zentralen Militärkommission der KPC (ZMK), deren Vorsitzender der Staats- und Parteichef selbst ist. Anders als in den meisten anderen Staaten hat das Verteidigungsministerium in China nicht die Befehlsgewalt über die Streitkräfte, sondern fungiert hauptsächlich als eine diplomatische Vertretung der VBA im Kontakt mit den Streitkräften anderer Staaten. Der Verteidigungsminister ist außerdem, anders als in den meisten anderen Ländern, kein Zivilist oder Offizier im Ruhestand, sondern stets ein aktiver Offizier im Rang eines Generals, der wiederum zwar Mitglied im Zentralkomitee der KPC, jedoch nicht unbedingt auch im Politbüro ist.

Weitere Mitglieder der ZMK waren bis zur Restrukturierung der ZMK Ende 2017 zwei stellvertretende Vorsitzende (beide aktive Generale der VBA und Mitglieder im Politbüro der KPC, daher dem Verteidigungsminister im Rang übergeordnet) sowie automatisch durch ihr Amt acht weitere Personen (sämtlich aktive Offiziere), nämlich: der Verteidigungsminister, der Generalstabschef, der Leiter der politischen Abteilung der ZMK, der

Leiter der Logistikabteilung der ZMK, der Leiter der Rüstungsabteilung der ZMK sowie die jeweiligen Befehlshaber der Teilstreitkräfte Marine, Luftwaffe und Raketenstreitkräfte. Auf dem 19. Parteikongress im Herbst 2017 wurde eine Verschlanung und Umstrukturierung der ZMK beschlossen, die seither nur noch sieben statt der bisherigen elf Mitglieder hat: Den Vorsitzenden der KPC, zwei stellvertretende Vorsitzende sowie vier weitere Offiziere, nämlich den Verteidigungsminister, den Generalstabschef, den Leiter der politischen Abteilung sowie den Leiter der Disziplinarkontrollkommission der ZMK.⁹

Professionalität vs. politisch-ideologische Konformität

Chinas Militär verfügt aktuell nur über sehr begrenzte Kampferfahrung, da abgesehen von kleineren Scharmützeln im chinesisch-indischen Grenzgebiet von 2020 der letzte größere bewaffnete Konflikt Chinas, eine sogenannte Strafexpedition gegen Vietnam 1979, nun mehr als 40 Jahre zurückliegt. Dieser Feldzug ging für Chinas Streitkräfte nicht gut aus, und die VBA hatte allein innerhalb der ersten 19 Tage 26.000 Gefallene zu beklagen, also etwa 1.350 pro Tag.¹⁰ Chinesische Militärexperten haben jedoch die bewaffneten Konflikte anderer Länder in den letzten Jahrzehnten, besonders die der USA, intensiv analysiert. Die jüngsten Reformen der chinesischen Militärorganisation orientieren sich an den daraus gewonnenen Erkenntnissen. Besonders einflussreiche Fallstudien für diesen Erkenntnisprozess waren:

- der Falklandkrieg zwischen Großbritannien und Argentinien 1982, das jüngste Beispiel einer Seeschlacht;
- der Golfkrieg von 1991, der die Überlegenheit von satellitengelenkten Marschflugkörpern über einen technologisch rückständigen Gegner – den Irak – demonstrierte;
- die Invasion des Irak 2003, der die Bedeutung von Echtzeit-Informationsflüssen auf dem Schlachtfeld im Rahmen einer „vernetzten Kampfführung“ („network-centric warfare“) verdeutlichte.¹¹

Da das Hauptziel der chinesischen Militärplaner ist, eine US-amerikanische Intervention in einem potenziellen Konflikt mit Taiwan zu verhindern, folgt die Militärentwicklung dem Prinzip, effektive Abschreckungs- und Verteidigungsmethoden gegen US-amerikanischen Stärken zu entwickeln und die Schwächen der informationsgestützten Kampfführung der USA durch „asymmetrische“ Methoden auszunutzen, etwa durch Cyberangriffe, Anti-Satelliten-Waffen oder elektronische Störung von Sensoren und zur Blockade von Kommunikation durch elektromagnetische Strahlung. Auch „politische Kriegführung“, „rechtliche Kriegführung“ und „Informationskriegführung“ durch Propaganda gehören zum Arsenal der asymmetrischen Methoden, bei denen nicht Stärke gegen Stärke gesetzt wird, sondern gezielt Schwachstellen des gegnerischen Systems angegriffen werden, um die militärischen Fähigkeiten des Feindes insgesamt zu untergraben.¹² Dennoch entwickelt China parallel zu diesen asymmetrischen Fähigkeiten auch symmetrische Fähigkeiten, die sich zumeist an entsprechenden US-Vorbildern orientieren, darunter offensive Machtprojektions-Waffensysteme wie Flugzeugträger-Kampfgruppen, Lenkwaffen-Zerstörer, Atom-U-Boote, Stealth-Kampfflugzeuge oder ballistische Antischiffs-Raketen.

Die Rolle von paramilitärischen Kräften und sogenannten Volksmilizen

Neben der für Einsätze im Inneren vorgesehenen bewaffneten Volkspolizei verfügt China auch über paramilitärische Kräfte zur See. Die 2013 aus fünf bisherigen Behörden zusammengeführte und neu gegründete Küstenwache Chinas wurde in den letzten Jahren rasant vergrößert und verfügt nunmehr über ein Personal von etwa 16.000 Personen sowie eine sehr große Flotte mit teils riesigen Schiffen. Die Haijing 3901 ist mit über 12.000 t Verdrängung (was in etwa der Größe eines Kreuzers der US-Marine entspricht) das größte Küstenwachschiff der Welt und zudem mit einem 76mm-Bordgeschütz und vier weiteren Geschützen auch ungewöhnlich schwer bewaffnet. Der großen Flottenstärke und hohen Präsenz der chinesischen Küstenwache in den umstrittenen Seegebieten im Ost- und Südchinesischen Meer haben kleinere Anrainerstaaten wie Vietnam, Malaysia und die Philippinen nichts Vergleichbares entgegenzusetzen.¹³

Eine weitere, nicht zu unterschätzende Ressource in den maritimen Konflikten Chinas sind „maritime Volksmilizen“, also trainierte und bewaffnete sowie einem paramilitärischen Kommando unterstellte Zivilisten. Die maritimen Volksmilizen sind im Zuge der jüngsten Inselkonflikte verstärkt ins Blickfeld der Berichterstattung geraten. Vorgeliegt handelt es sich um Fischer, die auf Eigeninitiative hin, tatsächlich aber mit höchster staatlicher Unterstützung und staatlich finanzierter Ausrüstung professionell koordiniert werden und in den umstrittenen Seegebieten massenhaft Präsenz zeigen. Immer wieder provozieren sie gefährliche Zwischenfälle mit Küstenwach- und Marine-schiffen anderer Staaten, um Patrouillen und Überwachungsaktivitäten der anderen Anrainer zu stören, und nutzen dabei ihren Status als unbewaffnete Zivilisten, auf die nicht geschossen werden darf. Der Einsatz solcher Milizen folgt dem Prinzip des „Volkskrieges“, das bereits unter Mao Tse-tung einen Eckpfeiler im strategischen Denken der VBA bildete.¹⁴

Änderungen unter Xi Jinping seit 2012

Schon seit der sogenannten Raketenkrise Mitte der 1990er Jahre hatte sich in China die Erkenntnis durchgesetzt, dass Chinas Militär trotz seiner Größe den Konzepten moderner, informationsgestützter Kampfführung, die die USA erstmals im Golfkrieg von 1991 demonstrierten, wenig entgegenzusetzen hatte. Die VBA war (und ist noch immer) sehr stark durch das Heer dominiert, das 2013 zahlenmäßig mit 69 Prozent den Löwenanteil aller Soldaten stellte und auch nach der Reform immer noch etwa die Hälfte der Truppe ausmacht. Die große Truppenstärke der VBA von etwa zwei Millionen Soldaten verbraucht allein durch die dadurch entstehenden Personalkosten enorme finanzielle Ressourcen.¹⁵ Die nötigen Reformen und Beschaffungsprogramme waren jedoch nicht zuletzt aufgrund verfestigter Interessen innerhalb der vom Heer dominierten Streitkräfteführung nur mühsam umzusetzen.

Die große Militärreform seit 2013

Erst nach Xi Jinpings Amtsantritt verabschiedete schließlich die 3. Plenartagung des 18. Zentralkomitees der KPC am 12. November 2013 einen Beschluss zur Vertiefung der Reformen, der in seinem 15. Kapitel auch Direktiven zur Einleitung einer umfassenden Militärreform enthielt. Das dort vorgegebene Ziel ist, einerseits die Loyalität der Armee zur Partei zu kräftigen und andererseits die Effektivität und Leistungsfähigkeit der Streitkräfte und der wehrtechnischen Industrien deutlich zu steigern. Damit kam ein umfassender und noch nicht abgeschlossener Reformprozess in Gang, der die chinesischen Streitkräfte grundlegend umbauen soll. Schon wenig später erfolgte die Gründung einer Zentralen Führungsgruppe der ZMK für die „Vertiefung der Reform der nationalen Verteidigung und des Militärs“ unter der Leitung von Staats- und Parteichef Xi Jinping persönlich, deren erste Sitzung im Frühjahr 2014 stattfand. Die Gründung eines solch hochrangigen informellen Organs signalisierte zum einen die hohe strategische Bedeutung, die diesem Reformprojekt von der KPC-Führung zugemessen wurde, und sie priorisierte dieses Thema auf der Reformagenda des Staates. Im Juli 2015 verabschiedete diese informelle Führungsgruppe dann einen „Vorschlag eines Plans zur Vertiefung der Reform der nationalen Verteidigung und des Militärs“, der noch im selben Monat vom Ständigen Ausschuss der ZMK geprüft und vom Ständigen Ausschuss des Politbüros der KPC verabschiedet wurde. Damit hatte der Vorschlag die höchstmögliche offizielle Unterstützung erhalten. Die ZMK begann sodann auf einer Sitzung am 16. Oktober 2015 mit der Prüfung eines detaillierten Implementierungsplans für die geplanten Reformen, der ihr von der Zentralen Führungsgruppe vorgelegt worden war.¹⁶

Einige der gravierendsten Veränderungen durch die laufende Reform waren:

- Abbau von 300.000 Stellen vorwiegend im Heer und in nicht-kämpfenden Einheiten des Militärs; dies entspricht einer Truppenreduktion von 13 Prozent bis Ende 2017;
- Abschaffung der bisherigen regionalen Unterteilung in sieben „Militärregionen“ (junqu; military regions) und Schaffung einer neuen Unterteilung in fünf größere „Militärzonen“ (zhanqu; theater commands);
- Schaffung einer der neuen Quasi-Teilstreitkraft auf Ebene der Militärregionen für „strategische Unterstützung“, der u. a. Informations- und Cyberkriegführung sowie die Weltraumsysteme unterstellt sind;
- Beendigung zahlreicher kommerzieller (und daher korruptionsträchtiger) Aktivitäten der VBA;
- Förderung der Integration von zivilen und militärischen Industrien zur Stärkung der wehrtechnischen Basis.

Die Übersicht in Abbildung 1 stellt die Veränderungen durch die Militärreform dar.



Die wichtigsten Reformen

Verbundene Kriegsführung (»jointness«)
Vorher: Nur als theoretisches Konzept vorhanden.
Nachher: Umsetzung durch den Vereinigten Generalstab und die Operationsgebiete.

Gleichstellung der Teilstreitkräfte
Vorher: Die vier Hauptabteilungen dienten gleichzeitig als Hauptquartier des Heeres.
Nachher: Das Heer hat ein separates Hauptquartier auf Augenhöhe mit den anderen Teilstreitkräften.

Informatisierung der Truppe
Vorher: In der Verantwortung der Generalstabsabteilung.
Nachher: Eigene Teilstreitkraft: Strategische Unterstützungskräfte.

Abb. 1: Chinas große Militärreform auf einen Blick.
 Quelle: MERICS.

Die Anti-Korruptions-Kampagne im Militär

Schon in der Vergangenheit war es mehrfach zu harten Durchgriffen der KPC-Führung gegen korrupte Netzwerke im Militär gekommen. Im Zuge einer großen Reform der staatseigenen Unternehmen 1998 war ein wahres Firmenimperium der VBA zerschlagen worden, das sich in den 1980er Jahren gebildet hatte und das zuletzt Auswüchse, wie militärisch geschützte Prostitution, umfangreiche Schmuggelaktivitäten (auch von strategisch bedeutenden Gütern wie Öl) sowie Drogenhandel, hervorgebracht hatte. Doch auch 2016 betrieben zahlreiche VBA-Einheiten immer noch rein kommerzielle Aktivitäten u.a. im Telekommunikationssektor, im Immobilienmarkt, im Gesundheitssystem und in der Logistik. So waren nach Angaben einer Pekinger Zeitung im Jahre 2015 90 Prozent der Patienten in Militärhospitälern Pekings zahlende Zivilisten. Am 27. November 2015 gaben die VBA und die Parteiführung in diesem Zusammenhang bekannt, dass innerhalb der kommenden drei Jahre alle rein kommerziellen Aktivitäten der VBA, darunter die erwähnte Behandlung von Zivilisten in VBA-Krankenhäusern, die Vermietung militärischer Lagerhallen an Firmen, die Vermietung militärischer Musik- und Tanztruppen für öffentliche Auftritte sowie die Zulassung ziviler Studierender zu militärischen Akademien und Instituten, vollständig eingestellt würden. Dies soll zu einer Konzentration auf das militärische Kerngeschäft und zur Verringerung von Korruptionsanreizen beitragen.¹⁷

Seit Xi Jinpings Amtsantritt hat eine bisher beispiellose Anti-Korruptions-Kampagne im Militär bereits hunderte Offiziere aus dem Dienst entfernt sowie mehrere sehr hochrangige Ex-Funktionäre der VBA, darunter einen ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden der ZMK, getroffen. Die massiven Reorganisations- und Säuberungsmaßnahmen haben zu massiven Umwälzungen im Militär geführt. Langfristig haben sie durchaus das Potenzial, die gewünschte strategische Neuausrichtung und organisatorische Stärkung der Truppe zu fördern, auch wenn die Ausrottung von Korruption im Militär allein durch disziplinarische Maßnahmen schwierig sein dürfte, jedenfalls solange strukturelle Korruptionsanreize wie die fehlende Unabhängigkeit der Justiz, das Fehlen einer freien Presse sowie die Immunität von Parteimitgliedern gegenüber staatlicher Strafverfolgung fortbestehen. Die Verschärfung der ideologischen Kontrolle jedoch steht der gewünschten größeren Professionalität und höheren Effektivität der Truppe prinzipiell eher entgegen. Ob die mit der Reform und der Anti-Korruptions-Kampagne verbundenen Unsicherheiten und Reibungsverluste die Schlagkraft des Militärs eher schwächen oder stärken werden, bleibt abzuwarten.

Grundlagen der Sicherheitspolitik Chinas

Der folgende Abschnitt befasst sich mit einigen ausgewählten grundlegenden Charakteristika der chinesischen strategischen Lage, die die Sicherheitspolitik Chinas maßgeblich beeinflussen.

Unterschiedliche Wahrnehmungen der chinesischen Sicherheitslage in China und im Westen

Analog zur Angst vor Subversion und Infiltration Chinas durch „feindliche westliche Kräfte“ besteht in Chinas Führungszirkeln die Sorge vor militärischer „Eindämmung“ (containment) Chinas durch die USA und ihre Verbündeten. Schon Jahre vor dem Amtsantritt des Präsidenten Donald Trump 2017, der solche Sorgen in China durch China-kritische Äußerungen zu Beginn seiner Amtszeit massiv verstärkte, betonten chinesische Sicherheitsexperten regelmäßig die Gefahren des „Eingekreistseins“ durch Militärstützpunkte der USA auf der „Ersten Inselkette“, also in Südkorea, Japan und auf den Philippinen.

Im Gegensatz dazu heben Bedrohungsanalysen von US-Sicherheitsexperten aus jüngerer Zeit nahezu einhellig hervor, dass China seine militärische Präsenz in der asiatisch-pazifischen Region seit Beginn der Amtszeit Xi Jinpings 2012 massiv ausgebaut habe und die Sicherheitsinteressen der USA und ihrer Verbündeten in der Region bedrohe. Chinas paramilitärische Kräfte, darunter die neugeschaffene Küstenwache und die „maritimen Volksmilizen“ betrieben demnach eine schleichende Landnahme im Südchinesischen und Ostchinesischen Meer. Die Erschaffung künstlicher Inseln und die Militarisierung dieser Riffe durch den Bau von teils sehr großen Landebahnen, Hangars und Radaranlagen, die Stationierung von Luftabwehrraketen und Marschflugkörpern auf einigen dieser Inseln, Chinas ehrgeiziges militärisches Modernisierungsprogramm sowie Chinas verstärkte wehrtechnische Zusammenarbeit mit aus US-Sicht bedenklichen Partnern wie Russland, Pakistan und dem Iran hätten besorgniserregende Implikationen für die Sicherheit in Asien-Pazifik. Der erste Übersee-Militärstützpunkt Chinas in Dschibuti gilt zudem als Beleg für zukünftig noch größere militärische Ambitionen Chinas im Indischen Ozean und darüber hinaus. Vor dem Hintergrund dieser äußerst unterschiedlichen Beurteilungen der chinesischen Sicherheitslage von beiden Seiten erscheint es sinnvoll, die Argumentation der chinesischen Seite einer genaueren Betrachtung zu unterziehen.

Geopolitische Interessenlagen der Volksrepublik China

Aufgrund von Verlautbarungen durch Chinas Führungspersonen seit der Amtszeit von Staats- und Parteichef Jiang Zemin (1989 bis 2002) kann angenommen werden, dass es ein erklärtes Ziel der KPC ist, die unipolare Weltordnung mit der verbliebenen einzigen Supermacht USA an der Spitze durch ein multipolares System von Großmächten abzu-

lösen und den Einfluss der USA zumindest in der asiatisch-pazifischen Region zurückzudrängen, wo China traditionell den Rang einer Hegemonialmacht innehatte. Dieses Ziel wird als „Demokratisierung der internationalen Beziehungen“ bezeichnet.¹⁸

Chinas Führung betrachtet die angestrebte Vereinigung mit Taiwan sowie die Sicherung und Durchsetzung ihrer historisch begründeten, wenn auch nach Auffassung von Rechtsexperten rechtlich nicht haltbaren Souveränitätsansprüche im Südchinesischen und Ostchinesischen Meer als „Kerninteressen“ Chinas, über die nicht verhandelt werden kann.¹⁹ Im Sommer 2016 urteilte der Ständige Schiedsgerichtshof in Den Haag im Streit um Verletzungen maritimer Rechte der Philippinen durch China im Südchinesischen Meer zugunsten der Philippinen und erklärte den historisch begründeten Anspruch Chinas auf so gut wie alle Inselgruppen im Südchinesischen Meer für nicht vereinbar mit der UN-Seerechtskonvention. China weigerte sich, diesen Schiedsspruch anzuerkennen, obwohl China dem Seerechtsabkommen beigetreten ist und es auch ratifiziert hat. China hatte sich sogar von vornherein geweigert, an dem Verfahren überhaupt mitzuwirken und erklärte, weder das Schiedsgericht noch das Verfahren anerkennen zu wollen. Dieses Verhalten wurde von Beobachtern mit Besorgnis aufgenommen, signalisierte es doch einen Mangel an Achtung Chinas vor internationalem Recht.

Ein weiteres Problem sehen Beobachter darin, dass China sich zur „Lösung“ der Taiwanfrage ausdrücklich militärische Gewalt vorbehält, während die Regierung der Republik China auf Taiwan bereits zu Beginn der Demokratisierung Taiwans einen einseitigen Gewaltverzicht ausgesprochen hat. Der militärische Hauptgegner Chinas in potenziellen Konflikten bezüglich Taiwans, Nordkoreas oder der umstrittenen Inselgruppen wären die US-Streitkräfte in der Region und gegebenenfalls die ihrer jeweils betroffenen bilateralen Verbündeten, also je nach Konfliktherd unter Umständen auch Japan, Südkorea, Taiwan oder weitere Mächte. Entsprechend erfolgt die Modernisierung der chinesischen Streitkräfte unter der Annahme eines möglichen Großmachtkonflikts mit den USA und verfolgt das Ziel, eine US-amerikanische Militärintervention in jeglichen chinesischen Territorialkonflikten durch glaubwürdige Abschreckung und effektive Verteidigungsmaßnahmen abwehren zu können.

Um den technologischen und operativen Rückstand zu den USA auszugleichen, bemüht sich die VBA seit Mitte der 1990er Jahre intensiv darum, die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für „vernetzte Kampfführung“ zu schaffen. Hierbei handelt es sich um ein Einsatzkonzept, bei dem gemeinsam operierende Einheiten zu Wasser, zu Lande und in der Luft gestützt auf eine Vielzahl von Sensoren und Aufklärungssatelliten koordiniert agieren und durch eine nahezu in Echtzeit erfolgende verschlüsselte Datenübermittlung ein gemeinsames Lagebild teilen und militärische Fähigkeiten gemeinsam nutzen. Das bedeutet in der Praxis, dass z.B. die Zieldaten für einen Waffeneinsatz von einer anderen Einheit bereitgestellt werden können als von derjenigen, die die Waffe tatsächlich abfeuert, oder dass eine einzelne Einheit, z.B. ein Marineschiff, den Schutz des gesamten Luftraums für eine ganze Flottille oder Trägerkampfgruppe übernehmen kann. In den Streitkräften der USA und ihrer Verbündeten

Japan und Südkorea spielt das US-amerikanische Aegis-Kampfsystem eine technologische Schlüsselrolle bei dieser Form der vernetzten Kampfführung. China hat bei der Entwicklung eines eigenen Äquivalents zu Aegis nach eigenen Angaben inzwischen ebenfalls Erfolge aufzuweisen.

Chinas militärische Bedrohungsperzeption

Die gegenwärtige unipolare Weltordnung mit den USA als einziger Supermacht, die starke US-amerikanische Militärpräsenz in Asien sowie die US-dominierte Bündnisstruktur in der Region sind eine direkte Folge von Entwicklungen, die während und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg stattgefunden haben. Der chinesische Bürgerkrieg zwischen Kommunisten und Nationalisten endete 1949 mit einer strategischen Pattsituation, als sich die Führungsriege der Nationalisten unter Chiang Kai-shek auf die Insel Taiwan zurückzog. Dies führte letztlich zur staatlichen de-facto-Teilung Chinas, nachdem die USA im Zuge des Koreakrieges Anfang der 1950er Jahre entschieden hatten, Chiang Kai-sheks Regime militärisch zu stützen und eine Invasion Taiwans vom chinesischen Festland zu unterbinden (siehe den Beitrag von Dirk Schmidt). Auch nach dem diplomatischen Schwenk der Nixon-Regierung, der 1979 in der Anerkennung der Volksrepublik China durch die USA und im Abbruch diplomatischer Beziehungen zur Republik China auf Taiwan mündete, bleiben die USA de facto die Schutzmacht und der militärische Sicherheitsgarant Taiwans. Durch ein Gesetz des US-Kongresses, den „Taiwan Relations Act“, ist die US-Regierung seither zu Waffenlieferungen und einer nicht genauer definierten Unterstützung Taiwans im Krisenfall verpflichtet. Auf der koreanischen Halbinsel wiederum spielen die USA eine ähnliche Rolle als militärische Schutzmacht Südkoreas gegen eine Invasion aus dem Norden – und Nordkorea ist Chinas einziger offizieller militärischer Bündnispartner. Südkorea wiederum ist, anders als Taiwan, ein offizieller militärischer Bündnispartner der USA, die auf der koreanischen Halbinsel große Militärstützpunkte betreiben.

Weiterhin sind die USA der wichtigste militärische Verbündete von Chinas ehemaligem Hauptkriegsgegner Japan, mit dem China in einem ungelösten Territorialkonflikt über die unbewohnten, japanisch verwalteten Senkaku-/Diaoyu-Inseln verwickelt ist.

Durch die historisch bedingte Rolle der USA als Schutzmacht Taiwans, Südkoreas und Japans und die damit verbundene dauerhafte US-Militärpräsenz als Folge einer anti-kommunistischen Eindämmungspolitik während des Kalten Krieges entstand im Asien-Pazifik-Raum ein System von bilateralen Militärbündnissen zwischen einer Vielzahl von nicht-kommunistischen Staaten und den USA, das als „Radnabe und Speichen“ (hub and spokes) bezeichnet wird, da die USA das einzig verbindende Element in all diesen Zweier-Allianzen sind. Es handelt sich also nicht um ein System kollektiver Sicherheit ähnlich der NATO, bei dem alle Partner füreinander einstehen. Ihren Verbündeten bieten die US-Streitkräfte jedoch ähnlich wie bei der NATO eine Sicherheitsgarantie gegenüber Nuklearangriffen durch ihre Fähigkeiten zur seegestützten nuklearen Abschreckung und ihre zumindest theoretisch vorhandene Fähigkeit zur Abwehr ballis-

tischer Raketen. Die 7. Flotte der US-Marine ist de facto noch immer die mächtigste Seestreitkraft in der Asien-Pazifik-Region.

Die bilaterale Partnerschaft der USA mit Japan bildet das Kernstück dieses Systems, und die hohe Präsenz der US-Streitkräfte in der gesamten Region durch Militärstützpunkte in Südkorea, Japan, in Südostasien, auf Guam und in Australien ist ein Schlüsselfaktor für die externe Sicherheit zahlreicher Staaten in der Region geworden. Zuletzt hat sich sogar das sozialistische Vietnam aufgrund seiner Interessenkonflikte mit China über die Paracel- und Spratly-Inseln den USA in sicherheitspolitischer Hinsicht angenähert. Auch Indien betreibt mit den USA seit Jahren einen intensiven militärischen und wehrtechnischen Austausch, der auch Training für Flugzeugträgerpiloten und gemeinsame U-Boot-Jagd umfasst. Zwischen China und den USA besteht somit grundsätzlich ein erhöhtes Konfliktpotenzial, da einige Interessen der USA und ihrer Verbündeten in der Region den militärischen und sicherheitspolitischen Interessen Chinas direkt zuwiderlaufen.

Die Karte in Abbildung 2 veranschaulicht Chinas strategisches Umfeld und verdeutlicht die chinesische Bedrohungswahrnehmung durch Stützpunkte der US-Streitkräfte in der Region. In grau sind darauf die wichtigsten maritimen Handelswege eingezeichnet, wobei rote Kreise maritime Engpässe markieren, die für Blockaden anfällig sind. Allein über die Straße von Malakka werden mehr als 80 Prozent der chinesischen Ölimporte sowie ein großer Teil aller chinesischen Warenexporte transportiert. Auf der Karte sind NATO-Staaten und NATO-Partnerstaaten, also US-Verbündete, violett eingefärbt. Grün eingefärbt sind die Mitglieder der Shanghai Cooperation Organisation (SCO), einer von China und Russland gemeinsam begründeten internationalen Organisation, die im Bereich Infrastrukturentwicklung und Terrorismusbekämpfung in Zentralasien kooperiert.²⁰ Schwarz gekennzeichnet sind die afrikanischen Hauptlieferländer der chinesischen Ölimporte, rot die potenziellen Gegner Chinas in Territorialkonflikten, also Indien, Vietnam und Taiwan. Chinas einziger formaler Verbündeter ist durch den Freundschafts- und Beistandspakt von 1961 Nordkorea. Daneben gilt Pakistan als „Allwetterfreund“ und de facto Verbündeter Chinas, auch wenn Pakistan gleichzeitig ein Bündnis mit den USA unterhält. China betreibt mit Islamabad intensive wehrtechnische Zusammenarbeit und hat bereits hohe chinesische Investitionen in Pakistans Infrastruktur getätigt, zudem ist der chinesisch-pakistanische Wirtschaftskorridor (China-Pakistan Economic Corridor – CPEC) ein Kernstück der Seidenstraßeninitiativen. Das Verhältnis Chinas zur eurasischen Großmacht Russland wiederum ist komplex, in letzter Zeit aber deutlich enger als jemals zuvor. Die Zusammenarbeit erstreckt sich auch auf gemeinsame Rohstoffförderung sowie militärische und wehrtechnische Kooperation.

Aus Sicht chinesischer Strategen stellt vor allem die hohe Anzahl von US-Stützpunkten in Reichweite der Bevölkerungszentren an der chinesischen Ostküste ein erhebliches Sicherheitsproblem dar. Dies betrifft nicht nur die dort stationierten Waffensysteme und Soldaten, sondern auch die dort vorhandene Kapazität zur Aufklärung und Überwachung der chinesischen Streitkräfte durch Satellitenbilder, Aufklärungsflugzeuge und stationäre Abhöreinrichtungen. 2013 warnten chinesische Ingenieure der Wuhan Naval

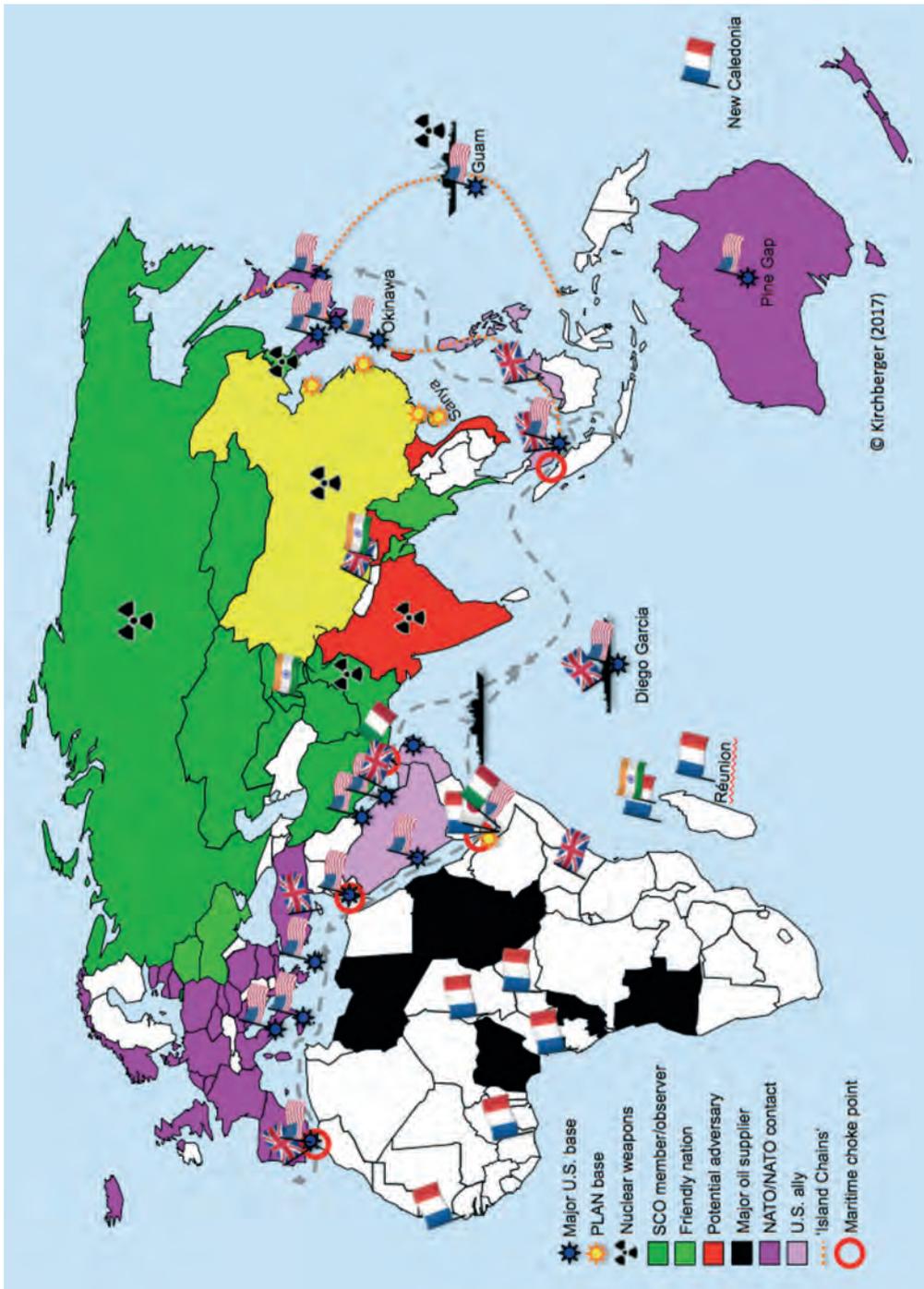


Abb. 2: Chinas strategisches Umfeld.
Quelle: Eigene Darstellung.

Academy of Engineering, dass die USA und ihre Verbündeten ein lückenloses Echtzeitbild aller chinesischen Marineaktivitäten zeichnen könnten und die Entwicklung von elektronischen Gegenmaßnahmen gegen solche Aufklärungsmaßnahmen überlebensnotwendig sei, sollte die chinesische Marine in einen Konflikt verwickelt werden.

Die koreanische Halbinsel, Japan, Okinawa, Taiwan und die Philippinen bilden die von Nord nach Süd herunterreichende „Erste Inselkette“, auf der zahlreiche US-Stützpunkte lokalisiert sind und die Chinas maritime Expansion wie ein Zaun einhegt. Insbesondere die geografische Nähe Taiwans zum Festland – etwa 180 Kilometer – wird aufgrund der Reichweite von Kampfflugzeugen und Raketen, die von Taiwan aus leicht die Bevölkerungszentren der chinesischen Ostküste bedrohen können, als strategisches Problem eingestuft. So hatte schon der US-General Douglas MacArthur Taiwan als „unsinkbaren Flugzeugträger“ bezeichnet. Chinesische Militärkommentatoren aus der geostrategischen Denkschule nennen diese strategische Situation gern „Chinas C-förmige Umzingelung“ durch US-amerikanische Stützpunkte.²¹

Japan spielte aufgrund seines engen Verhältnisses zu den USA von jeher eine Schlüsselrolle bei der chinesischen Bedrohungswahrnehmung des „Eingekreistseins“.

Bis vor kurzem garantierte Japans „Friedensverfassung“, die die Militärausgaben auf niedrige ein Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP) begrenzt, Waffenexporte und Auslandseinsätze strikt untersagte und auch die Anzahl der U-Boote deckelte, eine relativ bescheidene und defensive Rolle der Japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte, wie die Japanische Armee offiziell heißt. In den letzten Jahren zeichneten sich jedoch Veränderungen an dieser strikt defensiven Haltung ab; Japan erhöhte die Zahl der im Dienst befindlichen U-Boote, trat gegenüber Australien bei einem U-Boot-Beschaffungsprogramm erstmals als Anbieter von Waffensystemen im Export auf, intensiviert die militärische Zusammenarbeit mit anderen Mächten der Region (darunter Indien, Australien und die Philippinen) und debattiert seit einiger Zeit eine Verfassungsänderung.

Problematisch ist aus Chinas Sicht besonders, dass die US-Verbündeten Japan und Südkorea sowie Australien von den USA vor einigen Jahren Zugang zur Technologie des Aegis-Kampfsystems erhalten haben. Dieses System ermöglicht den Seestreitkräften der jeweiligen Länder vernetzte Kampfführung und bietet ihnen große Vorteile bei der Luftverteidigung und bei der Abwehr ballistischer Raketen. Die technologischen Übereinstimmungen erleichtern diesen Ländern zudem militärische Zusammenarbeit, was durch Datenaustauschabkommen und gemeinsame Militärübungen noch unterstützt wird. China versucht dem durch Gegenmaßnahmen zu begegnen, darunter die Entwicklung eines eigenen, Aegis-ähnlichen Kampfsystems. Weiterhin entwickelte China Waffen zur Bekämpfung von Satelliten sowie elektronische Gegenmaßnahmen zur Störung von Sensoren, von denen die vernetzte Kampfführung abhängt. Außerdem umfasst das Maßnahmenpaket die Entwicklung von Cyber-Angriffsfähigkeiten auf feindliche Computersysteme. Im Jahre 2007 führte China den ersten erfolgreichen Abschuss eines eigenen Satelliten in der Erdumlaufbahn aus.²²

Chinas Militärplaner bemühen sich generell darum, die Schwachstellen der potenziellen Gegner auszunutzen; dazu gehören nicht nur die hohe Bedeutung von Satelliten, Computersystemen und Datenübermittlungstechnologien, sondern auch psychologische Faktoren, etwa die US-amerikanische Angst vor hohen Opferzahlen eigener Truppen oder vor dem Verlust eigener Großkampfschiffe. China bemüht sich daher um eine „Anti-Interventionsstrategie“, die im US-Militärjargon „Anti-Access/Area Denial“ (kurz: A2/AD) genannt wird. Dabei geht es darum, durch immer präzisere Raketen größerer Reichweite, Luftabwehrsysteme, Marschflugkörper, U-Boote und U-Boot-Jagd-Fähigkeiten dem Gegner die risikolose Nutzung eines Seegebiets und des darüber liegenden Luftraums zu verwehren. Diese Maßnahmen flankiert China durch diplomatische und politische sowie wirtschaftliche Aktivitäten mit dem Ziel, die US-amerikanischen Allianzen aufzubrechen. Das Beispiel der Philippinen unter der Führung Duterte, der auf chinesische Offerten hin einen wesentlich China-freundlicheren Kurs einschlug als die Vorgängerregierung und der die langjährige Allianz mit den USA sogar rundheraus in Frage stellte, zeigt, dass China durchaus erfolgreich damit sein kann. Auch Südkorea und Australien unterhalten intensive Wirtschaftsbeziehungen mit China. Beide Länder haben allerdings bereits die Erfahrung gemacht, dass ökonomische Abhängigkeit einzelner Branchen von China als politisches Druckmittel ausgenutzt wurde.

Die Seidenstraßeninitiativen können ebenfalls als ein Versuch interpretiert werden, US-amerikanischem Containment entgegenzuwirken. Chinas wahrgenommene Verwundbarkeit durch eine theoretisch mögliche Blockade kritischer Seewege – das sogenannte Malakka-Dilemma – war sicher einer unter mehreren Beweggründen, die Seidenstraßeninitiativen zu starten, denn deren Zweck besteht ja nicht zuletzt in einer Diversifizierung der chinesischen Transportwege. Außerdem generieren die hohen chinesischen Investitionen in kritische Infrastrukturen anderer Länder in den jeweiligen Staaten politische Unterstützung für China, die sich in einigen Fällen unter Umständen auch in militärische Unterstützung ummünzen ließe, vor allem, wenn mit den Infrastruktur-Investitionsprojekten auch Waffenlieferungen aus China verbunden sind. Dies ist in Pakistan, einigen Ländern Südostasiens (Thailand, Bangladesch) sowie Afrikas zunehmend der Fall.

Interessenkonvergenz und Kooperation mit Russland

Die russisch-chinesischen Beziehungen sind in den letzten Jahren, besonders aber seit der Krim-Krise von 2014, erheblich gestärkt worden. Dennoch existiert weiterhin eine strategische Konkurrenz beider Mächte in Zentralasien und ein nicht unerhebliches Maß an gegenseitigem Misstrauen, das nicht zuletzt durch eine höchst ungleiche Machtverteilung zwischen dem wirtschaftlich angeschlagenen Russland und der wirtschaftlichen Überlegenheit Chinas genährt wird. Dennoch gibt es zur Zeit eine Interessenkonvergenz Chinas mit Russland auf gleich mehreren strategisch relevanten Gebieten. Dazu gehören gemeinsame außenpolitische Interessen bei der Ablehnung

des westlichen „Hegemonismus“, strategische Zusammenarbeit im Rohstoffabbau und bei Rüstungsprojekten sowie ideologische Übereinstimmungen etwa bezüglich der Ablehnung „westlicher Werte“. Russland benötigt dringend Investitionen, während China industrielle Überkapazitäten abbauen muss. China benötigt Rohstoffe, die Russland exportieren kann und China hat weiterhin Interesse an fortschrittlicher russischer Waffentechnik auf einigen Schlüsselgebieten der militärischen Modernisierung. Mehrere gemeinsame Energieversorgungs- und Rohstoffförderungsprojekte wurden in den letzten Jahren aufgelegt, u. a. in der Arktis. Chinesisch-russische Gas- und Ölpipelines im Norden der Mongolei transportieren bereits 300.000 Barrel Rohöl pro Tag und 38 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr. Nach dem Greifen der westlichen Sanktionen beteiligte sich China intensiv an russischen Rohstoffabbauprojekten in der Arktis (etwa dem Yamal-Flüssiggas-Projekt), deren westliche Partner sich wegen der Ukraine-Krise zurückgezogen hatten.²³

Beide Staaten unterliegen zur Zeit westlichen Waffen- und Technologie-Sanktionen und haben ein Interesse daran, die nachteiligen Folgen dieser Sanktionen zu bewältigen. Daraus resultiert ein starker Anreiz zu intensiverer wehrtechnischer Zusammenarbeit. Ein Nebeneffekt der technischen Kooperation besteht wiederum langfristig darin, dass die Streitkräfte beider Staaten technisch kompatibler werden, was eine gute Voraussetzung für gemeinsame Operationen darstellt. Bilaterale Marinemanöver Russlands und Chinas haben seit 2012 nahezu jährlich stattgefunden und sind greifbarer Ausdruck dieser Entwicklungen. Die zunehmend komplexere Natur dieser Militärübungen, die zuletzt sogar in europäischen Gewässern in der Ostsee und im Mittelmeer stattfanden, deuten eine in Zukunft möglicherweise geplante, noch intensivere Militärkooperation an (siehe Abbildung 3).

Bezeichnung / Zeitrahmen	Region	Art der Übungen
„Sino-Russian Naval Cooperation 2012“ (22.–27. April)	Gelbes Meer bei Qingdao	Flugabwehr, U-Boot und Überwasser-Seezielbekämpfung, Such- und Rettungsmanöver, Operationen zur Sicherung der Seeschifffahrt
„Joint Sea 2013“ (7.–10. Juli)	Japanisches Meer / Peter-der-Große-Bucht bei Wladiwostok	Luftverteidigung, Versorgungsmanöver auf See, U-Boot-Jagd, gemeinsamer Begleitschutz, Rettung entführter Schiffe
„Joint Sea 2014“ (20.–24. Mai)	Ostchinesisches Meer, nördlicher Abschnitt	Such- und Rettungsmanöver, Operationen zur Sicherung der Seeschifffahrt, VBSS, Ankerplatzverteidigung, maritimer Angriff, U-Boot-Jagd, Luftverteidigung und Identifizierung, Rettungs- und Begleitübungen
„Joint Sea 2015“ Teil 1 (18.–21. Mai)	Östliches Mittelmeer	Navigationssicherheit, Schiffsschutz, Versorgungsmanöver auf See, Luftverteidigung, Begleitschutz, Schießübungen, U-Boot und Überwasser-Seezielbekämpfung

„Joint Sea 2015“ Teil II (24.–27. August)	Japanisches Meer / Peter-der-Große-Bucht bei Wladiwostok	U-Boot-Jagd, Flugabwehr, Landungsangriffe, Minenabwehr
„Joint Sea 2016“ (12.–20. September)	Südchinesisches Meer / Küstengewässer östlich von Zhanjiang	Such- und Rettungsmanöver, U-Boot-Jagd, gemeinsame Inseleroberung, Landungsangriffe, Schießübungen, VBSS, Luftverteidigung
„Joint Sea 2017“ Teil I (21.–28. Juli)	Ostsee, vor Kaliningrad	Seekrieg, Luftverteidigung, Überwasser-Seezielbekämpfung, Anti-Piraterie-Übung, Such- und Rettungsmanöver
„Joint Sea 2017“ II (18.–24. September)	Japanisches Meer, Ochotskisches Meer	U-Boot-Jagd, U-Boot-Rettung, gemeinsames Marineinfanteristen-Training
„Joint Sea 2019“ (29. April–4. Mai)	Gelbes Meer und Ostchinesisches Meer	U-Boot-Jagd, U-Boot-Rettung, Such- und Rettungsmanöver, Marineinfanteristen-Training, Schießübungen

Abb. 3: Russisch-chinesische Marinemanöver-Serie „Joint Sea“ 2012 bis 2019.
 Quellen: Bruns und Kirchberger 2017, Paul 2019.

2019 begannen China und Russland zusätzlich damit, im Indischen Ozean trilaterale Marinemanöver mit jeweils einem Drittstaat durchzuführen: zunächst im November 2019 mit Südafrika und dann Ende Dezember 2019 mit dem Iran. Ein weiteres trilaterales Marinemanöver mit dem Iran erfolgte Anfang 2021.

Weitere gemeinsame Interessen Russlands und Chinas liegen in der Abwehr angeblicher westlicher Subversionsversuche ihres jeweiligen autoritären Herrschaftssystems. Beide Staaten haben zudem mit der Ukraine bzw. Taiwan einen ungelösten Territorialkonflikt, den sie entgegen westlicher Kritik durch Schaffung von de-facto-Einflussphären an der eigenen Peripherie und notfalls auch gewaltsam zu lösen versuchen. Nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim mit Methoden der hybriden Kriegsführung im Frühjahr 2014, als „kleine grüne Männchen“ die Grenze überquerten und die ukrainische Verteidigung überrumpelten, schrieb der bekannte chinesische Marineexperte Zhang Wenmu, China solle sich an dem erfolgreichen Vorgehen Russlands auf der Krim ein Beispiel nehmen und daraus für eine zukünftige Annexion Taiwans lernen. Diese könne, so Zhang, leicht Erfolg haben, wenn sie nur ebenso schnell und reibungslos verlief wie die Krim-Annexion – denn dann kämen die USA schlicht zu spät, um noch etwas zu ändern.²⁴

Die wehrtechnische Zusammenarbeit beider Länder hat sich entgegen den Prognosen in den letzten Jahren, wonach China bald keinerlei technologische Unterstützung aus dem Ausland mehr benötige, seit 2014 sogar weiter vertieft. Sie umfasst die Lieferung einiger vollständiger Waffensysteme, darunter Kampfflugzeuge, ein Luftabwehrsystem und möglicherweise auch neue U-Boote, aber auch einige kritische Sub-Systeme, darunter Antriebssysteme für Flugzeuge sowie komplexe Elektronik aus Russland nach China. Auch wurde ein großer neuer Vertrag über die Lieferung des russischen S-400-Luftabwehrraketensystems, über 24 moderne Su-35-Kampfflugzeuge und wei-

tere russische U-Boote an China geschlossen. Im Oktober 2019 erklärte der russische Präsident Putin wiederum, dass Russland China beim Aufbau eines Frühwarnsystems für ballistische Raketenangriffe unterstützen würde, und beide Länder gaben 2020 bekannt, gemeinsam an einem neuen konventionellen U-Boot-Design zu arbeiten.

China ist zum Gelingen seiner ehrgeizigen Seidenstraßeninitiativen in Zentralasien und in der Arktis letztlich auf die politische Unterstützung Russlands angewiesen. Dem russischen Präsidenten Putin wurde die seltene Ehre zuteil, dass chinesische Internet-Zensoren Kritik an seiner Person im chinesischen Internet für tabu erklärt haben. Insgesamt betrachtet sind die Anreize zu einer engeren Zusammenarbeit Chinas und Russlands derzeit so stark wie nie zuvor in der Geschichte beider Länder. Auch wenn weiterhin ein gewisses Maß an strategischem Misstrauen zwischen beiden Ländern angenommen werden kann, so sollte die Interessenkonvergenz der beiden Großmächte den europäischen Staaten und insbesondere der NATO dennoch zu denken geben.

Chinas Abschreckungsstrategie

Nukleare Abschreckung

Schätzungen US-amerikanischer Nuklearexperten zufolge verfügt China zur Zeit über ein Arsenal von ca. 270 einsatzfähigen nuklearen Sprengköpfen, die von etwa 200 ballistischen Raketen auf dem Land und ca. 48 seegestützten ballistischen Raketen sowie von Bombern aus abgefeuert werden könnten. Einschließlich der nicht einsatzbereiten Sprengköpfe liege die Gesamtzahl bei rund 350, Pentagon-Schätzungen liegen jedoch deutlich darunter. Im Vergleich mit den Atomwaffenbeständen der USA und Russlands ist die Zahl an Sprengköpfen in jedem Fall deutlich bescheidener und entspricht der offiziellen chinesischen Strategie, nach der China nur eine minimale nukleare Abschreckungskapazität aufrechterhalten wird und sich verpflichtet, Atomwaffen niemals zuerst einzusetzen („no first use policy“ – NFU). Dementsprechend werden die chinesischen Atomsprengköpfe an Land auch separat von den Raketen gelagert, anders als etwa in den USA. Sämtliche chinesischen Atomwaffen einschließlich der Sprengköpfe an Bord von Atom-U-Booten unterstehen den Raketenstreitkräften (frühere Bezeichnung: Zweite Artillerie). Die maximale Reichweite der landgestützten atomwaffenfähigen ballistischen Raketen beträgt geschätzte 13.000 Kilometer, die der seegestützten JL-2-Raketen ca. 7.200 Kilometer, aber die meisten chinesischen Trägersysteme sind Kurz- und Mittelstreckenraketen. Die Anzahl verfügbarer Interkontinentalraketen mit höherer Reichweite beträgt insgesamt geschätzte 50 bis 75 Stück, wovon etwa 40 bis 50 (mit insgesamt 60 bis 70 Sprengköpfen) in der Lage wären, die USA zu erreichen.²⁵ Die Abschusseinrichtungen befinden sich tief im Inland, teilweise in großen geschützten, unterirdischen Tunnelanlagen, innerhalb derer sie verlegt werden können, um sie vor Präventivschlägen zu schützen. Eine neuere Studie kam daher zu dem Schluss, dass Chinas landgestützte Atomwaffen heute, anders als

noch in den 1990er Jahren, durch einen Erstschlag nicht mehr vollständig zerstört werden könnten.²⁶

Nach dem Ende des Kalten Krieges hatten die westlichen Atommächte den größten Teil ihrer Atomwaffen auf U-Boote verlegt. Wahrscheinlich ist dieser Trend der Grund, warum China sich nicht vollständig auf seine landgestützten Raketen verlassen will, auch wenn diese zur nuklearen Abschreckung wahrscheinlich ausreichen würden und die operativen und technischen Herausforderungen einer seegestützten Zweitschlagsfähigkeit groß sind. Chinas seegestützte JL-2-Raketen können von U-Booten der Jin-Klasse mitgeführt und abgefeuert werden, von denen bisher sechs in Dienst gestellt worden sind. Jedes Boot kann bis zu zwölf JL-2 Raketen mitführen. Alle strategischen U-Boote sind in einem Stützpunkt an der Südküste der Insel Hainan in der Nähe von Yulin stationiert. Die JL-2-Rakete auf diesen U-Booten kann mit ihrer Reichweite von ca. 7.200 Kilometer zwar US-Stützpunkte in Asien einschließlich Guams von chinesischen Heimatgewässern aus bedrohen, müsste aber ungeortet die „Erste Inselkette“ durchqueren und ca. 4.000 Kilometer weiter nach Osten in den Pazifik verlegt werden, um auch Gebiete im Osten der USA wie Washington D.C. zu erreichen. Dies ist wegen der dafür notwendigen Durchquerung von gut überwachten Meerengen und der überlegenen U-Boot-Jagd-Fähigkeiten der US-Marine und ihrer Verbündeten schwierig. Bis 2016 wurde nur eine einzige längere Patrouille eines Atom-U-Boots der Jin-Klasse beobachtet, und zwar im November 2015; aber es blieb unklar, ob dabei überhaupt Atomraketen mitgeführt wurden. Experten halten dies aufgrund des hohen Kontrollanspruchs der ZMK über die Atomsprengköpfe und des mangelnden Entscheidungsspielraums, der chinesischen U-Boot-Kommandanten allgemein zugestanden wird, für eher unwahrscheinlich. Somit befände sich Chinas seegestützte Zweitschlagsfähigkeit noch im Aufbau.²⁷

Konventionelle Abschreckung (A2/AD) und Prompt Global Strike

China verfügt neben den Nuklearwaffen auch über ein großes Arsenal an Marschflugkörpern, die mit konventionellen Sprengköpfen und vereinzelt auch mit Nuklearsprengköpfen bestückt werden können. Schätzungen des Pentagon von 2011 nahmen an, dass China über 40 bis 55 Abschusseinrichtungen mit 200 bis 5.000 Marschflugkörpern verfügt.²⁸ Allerdings lösten US-amerikanische Bestrebungen, ein Abwehrsystem gegen ballistische Raketen zu entwickeln und dieses „Terminal High Altitude Area Defense“ (THAAD) genannte System in unmittelbarer Nähe Chinas auf der koreanischen Halbinsel zu stationieren, in China die Sorge aus, dass Chinas nukleare Abschreckung dadurch neutralisiert werden könnte. Dies ist zwar mehr als fraglich, ist doch keineswegs belegt, dass THAAD tatsächlich in der Lage wäre, mit einem gleichzeitigen Angriff durch mehrere Raketen unter realistischen Bedingungen fertig zu werden, aber dennoch haben dieses und weitere US-Rüstungsprogramme in China ein Echo gefunden und dort Gegenreaktionen ausgelöst. So hat es in jüngerer Zeit unter westlichen Analysten zunehmend die Vermutung gegeben, dass China analog zu einem US-amerika-

nischen Programm gleichen Namens an einer eigenen „Prompt Global Strike“-Fähigkeit arbeite.²⁹ Hierbei handelt es sich um die Fähigkeit, jedes beliebige Ziel auf der Erde binnen einer Stunde zu treffen. Tatsache ist, dass China an allen dafür notwendigen technischen Voraussetzungen tatsächlich arbeitet. Dazu gehören im Einzelnen:

- Ein weltweites, satellitengestütztes Navigationssystem und ein Frühwarnsystem mit hoher globaler Aktualisierungsrate: dies befindet sich mit den Satellitenkonstellationen BeiDou, Gaofen, Yaogan und Tianlian sowie den Bodenstationen zum Datendownload u. a. in Kiruna/Schweden zur Zeit im Aufbau;
- ein Hyperschallgeschwindigkeits-Gleitfliegergerät: ein DF-ZF bzw. Wu-14 genanntes entsprechendes System der Chinesen wurde bereits 2014 getestet;
- ballistische Antischiffs-Raketen (ASBM): die DF-21D befindet sich zur Zeit in der Entwicklung und wurde 2013 erstmals getestet;
- eigene Satelliten-Bekämpfungsfähigkeit (ASAT): diese wurde durch einen erfolgreichen kinetischen Abschuss 2007 demonstriert;
- eine funktionierende seegestützte Zweitschlagsfähigkeit (mit der JL-2 oder deren Nachfolger mit höherer Reichweite): diese befindet sich im Aufbau;
- mehrere global operationsfähige Trägerkampfgruppen: diese befinden sich im Aufbau, und das Schiffbauprogramm für die notwendigen Begleitschiffe und die Träger wurde zuletzt deutlich beschleunigt;
- eine umfassende „Informationalisierung“ der Streitkräfte zum Aufbau echter Vernetzung (C4ISR): diese ist im Gange, der genaue Status ist jedoch unbekannt;
- schlagkräftige Cyberkriegführungs-Fähigkeiten zur Störung gegnerischer Frühwarnsysteme.³⁰

Entsprechend der weiter oben skizzierten Bedrohungswahrnehmung gegenüber den USA erscheint es durchaus folgerichtig, dass China entsprechende Fähigkeiten auch selbst zu entwickeln versucht.

Partnerschaft und Rivalität in der chinesischen Sicherheitspolitik

Im folgenden Abschnitt werden schlaglichtartig einzelne Themenfelder beleuchtet, um Trends in der Entwicklung der chinesischen Sicherheitspolitik und Militärentwicklung daran zu verdeutlichen. Diese Themen, die jeweils separat häufig Gegenstand der Berichterstattung gewesen sind, sollen schließlich miteinander in Zusammenhang gesetzt werden, um die Bedeutung dieser Entwicklungen für Europa und Deutschland einzuschätzen.

Themenfeld 1: Ausbau der Marine zu einer Hochseeflotte mit Flugzeugträger-Kampfgruppen

Ein grundsätzliches Ziel der chinesischen Marine ist es, Handelsinteressen, Investitionen und maritime Ressourcen im Indischen Ozean abzusichern und in der Lage zu sein, Evakuierungsmissionen für chinesische Staatsbürger in Krisengebieten durchzuführen. Der neue Stützpunkt in Dschibuti, dem in Zukunft noch weitere Stützpunkte entlang der „maritimen Seidenstraße“ folgen könnten, signalisierte den Beginn einer größeren Reichweite chinesischer Marineoperationen seit Beginn der chinesischen Anti-Piraterie-Einsätze am Horn von Afrika. Chinesische Militärübungen mit der russischen Marine haben inzwischen teils auch in europäischen Gewässern stattgefunden, darunter im Mittelmeer, im Schwarzen Meer und in der Ostsee. Auch die arktischen Schifffahrtsrouten entlang der russischen Nordmeerküste sind ins Blickfeld Chinas gerückt. Zwar wurden bisher noch keine Marineschiffe dorthin entsendet, aber China hat Interesse am Bau nukleargetriebener Eisbrecher signalisiert, die in Zukunft in der Arktis und Antarktis eingesetzt werden könnten.³¹

Entwicklung der Flotte und Ziele der Modernisierung

Chinas Marine hat sich in relativ kurzer Zeit von einer auf küstennahe Verteidigung ausgerichteten Flotte mit einem anteilmäßigen Überhang an veralteten und unfallträchtigen Diesel-U-Booten zu einer hochseefähigen Seestreitkraft mit modernen, teils sogar mit einer chinesischen Version eines Aegis-ähnlichen Kampfsystems ausgerüsteten Schiffen entwickelt. Zahlreiche neu beschaffte Korvetten, Fregatten und Zerstörer sollen nicht zuletzt als Begleitschiffe für die beiden neuen Flugzeugträger dienen, die sich momentan in Bau befinden. Sorge bereitet internationalen Beobachtern das enorme Tempo der chinesischen Flottenrüstung: Einer Untersuchung des Londoner Think Tanks IISS zufolge hat China seiner bereits großen Marine allein zwischen 2014 und 2018 Marineschiffe mit einer Gesamttonnage im Umfang der gesamten Royal Navy nochmals hinzugefügt. Der Bau dieser gewaltigen Flotte erfolgt zudem in einem für Friedenszeiten äußerst ungewöhnlichen 24/7-Baurhythmus in drei Schichten pro Tag an allen Tagen der Woche. Ein als leerer Rumpf im Jahre 1998 gebraucht von der

Ukraine gekaufter Träger der „Admiral-Kusnezow-Klasse“ war von China aufwendig vervollständigt und 2012 unter dem neuen Namen „Liaoning“ als Trainingsschiff für Flugzeugträger-Operationen in Dienst gestellt worden. 2019 wurde der nach demselben Design in China gefertigte zweite Flugzeugträger, die Shandong, in Dienst gestellt. Beobachter gehen davon aus, dass China langfristig plant, vier bis sechs Trägerkampfgruppen zu betreiben. Schon der dritte Träger könnte ein Katapult-System verwenden, mit dem dann Flugzeuge mit deutlich höheren Nutzlasten gestartet werden könnten, was Vorteile bezüglich Reichweite und Bewaffnung mit sich brächte. Sollte dies umgesetzt werden, wäre die chinesische Marine nach der US-Marine, die elf Trägerkampfgruppen betreibt, im Hinblick auf ihre offensiven Machtprojektions-Fähigkeiten die zweitstärkste Seestreitkraft der Welt.³²

China hat erfolgreich Design und Bau atomgetriebener U-Boote gemeistert und strebt den Aufbau einer glaubwürdigen seegestützten Zweitschlagsfähigkeit an, die in absehbarer Zeit gelingen dürfte. Alle anderen Länder, die über diese militärische Fähigkeit bereits verfügen – die USA, Russland, Großbritannien und Frankreich – sind wie China Mitglieder im ständigen Ausschuss des UN-Sicherheitsrates. Die Atommacht Indien arbeitet derweil daran, eigene atomgetriebene U-Boote herzustellen, verfügt aber noch nicht über entsprechende U-Boot-gestützte ballistische Langstrecken-Raketen. Insgesamt betrachtet erscheint das Modernisierungsprogramm der chinesischen Marine jedoch vor allem von dem Ziel getrieben zu sein, eine Intervention der USA zugunsten Taiwans zu verhindern. Der Beitrag der Marine zu einer Invasion Taiwans bestünde in einer Seeblockade der Insel sowie in der Durchführung und Unterstützung von amphibischen Landungsoperationen. Allerdings käme der Luftwaffe und den Raketenstreitkräften in einem solchen Szenario ebenfalls eine sehr wichtige Rolle zu.

Der erste Übersee-Logistikstützpunkt in Dschibuti

2015 gab die chinesische Führung bekannt, dass China nach nunmehr siebenjähriger Dauerpräsenz bei den Anti-Piraterie-Einsätzen am Horn von Afrika als siebtes Land nach den USA, Frankreich, Italien, Spanien, Deutschland und Japan einen Militärstützpunkt in dem kleinen ostafrikanischen Staat Dschibuti einrichten werde (ein weiterer Stützpunkt Saudi-Arabiens in Dschibuti befindet sich noch in der Verhandlung). Dieser Stützpunkt trägt der Tatsache Rechnung, dass sich manche der von China finanzierten Infrastrukturprojekte dieser Region, die teils unter Entsendung tausender chinesischer Arbeitskräfte verwirklicht werden, in instabilen Krisenregionen befinden und entsprechenden Schutz benötigen. 2015 hatte China bereits 34,7 Milliarden US-Dollar an akkumulierten Direktinvestitionen in Afrika getätigt, und die Zahl der registrierten chinesischen Arbeitskräfte auf dem afrikanischen Kontinent betrug 263.676, auch wenn die tatsächliche Zahl wahrscheinlich deutlich höher liegt.³³

Das chinesische Weißbuch zur Verteidigung von 2015 verwendete erstmals den Slogan „Küstennahe Verteidigung, Schutz auf hoher See“, um eine über das eigentliche chinesische Seegebiet hinausreichende Marinepräsenz zum Schutz chinesischer Interessen

zu propagieren. Dazu sind nach Auffassung der Militärführung eigene chinesische Militärstützpunkte in Übersee vonnöten. Wissenschaftler eines führenden Forschungsinstituts für Marinestrategie in China nannten 2014 als mögliche Standorte für zukünftige chinesische Überseestützpunkte neben Dschibuti die Bucht von Bengalen, Sittwe in Myanmar, den Hafen Gwadar in Pakistan, die Seychellen, den Hafen Hambantota auf Sri Lanka sowie Daressalam in Tansania.³⁴ An all diesen Standorten hat China beträchtliche Investitionen in Hafenanlagen getätigt und damit teilweise erst die Voraussetzungen für eine mögliche spätere Nutzung dieser Anlagen durch eigene Marineschiffe geschaffen. Auch andere chinesisch finanzierte, mit Häfen verbundene zivile Transportinfrastrukturen, etwa Eisenbahnlinien, könnten unter Umständen militärisch zum Transport von Menschen und Material genutzt werden.

Die geografische Lage Dschibutis am Golf von Aden am Südende des Roten Meeres im nordwestlichen Indischen Ozean ist ideal für die Überwachung eines wichtigen maritimen Handelswegs und gut zur Unterstützung der chinesischen Anti-Piraterie-Einsätze vor der Küste Somalias geeignet. Ein Areal südwestlich des Hafens Doraleh wurde zunächst für zehn Jahre gegen eine jährliche Gebühr von 20 Millionen US-Dollar an China verpachtet. Geplant ist dort anscheinend die Stationierung von 5.000 chinesischen Soldaten, womit China die Anzahl der in Dschibuti stationierten US-Soldaten sogar übertreffen würde. Die meisten anderen Staaten haben deutlich unter 1.000 Personen in ihren Stützpunkten in Dschibuti stationiert. Ursprünglich war die geplante chinesische Militäreinrichtung als reine „Logistikbasis“ der Marine bezeichnet worden.

Der neue Stützpunkt, mit dessen Bau 2016 begonnen wurde und der 2017 in Betrieb ging, kann grundsätzlich fünf Arten von Missionen unterstützen:

- Anti-Piraterie-Missionen der Marine, darunter Piratenbekämpfung und Eskortierung von Handelsschiffen;
- Nachrichtengewinnung: Da zahlreiche Mächte, darunter auch die USA und Japan, eigene Stützpunkte in unmittelbarer Nähe unterhalten, bietet sich China die Gelegenheit, deren Aktivitäten zu überwachen;
- Evakuierungsmissionen aus Krisengebieten: China hat bereits mehrfach Operationen zur Evakuierung von chinesischen Staatsbürgern aus Bürgerkriegsgebieten durchgeführt, etwa aus Libyen (2011) und dem Jemen (2015);
- Friedenssicherungs-Missionen von chinesischen UN-Blauhelm-Soldaten: China hat allein nach Afrika mindestens 1.700 Blauhelme entsandt, davon 1.300 in Krisengebiete in der Nähe Dschibutis, wie den Süd-Sudan und den Sudan;
- Anti-Terror-Operationen: In den Nachbarländern Dschibutis (Kenia, Somalia, Sudan) besteht erhöhte Terrorgefahr, von der eine Bedrohung für die dort im Rahmen der Seidenstraßeninitiativen arbeitenden chinesischen Staatsbürger ausgeht.³⁵

Chinesische Firmen und Investitionen in Infrastrukturprojekte Dschibutis sind ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in dem kleinen ostafrikanischen Land, und daher genoss China bei den Verhandlungen über den Militärstützpunkt große politische Unterstüt-

zung. Als einziger ausländischer Partner investiert China sehr umfassend in Dschibuti, darunter in das Eisenbahnnetz (besonders bedeutend ist die Eisenbahnstrecke ins benachbarte Äthiopien), in Hafenanlagen, in die Energiegewinnung, in Wasserleitungen, Banken und Industrieparks. 2015 lag die Höhe der chinesischen Kredite an Dschibuti bereits bei über 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Beobachter vermuten, dass China bei eventuell geplanten weiteren Überseestützpunkten ähnlich vorgehen und Standorte bevorzugen könnte, in denen ähnliche Bedingungen einer starken wirtschaftlichen Abhängigkeit des Gastlandes von China gegeben sind.³⁶

Themenfeld 2: Maritime Konflikte in Ostasien

Chinas Seestreitkräfte haben mit eher schwierigen Bedingungen für die Entwicklung einer hochseefähigen Flotte zu kämpfen gehabt. Das liegt daran, dass das gesamte chinesische Seegebiet Kontinentalschelf ohne direkten Zugang zu tiefen ozeanischen Gewässern ist. Insbesondere das Gelbe Meer im Norden des chinesischen Seegebietes, das sich bis zur koreanischen Halbinsel erstreckt, ist sehr flach. Die mittlere Wassertiefe beträgt dort nur 44 Meter, die maximale Tiefe 152 Meter; das sind ungünstige Bedingungen insbesondere für Chinas früher dort stationierte strategische U-Boote, die aufgrund ihrer Größe dort kaum getaucht fahren können. Umgekehrt ist dieses Gewässer wiederum gut für defensive Operationen mit kleinen konventionell angetriebenen U-Booten geeignet, die sich in dem aufgrund der Sedimente und Flussmündungen relativ „undurchsichtigen“ Wasser vor Sonar gut verstecken können. In dieser Hinsicht ähnelt das Seegebiet der Ostsee in Europa. Das Ostchinesische Meer zwischen China und Japan, Okinawa und Taiwan bietet mit seiner mittleren Tiefe von 350 Meter etwas bessere Bedingungen für Marineoperationen, allerdings sind auch im Ostchinesischen Meer etwa drei Viertel des Seegebiets weniger als 200 Meter tief. Einige Arten von Tests und Trainings können dort nur begrenzt oder gar nicht durchgeführt werden. Diese Bedingungen haben u. a. nachteilige Auswirkungen auf Chinas Versuche, eine glaubwürdige seegestützte Zweitschlagsfähigkeit aufzubauen (siehe Abbildung 4).

Einige Staaten auf der „Ersten Inselkette“ wiederum, also Japan, Taiwan und die Philippinen, haben im Vergleich dazu an ihrer jeweiligen Ostküste direkten Zugang zu teils sehr tiefen Gewässern von mehreren Tausend Metern Tiefe. Chinesische Marinestrategen beklagen schon seit langem, dass die eigene Marine im Unterschied dazu wie auf dem Präsentierteller daliege. Die Rückeroberung Taiwans gilt nicht zuletzt deshalb als strategische Priorität, weil die Ostküste Taiwans ein geografisch idealer Standort für eine strategische U-Boot-Basis mit direktem Zugang zu tiefsten pazifischen Gewässern wäre.³⁷ Nur in den umstrittenen Teilen des Südchinesischen Meeres sind etwas größere Wassertiefen mit direkterem Zugang zum offenen Pazifik überhaupt vorhanden. Das Südchinesische Meer, das von China mit unklaren Forderungen zu rund 90 Prozent beansprucht wird, ist zudem das einzige etwas tiefere Seegebiet, das von chinesischen Küstengewässern aus direkt erreichbar ist, ohne zuvor einen scharf bewachten maritimen Engpass zu durchqueren. Es ist daher folgerichtig, dass China einen

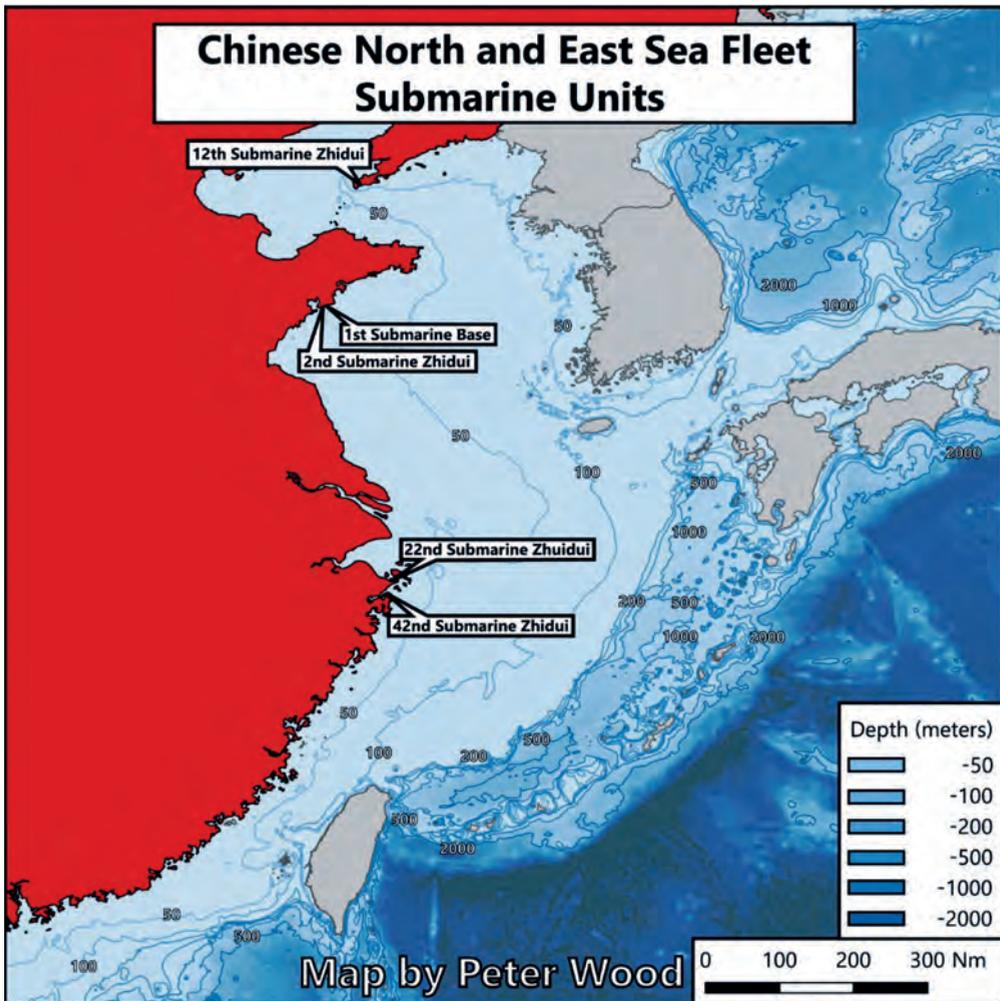


Abb. 4: Maritime Geografie des Ostchinesischen Meeres.

Quelle: Peter Wood 2017, mit Erlaubnis des Autors.

Hafen im Süden der Insel Hainan am Nordrand des Südchinesischen Meeres zu einer Atom-U-Boot-Basis mit Tunnelzugängen unterhalb der Wasserlinie ausgebaut hat (siehe Abbildung 5). Wie üblich hat China dieses Vorhaben nicht vorab kommuniziert, und die fertige Basis wurde öffentlich erst 2008 bekannt, nachdem sie auf Satellitenbildern entdeckt worden war. Umgehend löste diese Nachricht von einer strategischen U-Boot-Basis im Südchinesischen Meer in der Asien-Pazifik-Region eine ganze Serie von U-Boot-Beschaffungsprogrammen aus, die ihrer Summe von einigen Beobachtern schon als Wettrüsten bezeichnet werden.

Die Kontrolle über die umstrittenen Paracel- und Spratly-Inselgruppen im Südchinesischen Meer ist aus chinesischer Sicht militärstrategisch von Bedeutung, weil durch sie mehrere Verteidigungslinien zum Schutz der U-Boot-Basis und weiterer militärisch

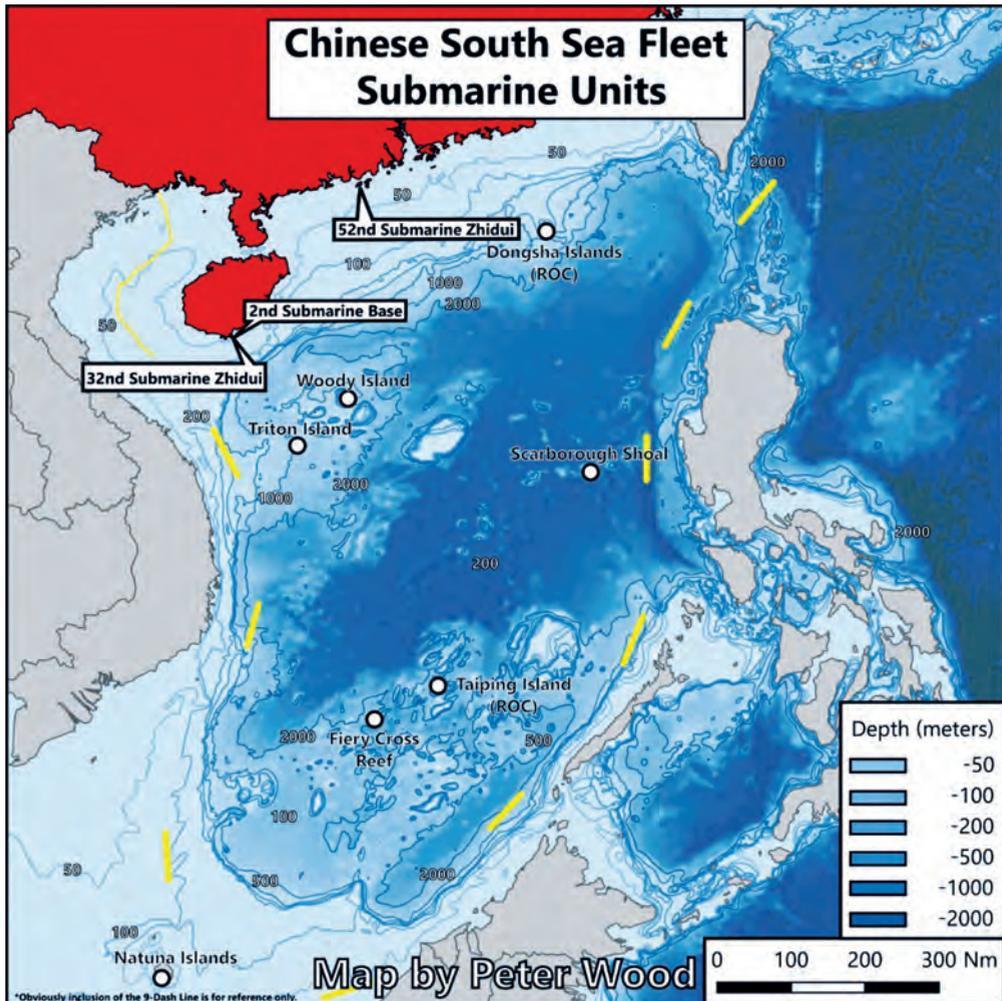


Abb. 5: Maritime Geografie des Südchinesischen Meeres.
 Quelle: Peter Wood 2017, mit Erlaubnis des Autors.

relevanter Einrichtungen auf Hainan – darunter auch der 2016 in Betrieb genommene Weltraumbahnhof Wenchang – aufgebaut werden können. Diese Anlagen auf Hainan sind durch Luftschläge verwundbar und aus chinesischer Sicht daher besonders schutzbedürftig. Vor diesem Hintergrund erklären sich die seit ca. 2012 neu errichteten militärischen Infrastrukturen auf den der Insel Hainan vorlagerten Paracel- und auf den etwas weiter entfernten Spratly-Inseln, wo Satellitenfotos u. a. die Errichtung von Landebahnen und Hangarkapazitäten sowie Radaranlagen für die Luftraumüberwachung belegen. Auf Woody Island in den Paracels wurden darüber hinaus sogar Luftabwehrraketen und Marschflugkörper stationiert. Es ist auffällig, dass auf den drei größten künstlich vergrößerten Riffen der Spratly Islands – Fiery Cross Reef, Subi Reef und Mischief Reef – Hangarkapazitäten für jeweils 24 Kampfflugzeuge und vier bis

fünf größere Fluggeräte gebaut worden sind. Dies entspricht exakt der Anzahl an Fluggeräten, die auf einem Träger der Liaoning-Klasse mitgeführt werden können. Die genannten drei Riffe verfügen inzwischen außerdem alle über Startbahnen, die zwischen 2,8 und 3,1 Kilometer lang sind. Die Kontrolle über den Luftraum dieses Gebiets würde zweifellos erheblich verstärkt, wenn China zumindest einen seiner Flugzeugträger dauernd in diesem Gebiet einsetzen würde, und dies scheint, den genannten Installationen nach zu schließen, auch beabsichtigt zu sein.³⁸ Auf den Paracel-Inseln Palm und Duncan Island wurden zudem Basen für Hubschrauber errichtet, die zur U-Boot-Jagd dienen können. China plant neueren Nachrichten zufolge auch, durch mehrere kombinierte Unterwasser-Technologien (u.a. Hydrophone und Sonarbojen) einen U-Boot-Jagd-Verteidigungsgürtel in diesem Gebiet aufzubauen, was den Zugang zu Hainan auch vom Wasser her erschweren würde.

Insgesamt ähnelt das Verteidigungskonzept dem der verteidigten Bastion für Atom-U-Boote in der Barentssee, das von der Sowjetunion im Kalten Krieg entwickelt wurde. Es ist daher durchaus denkbar, das China das Ziel verfolgt, große Teile des Südchinesischen Meeres in eine solche Bastion für die eigenen Atom-U-Boote zu verwandeln. Zwar können Chinas strategische U-Boote aufgrund der auf ca. 7.200 Kilometer begrenzten Reichweite der seegestützten JL-2-Rakete von einer solchen Bastion aus Amerikas Festland zur Zeit noch nicht bedrohen, doch dies könnte sich mit Entwicklung einer seegestützten Interkontinentalrakete höherer Reichweite ändern. Eine weitere Anleihe bei russischen Konzepten findet sich im Südchinesischen Meer darüber hinaus im Bereich der „hybriden Kriegführung“, einer Form der Kriegführung, bei der Soldaten ohne Hoheitszeichen eingesetzt werden, um die Grenzen zwischen friedlichen und kriegerischen Methoden zu verwischen. Ähnlich den „kleinen grünen Männchen“ Putins, die 2014 die Krim übernahmen und noch immer in der Ost-Ukraine aktiv sind, setzt China immer häufiger „Maritime Volksmilizen“ ein, um in den umstrittenen Gebieten massiv und dauerhaft Präsenz zu zeigen. Auffällig ist, dass die künstliche Vergrößerung und Militarisierung der Inseln und Riffe im Südchinesischen Meer seit ca. 2012, also zeitgleich mit dem Amtsantritt Xi Jinpings, deutlich an Fahrt aufgenommen hat. Ebenso ist bekannt, dass Xi Jinping selbst diese Maßnahmen angeordnet hat und persönlich Standorte der „Maritimen Volksmilizen“ auf der Insel Hainan besucht und die Fischer ermuntert hat, weiterhin Präsenz in diesem Seegebiet zu zeigen. Sie erhalten nachweislich Zahlungen und Ausrüstung von der Regierung, werden militärisch trainiert und von paramilitärischen Kräften, die meist ohne Uniform und als Fischer getarnt agieren, angeleitet.³⁹ In der Summe zeichnet sich daher eine von der höchsten Führung ausgehende, kohärente und vielschichtige Strategie zur faktischen chinesischen Kontrollübernahme über dieses Seegebiet ab. Es ist fraglich, ob internationales Recht oder „Freedom of navigation“-Operationen der US-Marine langfristig etwas an diesem Trend zu ändern vermögen.

Beim Konflikt mit Japan um die unbewohnten Senkaku-/Diaoyu-Inseln im Ostchinesischen Meer zeichnet sich in letzter Zeit ebenfalls ein zunehmend robustes Vorgehen der chinesischen paramilitärischen Kräfte und „maritimen Volksmilizen“ ab. Allerdings

ist Japan ein Bündnispartner der USA, anders als etwa Vietnam, und daher ist das Risiko durch eine mögliche Eskalation für China in diesem Konflikt deutlich höher. Dennoch setzen chinesische Marine- und Küstenwachtschiffe, maritime Volksmilizen und Flugzeuge die japanischen Selbstverteidigungstreitkräfte und die japanische Küstenwache in der Region um die Senkaku-Inseln zunehmend unter Druck. Allerdings haben die USA ausdrücklich erklärt, dass ihre Beistandsgarantie auch für dieses Gebiet gelte. Somit ist nicht anzunehmen, dass China in diesem Konflikt genauso unbeirrbar vorgehen könnte wie im Südchinesischen Meer, wo keine ernsthafte Gegenwehr einer anderen Konfliktpartei zu erwarten ist und keine Gefahr eines Großmachtkonflikts besteht. Nicht zuletzt unterhalten Japan und China eine sehr umfangreiche Handelsbeziehung; gemessen am beidseitigen Handelsvolumen war sie 2013 sogar die drittgrößte Handelsbeziehung der Welt. Und auch wenn Japan in China nahezu unaufhörlich als ehemaliger Hauptkriegsgegner kritisiert wird, der für die begangenen Kriegsverbrechen niemals ausreichend Abbitte geleistet hat, so ist Japan doch die größte Quelle ausländischer Direktinvestitionen in China noch vor den USA.

Im Senkaku-/Diaoyu-Konflikt fällt außerdem auf, dass die KPC-Führung dieses Thema anscheinend gern zur Ablenkung der Bevölkerung von innenpolitischen Problemen nutzt. 2012 kam es zu einem für die KPC äußerst peinlichen Korruptionsprozess gegen das ehemalige Politbüro-Mitglied Bo Xilai, der noch kurz zuvor in Konkurrenz zu Xi Jinping um das Amt des Staats- und Parteichefs gestanden hatte und anscheinend in einen brutalen Machtkampf verwickelt war. Fast genau zeitgleich mit Beginn des Prozesses brachen am 19. August landesweite anti-japanische Unruhen wegen der Senkaku-Problematik aus. Diese wurden prompt wieder eingedämmt, als der Prozess einen Monat später endete. Es drängt sich durch solche und ähnliche „Zufälle“ der Eindruck auf, dass der Senkaku-/Diaoyu-Konflikt von der Führung mitunter als Projektionsfläche für nationalistische Gefühle der Bevölkerung missbraucht wird, um von Verfehlungen der Machtelite und inneren Problemen Chinas abzulenken.

Themenfeld 3: Militärische Aspekte der Taiwan-Frage

Die Vorbereitung auf eine mögliche Invasion Taiwans und die Abwehr einer US-amerikanischen Intervention gilt wie bereits oben erwähnt als die primäre Mission der VBA. Entsprechend sind zahlreiche Beschaffungsprogramme und Modernisierungsbemühungen vor allem auf das Ziel hin ausgerichtet, eine überwältigende militärische Überlegenheit gegenüber Taiwan herzustellen und zugleich die USA und ihre Verbündeten von einer Intervention zugunsten Taiwans abzuschrecken.

Die hohe symbolische Bedeutung Taiwans für das Selbstbild Chinas und den angestrebten Aufstieg zur Großmacht wurde im Kapitel von Dirk Schmidt bereits beschrieben. In militärstrategischer Hinsicht bietet die Insel ebenfalls einige Gründe, warum ein endgültiger Verlust der Kontrolle (etwa durch eine offizielle Abspaltung Taiwans von China) China als nicht hinnehmbar erscheint: Dies sind die im vorherigen Abschnitt erwähnte Nähe zum Festland von weniger als 200 Kilometer, die Taiwan zu einem idealen Stand-

ort für Angriffe und Abhörmaßnahmen feindlicher Kräfte machen, ebenso der freie Zugang von Taiwans Ostküste zu tiefen pazifischen Gewässern. Nach einer langen Phase von unverhohlenen Drohungen und Raketenstationierungen in Reichweite Taiwans durch die Volksrepublik China wurde dort 2005 schließlich sogar ein „Anti-Sezessionsgesetz“ verabschiedet, das relativ vage formulierte Bedingungen auflistet, unter denen ein Angriff auf Taiwan aus Sicht Chinas unvermeidlich würde – darunter etwa eine „zu lange“ Herauszögerung von Gesprächen über eine Wiedervereinigung.

Die USA wiederum sind durch ein 1979 verabschiedetes Gesetz („Taiwan Relations Act“, TRA) darauf festgelegt, Taiwan mit Waffenlieferung zu seiner Verteidigung zu unterstützen und „jeden Versuch, die Zukunft Taiwans auf andere als friedliche Weise zu regeln, auch durch Boykotte oder Embargos, als Bedrohung von Frieden und Sicherheit im Westpazifik und als dringendes Anliegen der Vereinigten Staaten anzusehen“.⁴⁰ Die genaue Form der US-amerikanischen Unterstützung ist dadurch zwar nicht festgelegt, aber Beobachter wie der ehemalige US-Sicherheitsberater Brzezinski (1997) haben darauf hingewiesen, dass letztlich das gesamte Prestige der USA in Asien dahin wäre, würden sie der Eroberung Taiwans durch China tatenlos zusehen. Die USA müssten daher allein schon aus Eigeninteresse intervenieren, um nicht ihre übrigen Interessen im Westpazifik und darüber hinaus zu gefährden.

Taiwan verfügt über eine relativ starke eigene Verteidigungsfähigkeit und kann aller Wahrscheinlichkeit nach zumindest bei einem unprovokierten Angriff Chinas auch mit militärischer Unterstützung der USA rechnen. Ob weitere US-Verbündete, etwa Japan, Südkorea oder Australien in solch einen Konflikt hineingezogen würden, hinge vermutlich von den detaillierten Einzelumständen ab, ist aber zumindest denkbar. Allerdings scheint es fraglich, inwieweit Annahmen überhaupt tragfähig sind, wonach es zwischen zwei nuklear bewaffneten Mächten wie China und den USA zu einem heißen Krieg kommen könnte, ohne dass dieser in einem nuklearen Schlagabtausch mündet. In der Realität ist solch ein Konflikt noch nie vorgekommen. Folgt man jedoch der Annahme, dass so etwas theoretisch möglich sei, so kommen Planspiele für einen nicht-nuklearen Schlagabtausch aus der jüngeren Zeit zu dem Schluss, dass dieser Konflikt auf beiden Seiten auch ohne nukleare Eskalation zu immensen Verlusten führen würde und der Ausgang äußerst ungewiss wäre. China als Verteidiger würde zumindest in einigen Feldern, etwa bei Luftangriffen, einen beträchtlichen Heimvorteil gegenüber den von wenigen Stützpunkten in der Region aus operierenden USA genießen.

Bis zur „Raketenkrise“ von 1995/96 verfügte China nur über sehr geringe elektronische Aufklärungskapazitäten. US-amerikanische Schiffe konnten von China kaum geortet und bekämpft werden. Sie operierten bei geringem Risiko in unmittelbarer Nähe Taiwans und sogar direkt vor der chinesischen Küste, was in China als Demütigung empfunden wurde und heute angesichts immens verbesserter Aufklärungs- und Abwehrfähigkeiten Chinas völlig undenkbar wäre. 2006 war eine Studie aus den USA noch zu dem Ergebnis gekommen, dass Aufklärungstechnologien und letztlich die Überlegenheit im Weltraum ein maßgeblicher Faktor in einem Taiwan-Konflikt der Zu-

kunft sein würden.⁴¹ Solange die USA in diesen Bereichen klar überlegen seien, könne ein chinesischer Angriff auf Taiwan nicht erfolgreich durchgeführt werden. Allerdings warnte schon diese Analyse, dass die Situation sich maßgeblich ändern könnte, sobald China eine eigene satellitengestützte Aufklärungskapazität aufbauen würde. Dies wäre nämlich die Grundlage dafür, um weit entfernte US-amerikanische Schiffe zu lokalisieren und präzise Zieldaten für Langstreckenraketen bereitzustellen. Das Alptraum-Szenario der US-Marine wäre die Versenkung eines Flugzeugträgers.⁴² 2007 demonstrierte China mit dem Abschuss eines eigenen Satelliten in der Erdumlaufbahn zudem seine inzwischen vorhandene Fähigkeit, im Konfliktfall US-amerikanische Satelliten zu bedrohen.

Der mögliche Verlauf eines bewaffneten Konflikts zwischen China und den USA unter heutigen Bedingungen ist 2015 von dem US-amerikanischen Think Tank RAND detailliert durchgespielt worden.⁴³ Eine weitere Studie von 2017 wiederum betrachtete die mögliche Durchführung einer Invasion Taiwans anhand interner volksrepublikanischer Militärplanungsdokumente.⁴⁴ Die Fixierung auf das chinesisch-amerikanische Kräftegleichgewicht in der RAND-Studie lässt eine wichtige Komponente außer Acht, die jedoch von der letztgenannten Analyse sehr genau berücksichtigt wird: nämlich die eigene Verteidigungsfähigkeit Taiwans und die geografischen und klimatischen Bedingungen, die einen chinesischen Invasionsversuch beeinflussen würden.

Interessanterweise kam die letztgenannte Studie zu dem Ergebnis, dass die Aussichten auf Erfolg für China im Falle einer Invasion Taiwans nicht einmal dann sehr hoch wären, wenn Taiwan sich allein, ohne Unterstützung der USA, verteidigen müsste. Die besonderen geographischen und klimatischen Bedingungen und militärischen Gegebenheiten auf Taiwan würden es demnach einer entschlossen agierenden Verteidigung erlauben, eine Invasion entweder abzuwehren oder zumindest einen längeren Widerstandskrieg auf Taiwan erfolgreich zu führen, der China erhebliche Verluste zufügen und es Unterstützern (wie den USA) erlauben würde, Taiwan letztlich doch noch zu Hilfe zu kommen. Dies widerspricht häufig zu lesenden Annahmen, wonach für Taiwan in einem solchen Fall im Grunde kaum eine Hoffnung bestünde und ein Krieg kurz und heftig verlaufen würde, sodass jede Hilfe zu spät käme. Zumindest deuten beide Studienergebnisse an, dass es ein Fehler wäre, davon auszugehen, dass Taiwan zwangsläufig früher oder später, ob nun freiwillig oder unfreiwillig, ob friedlich oder militärisch mit der Volksrepublik China vereinigt werden wird. Immerhin leben auf Taiwan 23 Millionen Menschen, die im Falle eines Konflikts oder einer erzwungenen Wiedervereinigung alles zu verlieren hätten, während China das Territorium Taiwans seit seiner Gründung im Jahre 1949 de facto niemals beherrscht hat.

Im Zuge wachsender Spannungen zwischen China und den USA während der Amtszeit von Präsident Donald Trump hat China den militärischen Druck auf Taiwan stetig weiter erhöht. Im Rahmen einer auf der Insel gern als „Anakonda-Strategie“ bezeichneten Vorgehensweise umkreisen chinesische Kampfflugzeuge und Bomber Taiwan immer öfter und dringen dabei immer tiefer in Taiwans Luftraumüberwachungszone ein, und

die Marine führt immer häufiger Übungen in unmittelbarer Nähe Taiwans durch. Die USA und zusehends auch Japan reagieren darauf besorgt, und die neue US-Regierung unter Präsident Joe Biden hat den Kurs der Trump-Regierung beibehalten und die US-amerikanische Unterstützung für Taiwan durch Entsendung von Flugzeugträgerkampfgruppen und neue Waffenlieferungen bekräftigt, sehr zum Missfallen Chinas. Es scheint, dass sich die Insel Taiwan zu dem vielleicht gefährlichsten Krisenherd in der Asien-Pazifik-Region entwickelt.

Themenfeld 4: Die VRC und der Nuklearkonflikt auf der koreanischen Halbinsel

China hat erhebliche eigene Sicherheitsinteressen auf der koreanischen Halbinsel, und ein Nordkorea-Konflikt hätte somit durchaus das Potenzial, zu einem Großmachtkonflikt zwischen China und den USA zu eskalieren. Die historisch-politischen Grundlagen des Nordkorea-Problems sind im Beitrag von Dirk Schmidt erläutert worden, sodass hier nur auf einige militärische Aspekte des Problems eingegangen werden soll.

Nordkorea ist aufgrund eines 1961 geschlossenen Vertrages Chinas einziger militärischer Verbündeter und erfüllt für China die Funktion eines Pufferstaates zwischen Chinas Nordostregion und Südkorea. Die Landgrenze zwischen China und Nordkorea ist mit 1.400 Kilometern sehr lang, und die räumliche Nähe der nordkoreanischen Westküste zu Chinas Ostküste ist ebenfalls ein strategisch problematischer Faktor für den Fall, dass Nordkoreas Regime stürzen und Korea unter südkoreanischen Vorzeichen wiedervereinigt werden sollte. Dadurch würden US-Streitkräfte zu Land und zur See sehr nah an das chinesische Kernland heranrücken. Der chinesische Geostrateg Ju Hailong hat dazu angemerkt, dass in diesem Fall gleich drei von Chinas Nordostprovinzen inklusive der Hauptstadtregion Peking erheblichem strategischen Druck ausgesetzt wären, denn durch die räumliche Nähe von koreanischen und US-amerikanischen Militäreinrichtungen wäre die nationale Sicherheit Chinas im Golf von Bohai und im Gelben Meer erheblich gefährdet. China wäre folglich gezwungen, die Verteidigung dieser Seegebiete an die oberste Stelle seiner militärstrategischen Prioritäten zu setzen, und eine weitere maritime Expansion Chinas in entlegene Seegebiete würde dadurch praktisch undurchführbar. Demzufolge sei die koreanische Halbinsel ein wichtiger geopolitischer Faktor nicht zuletzt für die maritime Sicherheit Chinas, und ein Sturz des Regimes in Nordkorea müsse aus dieser Sicht unbedingt vermieden werden.⁴⁵

Ungeachtet des Interesses, das China an der fortgesetzten Existenz Nordkoreas als Pufferstaat hat, und ungeachtet des hohen Einflusses, den China als einziger Verbündeter und Hauptlieferant von lebenswichtigen Gütern wie Öl und Nahrungsmitteln dort theoretisch genießen sollte, sind die Beziehungen zwischen Peking und Pjöngjang in der Realität jedoch zunehmend frostig. Tatsächlich kann Nordkorea aus chinesischer Sicht kaum mehr als verlässlicher Partner angesehen werden, schon gar nicht im Konfliktfall; vielmehr scheint Nordkorea mit seinem erratischen Verhalten erhebliche

strategische Unsicherheit in China auszulösen. Der chinesische Experte für internationale Beziehungen Yan Xuetong sagte 2016, die Beziehungen Chinas zu Nordkorea seien paradoxerweise sogar schlechter als die Chinas zu Südkorea – und dies, obwohl Südkorea ein Verbündeter der USA ist.⁴⁶ Umgekehrt gibt es Anzeichen dafür, dass sich die nordkoreanische Regierung unter Kim durch die hohe Abhängigkeit zu China existenziell bedroht sieht, was ein Grund für das scheinbar irrationale Verhalten der nordkoreanischen Führung gegenüber China sein mag.

Die nordkoreanische Bedrohung durch Atomwaffen ist der wesentliche Grund für die Stationierung des US-amerikanischen THAAD-Raketenabwehrsystems in Südkorea. Diese Stationierung lehnt China strikt ab, da es befürchtet, dass eigene Abschreckungskapazitäten dadurch neutralisiert werden könnten. Angesichts der fortgesetzten Provokationen Nordkoreas durch Raketentests sogar über Japans Territorium hinweg ist es jedoch nur schwer begründbar, warum US-Verbündete in der Region gerade in einer solchen Situation auf die Stationierung von THAAD verzichten sollten. Die Provokationen Nordkoreas, die das Risiko zur Eskalation und Destabilisierung beinhalten und die letztlich zur Aufstellung des THAAD-Systems führten, können daher kaum im Interesse Pekings liegen. Obwohl China erheblichen wirtschaftlichen Druck auf Nordkorea ausüben könnte und zusammen mit Russland sogar unter Verdacht steht, auf staatlicher oder substaatlicher Ebene zur atomaren Bewaffnung Nordkoreas und zur Entwicklung der dortigen Raketentechnologien beigetragen zu haben, muss dennoch angenommen werden, dass eine weitere Eskalation dieses Konflikts nicht in Chinas Interesse liegt. Als schließlich im Sommer 2017 Diskussionen über einen möglichen US-amerikanischen Präventivschlag gegen Nordkorea aufkamen, hat Chinas Regierung sich öffentlich klar positioniert: Falls von den USA ein präventiver Angriff auf Nordkorea unternommen werde, würde China seine militärische Beistandspflicht erfüllen und auf Seiten Nordkoreas in den Konflikt eintreten. Sollte jedoch Nordkorea den ersten Schritt tun und US-amerikanisches Territorium (etwa die Insel Guam) angreifen, dann werde China Nordkorea nicht unterstützen, was angesichts des militärischen Machtgefälles zwischen Nordkorea und den USA auf die Vernichtung des nordkoreanischen Staates hinauslaufen würde.

Ein wesentlicher Faktor bei der Risikoeinschätzung eines solchen Konflikts ist die hohe Verwundbarkeit der südkoreanischen Hauptstadtregion Seoul durch nordkoreanische Artillerie, in deren Reichweite Seoul liegt. Schon in der ersten Stunde des Konflikts könnten auch bei einem US-Präventivschlag unter den ca. 25 Millionen Menschen in der Region um Seoul astronomische Opferzahlen zu beklagen sein. Angesichts dieses hohen Risikos und der klaren chinesischen Positionierung scheint es daher unwahrscheinlich, dass ein Präventivschlag gegen Nordkorea von den USA tatsächlich gewagt werden könnte. Ob die Kombination von Chinas wirtschaftlichem Druck, US-amerikanischen Drohungen und internationaler Diplomatie jedoch dazu führt, Nordkorea zur freiwilligen atomaren Abrüstung zu bewegen, darf bezweifelt werden. Ein Regimewechsel in Nordkorea – ob durch interne Machtkämpfe oder durch Subversion – scheint die einzig realistische Perspektive für eine solche Entwicklung zu bieten.

Themenfeld 5: China als Exporteur von Rüstungsgütern

Als letztes Feld soll nun ein Thema betrachtet werden, das im Vergleich zu den anderen vier Feldern deutlich seltener in der deutschen Medienberichterstattung auftaucht: Chinas zunehmende Aktivitäten im internationalen Waffenhandel. Bereits seit einigen Jahrzehnten tritt China in Südasiens, Südostasien und Afrika als Exporteur von Rüstungsgütern auf. Erst in den letzten Jahren jedoch hat sich China neben den USA, Russland, Deutschland, Frankreich und Großbritannien als Anbieter komplexer Waffensysteme am Markt etabliert und anspruchsvolle wehrtechnische Kooperationsprogramme beispielsweise mit Pakistan durchgeführt.

Wehrtechnische Zusammenarbeit ist von jeher ein effektives Machtmittel der technologisch fortgeschrittenen Produzenten von Waffentechnologien gewesen, um starke bilaterale Beziehungen zu Staaten in aller Welt aufzubauen, aufrechtzuerhalten und zu vertiefen. Durch komplexe Rüstungsprogramme, etwa Marineschiffe oder Kampfflugzeuge, entstehen dauerhafte Abhängigkeiten des Kundenlandes vom Verkäufer bezüglich der Lieferung von Ersatzteilen, Wartungsdienstleistungen und Schulung von Personal. Die USA verwenden ein eigenes Finanzierungsinstrument für die militärische Entwicklungshilfe, „Foreign Military Sales“ (FMS) und „Foreign Military Financing“ (FMF), und setzen ihre Rüstungsexporte gezielt als Instrument zur Stärkung von Bündnissen ein.⁴⁷

Das Waffenembargo der EU und der USA, das gegen China 1989 wegen der militärischen Niederschlagung der Tiananmen-Proteste verhängt wurde, schränkt Chinas Spielraum bei internationaler Rüstungs Kooperation nach wie vor empfindlich ein und hat Chinas wehrtechnische Industrien gezwungen, anderswo längst gelöste technische Probleme in aufwendigen Eigenentwicklungen erneut zu bewältigen. Dies hat das Tempo der militärischen Modernisierung über längere Zeit hin erheblich verlangsamt.⁴⁸ Chinesische Funktionäre kritisieren dieses Embargo regelmäßig als willkürlich und unfair und bezeichnen es als ein Instrument westlicher Eindämmungspolitik gegen China. Außerdem verhindere es eine echte strategische Partnerschaft Chinas mit den EU-Staaten. Länder wie Indien dagegen, die mit den europäischen und US-amerikanischen Technologieführern umfassend zusammenarbeiten können, müssen im Vergleich erheblich geringere Ressourcen aufbieten, um ihr Militär zu modernisieren und neue Fähigkeiten aufzubauen.

Chinas eigene Rüstungsexportaktivitäten kamen ursprünglich nur sehr langsam in Gang. China hatte zwar schon in den 1970er und 1980er Jahren gebrauchte Marineschiffe u. a. nach Bangladesch, Nordkorea und Ägypten verkauft und in den 1990er Jahren neue Marineschiffe nach Thailand geliefert. Im internationalen Vergleich blieb die Bedeutung der chinesischen Waffenexporte jedoch lange Zeit relativ gering, und die Kunden waren überwiegend ärmere Länder, die aufgrund niedriger Preise bereit waren, Abstriche bei der Qualität zu machen. Der 12. chinesische Fünfjahresplan für 2011 bis 2015 enthielt schließlich eine ausdrückliche Vorgabe, dass China einen grö-

Beren Marktanteil bei Rüstungsexporten erreichen sollte. Seit Xi Jinpings Amtsantritt 2012 ist China nunmehr tatsächlich zu einem der fünf wichtigsten Exporteure von Waffentechnik aufgestiegen, obgleich China seinerseits weiterhin als Kundenland einige Waffensysteme aus Russland und der Ukraine bezieht. Die chinesischen Waffenexporte gingen bisher allerdings weiterhin in relativ wenige Kundenländer; allein Pakistans Importe machten 2013 55 Prozent der gesamten chinesischen Waffenexporte der jüngeren Zeit aus.

Zu beobachten ist, dass China zunehmend komplexere Systeme, also moderne Marineschiffe (darunter auch U-Boote) und Flugzeuge in Länder exportiert, die wenig zahlungskräftig sind und teurere westliche Waffentechnik nicht bezahlen können. In vielen Fällen handelt es sich dabei um Staaten, die intensiv in die Seidenstraßeninitiativen involviert sind (wie Pakistan); um Länder, gegen die ihrerseits Waffenembargos existieren (wie Iran, Nordkorea oder Myanmar) oder um Länder auf dem afrikanischen Kontinent, mit denen China zusätzlich weitreichende Infrastrukturinvestitionen oder Rohstoffförderprojekte vereinbart hat (u.a. Nigeria). Zunehmend ist China auch in Nordafrika (Algerien und Ägypten) als Waffenlieferant aktiv.⁴⁹ Die chinesischen Waffenexporte dienen zum einen dazu, durch Kontakt mit Kundenländern und durch Marktwettbewerb während der Angebotsphase die eigenen Produkte zu verbessern; ein weit wichtiger Grund dürfte jedoch sein, dass China dadurch bei den Kundenländern politische Unterstützung, etwa bei Abstimmungen in den Vereinten Nationen oder bezüglich der Taiwan-Frage, herstellen und verfestigen kann.

Pakistans Bedeutung als Haupt-Waffenkunde Chinas, als Partnerland bei der strategischen Konkurrenz Chinas mit Indien, als Standort eines möglichen zukünftigen Marinestützpunkts der chinesischen Marine in Gwadar und als Standort des CPEC im Rahmen der Seidenstraßeninitiativen kann kaum überschätzt werden. Die wehrtechnische Zusammenarbeit Chinas mit Pakistan umfasst nicht nur Fregatten, U-Boote und Flugzeuge, sondern inzwischen auch gemeinsames Marketing von komplexen Waffensystemen für den Export in Drittländer. Pakistan steht außerdem seit längerem im Verdacht, China mehrfach Zugang zu westlichen Waffensystemen (etwa zum Wrack eines abgestürzten US-amerikanischen Stealth-Hubschraubers, das während der Tötung Bin Ladens 2011 zurückgeblieben war) verschafft zu haben. Pakistans Status als Atommacht und seine strategische geografische Lage zwischen Chinas Westprovinz Xinjiang und dem Golf von Oman machen Chinas intensive wehrtechnische Zusammenarbeit mit diesem Land zu einem Schlüsselfaktor für die Weiterentwicklung und Vertiefung der beidseitigen Beziehungen. Pakistan wird von chinesischen Beobachtern als einziger „de-facto-Verbündeter“ Chinas bezeichnet.

Zwar hat China bisher die Maxime verfolgt, außer dem formalen Verteidigungsbündnis mit Nordkorea keine weiteren Militärbündnisse einzugehen, aber in letzter Zeit sind innerhalb Chinas zunehmend unterschiedliche Stimmen zu dieser Frage laut geworden.⁵⁰ So bemerkte Yan Xuetong im Jahre 2016, China solle Militärbündnisse eingehen und in den verbündeten Staaten auch Militärstützpunkte einrichten. Nur mit Wirtschaftshilfe

allein, so Yan, lasse sich das dafür notwendige Niveau an politischer Unterstützung nicht erreichen; daher solle China weniger auf wirtschaftliche Entwicklungshilfe setzen als bisher und vermehrt militärische Entwicklungshilfe leisten, also verstärkt Waffen exportieren. Dies könne strategische Kooperationen verbessern und China politische Unterstützung sichern.⁵¹

Nicht zu vernachlässigen ist in diesem Zusammenhang die Bedeutung von sogenannten Dual-Use-Gütern, also Technologien, die streng genommen keine Waffentechnologien sind, aber sowohl zivile als auch militärische Anwendungsbereiche haben.⁵² Dazu gehören z. B. Hubschrauber, einige Arten von Radar- und Sonarsystemen oder Satellitennavigationssysteme. Dual-use-Güter fallen meist nicht unter das westliche Waffenembargo, so dass sich China hier Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit westlichen Technologieführern bieten. Im Bereich der Unterwasser-Kartografie, die eine wichtige Voraussetzung für U-Boot-Operationen darstellt, legten US-amerikanische Dual-Use-Systeme wie Hochleistungs-Sonare die technologische Grundlage für die Arbeit von Chinas hydrografischen Forschungsschiffen. Im Bereich der Weltraumtechnik hat sich eine arktische Satelliten-Empfangsstation in Kiruna, die von Schweden als rein ziviles Projekt unter alleiniger chinesischer Kontrolle genehmigt wurde, inzwischen als ein wichtiger Baustein für globale Operationen des chinesischen Militärs herausgestellt. Dies sind nur zwei Beispiele für chinesisch-westliche Kooperation in strategisch relevanten Technologiefeldern, die unter Umständen militärische Auswirkungen haben können.

China hat sich außerdem bereits als Anbieter eines neuen Satellitennavigationssystems namens BeiDou positioniert und mit seiner „Digitalen Seidenstraße“ und seinem „BRI-Weltraumkorridor“ Satellitentechnologie und digitale Infrastrukturen zum Bestandteil der Seidenstraßeninitiative gemacht. 2020 erreichte BeiDou globale Abdeckung bei besserer Auflösung als das GPS der USA und das europäische GALILEO, und China hat den an den Seidenstraßeninitiativen beteiligten Staaten bereits privilegierten Zugang zum BeiDou-System angeboten. Auch andere zivil nutzbare Kommunikationsinfrastrukturen sind bereits Bestandteil von Seidenstraßen-Projekten geworden. Im Bereich der zivilen Raumfahrt entwickelt sich China rasant zu einem führenden Akteur neben den USA und der ESA (European Space Agency) und bietet weniger fortgeschrittenen Staaten auch in diesem Bereich umfassende Unterstützung an. Alle oben genannten Technologien haben zivile, aber auch militärische Anwendungsbereiche. Chinas technische Kompetenz auf einigen für viele Staaten sehr attraktiven Gebieten könnte in der Zukunft eine starke Anziehungskraft entfalten, aber auch zur Entstehung neuer Abhängigkeiten dieser Länder von China beitragen.

Fazit und Ausblick

Im Jahr 2013 kam der bekannte amerikanische Chinaforscher David Shambaugh, ein ausgezeichnete Kenner der KPC und des chinesischen Militärapparats, zu einer für viele überraschenden Feststellung: China sei, so Shambaugh, keineswegs schon eine Weltmacht; vielmehr sei China eine „verwirrte und zerrissene aufsteigende Macht, die sich in einer Identitätskrise erheblichen Ausmaßes“ befinde.⁵³ Tatsächlich deutet die spätestens seit Xi Jinpings Amtsantritt als Staats- und Parteichef 2012 erheblich verschärfte Repression im Inland eher auf Nervosität der Führung hin statt auf Selbstvertrauen. Aber das robuste Auftreten Chinas beispielsweise im Streit um die Inseln im Südchinesischen Meer oder gegenüber Taiwan vermittelt Beobachtern ein anderes Bild. Angst vor China als einer militärischen Bedrohung ist zunehmend ein Thema, besonders unter US-amerikanischen Beobachtern, aber auch in zahlreichen Nachbarstaaten Chinas in der Asien-Pazifik-Region.

Es scheint unzweifelhaft, dass China die USA als strategischen Konkurrenten und als größte militärische Bedrohung ansieht und dass China bemüht ist, hinreichende Verteidigungsfähigkeiten aufzubauen, um gegenüber US-amerikanischen Angriffen durch eine glaubwürdige Abschreckung im Idealfall unverwundbar zu werden. Weiterhin legen die Entwicklungen der letzten Jahre nahe, dass die chinesische Führung unter Xi eine Strategie verfolgt, die an einen Passus aus einem Klassiker chinesischen strategischen Denkens erinnert. So steht in Kapitel 3 der berühmten „Kriegskunst“ des Meisters Sun, Sunzi bingfa, im Abschnitt mit dem Titel „Planung eines Angriffs“: „Der erstklassige Soldat durchkreuzt Pläne; der zweitbeste zerstört Bündnisse; der nächstbeste kämpft gegen feindliche Soldaten; und nur der schlechteste attackiert eine Festung. Tue dies nur“, so fährt der Klassiker fort, „wenn es absolut keine andere Wahl gibt.“⁵⁴ In anderen Worten wird eine langfristige und weitsichtige Beeinflussung der strategischen Gesamtsituation eines Staates empfohlen, um bereits lange vor dem Ausbruch eigentlicher Kampfhandlungen die eigene Lage so zu beeinflussen, dass einem das gewünschte Ziel idealerweise kampflos in den Schoß fällt. Dazu gehört, wie in anderen Teilen des Klassikers ausgeführt wird, das gezielte Destabilisieren von feindlichen Bündnissen, die Unterhöhlung von Regierungen durch Subversion, die Infiltration des Gegners durch Spione, die Anwendung von Täuschung und die unaufhörliche militärische Vorbereitung auf einen Konflikt durch Aufbau und Pflege eigener Stärken, etwa durch Rüstung, Training und Logistik und das Eingehen neuer Bündnisse.

Es scheint, dass China im Begriff ist, etwa im Südchinesischen Meer, aber auch in einigen Partnerländern der Seidenstraßeninitiativen wie etwa Pakistan und Dschibuti, die grundlegenden Voraussetzungen zu solch einer Verbesserung der eigenen strategischen Handlungsmöglichkeiten zu schaffen. Auch die zunehmend enge Kooperation mit Russland gehört möglicherweise in diesen Kontext. All diese Entwicklungen sollten von den europäischen Staaten genauestens analysiert werden, da sie europäische Interessen in vielfacher Hinsicht berühren.

Es ist im Interesse der eigenen Glaubwürdigkeit und der Fairness gegenüber China wichtig, dass westliche Staaten bei der Beurteilung der strategischen Lage im Asien-Pazifik-Raum die legitimen Sicherheitsinteressen Chinas gegenüber den USA, Japan, Südkorea und anderen US-Verbündeten anerkennen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass im selben Atemzug unangemessen provokante oder internationales Recht verletzende Verhaltensweisen anerkannt oder toleriert werden sollten, besonders wenn dadurch die Interessen friedlicher und schwächerer Akteure verletzt werden. Das Recht der Bevölkerung Taiwans auf Selbstbestimmung und Selbstverteidigung beispielsweise sollte bekräftigt und China zu einer friedlichen Lösung dieses Problems gedrängt werden. Zuletzt zu beobachtende Versuche Chinas, Taiwans Gesellschaft und politisches System durch „Informationskriegsführung“ zu destabilisieren, Taiwan international noch stärker als bisher zu isolieren (besonders deutlich wurde dies im Rahmen der COVID-19-Pandemie) sowie Taiwan militärisch massiv unter Druck zu setzen, sollten scharf kritisiert werden. Deutschland sollte deutlich machen, dass die Anerkennung einer (von Deutschland selbst definierten) „Ein-China-Politik“ keinesfalls Unterstützung für die erwähnten Formen von Aggression impliziert.

Theoretisch böten sich den europäischen Staaten und besonders Deutschland zahlreiche Chancen zur technologischen und wirtschaftlichen sowie in Zukunft möglicherweise auch sicherheitspolitischen Kooperation mit China, besonders bei Themenfeldern von gemeinsamem Interesse. Dies wären z.B. Stabilisierungseinsätze in Krisengebieten, Anti-Piraterie-Missionen, humanitäre Hilfe oder Errichtung und Absicherung von kritischen Infrastrukturen in den afrikanischen Staaten. Aufgrund der anti-westlichen und mitunter geradezu paranoiden Diktion chinesischer Propaganda bei solchen Problemfeldern, wo die Interessen westlicher Staaten und Chinas nicht übereinstimmen, ist jedoch eine gewisse Vorsicht bei allen Kooperationsprojekten angebracht. Grundsätzliche Interessenkonflikte und Meinungsverschiedenheiten existieren etwa bezüglich der Taiwan-Frage, bei der Einhaltung internationaler Rechtsnormen im Südchinesischen Meer oder bei dem Problem der Verbreitung von Waffentechnologien an aus westlicher Sicht problematische Länder wie Iran oder Nordkorea. Gerade im Bereich von Dual-Use-Technologien täten europäische Staaten zudem gut daran, ihre Kooperationsprojekte mit China genauestens auf die jeweiligen strategischen Implikationen dieser Technologien hin zu untersuchen. Ansonsten besteht durchaus die Gefahr, unabsichtlich Beihilfe zu militärischen Entwicklungen zu leisten, die europäischen Interessen und denen der NATO-Verbündeten entgegenstehen.

In Zukunft ist mit einem immer selbstbewussteren Auftreten der chinesischen Streitkräfte auch in europäischen Seegebieten zu rechnen. Die theoretische Möglichkeit, dass sich die bereits bestehende sicherheitspolitische und militärische Kooperation Chinas mit Russland noch erheblich weiter vertiefen könnte, sollte angesichts der Entwicklungen der letzten Jahre nicht von vornherein als unwahrscheinlich abgetan werden. Da eine solche Entwicklung weitreichende strategische Konsequenzen für Europa und die NATO hätte, sollte sie mit Bedacht analysiert werden, um gegebene

nenfalls rechtzeitig darauf reagieren zu können. Dies ist nicht zuletzt aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtungen europäischer Volkswirtschaften mit China dringend geboten.

Literaturverzeichnis:

- Becker, Christian (2015): Die militärstrategische Bedeutung des Südchinesischen Meeres: Überlegungen zum chinesischen Kalkül im Inselstreit (The military-strategic relevance of the SCS: some thoughts on China's calculus in the islands issue). SWP-Aktuell 82, September 2015. <https://www.swp-berlin.org/publikation/die-militaerstrategische-bedeutung-des-suedchinesischen-meeres/>. Accessed 6 August 2017.
- Bertelsen, Rasmus Gjedssø und Gallucci, Vincent (2016): The Return of China, post-Cold War Russia, and the Arctic: Changes on land and at sea. In: Marine Policy (2016), <http://dx.doi.org/10.1016/j.marpol.2016.04.034>
- Bhat, Vinayak (2017): High-speed production: Chinese navy built 83 ships in just eight years, in: The Print, 20.09.2017, <https://theprint.in/defence/chinese-navy-built-83-ships-8-years/10416/>
- Bruns, Sebastian und Kirchberger, Sarah (2017): The PLA Navy in the Baltic Sea: A View from Kiel, CIMSEC, 16. August 2017, <http://cimsec.org/pla-navy-baltic-sea-view-kiel/33526>
- Chang, Ching (2016a): The Nature of the PRC's National Defense and Military Reform. Center for International Maritime Security (CIMSEC), March 8, 2016. <http://cimsec.org/nature-prcs-national-defense-military-reform/22675>
- Chang, Ching (2016b): Assessing the military significance of the South China Sea land features. Center for International Maritime Security (CIMSEC), July 26, 2016. <http://cimsec.org/assessing-military-significance-south-china-sea-land-features/26798>
- Chase, Michael S.; Garafola, Cristina L. und Beauchamp-Mustafaga, Nathan (2017): Chinese Perceptions of and Responses to US Conventional Military Power. Asian Security, DOI: 10.1080/14799855.2017.1301931. <http://dx.doi.org/10.1080/14799855.2017.1301931>
- Cheung, Tai Ming (2009): *Fortifying China. The Struggle to Build a Modern Defense Economy*. Ithaca and London: Cornell University Press.
- Childs, Nick und Waldwyn, Tom (2018): China's naval shipbuilding: delivering on its ambition in a big way, IISS Military Balance Blog, 01.05.2018, www.iiss.org/blogs/military-balance/2018/05/chinnaval-shipbuilding
- Costello, John (2016): The Strategic Support Force: Update and Overview, The Jamestown Foundation China Brief, Vol. 16, Issue 19, <https://jamestown.org/program/strategic-support-force-update-overview>
- Dai, Xu (2010): *C-xing baowei (C-Shaped Encirclement)*, Shanghai: Wenhui chubanshe.
- Department of Defense (2017): Annual Report to Congress: Military and Security Developments Involving the People's Republic of China 2017, https://www.defense.gov/Portals/1/Documents/pubs/2017_China_Military_Power_Report.PDF
- Downs, Erica; Jeffrey Becker und Patrick deGategno (2017): China's Military Support Facility in Djibouti: The Economic and Security Dimensions of China's First Overseas Base. CNA,

- July 2017. https://www.cna.org/CNA_files/PDF/DIM-2017-U-015308-Final2.pdf. Accessed Oct. 11, 2017.
- Easton, Ian (2017): *The Chinese Invasion Threat: Taiwan's Defense and American Strategy in Asia*. Arlington, VA: Project 2049 Institute.
- Engstrom, Jeffrey (2018): *Systems Confrontation and System Destruction Warfare*. RAND Corporation, Santa Monica, Cal. https://www.rand.org/pubs/research_reports/RR1708.html
- Erickson, Andrew S. und Kennedy, Conor M. (2015): Meet the Chinese Maritime Militia: Waging a 'People's War at Sea'. *The Wall Street Journal*, March 31, 2015. <https://blogs.wsj.com/chinarealtime/2015/03/31/meet-the-chinese-maritime-militia-waging-a-peoples-war-at-sea/>. Accessed Oct. 11, 2017.
- Fels, Enrico (2013): The Role of the SCO in Afghanistan. In *Partners for Stability: Involving Neighbors in Afghanistan's Reconstruction – Transatlantic Approaches*, Hrsg. Henning Riecke und Kevin Francke, pp. 235–250. Baden–Baden.
- Fels, Enrico (2017): *Shifting Power in Asia-Pacific? The Rise of China, Sino-US Competition and Regional Middle Power Allegiance*, Series: Global Power Shift, Berlin.
- Fisher, Richard D. (2008): *China's Military Modernization. Building for Regional and Global Reach*. Stanford: Stanford University Press.
- Gu, Xuewu (2014): Chinas Rolle im asiatisch-pazifischen Raum: Auf dem Weg zur Pax Sinica? In: Fischer, Doris und Müller-Hofstede, Christoph (Hrsg.): *Länderbericht China*, Bonn: Bundeszentrale für politische Entwicklung 2014, S. 915–949.
- Heginbotham, Eric et al. 2015. *The U.S.-China military scorecard: forces, geography, and the evolving balance of power, 1996–2017*. RAND Corporation, Santa Monica, Cal. https://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research_reports/RR300/RR392/RAND_RR392.pdf
- Hu, Jintao (2004): Renqing xin shiji xin jieduan wojun lishi shiming (Understand the New Historic Missions of our Military in the New Period of the New Century), <http://gfjy.jiangxi.gov.cn/yil.asp?idid=11349.htm>
- Hu, Yanlin (2006): Weirao lüxing wojun lishi shiming jiaqiang haijun sixiang zhengzhi jianshe (For the implementation of our armed forces' historic mission, enforce the ideological and political construction within our Navy), *Qiushi* 2/2006, pp. 44–46.
- Huang, Yufan (2016): Q. and A.: Yan Xuetong Urges China to Adopt a More Assertive Foreign Policy. *The New York Times online*, 9. Feb. 2016. <http://mobile.nytimes.com/2016/02/10/world/asia/china-foreign-policy-yan-xuetong.html>
- Johnson, David E. et al. (2009): *Preparing and Training for the Full Spectrum of Military Challenges: Insight from the Experiences of China, France, the United Kingdom, India, and Israel*. Santa Monica: RAND Corporation.
- Ju, Hailong (2015): *China's Maritime Power and Strategy: History, National Security and Geopolitics*. Singapore: World Scientific.
- Kaufman, Alison A. und Mackenzie, Peter W. (2009): *Field Guide: The Culture of the Chinese People's Liberation Army*, CNA China Studies, February 2009, <http://www.dtic.mil/dtic/tr/fulltext/u2/a495052.pdf>
- Kirchberger, Sarah (2015): *Assessing China's Naval Power: Technological Innovation, Economic Constraints, and Strategic Implications*. Berlin und Heidelberg.

- Kirchberger, Sarah (2016): China's Maritime Interests in the Arctic Region: Military capabilities and possible intentions, in: Bruns, Sebastian und Neumann, Adrian J. (Hrsg.) 2016: Maritime Security Challenges: Focus High North: Papers from the Kiel Conference 2016, Kiel: ISPK, pp. 34-45. https://www.kielseapowerseries.com/files/ispk/content/kc16/Proceedings_KC-16_Digitalversion.pdf
- Kirchberger, Sarah (2017): Das Ende einer Dreiecksbeziehung: wehrtechnische Zusammenarbeit Chinas, Russlands und der Ukraine im Schatten der Krim-Krise. In: SIRIUS 2017, Bd. 1 Heft 2, S. 155-176. <https://www.degruyter.com/view/j/sirius.2017.1.issue-2/sirius-2017-0031/sirius-2017-0031.xml>
- Kirchberger, Sarah und Mohr, Johannes (2019): China's Defence Industry. In: Hartley, Keith und Bélin, Jean (Hrsg.), The Economics of the Global Defence Industry, London: Routledge 2019, pp. 35-68. <https://www.taylorfrancis.com/chapters/china-defence-industry-sarah-kirchberger-johannes-mohr/e/10.4324/9780429466793-3>
- Kirchberger, Sarah und O'Keefe, Patrick (2019): Chinas schleichende Annexion im Südchinesischen Meer: Die strategischen Hintergründe, SIRIUS 2019, Bd. 3 Heft 1, S. 3-20.
- Kristensen, Hans M. und Korda, Matt (2020): Chinese nuclear forces, 2020, Bulletin of the Atomic Scientists, 76:6, pp. 443-457, DOI: 10.1080/00963402.2020.1846432
- Kristensen, Hans M. und Norris, Robert S. (2016): Chinese Nuclear Forces, 2016. Bulletin of the Atomic Scientists, 2016, Vol. 72, No. 4, pp. 205-211. <http://dx.doi.org/10.1080/00963402.2016.1194054>
- Li, Xiaobing (2009): A History of the Modern Chinese Army, Lexington, KY: University Press of Kentucky.
- Liu, Yawei und Ren, Justine Zheng (2014): An Emerging Consensus on the US Threat: The United States according to PLA officers. Journal of Contemporary China Vol. 23, No. 86, pp. 255-274.
- Morris, Lyle J. (2017): Blunt Defenders of Sovereignty: The Rise of Coast Guards in East and Southeast Asia, Naval War College Review, Spring 2017, Vol. 70, No. 2.
- Mulvenon, James (2016): PLA Divestiture 2.0: We Mean It This Time, China Leadership Monitor No. 50, 19. Juli 2016, <https://www.hoover.org/research/pla-divestiture-20-we-mean-it-time>
- Musch-Borowska, Bernd (2020): Kalter Krieg zwischen Indien und China, Deutschlandfunk.de, 11. November 2020. https://www.deutschlandfunk.de/grenzkonflikt-im-himalaya-kalter-krieg-zwischen-indien-und.724.de.html?dram:article_id=487338.
- Neuman, Stephanie G. (2009): Power, Influence, and Hierarchy: Defense Industries in a Unipolar World, in: Bitzinger, Richard A. (Hrsg.): The Modern Defense Industry. Political, Economic, and Technological Issues, Santa Barbara, Cal. et al.; Praeger Security International 2009, pp. 60-94.
- Nouwens, Meia (2017): China's 19th Party Congress: streamlined top military tier to push Xi's reforms further, IISS Military Balance Blog, 20. Nov. 2017, <http://www.iiss.org/en/militarybalanceblog/blogsections/2017-edcc/november-f876/chinese-military-reform-0900>
- Paul, Michael (2017): Kriegsgefahr im Pazifik? Die maritime Bedeutung der sino-amerikanischen Rivalität. Baden-Baden.

- Paul, Michael (2019): Partnership on the High Seas: China and Russia's Joint Naval Manoeuvres, SWP Comment No. 26, June 2019, https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2019C26_pau.pdf
- Saalman, Lora (2014): Prompt Global Strike: China and the Spear. APCSS Independent Research Paper, <http://apcss.org/prompt-global-strike-china-and-the-spear/>. (Accessed Oct 18th, 2017).
- Scott, David (2012): Soft Language, Soft Imagery and Soft Power in China's Diplomatic Lexicon, in: Lai, Hongyi and Lu, Yiyi: China's Soft Power and International Relations, Oxon & New York, pp. 39–63.
- Shambaugh, David (2013): China Goes Global: The Partial Power. Oxford: Oxford University Press.
- Shambaugh, David (2004): Modernizing China's Military. Progress, Problems, and Prospects. Paperback ed. Berkeley et al.: University of California Press.
- Sheldon-Duplaix, Alexandre (2016): Beyond the China Seas: Will China become a Global "Sea Power"? China Perspectives No. 2016/3, S. 43–52.
- Smith, Steven A. (2006): Chinese Space Superiority? China's Military Space Capabilities and the Impact of Their Use in a Taiwan Conflict. Research Report, U.S. Air War College, <http://www.au.af.mil/au/awc/awcgate/awc/smith.pdf>
- Stumbaum, May-Britt U. (2009): "The EU and China. EU Decision-Making in Foreign and Security Policy toward the People's Republic of China", Baden-Baden.
- Stumbaum, May-Britt U (2009): Risky Business? The EU, China and Dual-Use Technology, Occasional Paper, 80, Paris; Institut der Europäischen Union für Sicherheitsstudien, <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/op80.pdf>
- Swaine, Michael D. 2011. China's Assertive Behavior – Part One: On Core Interests. *China Leadership Monitor* No. 34, 2011. <http://media.hoover.org/sites/default/files/documents/CLM34MS.pdf>. Accessed September 17, 2013.
- Taiwan Relations Act. 1979. Public Law 96-8, 96th congress. Volltext verfügbar unter http://photos.state.gov/libraries/ait-taiwan/171414/ait-pages/tra_e.pdf
- Wacker, Gudrun (2014): Chinas Außenpolitik: Leitlinien, nationale Interessen und interne Debatten, in: Fischer, Doris und Müller-Hofstede, Christoph (Hrsg.): Länderbericht China, Bonn: Bundeszentrale für politische Entwicklung 2014, S. 951–969.
- Wagener, Martin (2011): Grundlagen der Sicherheitspolitik Ostasiens: Mächte – Konflikte – Strukturen, in: Meier-Walser, Reinhard & Wolf, Alexander (Hrsg.): Neue Dimensionen internationaler Sicherheitspolitik, München: Hanns-Seidel-Stiftung 2011, S. 243–256.
- Wuthnow, Joel und Saunders, Phillip C. (2017): Chinese Military Reforms in the Age of Xi Jinping: Drivers, Challenges, and Implications, Center for the Study of Chinese Military Affairs, INSS: China Strategic Perspectives No. 10, Washington D.C.: National Defense University Press. <https://ndupress.ndu.edu/Publications/Article/1125539/chinese-military-reforms-in-the-age-of-xi-jinping-drivers-challenges-and-implic/>
- Xinyi Sunzi duben (2011), Originaltext des Sunzi bingfa mit Übersetzung ins moderne Chinesische und Kommentar von Wu Renjie, Taipei: Sanmin shuju.
- Xu, Hui und Cao, Xianyu (2016): A perspective on China's Maritime Security Strategy. Routledge Handbook of Naval Strategy and Security, eds. Joachim Krause and Sebastian Bruns. London and New York, pp. 339–350.

Zhang, Wenmu (2014): Ukelan shijian de shijie yiyi jiqi dui Zhongguo de jingshi (The Global Significance of the Ukraine Incident and Its Warning to China). Guoji anquan yanjiu (Journal of International Security Studies) 2014 No. 4. http://www.guancha.cn/ZhangWenMu/2014_12_28_304621.shtml. Accessed 6 August 2017.

Links zu Online-Ressourcen

Asia Maritime Transparency Initiative (AMTI), CSIS, <https://amti.csis.org/>. (Ständige Analyse von Satellitenbildern der Militarisierung im Südchinesischen Meer)

Corff, Oliver (2017): A Bibliography of Online Resources on Chinese Strategy, Security and Military Matters: Version 6.2, December 27, 2016, Heidelberg; Berlin: CrossAsia-eBooks, 2017. DOI: 10.11588/xabooks.191.253.

Staatsrat der VRC: Archiv der veröffentlichten Weißbücher, u.a. zur Verteidigung (engl.): <http://english.gov.cn/archive/whitepaper/>

Website der chinesischen Streitkräfte (engl.): <http://english.chinamil.com.cn/>

Website des chinesischen Verteidigungsministeriums (engl.): <http://eng.mod.gov.cn>

Endnoten

- 1 Wacker 2014: S. 957-958.
- 2 Vgl. Liu & Ren 2014.
- 3 Vgl. Sheldon-Duplaix 2016: p. 44, Paul 2017: pp. 51-57 und Musch-Borowska 2020.
- 4 Vgl. die Darstellung der chinesischen Position bei Xu & Cao 2016.
- 5 Quelle: Hu 2006: pp. 44-46, eigene Übersetzung.
- 6 Quelle: Hu 2004, eigene Übersetzung.
- 7 Li 2012: p. 268.
- 8 Shambaugh 2004.
- 9 Nouwens 2017.
- 10 Li 2009: pp. 252-263.
- 11 Kaufman & Mackenzie 2009.
- 12 Johnson et al. 2009: p. 51.
- 13 Vgl. Morris 2017.
- 14 Erickson & Kennedy 2017.
- 15 Wuthnow & Saunders 2017: p. 29.
- 16 Vgl. Chang 2016.
- 17 Vgl. Mulvenon 2016.
- 18 Scott 2012: p. 45.
- 19 Vgl. Swaine 2011.
- 20 Vgl. Fels 2013.

- 21 Vgl. Dai 2010.
- 22 Engstrom 2018.
- 23 Bertelsen & Gallucci 2016: p. 5.
- 24 Vgl. Zhang 2014.
- 25 Kristensen & Norris 2016: pp. 205–207, Kristensen & Korda 2020.
- 26 Heginbotham et al. 2015: xxviii.
- 27 Kristensen & Norris 2016: pp. 208–209.
- 28 Kristensen & Norris 2016: p. 210.
- 29 Vgl. Saalman 2014.
- 30 Vgl. Kirchberger & O'Keefe 2019: S. 16–17.
- 31 Vgl. Kirchberger 2016.
- 32 Childs & Waldwyn 2018; Bhat 2017.
- 33 Vgl. Downs et al. 2017: p. 41.
- 34 Li et al. 2014, zit. nach Downs et al. 2017.
- 35 Vgl. Downs et al. 2017: pp. 24–31.
- 36 Downs et al. 2017: p. 34; viii.
- 37 Vgl. Fisher 2008: p. 43.
- 38 Vgl. AMTI 2017a und AMTI 2017b.
- 39 Vgl. Erickson und Kennedy 2015.
- 40 Taiwan Relations Act 1979. Eigene Übersetzung.
- 41 Smith 2006.
- 42 Smith 2006: pp. 26–27.
- 43 Vgl. Heginbotham et al. 2015.
- 44 Vgl. Easton 2017.
- 45 Vgl. Ju 2015: p. 232.
- 46 Zit. nach Huang 2016.
- 47 Kirchberger & Mohr: p. 58.
- 48 Vgl. Neuman 2009.
- 49 Vgl. Cheung 2009.
- 50 Wacker 2014: S. 963.
- 51 Yan Xuetong in einem Interview, zit. nach Huang 2016.
- 52 Vgl. Stumbaum 2009.
- 53 Shambaugh 2013: pp. 316–317.
- 54 Eigene Übersetzung der Passage nach dem chinesischen Originaltext in Xinyi Sunzi duben 2011: p. 18.

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

GOTTWALD, JÖRN-CARSTEN: Prof. Dr., Studium der Sinologie, Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre in Münster, München, Tianjin (VRC) und Leiden (NL). Promotion an der FU Berlin und Habilitation an der Universität Trier in Politikwissenschaft. 2006 bis 2011 als University-Lecturer an der National University of Ireland / Cork, seit 2011 Inhaber des Lehrstuhls für Politik Ostasiens der Ruhruniversität Bochum. Gastwissenschaftler u.a. an der University of Lancaster und der Fudan University, Shanghai, Gastdozenturen u.a. an der ESSCA Angers, University College Dublin, Hamline College und Xiamen University. Internationale Veröffentlichungen zu Fragen der chinesischen Finanzmarktrefor-men, Chinas Rolle in Global Economic Governance und europäisch-chinesischen Beziehungen.

KIRCHBERGER, SARAH: Dr., Leiterin der Abteilung Strategische Entwicklung in Asien-Pazifik am Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (ISPK), seit 2020 auch Vizepräsidentin des Deutschen Maritimen Instituts und seit 2021 Nonresident Senior Fellow am Atlantic Council. Studium der Sinologie, Politikwissenschaft und Vor- und Frühgeschichte in Hamburg, Taipei und Trier, Promotion 2003 an der Universität Hamburg. 2010 bis 2016 Juniorprofessorin für das Gegenwärtige China an der Universität Hamburg, 2007 bis 2010 Analystin im Überwasser-Marineschiffbau bei TKMS Blohm + Voss. Forschungsgebiete chinesische Marineentwicklung, Taiwan-Frage, wehrtechnische Zusammenarbeit zwischen China und Russland.

SCHMIDT, DIRK: apl. Prof. Dr., Akademischer Direktor; Studium der Politikwissenschaft, Neueren Geschichte und Anglistik an den Universitäten Saarbrücken und Newcastle upon Tyne sowie der chinesischen Sprache in Taiwan. Seit 2004 an der Universität Trier, von 2013 bis 2018 Vertretung des dortigen Lehrstuhls für Politik und Wirtschaft Chinas. Von 2013 bis 2018 Senior Policy Fellow am Mercator Institute for China Studies (MERICS) in Berlin. Arbeitsschwerpunkte u.a. chinesische Außenpolitik und Außenwirtschaft, China-Taiwan-Beziehungen.

SHI-KUPFER, KRISTIN: Dr., Leiterin des Forschungsbereichs Politik, Gesellschaft und Medien am Mercator Institute for China Studies (MERICS) in Berlin. Studium der Politikwissenschaft und Sinologie in Trier, Shanghai und

Kaifeng, VR China. Von 2007 bis 2011 als China-Korrespondentin für deutschsprachige Medien (u. a. taz, ZEIT Online und epd) in Peking, VR China. Forschungsschwerpunkte sind Chinas Gesellschaft, Ideologie und Medien.

STEPAN, MATTHIAS: Leiter des Peking-Büros der Stiftung Mercator. Von 2014 bis 2019 Leiter des Programms chinesische Innenpolitik / Public Policy am Mercator Institute for China Studies (MERICS). Studium der Politik- und Verwaltungswissenschaften an der Universität Konstanz, Erasmus Universität Rotterdam, VU Amsterdam. Längere Arbeits- und Studienaufenthalte in der Volksrepublik China. Forschungsschwerpunkte sind die Rollenverteilung von Staat, Partei und Gesellschaft bei der Politikgestaltung in China, vergleichende Sozialpolitik sowie China-Kompetenz in Deutschland.

In diesem Band, der nun in der 2. Auflage überarbeitet und aktualisiert vorliegt, skizzieren renommierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus unterschiedlicher Sicht die widersprüchlichen und zuweilen schwierigen Entwicklungen in China.

Die Autorinnen und Autoren beleuchten die Politikfelder Innenpolitik, Gesellschaft, Wirtschaft, Außen- und Sicherheitspolitik und zeigen auf, welche Bedeutung die Entwicklungen in China für uns in Deutschland und in Europa einnehmen.

China als „Mosaik“ in seiner Vielfalt und seinen Brüchen kann sowohl Partner als auch Rivale sein – für ein tiefergehendes Verständnis Chinas soll diese Publikation als Einführung dienen und zur kontroversen Diskussion anregen.